

- **Wirtschaftsaktivität in Österreich bleibt stark beeinträchtigt**
- **Europäische Wirtschaftspolitik in der COVID-19-Krise**
- **Selbständig Erwerbstätige in Österreich**
- **Importwettbewerb mit China**
- **Die Breitbandförderung des Bundes 2015/2018**

WIFO ■ MONATSBERICHTE

Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autorinnen und Autoren gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonominnen und -Ökonomen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autorinnen und Autoren repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

Editorial Board

Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma, Wirtschaftsuniversität Wien

Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD, Universität Wien

Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber, Central European University

Impressum

Herausgeber: Christoph Badelt

Medieninhaber (Verleger) und Redaktion:
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
A-1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Druck: Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20,
A-8020 Graz

Chefredakteur: Andreas Reinstaller

Lektorat: Christoph Lorenz • **Technische Redaktion:**
Tamara Fellinger, Tatjana Weber

Kontakt: redaktion@wifo.ac.at

Preise 2021

Jahrgang (12 Hefte, Printversion): 270 € • Einzelheft (Printversion): 27,50 €

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger): Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung" • **Geschäftsführer:** em.o.Univ.Prof. Dr. Christoph Badelt • **Vereinszweck:** Laufende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, Untersuchung spezieller ökonomischer Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der Ergebnisse



94. Jahrgang, Heft 3/2021

183-190 ■ **Wirtschaftsaktivität in Österreich bleibt stark beeinträchtigt**

Stefan Ederer

Die heimische Wirtschaftsleistung schrumpfte im IV. Quartal 2020 und erholte sich auch in den ersten Wochen 2021 kaum. Privater Konsum und Exporte sind weiterhin deutlich schwächer als vor dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie. Im Dienstleistungsbereich und in der Konsumgütererzeugung bleibt die Stimmung zu Jahresbeginn skeptisch, wogegen der Investitionsgüterbereich vom Aufschwung der Weltwirtschaft profitiert. Die Inflation sank zuletzt und die Arbeitslosigkeit ist weiterhin hoch.

Economic Activity in Austria Remains Strongly Impaired

191 ■ **Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar**

193-203 ■ **Europäische Wirtschaftspolitik in der COVID-19-Krise. Zwischen Rettungspaketen und Maßnahmen zur Konjunkturbelebung**

Atanas Pekanov

Im Jahr 2020 war in sämtlichen EU-Mitgliedsländern ein tiefer und abrupter Einbruch der Wirtschaftsleistung zu verzeichnen. Als Reaktion darauf wurden diverse Hilfspakete verabschiedet, die die betroffenen privaten Haushalte und Unternehmen während der Krisenmonate unterstützen sollten. Eine aktive Fiskal- und Geldpolitik verhinderte eine noch tiefere Rezession. Die bisher ergriffenen Fiskalmaßnahmen dienen vorrangig dazu, die Krisenfolgen für Unternehmen und privaten Haushalte abzumildern, setzen jedoch wenig zusätzliche Impulse zur Konjunkturbelebung. Mit einer stimulierenden Wirkung von Fiskalmaßnahmen ist erst dann zu rechnen, wenn die COVID-19-Pandemie überwunden wurde. Für einen nachhaltigen Aufschwung bedarf es daher weiterhin einer expansiven Fiskalpolitik.

European Economic Policy in the COVID-19 Crisis. Between Rescue Packages and Economic Stimulus Measures

205-223 ■ **Selbständig Erwerbstätige in Österreich. Struktur, Einkommen und Betroffenheit von der COVID-19-Krise**

Julia Bock-Schappelwein, Marian Fink, Christine Mayrhuber, Silvia Rocha-Akis

Die Auswirkungen der COVID-19-Krise und der behördlichen Schließungsmaßnahmen auf selbständig Erwerbstätige zeigen sich sowohl an der rückläufigen Zahl der Selbständigen als auch am Umsatz- und Einkommensrückgang. Die Betroffenheit kann aufgrund fehlender Datengrundlagen gegenwärtig nicht quantifiziert werden, lässt sich aber unter Rückgriff auf Daten abschätzen, die die Verteilung der Selbständigeneinkommen und die Struktur der von solchen Einkommen abhängigen Haushalte vor der Krise zeigen. 2017 hing rund ein Fünftel der Bevölkerung von Selbständigeneinkommen ab, mehr als die Hälfte davon mittel bis stark. Die Polarisierung der von Selbständigeneinkommen abhängigen Personen im unteren und oberen Einkommenssegment legt nahe, dass die COVID-19-Krise bestehende Ungleichheiten innerhalb der Gruppe der Selbständigen weiter verstärken dürfte.

Self-employment in Austria. Structure, Income, and the Impact of the COVID-19-Crisis

225-234 ■ **Importwettbewerb mit China.** Auswirkungen auf das Wachstum der Unternehmensproduktivität in der EU

Klaus S. Friesenbichler, Werner Hölzl, Agnes Kügler, Andreas Reinstaller

Die Zunahme des Anteils chinesischer Importe am gesamten Importaufkommen dämpfte im Zeitraum 2003/2016 das Produktivitätswachstum von Unternehmen in der EU. Dieser Effekt fiel bei wachstumsstarken Unternehmen stärker aus und war im Niedrigtechnologiesektor größer als im Hochtechnologiebereich. Multinationale Unternehmen konnten dagegen von einer Zunahme der Importintensität mit China profitieren, wobei ein hohes Produktivitätswachstum in diesem Fall die positiven Effekte verstärkte.

Import Competition with China. Implications for Firms' Productivity Growth in the EU

235-246 ■ **Die Breitbandförderung des Bundes 2015/2018.** Ergebnisse der zweiten Zwischenevaluierung des Programmes Breitband Austria 2020

Michael Böheim, Susanne Bärenthaler-Sieber

Für Breitband Austria 2020 stand insgesamt ein Budgetvolumen von 980 Mio. € ("Breitbandmilliarde") zur Verfügung. Von den für die Phasen 1 und 2 (2015/2018) budgetierten Fördermitteln von 683 Mio. € sind bis Ende 2018 gut zwei Drittel tatsächlich abgerufen worden. Die weitaus meisten Mittel entfielen auf das Förderprogramm Access (265 Mio. €), deutlich weniger auf die Programme Backhaul (89 Mio. €), Leerrohr (87 Mio. €) sowie Access-ELER (25 Mio. €). Die Förderungen dürften Investitionen in Höhe von 618 Mio. € angestoßen haben. Der deutlich unter Plan liegende Ausschöpfungsgrad ist auf den verspäteten Start der Programme und die unvollständige Inanspruchnahme der ausgeschriebenen Fördermittel zurückzuführen. Für die wirtschaftspolitisch alternativlose Errichtung einer flächendeckenden Breitbandversorgung auf Glasfaserbasis ist eine gemeinsame Kraftanstrengung von privaten Unternehmen und öffentlicher Hand notwendig.

Federal Broadband Funding 2015-2018. Results of the Second Interim Evaluation of the Broadband Austria 2020 Program

247-259 ■ **Kennzahlen zur Wirtschaftslage**

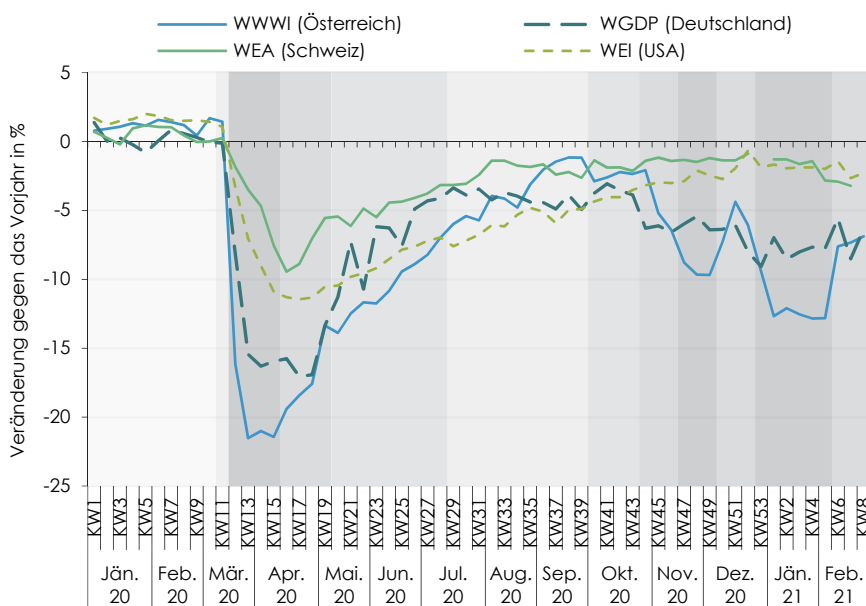
Economic Indicators

Wirtschaftsaktivität in Österreich bleibt stark beeinträchtigt

Stefan Ederer

- Die Erholung der Weltwirtschaft hielt auch zu Jahresbeginn 2021 an, verlor aber merklich an Dynamik.
- In Österreich ging die Wirtschaftsleistung im IV. Quartal 2020 deutlich zurück, jedoch weniger stark als erwartet.
- Die behördlichen Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens hemmen die Wirtschaftstätigkeit. Der Aktivitätsgrad war im Jänner und Februar deutlich geringer als im Vorjahr.
- Die Stimmung in den heimischen Unternehmen ist laut WIFO-Konjunkturtest weiterhin gedämpft.

Wöchentliche Wirtschaftsaktivität



"Wie in vielen anderen Ländern lag die Wirtschaftsaktivität zu Jahresbeginn 2021 auch in Österreich deutlich unter dem Niveau des Vorjahres. Während die Industrieproduktion von der weltweiten Konjunkturerholung profitiert, ist die Wirtschaftstätigkeit im Handel und in den sonstigen Dienstleistungen durch die behördlichen Einschränkungen weiterhin stark beeinträchtigt."

Die grau hinterlegten Bereiche zeigen die Intensität der in Österreich zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie getroffenen gesundheitspolitischen Maßnahmen laut Stringency Index der Universität Oxford, Blavatnik School of Government. Dieser Index, der Werte zwischen 0 und 100 annehmen kann, wird in fünf Intensitätsstufen dargestellt: Keine bzw. geringe Einschränkungen . . . lichtgrau: unter 20, 20 bis 40, 40 bis 60, 60 bis 80, starke Einschränkungen . . . dunkelgrau: über 80 (Q: Blavatnik School of Government; Federal Reserve Bank of New York; OECD; SECO; University of Oxford; WIFO, Macrobond. WWWI . . . Wöchentlicher WIFO-Wirtschaftsindex, WEI . . . Weekly Economic Index, WEA . . . Weekly Economic Activity, WGDP . . . OECD GDP Tracker).

Wirtschaftsaktivität in Österreich bleibt stark beeinträchtigt

Stefan Ederer

Wirtschaftsaktivität in Österreich bleibt stark beeinträchtigt

Die heimische Wirtschaftsleistung schrumpfte im IV. Quartal 2020 und erholte sich auch in den ersten Wochen 2021 kaum. Privater Konsum und Exporte sind weiterhin deutlich schwächer als vor dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie. Im Dienstleistungsbereich und in der Konsumgütererzeugung bleibt die Stimmung zu Jahresbeginn skeptisch, wogegen der Investitionsgüterbereich vom Aufschwung der Weltwirtschaft profitiert. Die Inflation sank zuletzt und die Arbeitslosigkeit ist weiterhin hoch.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht, Konjunkturprognose

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 9. 3. 2021

Kontakt: Dr. Stefan Ederer (stefan.ederer@wifo.ac.at)

Economic Activity in Austria Remains Strongly Impaired

Domestic economic output contracted in the fourth quarter of 2020 and barely recovered in the first weeks of 2021. Private consumption and exports remain significantly weaker than before the outbreak of the COVID-19 pandemic. Sentiment in the services sector and in consumer goods production remains sceptical at the start of the year, whereas the capital goods sector is benefiting from the upturn in the global economy. Inflation fell recently and unemployment remains high.

Die weltweite Konjunkturerholung hält an, verlangsamte sich aber zum Jahresende 2020. Der Welthandel verlor im IV. Quartal etwas an Schwung. In den USA war das BIP im IV. Quartal nur um 1% höher als im Vorquartal. Im Euro-Raum ging die Wirtschaftsleistung zu Jahresende sogar zurück. Mit Ausnahme von China lag die wirtschaftliche Aktivität in den meisten großen Volkswirtschaften Ende 2020 noch deutlich unter ihrem Vorkrisenniveau. An dieser Situation dürfte sich in den ersten Wochen des laufenden Jahres nichts geändert haben. Einige Indikatoren deuten allerdings auf eine Fortsetzung der Erholung hin: Der RWI-Containerumschlagsindex, ein Indikator für den Welthandel, stieg im Jänner neuerlich und die Rohstoffpreise erhöhten sich im Februar weiter. Das Konsumentenvertrauen blieb jedoch in den meisten Industrieländern bis zuletzt verhalten. Zudem ist die Lage auf den Arbeitsmärkten weiterhin deutlich ungünstiger als vor dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie.

In Österreich schrumpfte die Wirtschaft im IV. Quartal deutlich (-2,7% gegenüber dem Vorquartal). Das BIP war damit um 5,7% geringer als im Vorjahr. Insbesondere der private Konsum und die Exporte von Waren und Dienstleistungen hatten sich noch nicht von der Krise erholt. In den Bereichen Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie sowie sonstige Dienstleistungen ging die

Wertschöpfung gegenüber dem Vorjahr besonders stark zurück.

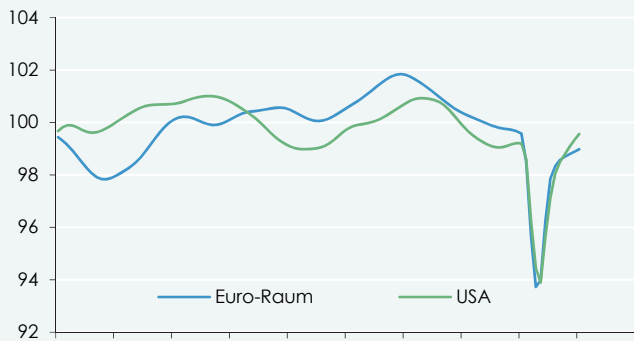
Die wirtschaftliche Aktivität blieb auch zu Jahresbeginn 2021 gering. Zur Eindämmung der COVID-19-Infektionen waren ab dem 26. Dezember 2020 erneut behördliche Maßnahmen ergriffen worden, die einen neuerlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung nach sich zogen. Laut Wöchentlichem WIFO-Wirtschaftsindex (WWWI) war das BIP in den ersten fünf Wochen des Jahres 2021 um rund 12½% niedriger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Nach der teilweisen Aufhebung der Einschränkungen am 8. Februar zeigte der Indikator eine merkliche Verbesserung an; die wirtschaftliche Aktivität war jedoch auch in der vierten Februarwoche noch um rund 7% geringer als im Vorjahr.

Laut WIFO-Konjunkturtest von Februar 2021 sind auch die Konjunktüreinschätzungen der österreichischen Unternehmen weiterhin überwiegend pessimistisch. Die Stimmung ist insbesondere im Dienstleistungsbereich und in der Konsumgütererzeugung äußerst gedämpft, während der Investitionsgüterbereich von der weltweiten Konjunkturerholung profitiert. In der Bauwirtschaft sind die Einschätzungen bereits seit dem Sommer 2020 wieder mehrheitlich optimistisch; der positive Trend setzte sich zu Jahresbeginn 2021 fort.

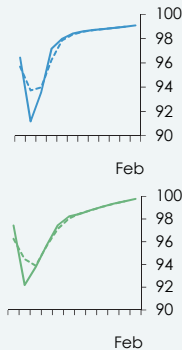
Abbildung 1: Internationale Konjunktur

Saisonbereinigt, 2015 = 100, gleitende Dreimonatsdurchschnitte

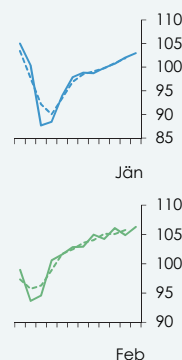
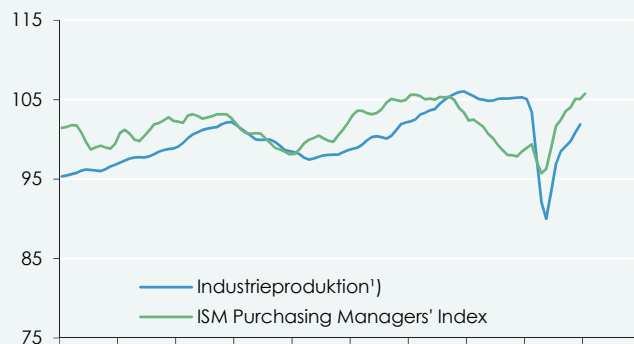
Leading indicators – Amplitude



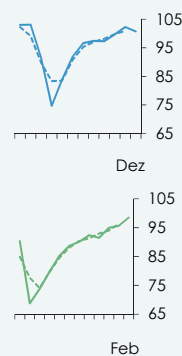
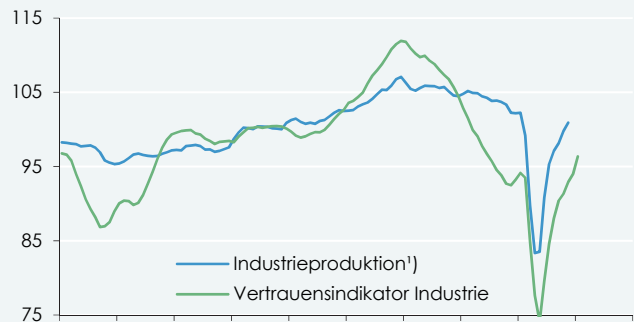
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



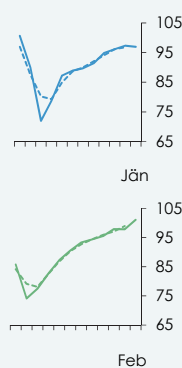
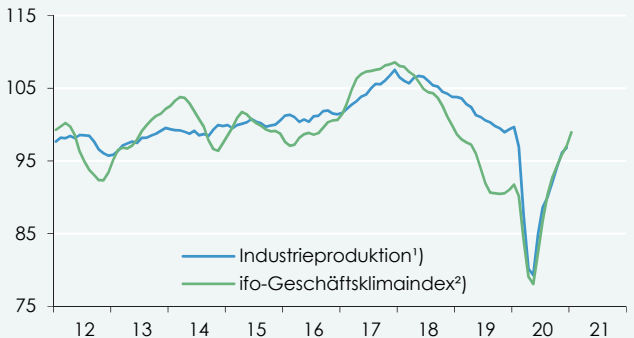
USA



Euro-Raum



Deutschland



Q: Europäische Kommission, Deutsche Bundesbank, ISM (Institute for Supply Management™), ifo (Institut für Wirtschaftsforschung), OECD. – 1) Produzierender Bereich. – 2) Verarbeitendes Gewerbe.

Die Inflation verlangsamte sich im Jänner auf +0,8% gegenüber dem Vorjahr und lag damit deutlich unter dem Zielwert der Europäischen Zentralbank von 2%. Wesentlicher Preistreiber war der Bereich Wohnung, Wasser und Energie, wogegen die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke

sowie für Benzin und Diesel sanken. Der österreichische Arbeitsmarkt leidet weiterhin stark unter den Folgen der COVID-19-Pandemie. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote lag nach nationaler Definition im Februar bei 9,4%.

1. Erholung der Weltwirtschaft hält an

Die kräftige Erholung der Weltwirtschaft setzt sich ausgehend von China fort. In den USA schwächte sich die Konjunktur allerdings ab.

Die Weltwirtschaft erholte sich in der zweiten Jahreshälfte 2020 von dem starken Einbruch im Frühjahr. Laut Central Planbureau (CPB) übertrafen der Welthandel und die globale Industrieproduktion zum Jahresende 2020 bereits deutlich das Vorkrisenniveau. Auch im IV. Quartal waren sie kräftig gewachsen, die Erholung hatte sich jedoch im Vergleich zum Vorquartal merklich verlangsamt.

Der RWI-Containerumschlagsindex – ein Indikator für den Welthandel – hatte den krisenbedingten Rückgang bereits zum Jahresende 2020 vollständig wettgemacht und stieg im Jänner 2021 neuerlich. Die Erholung der weltweiten Nachfrage spiegelt sich auch in einem Anstieg der Rohstoffpreise wider: Der HWWI-Index für alle Rohstoffe auf Dollarbasis stieg im Februar erneut und übertraf damit das Vorkrisenniveau. Auch der Ölpreis der Sorte Brent überschritt in der zweiten Februarhälfte die Marke von 60 € je Barrel und war damit ähnlich hoch wie zu Jahresbeginn 2020.

In China, wo der Aufholprozess der Wirtschaft bereits im II. Quartal 2020 eingesetzt hatte, nahm das BIP im IV. Quartal mit +2,6% gegenüber dem Vorquartal noch vergleichsweise kräftig zu. Die gesamtwirtschaftliche Produktion hatte das Vorkrisenniveau damit bereits weit überschritten. In den

USA schwächte sich das Wirtschaftswachstum im IV. Quartal 2020 hingegen auf +1% gegenüber dem Vorquartal ab. Das BIP war damit um 2,4% niedriger als im IV. Quartal 2019. Sowohl der private Konsum als auch die Exporte lagen in den USA zum Jahresende 2020 noch deutlich unter dem Niveau des Vorjahres.

Der wöchentliche Konjunkturindex der Federal Reserve Bank of New York sank ab Mitte Februar merklich; gegenüber der Vorjahreswoche dürfte die Wirtschaftsleistung in der dritten Februarwoche um 2,7% und in der Folgeweche um 2,3% abgenommen haben. Der von IHS Markit veröffentlichte Einkaufsmanagerindex für die USA, der im Dezember 2020 ein ähnlich hohes Niveau erreicht hatte wie während des kräftigen Aufschwungs 2017/18, erhöhte sich allerdings im Jänner und Februar weiter. Auch die Industrieproduktion nahm zu Jahresbeginn weiter zu und erreichte in etwa das Vorkrisenniveau. Das Konsumentenvertrauen hat sich in den USA hingegen bislang kaum erholt. Dies dürfte mit der weiterhin schlechten Lage auf dem Arbeitsmarkt zusammenhängen: Die Arbeitslosenquote betrug im Jänner 6,3%, das sind fast 3 Prozentpunkte mehr als zum Tiefststand vom Jahresende 2019. Auch die Erwerbsquote war im Jänner weiterhin merklich geringer als vor der Krise.

2. Noch keine deutlichen Anzeichen einer Konjunkturerholung in der EU

Das BIP im Euro-Raum sank im IV. Quartal 2020 gegenüber dem Vorquartal. Der Konjunkturtest der Europäischen Kommission zeigt auch zu Jahresbeginn 2021 keine Verbesserung an.

In den EU-Mitgliedsländern bremste 2020 eine zweite Welle der COVID-19-Pandemie die wirtschaftliche Erholung. Die Zahl der Neuinfektionen stieg im Herbst sprunghaft an, was in vielen Ländern neuerliche behördliche Einschränkungen zur Folge hatte. Das BIP ging im Euro-Raum im IV. Quartal 2020 zurück (-0,7% gegenüber dem Vorquartal) und lag um etwa 5% unter dem Vorjahresniveau. Besonders markant waren die Rückgänge in Frankreich (-1,4%) und Italien (-1,9%), während die Wirtschaftsleistung in Deutschland (+0,3%) und in Spanien (+0,4%) leicht zunahm. Auch in etlichen mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern der EU nahm das BIP im IV. Quartal 2020 kaum zu oder sank sogar, nachdem es im III. Quartal zumeist kräftig gestiegen war. Die Industrieproduktion ging im Euro-Raum im Dezember erstmals wieder zurück, nachdem sie ihr Vorkrisenniveau im November beinahe wieder erreicht hatte.

Dieses Bild besserte sich zu Jahresbeginn 2021 kaum. Während im Februar gemäß wöchentlichem OECD-Indikator (Weekly Tracker of GDP) das BIP in Frankreich und Italien wieder etwas zunahm und zum Monatsende etwa 3% unter dem Vorjahreswert lag, dürfte es in Deutschland aufgrund der behördlichen Einschränkungen gesunken sein. Laut OECD war die deutsche Wirtschaftsleistung Mitte Februar um etwa 8% geringer als im Vorjahr. Ende Februar betrug der Rückgang noch immer rund 6%.

Auch die Stimmung im Euro-Raum verbesserte sich seit November des Vorjahres kaum. Im Februar stieg der Economic Sentiment Indicator (ESI) der Europäischen Kommission zwar wieder geringfügig an, war aber zuvor etwas zurückgegangen. Der Vertrauensindikator für die Industrie verbesserte sich hingegen deutlich und lag im Februar bereits wieder über seinem Vorkrisenwert.

Auch der ifo-Geschäftsklimaindex für das verarbeitende Gewerbe in Deutschland nahm im Februar neuerlich stark zu und war so hoch wie zuletzt zu Jahresende 2018. Das Konsumentenvertrauen blieb jedoch verhalten. Dieses Muster gilt – mit länderspezifischen Abweichungen – für alle großen EU-Mitgliedsländer.

Die Arbeitslosenquote im Euro-Raum blieb im Jänner 2021 im Vergleich zum Vormonat unverändert und lag mit 8,1% fast einen Pro-

zentpunkt über dem Wert des Vorjahres. Die Inflationsrate war im Euro-Raum im Jänner und Februar wieder leicht positiv, der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) stieg jeweils um 0,9% gegenüber dem Vorjahr. Auch die Kerninflation (HVPI ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) zog merklich an und betrug im Februar 1,2%. Ein Teil des Anstiegs ist jedoch der Mehrwertsteuererhöhung in Deutschland von 16% auf 19% geschuldet, die mit Jahresbeginn 2021 in Kraft trat.

3. Rückgang der Wirtschaftsleistung in Österreich im IV. Quartal 2020

In Österreich beeinträchtigten erneute behördliche Einschränkungen im November und Dezember 2020 die wirtschaftliche Aktivität: Im IV. Quartal 2020 sank das BIP um 2,7% gegenüber dem Vorquartal, der Rückgang gegenüber dem Vorjahresquartal betrug 5,7%. Die gesamtwirtschaftliche Produktion war damit im Jahr 2020 um 6,6% niedriger als 2019.

Besonders markant war der Rückgang des privaten Konsums (–5,2% gegenüber dem Vorquartal), während die Exporte weitgehend unverändert blieben (–0,2%) und die Bruttoanlageinvestitionen leicht stiegen (+0,4%). In den konsumnahen Bereichen Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie ging die Wertschöpfung gegenüber dem Vorquartal um 15,6% zurück. Auch in den sonstigen Dienstleistungen, zu denen viele persönliche Dienstleistungen sowie der Bereich Kunst, Unterhaltung und Erholung gehören, brach sie ein (–12,5%). Im Bauwesen sank sie hingegen vergleichsweise wenig (–2,4%) und im Bereich der Herstellung von Waren nahm die Wertschöpfung sogar zu (+1,7%). Unterjährig zeigt sich jedoch ein gemischtes Bild: Auf Basis saisonbereinigter Daten hatte sich die Industrieproduktion bis Oktober 2020 beinahe vollständig von ihrem Einbruch im Frühjahr erholt. Im November und Dezember ging sie allerdings erneut deutlich zurück.

Der neuerliche Einbruch der Wirtschaftsleistung machte in den betroffenen Bereichen die Erholung während der Sommermonate teilweise zunichte. So waren die Konsumausgaben der privaten Haushalte im IV. Quartal um 11% niedriger als im Vorjahr. Auch die Exporte lagen um mehr als 8½% unter ihrem Vorjahreswert. Die Bruttoanlageinvestitionen hatten sich vom Einbruch im II. Quartal 2020 hingegen vollständig erholt und waren im IV. Quartal fast so hoch wie im Jahr davor. In den stark betroffenen Wirtschaftsbereichen sonstige Dienstleistungen (–21,5%) sowie Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie (–19,7%) lag die Wertschöpfung im IV. Quartal deutlich unter dem Vorjahresniveau, im Bauwesen und in der Herstellung von Waren dagegen nur leicht.

3.1 Wirtschaftliche Aktivität auch zu Jahresbeginn 2021 schwach

Die am 26. Dezember 2020 in Kraft getretenen behördlichen Einschränkungen, die vor allem den Handel, persönliche Dienstleistungen sowie die Beherbergung und Gastronomie betrafen, dämpften die wirtschaftliche Aktivität zu Jahresbeginn. Laut Wöchentlichem WIFO-Wirtschaftsindex (WWWI) lag das österreichische BIP im Durchschnitt der ersten fünf Wochen des Jahres 2021 um rund 12½% unter dem Vorjahresniveau. Seit der teilweisen Aufhebung der Restriktionen und den Geschäftsöffnungen am 8. Februar verbesserte sich der Indikator zwar deutlich, die wirtschaftliche Aktivität war in der Kalenderwoche 8 (22. bis 28. Februar 2021) aber immer noch um rund 7% geringer als in der Vorjahreswoche. Dazu trugen insbesondere der private Konsum und die Reiseverkehrsexporte bei, die im Vorjahresvergleich schwach ausfielen.

3.2 Einschätzungen der Unternehmen weiterhin überwiegend pessimistisch

Wie die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests von Februar zeigen, ist die Stimmung der österreichischen Unternehmen weiterhin gedämpft. Der Konjunkturklimaindex veränderte sich gegenüber dem Vormonat kaum und lag nach wie vor weit im negativen Bereich. Die Unternehmen blieben sowohl in ihren Beurteilungen der aktuellen Lage als auch hinsichtlich ihrer Erwartungen äußerst skeptisch. Die unterschiedlich starke Betroffenheit der Branchen von den behördlichen Maßnahmen bedingt weiterhin sektorale Unterschiede: Im Dienstleistungsbereich verbesserten sich die Einschätzungen zwar leicht, blieben aber deutlich pessimistisch. Auch in der Sachgütererzeugung überwogen weiterhin die skeptischen Einschätzungen: Nur etwa 60% der Unternehmen beurteilten ihre Auftragsbestände als ausreichend. Insbesondere in der von Einschränkungen relativ stark betroffenen Konsumgütererzeugung trübte sich die Stimmung im Februar weiter ein und war deutlich pessimistischer als unter Produzenten von Vorprodukten und Investitionsgütern. Allerdings wird die Geschäftslage auch im Investitionsgüterbereich weiterhin

Das österreichische BIP sank im IV. Quartal um 2,7% gegenüber dem Vorquartal. Private Konsumausgaben und Exporte haben sich von der COVID-19-Krise noch nicht erholt.

Der Wöchentliche WIFO-Wirtschaftsindex erholte sich nach der Öffnung der Geschäfte im Februar spürbar, deutet aber weiterhin auf eine schwache wirtschaftliche Aktivität hin.

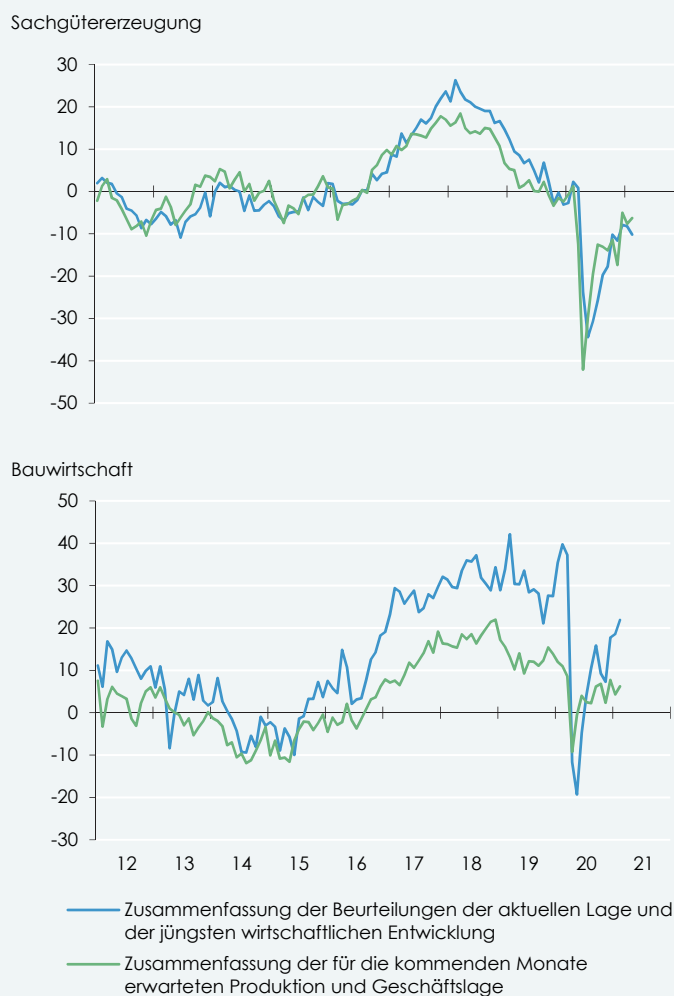
Der WIFO-Konjunkturklimaindex lag im Februar unverändert im negativen Bereich. Insbesondere im Dienstleistungssektor ist die Stimmung trübe.

mehrheitlich negativ beurteilt. Der von Unicredit Bank Austria veröffentlichte EinkaufsManagerIndex verbesserte sich dagegen im Februar merklich und deutet im Gegensatz zum WIFO-Konjunkturtest auf eine Expansion im produzierenden Gewerbe hin. In der Bauwirtschaft war die Stimmung laut WIFO-Konjunkturtest überwiegend optimis-

tisch und zeigte im Februar eine leichte Aufwärtstendenz. Das Konsumentenvertrauen verbesserte sich laut Konjunkturtest der Europäischen Kommission im Februar zwar leicht, blieb aber weiterhin schwach. Vor allem die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird weiterhin als sehr ungünstig eingeschätzt.

Abbildung 2: **Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests**

Indizes der aktuellen Lagebeurteilung und der unternehmerischen Erwartungen, saisonbereinigt



Q: WIFO-Konjunkturtest. Angaben in Indexpunkten (Prozentpunkten) zwischen +100 und -100. Werte über 0 zeigen insgesamt positive, Werte unter 0 negative Erwartungen an.

Die Inflation sank zu Jahresbeginn merklich und ist weit vom Ziel der EZB entfernt.

3.3 Inflation verlangsamt sich

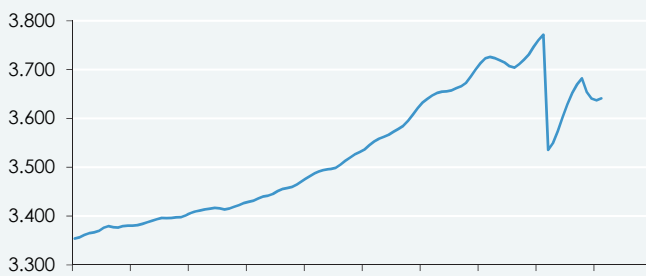
Die Inflation ging gemessen am Verbraucherpreisindex (VPI) im Jänner auf +0,8% gegenüber dem Vorjahr zurück (Dezember 2020 +1,2%) und lag damit deutlich unter dem Ziel der Europäischen Zentralbank von 2%. Wesentlicher Preistreiber war der Bereich Wohnung, Wasser und Energie, worin sich ein kräftiger Anstieg der Wohnungsmieten niederschlug. Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke sowie Verkehr sanken hingegen spürbar. Im Bereich Ver-

kehr machten sich vor allem die fallenden Treibstoffpreise bemerkbar.

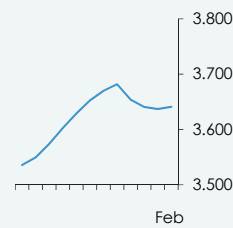
Die im Mikrowarenkorb erfassten Güter und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs kosteten im Jänner 2021 um 2,1% mehr als im Vorjahr, jene des Miniwarenkorb (wöchentlicher Einkauf) hingegen um 0,7% weniger. Der harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) lag im Jänner um 1% über dem Vorjahreswert. Die Kerninflation (HVPI ohne unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie), die den inländischen Preisauftrieb widerspiegeln soll, betrug 1,6%.

Abbildung 3: **Wirtschaftspolitische Eckdaten**

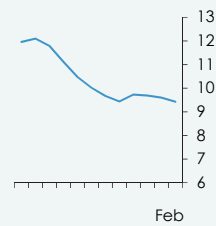
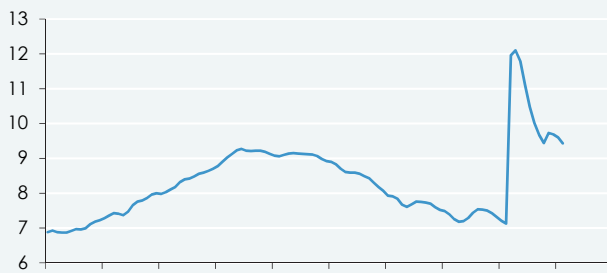
Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾, in 1.000, saisonbereinigt



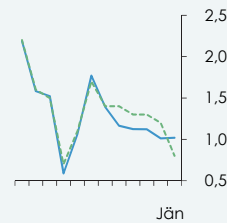
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



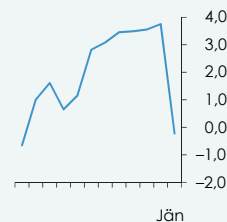
Arbeitslosenquote, in % der unselbständigen Erwerbspersonen, saisonbereinigt



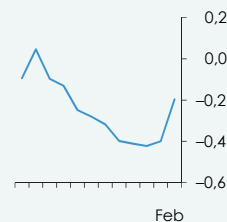
Inflationsrate, in %



Effektiver Wechselkurs, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Sekundärmarkttrendite für 10-jährige Bundesanleihen, in %



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechterm Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung.

Infolge der COVID-19-Pandemie verschlechterte sich die Arbeitsmarktlage in Österreich markant.

3.4 Arbeitslosigkeit weiterhin hoch

Neuerliche behördliche Einschränkungen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie, die im Jänner und Februar 2021 weiterhin aufrecht waren, belasten den österreichischen Arbeitsmarkt. Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten war im Februar nach vorläufiger Schätzung um 126.000 niedriger als im Vorjahr (-3,4%). Durchschnittlich 496.000 Beschäftigte waren laut Bundesministerium

für Arbeit im Februar zur Kurzarbeit angemeldet.

Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen war im Februar um 103.000 höher als im Vorjahr (+30,8%), einschließlich Personen in Schulungen um 109.600 (+27,4%). Die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition stieg damit gegenüber dem Vorjahresmonat um 2,6 Prozentpunkte; saisonbereinigt betrug sie 9,4%. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote laut Eurostat lag im Jänner bei 5,7%.

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

Rückfragen: astrid.czaloun@wifo.ac.at, christine.kaufmann@wifo.ac.at, martha.steiner@wifo.ac.at

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern).

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres (t_0) auf die Veränderungsrate des Folgejahres (t_1). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres t_1 , wenn das BIP im Jahr t_1 auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres t_0 (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Produzierender Bereich

Diese Abgrenzung schließt die NACE-2008-Abschnitte B, C und D (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Herstellung von Waren, Energieversorgung) ein und wird hier im internationalen Vergleich verwendet.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preis-

stabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <http://www.statistik.at/>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden über 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2015) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionstest

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.700 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Der WIFO-Investitionstest ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechterm Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung österreichischer Unternehmen zu ihrer wirtschaftlichen Lage und deren Entwicklung in den nächsten Monaten. Ziel ist es, mit möglichst geringem Aufwand für die Befragten die aktuelle und bevorstehende Entwicklung der österreichischen Wirtschaft zu erfassen. Die Ergebnisse werden zwölfmal pro Jahr jeweils vor dem Ende des Monats der Erhebung veröffentlicht. Sie liegen damit wesentlich früher vor als Daten der amtlichen Konjunkturstatistik. So sind die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für einen bestimmten Monat rund zwei Monate vor der Veröffentlichung des vorläufigen Wertes und rund drei Monate vor der Publikation des ersten Wertes des Produktionsindex verfügbar.

Pro Monat nehmen rund 1.600 Unternehmen mit mehr als 200.000 Beschäftigten freiwillig am WIFO-Konjunkturtest teil. An dieser Stelle sei den Unternehmen gedankt, ohne ihre Mitwirkung wäre der WIFO-Konjunkturtest nicht möglich.

3/2021 Konjunktureinschätzungen hellen sich auf. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom März 2021

Werner Hölzl, Michael Klien, Agnes Kügler

Die Stimmung der österreichischen Unternehmen verbesserte sich im März merklich. Der WIFO-Konjunkturklimaindex notierte mit –3,2 Punkten (saisonbereinigt) nur mehr knapp im negativen Bereich und stieg gegenüber dem Vormonat deutlich an. Die Einschätzungen zur aktuellen Geschäftslage fielen zwar positiver aus, Unternehmen in behördlich stark eingeschränkten Branchen blieben jedoch weiterhin skeptisch. Die Konjunkturaussichten der Unternehmen hellten sich merklich auf und waren erstmals seit Beginn der COVID-19-Pandemie optimistisch.

<https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/67034>

Sonderausgabe 1/2021 Beeinträchtigungen der Geschäftstätigkeit, Liquidität und staatliche Hilfen in der zweiten COVID-19-Welle. Ergebnisse der fünften Sonderbefragung zur COVID-19-Krise im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests vom Februar 2021

Werner Hölzl, Michael Klien, Agnes Kügler, Birgit Meyer

<https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66980>

Frühere Ausgaben

2/2021 Konjunktureinschätzungen bleiben skeptisch. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Februar 2021

Werner Hölzl, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66915>

1/2021 Konjunktursituation bleibt angespannt. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2021

Werner Hölzl, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66837>

12/2020 Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Dezember 2020. Graphische Darstellung

Werner Hölzl, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66721>

11/2020 COVID-19 bremst Konjunkturerholung. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom November 2020

Werner Hölzl, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66648>

Sonderausgabe 4/2021 Umsatzentwicklung, Investitionsverhalten und Erwartungen bezüglich der Normalisierung. Ergebnisse der vierten Sonderbefragung zur COVID-19-Krise im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2020

Werner Hölzl, Michael Klien, Agnes Kügler, Klaus S. Friesenbichler

<https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66612>

<https://www.wifo.ac.at/themen/wifo-konjunkturtest/wifo-konjunkturtest>

Europäische Wirtschaftspolitik in der COVID-19-Krise

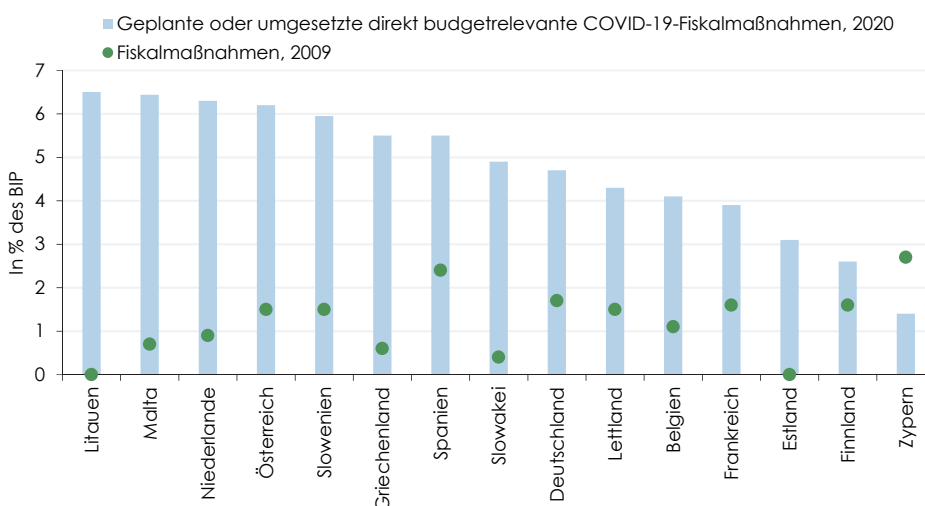
Zwischen Rettungspaketen und Maßnahmen zur Konjunkturbelebung

Atanas Pekanov

- Eine aktive Fiskal- und Geldpolitik verhinderte 2020 einen noch tieferen Einbruch der Wirtschaftsleistung.
- Den bisherigen Fiskalmaßnahmen kommt vorrangig eine Versicherungsfunktion zu, um die Krisenfolgen für Unternehmen und private Haushalte abzumildern, sie setzen jedoch wenig konjunkturelle Impulse. Künftige Maßnahmen sollten verstärkt der Konjunkturbelebung dienen.
- Eine nachhaltige Erholung wird erst dann eintreten können, wenn die COVID-19-Pandemie überwunden wurde. Bis dahin wird eine Kombination aus Konsumschwäche, behördlichen Schließungsmaßnahmen und Unsicherheit dazu führen, dass die tatsächliche Wirtschaftsleistung der EU-Mitgliedsländer weit hinter den Möglichkeiten zurückbleibt.
- Auf Basis aktueller Schätzungen der Outputlücke erscheinen die für 2021 geplanten Fiskalmaßnahmen im Euro-Raum noch unzureichend.
- Für einen nachhaltigen Aufschwung bedarf es auch weiterhin einer expansiven Fiskalpolitik.

Umfang direkt budgetrelevanter COVID-19-Fiskalmaßnahmen 2020 im Vergleich zu Fiskalmaßnahmen im Krisenjahr 2009

Ausgewählte Länder des Euro-Raumes



"Die Länder des Euro-Raumes führten 2020 große Fiskalpakete ein. Gemessen am BIP waren sie deutlich umfangreicher als die 2009 im Zuge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ergriffenen Fiskalmaßnahmen."

Veränderung der fiskalischen Maßnahmen mit budgetären Auswirkungen im Zusammenhang mit COVID-19 im Jahr 2020 im Vergleich zu den Veränderungen der Fiskalmaßnahmen im Krisenjahr 2009 in ausgewählten Ländern des Euro-Raumes (Q: WIFO-Berechnungen anhand der Budgetentwürfe der EU-Mitgliedsländer 2021; Europäische Kommission, 2010).

Europäische Wirtschaftspolitik in der COVID-19-Krise

Zwischen Rettungspaketen und Maßnahmen zur Konjunkturbelebung

Atanas Pekanov

Europäische Wirtschaftspolitik in der COVID-19-Krise.

Zwischen Rettungspaketen und Maßnahmen zur Konjunkturbelebung

Im Jahr 2020 war in sämtlichen EU-Mitgliedsländern ein tiefer und abrupter Einbruch der Wirtschaftsleistung zu verzeichnen. Als Reaktion darauf wurden diverse Hilfspakete verabschiedet, die die betroffenen privaten Haushalte und Unternehmen während der Krisenmonate unterstützen sollten. Eine aktive Fiskal- und Geldpolitik verhinderte eine noch tiefere Rezession. Die bisher ergriffenen Fiskalmaßnahmen dienen vorrangig dazu, die Krisenfolgen für Unternehmen und privaten Haushalte abzumildern, setzen jedoch wenig zusätzliche Impulse zur Konjunkturbelebung. Mit einer stimulierenden Wirkung von Fiskalmaßnahmen ist erst dann zu rechnen, wenn die COVID-19-Pandemie überwunden wurde. Für einen nachhaltigen Aufschwung bedarf es daher weiterhin einer expansiven Fiskalpolitik.

JEL-Codes: E60, F01, G01, H12 • **Keywords:** Fiskalpolitik, Geldpolitik, COVID-19, Wirtschaftskrise

Begutachtung: Margit Schratzenstaller • **Wissenschaftliche Assistenz:** Nathalie Fischer (nathalie.fischer@wifo.ac.at), Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 3. 3. 2021

Kontakt: Atanas Pekanov, MSc (atanas.pekanov@wifo.ac.at)

European Economic Policy in the COVID-19 Crisis. Between Rescue Packages and Economic Stimulus Measures

All EU countries experienced a historically abrupt economic slump in 2020. In response, EU governments initiated aid packages to support affected households and economic sectors through the crisis months. The active role of fiscal policy and monetary policy prevented an even deeper economic slump in 2020 and kept the consequences of the crisis in check so far. At present, government spending primarily has an insurance function to cushion the shock to businesses and households, but it is providing less stimulus at the moment. Such a stimulating effect can only occur once COVID-19 is contained and the pandemic has subsided. In the near future, an expansionary fiscal policy will continue to be necessary for a sustainable upswing of the economy.

1. Einleitung

Im Jahr 2020 war in sämtlichen EU-Mitgliedsländern ein tiefer und abrupter Einbruch der Wirtschaftsleistung zu verzeichnen. Als Reaktion darauf wurden diverse Hilfspakete verabschiedet, welche die betroffenen privaten Haushalte und Unternehmen während der Krisenmonate unterstützen sollten. Sowohl die Dauer als auch die wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Krise sind derzeit noch schwer absehbar. Sie hängen vom Erfolg der Eindämmung der Pandemie sowie von Umfang und Dauer der gesundheitspolitischen Einschränkungen der Wirtschaftstätigkeit ab. Eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung wird erst dann einsetzen können, wenn es gelungen ist, die Pandemie zu überwinden. Bis dahin wird eine Kombination aus Konsumschwäche, behördlichen Schließungsmaßnahmen und Unsicherheit bei Bevölkerung und Unternehmen dazu führen, dass die tatsächliche Wirtschaftsleistung der EU-Mitgliedsländer weit hinter den Möglichkeiten zurückbleibt.

Staatliche Interventionen verfolgen derzeit vor allem das Ziel der sozialen Absicherung,

indem sie den krisenbedingten Umsatz- bzw. Einkommensentgang von Unternehmen und privaten Haushalten abmildern. Sie geben jedoch kaum zusätzliche indirekte wirtschaftliche Impulse, solange die Wirtschaftsaktivität einiger Sektoren durch die Lockdown-Maßnahmen eingeschränkt wird. Mit einer stimulierenden expansiven Wirkung von Interventionen ist erst dann zu rechnen, wenn das Infektionsgeschehen dauerhaft eingedämmt wurde und die COVID-19-Pandemie abgeklungen ist.

Eine aktive Fiskal- und Geldpolitik verhinderte im Jahr 2020 einen noch tieferen Wirtschaftseinbruch. Zu Beginn der Krise im März 2020 fielen die Reaktionen der EU-Länder sehr ähnlich aus. Sie kombinierten direkt budgetwirksame Maßnahmen wie eine Erhöhung der Staatsausgaben, Steuermaßnahmen und Beschäftigungsprogramme mit Maßnahmen, die indirekt auf die Staatshaushalte wirken. Dazu gehören staatliche Garantien zur Absicherung von Unternehmen und privaten Haushalten und zur Gewährleistung von Kreditvergaben an Unterneh-

Eine aktive Fiskal- und Geldpolitik verhinderte im Jahr 2020 einen noch tieferen Wirtschaftseinbruch.

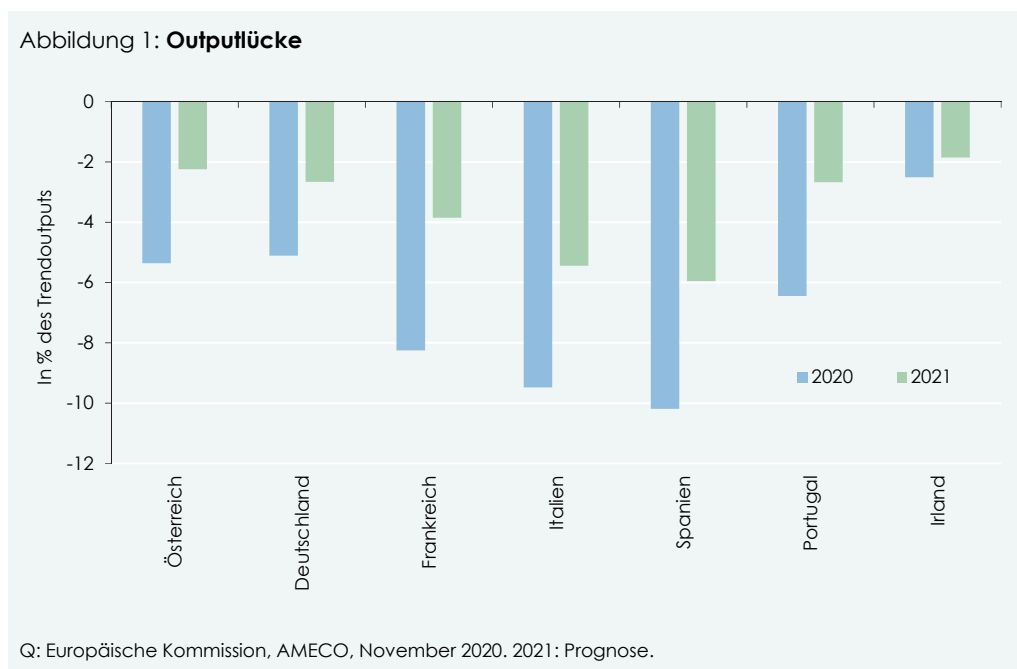
men. Vorrangiges Ziel dieser kurzfristigen und großzügigen Maßnahmen war es, Beschäftigungsverhältnisse und solide Unternehmen durch die Krise zu bringen, um so die langfristige Leistungsfähigkeit der Wirtschaft abzusichern (Gourinchas, 2020, Baldwin, 2020).

Um einen nachhaltigen konjunkturellen Aufschwung zu erreichen, wird es auch weiterhin einer expansiven Fiskalpolitik bedürfen. In den meisten Ländern des Euro-Raumes dürfte die reale Wirtschaftsleistung auch 2021 unter dem Produktionspotential liegen (Abbildung 1)¹⁾. Während die COVID-19-Maßnahmen in der ersten Phase der Krise breit gefächert waren und es auf eine ra-

sche Umsetzung ankam, sollten künftige Interventionen treffsicherer und effizienter gestaltet werden. Die Fiskalpolitik sollte 2021 gezielte und temporäre Impulse setzen und die ungleiche Verteilung der finanziellen Verluste zwischen Wirtschaftsbereichen und Haushaltsgruppen berücksichtigen. Die Mittel aus dem Europäischen Aufbaufonds sollten dazu genutzt werden, die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Pandemie abzumildern und einen ökologischen und digitalen Wandlungsprozess anzustoßen, der die Nachhaltigkeit und Widerstandsfähigkeit in den europäischen Volkswirtschaften erhöht.

Um einen nachhaltigen Aufschwung zu erreichen, wird der expansiven Fiskalpolitik weiterhin eine wichtige Rolle zukommen müssen.

Abbildung 1: **Outputlücke**



2. Wirtschaftspolitische Maßnahmen

2.1 Fiskalische Maßnahmen auf Ebene der EU-Mitgliedsländer

Angesichts der Besonderheiten der COVID-19-Krise eignen sich Instrumente der Fiskalpolitik am besten zur Unterstützung der Wirtschaft, da sie erlauben, die Hilfsleistungen nach Wirtschaftsbereichen und Haushaltsgruppen zu differenzieren, und sie somit gezielter eingesetzt werden können als allgemeine geldpolitische Maßnahmen. Fiskalpolitische Instrumente werden auch deshalb bevorzugt, da die Effizienz weiterer Zinssenkungen im derzeitigen Nullzinsumfeld nicht unumstritten ist²⁾. Die Geldpolitik der EZB ist dennoch von hoher Bedeutung für

die Fiskalpolitik, da sie günstige Finanzierungsbedingungen für die kostspieligen Hilfsprogramme und somit politischen Spielraum schafft.

2020 ergriffen sämtliche Länder des Euro-Raumes³⁾ umfangreiche Fiskalmaßnahmen (Rettungspakete und Konjunkturmaßnahmen). Im Durchschnitt ausgewählter Euro-Länder (Abbildung 4) machten diese Pakete 2020 gut 4% des BIP aus (EZB, 2021)⁴⁾. Der Anteil solcher Maßnahmen an der Wirtschaftsleistung war damit deutlich höher als während der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2009 (durchschnittlich 1,5%, EZB, 2021). Die

Gemessen am BIP waren die Fiskalmaßnahmen 2020 in den meisten EU-Ländern deutlich umfangreicher als in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2009.

¹⁾ Das Konzept der Outputlücke wurde kritisiert, da in Rezessionen die Unterauslastung der Wirtschaft unterschätzt werden könnte. Die Outputlücke kann dennoch dazu dienen, um die Ausrichtung der notwendigen Fiskalmaßnahmen zu bestimmen.

²⁾ Obwohl u. a. Tenreyro (2021) und Rostagno et al. (2019) überzeugend für die Wirksamkeit von negativen Zinssätzen zur Konjunkturbelebung argumentieren,

hat bisher keine der großen Zentralbanken dieses Instrument intensiv eingesetzt.

³⁾ Im vorliegenden Beitrag werden vor allem jene Entwicklungen in den Ländern des Euro-Raumes analysiert, die durch die gemeinsame Geldpolitik beeinflusst werden.

⁴⁾ Durchschnitt jener Länder, die ihre Budgetentwürfe Mitte Oktober 2020 bei der EU-Kommission eingereicht hatten (siehe Abbildung 4).

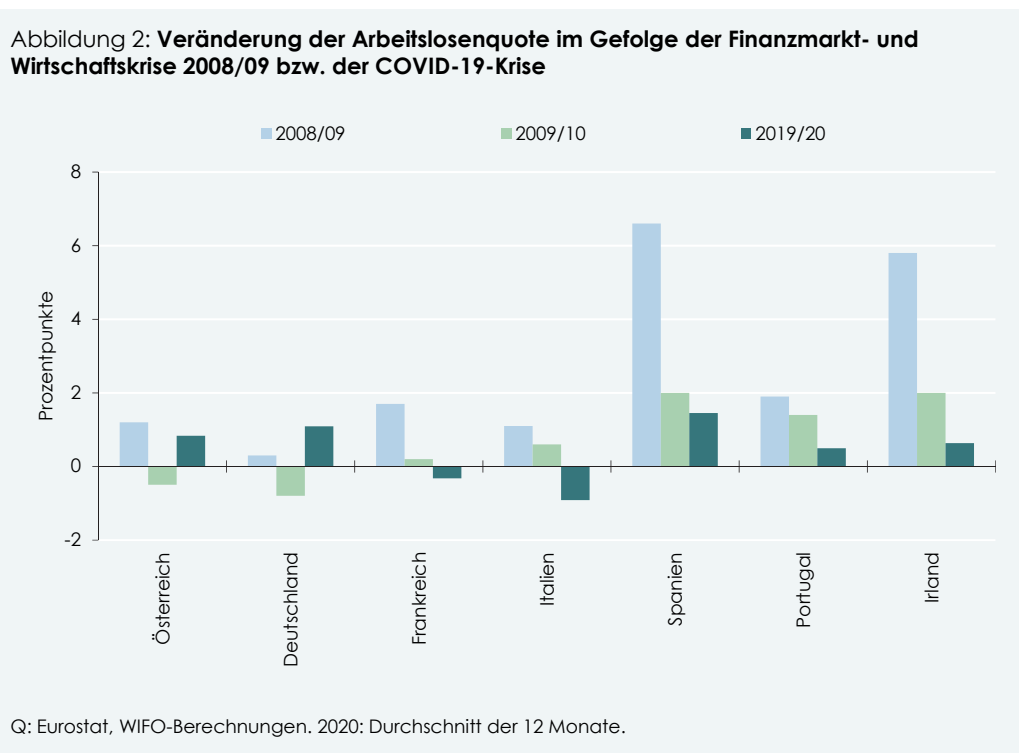
EU-Mitgliedsländer nutzten ähnliche wirtschaftspolitische Instrumente, um der COVID-19-Krise entgegenzuwirken. Folgende Maßnahmen wurden – bei unterschiedlichem Zeithorizont und Ausmaß – in fast allen EU-Ländern ergriffen:

- Einführung von Kurzarbeitsmodellen,
- Übernahme von Haftungen und Vergabe direkter Kredite,
- Auszahlung direkter Zuschüsse an Unternehmen,
- steuerliche Maßnahmen (Stundungen von Steuern und Sozialabgaben, Steuer-senkungen und andere Steuermaßnahmen) sowie eine
- Erhöhung der Staatsausgaben.

Die Kurzarbeitsprogramme spielten eine besonders wichtige Rolle bei der Stabilisierung der Beschäftigung und wurden im Zuge behördlich angeordneter Geschäftsschließungen intensiv eingesetzt. Auch in Bezug auf das Ausgabenvolumen waren die Programme von hoher Bedeutung: Im Jahr 2020 waren durchschnittlich 25% der Ausgaben

für die in den Budgetentwürfen angekündigten Fiskalpakete ausgewählter Euro-Länder für Kurzarbeitsprogramme vorgesehen (EZB, 2021). Das Hauptziel der Kurzarbeit ist die Aufrechterhaltung von Beschäftigungsverhältnissen während Lockdown-Phasen. Damit soll später eine Erholung auf dem Arbeitsmarkt erleichtert werden, indem ein Verlust von Humankapital und Wissen verhindert wird und die Arbeitskräfte nach dem Ende der Lockdown-Maßnahmen wieder rasch und ohne langwierige Such- und Einschulungsprozesse zur Verfügung stehen. Evidenzen für die Krisenjahre 2008/09 und ersten Studien zur COVID-19-Krise belegen die diesbezügliche Effizienz von Kurzarbeitsmaßnahmen (Hijzen – Martin, 2013, Cahuc et al., 2018, Giupponi – Landais, 2020).

Die intensive Nutzung der Kurzarbeitsprogramme dämpfte 2020 in den meisten Euro-Ländern den Anstieg der Arbeitslosenquote. Er fiel im Vergleich mit den von der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise geprägten Jahren 2009 und 2010 deutlich geringer aus (Abbildung 2).



Kredithaftungen waren in der ersten Phase der COVID-19-Krise ein weiteres zentrales Instrument. Sie dienten dazu, die Liquidität der Unternehmen abzusichern, insbesondere der KMU. Im Durchschnitt des Euro-Raumes machen die bis 15. Oktober 2020 angekündigten Haftungen zwar 1,6% des BIP aus (EZB, 2021), jedoch besteht bei diesen Kreditgarantien eine große Diskrepanz zwischen dem angekündigten Rahmen und der tatsächlichen Ausschöpfung. Laut EZB dürfte das Ausmaß der tatsächlichen Inanspruch-

nahme bis November 2020 zwischen 1,3% in Deutschland und 9,7% in Spanien gelegen sein (EZB, 2021).

Der Anteil der fiskalpolitischen COVID-19-Maßnahmen an der Wirtschaftsleistung 2020 schwankt, je nachdem, welche Instrumente in die Berechnung einfließen und welche Prognosewerte für das BIP unterstellt werden. Die in Abbildung 3 dargestellten Werte beruhen auf dem "Fiskalmonitor" des Internationalen Währungsfonds (IWF, 2020) und bezie-

hen sich auf den Planungs- bzw. Umsetzungsstand bis Ende Dezember 2020. Laut IWF machten "zusätzliche Ausgaben und entgangene Staatseinnahmen" 2020 im Durchschnitt der EU-Länder 5,5% des BIP aus (Österreich 8,6%), "Eigenkapitalmaßnahmen, Darlehen und Kredithaftungen" durchschnittlich 8,1% (Österreich 2,4%).

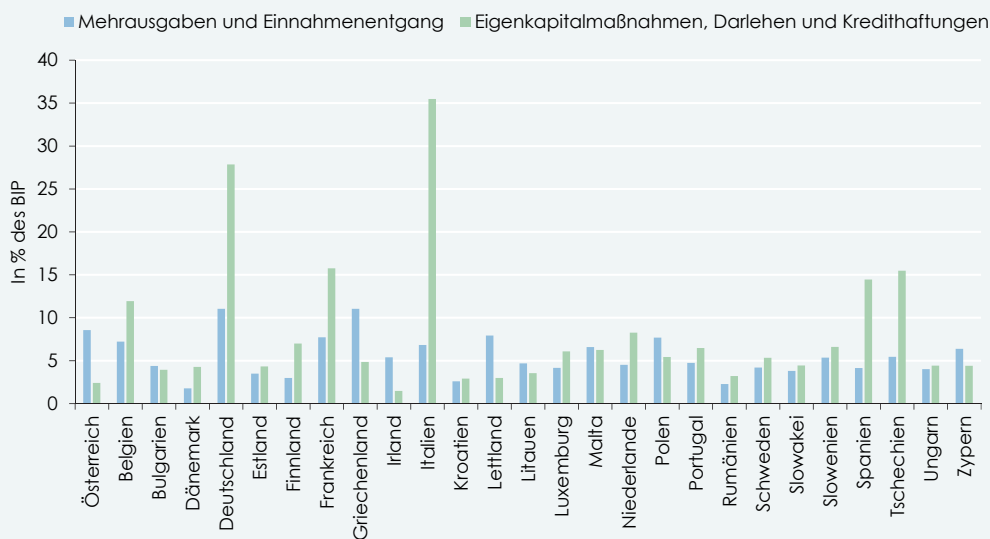
Abbildung 4 beruht auf den Budgetentwürfen ("draft budgetary plans") der EU-Mitgliedsländer, die bis Oktober 2020 bei der Europäischen Kommission eingereicht wurden⁵⁾, und zeigt den Umfang der zusätzlichen Maßnahmen mit direkter Budgetwirkung⁶⁾. Die dargestellten Anteile umfassen daher nur die zusätzlichen Ausgaben zum Planungs- bzw. Umsetzungsstand 15. Oktober 2020. Auf dieser Grundlage wies Österreich mit 6,2% des BIP im Vergleich mit aus-

gewählten EU-Ländern das viertgrößte Ausgabenvolumen für COVID-19-Maßnahmen auf.

Auch wenn sie nicht die aktuellsten Entwicklungen abbilden, bestätigen diese Vergleiche, dass das COVID-19-Maßnahmenpaket in Österreich eines der größten im Euro-Raum war. Rezenten Berechnungen zufolge plante Österreich für 2020 und 2021 49,6 Mrd. € an Hilfsmaßnahmen zur Unterstützung von privaten Haushalten und Unternehmen (12,5% des BIP 2019) und weitere 11,6 Mrd. € (2,9% des BIP 2019) für konjunkturbelebende Maßnahmen (Loretz et al., 2021). Bis Mitte Februar 2021 wurden rund 24,1 Mrd. € für Steuererleichterungen, Haftungen und Zuschüsse an Unternehmen aufgewendet (einschließlich Kurzarbeit; Bundesministerium für Finanzen, 2021).

Im europäischen Vergleich waren die COVID-19-Fiskalmaßnahmen in Österreich sehr umfangreich.

Abbildung 3: Geplante oder umgesetzte fiskalpolitische COVID-19-Maßnahmen der EU-Mitgliedsländer zum Stand 31. Dezember 2020



Q: IWF. Die IWF-Datenbank fasst die wichtigsten fiskalpolitischen Maßnahmen zusammen, die die EU-Länder als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie bis zum 31. Dezember 2020 geplant oder umgesetzt haben. Die Datenbank konzentriert sich auf zusätzliche Maßnahmen der Länder, die die bestehenden automatischen Stabilisatoren ergänzen. Diese Stabilisatoren unterscheiden sich von Land zu Land in ihrem Umfang und ihrer Reichweite. Die hier enthaltenen Schätzungen sind vorläufig, da laufend weitere Maßnahmen gesetzt werden.

Direkte Vergleiche zwischen den Fiskalmaßnahmen unterschiedlicher Länder sind schwierig. Die Aufstellungen der Europäischen Kommission und des IWF beinhalten Maßnahmen, die heterogen und damit nur sehr begrenzt vergleichbar sind. Ebenso ist es nicht einfach, die Maßnahmen zu quantifizieren und ihre Budgetwirkung abzuschätzen. Darüber hinaus ist auch die Unterscheidung zwischen budgetwirksamen zusätzli-

chen Maßnahmen und automatischen Stabilisatoren nicht immer eindeutig: So stufen etwa einige Länder die Kurzarbeit als eine Art automatischen Stabilisator ein, während andere sie als zusätzliche ("diskretionäre") ausgabenseitige Maßnahme behandeln. Ähnliche Schwierigkeiten bei länderübergreifenden Vergleichen bestehen auch bei der Quantifizierung der Stundungen bzw. der Herabsetzungen von Steuern und Sozial-

⁵⁾ https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/economic-and-fiscal-policy-coordination/eu-economic-governance-monitoring-prevention-correction/stability-and-growth-pact/annual-draft-budgetary-plans-abps-euro-area-countries/draft-budgetary-plans-2021_en (abgerufen am 16. 2. 2021).

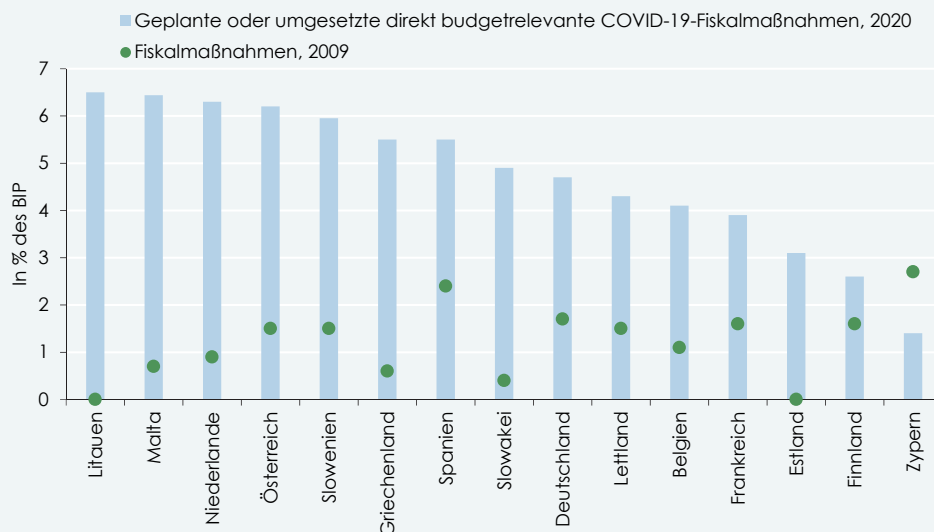
⁶⁾ Dazu zählen z. B. alle zusätzlichen Staatsausgaben und Reduktionen von Staatseinnahmen aufgrund steuerlicher Maßnahmen, jedoch nicht z. B. Kreditgarantien und Haftungen, da diese zunächst budgetneutral sind.

beitragen. Erschwerend kommt hinzu, dass die geplanten Ausgaben für 2020 und die Budgetentwürfe für 2021 bereits Mitte Oktober 2020 und damit vor der zweiten COVID-19-Welle an die Europäische Kommission übermittelt wurden. In Folge der zweiten

Welle stiegen die Ausgaben nochmals an. Zahlreiche Länder setzten zusätzliche Hilfsmaßnahmen; zudem erhöhte sich die Budgetwirkung der automatischen Stabilisatoren.

Abbildung 4: Umfang direkt budgetrelevanter COVID-19-Fiskalmaßnahmen 2020 im Vergleich zu Fiskalmaßnahmen im Krisenjahr 2009

Ausgewählte Länder des Euro-Raumes



Q: WIFO-Berechnungen anhand der Budgetentwürfe der EU-Mitgliedsländer 2021, Europäische Kommission (2010).

Durch die umfangreichen Unterstützungsmaßnahmen stiegen die Schuldenquoten in den EU-Ländern deutlich an.

Aufgrund der umfangreichen Unterstützungsmaßnahmen stiegen die Schuldenquoten der EU-Länder kräftig an. Die Sekundärmarktrenditen auf 10-jährige Staatsanleihen blieben hingegen stabil; in mehreren Ländern waren sie zuletzt nahe Null, in einigen – wie in Deutschland und Österreich – sogar negativ (Abbildung 5). Diese Rahmenbedingungen erlauben es, einen Anstieg der Staatsverschuldung in Kauf zu nehmen, um die wirtschaftliche Krise abzumildern (Europäische Kommission, 2020). Im aktuellen Umfeld könnte es auch zielführend sein, die Sinnhaftigkeit der Schuldenquote als Hauptindikator für die Staatsfinanzen zu überdenken. In einer Rezession ist die Schuldenquote ein weniger geeignetes Maß für die Nachhaltigkeit der Staatshaushalte als etwa der Anteil der Zinsausgaben an der Wirtschaftsleistung – ein Indikator für die budgetären "Kosten" der Verschuldung. Gemessen am BIP sinken die Zinsausgaben der EU-Länder seit Jahren und erreichten 2020 zum Teil historische Tiefststände (Abbildung 6). Dies ist aber nicht nur auf die unterstützende Geldpolitik zurückzuführen. Der langfristige Gleichgewichtszinssatz ist seit Jahren rückläufig und drückt das Zinsniveau – die Ein-

griffe der Zentralbanken wirkten dabei nur verstärkend⁷⁾.

2.2 Maßnahmen auf EU-Ebene

Die COVID-19-Krise traf den Euro-Raum in einer schwierigen Ausgangslage: Langjährige Probleme der Mitgliedsländer waren noch nicht überwunden, die Divergenz zwischen dem Kern und der Peripherie des Euro-Raumes konnte seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 nicht verringert werden und die langfristig erforderlichen Mechanismen einer Währungsunion waren erst unzureichend entwickelt (Pekanov, 2019). Die europäischen Institutionen waren daher gefordert, in ihrer wirtschaftspolitischen Antwort auf die COVID-19-Pandemie nicht nur Maßnahmen zur Krisenbewältigung zu setzen, sondern auch Signale für den Zusammenhalt der Währungsunion. Um der Gefahr einer "tieferen und ungleichen Rezession" zu begegnen, waren gemeinsame fiskalpolitische Maßnahmen unumgänglich. Mit dem europäischen Aufbaufonds "NextGenerationEU" wurde eine neue Form der Risikoteilung zwischen den EU-Ländern eingeführt – ein Schritt, der auch das Fundament der Wäh-

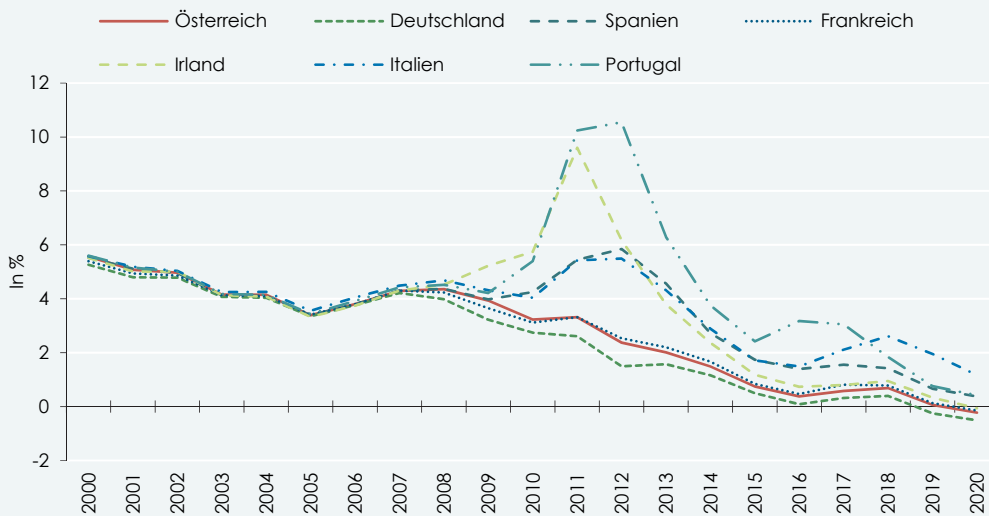
⁷⁾ Für Einschätzungen der langfristigen Gleichgewichtszinssätze für den Euro-Raum siehe Holston et al. (2017) und EZB (2018); zum langfristigen Rückgang der

Gleichgewichtszinssätze im internationalen Vergleich siehe Rachel – Summers (2019).

rungsunion langfristig stärken sollte. Das 750 Mrd. € schwere Aufbaupaket soll in stark von der Krise betroffenen Mitgliedsländern die fiskalpolitischen COVID-19-Maßnahmen unterstützen und so einem weiteren Anstieg der Ungleichgewichte innerhalb der EU entgegenwirken. Die Mitgliedsländer kamen überein, das Aufbaupaket ausnahmsweise durch gemeinsam aufgenommene Kredite zu finanzieren. Im Jänner 2021 bewilligte das Europäische Parlament das Kernstück von

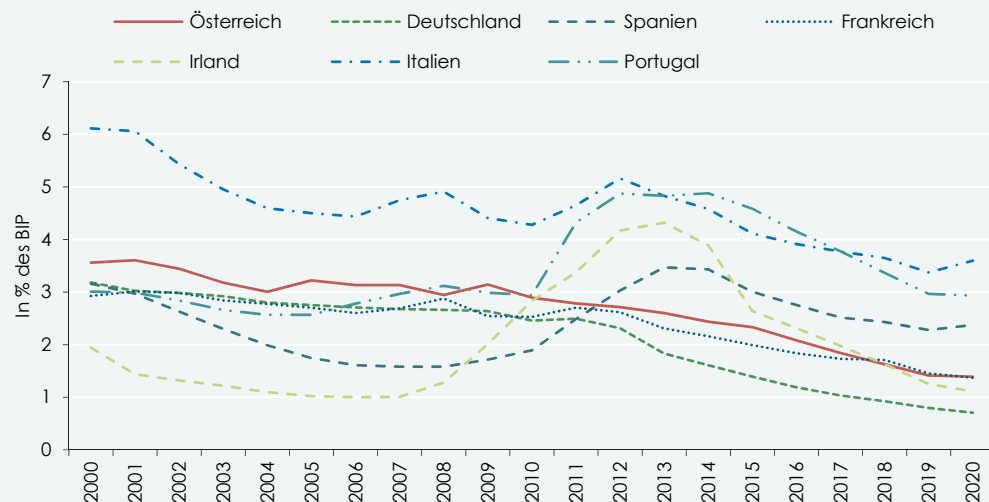
"NextGenerationEU" – die Aufbau- und Resilienzfazilität (Recovery and Resilience Facility – RRF) im Umfang von 672,5 Mrd. €. Im Rahmen des RRF werden Kredite und nicht rückzahlbare Zuschüsse an die Mitgliedsländer vergeben, um die wirtschaftliche Erholung zu unterstützen und Investitionen und Reformen zu ermöglichen, deren Schwerpunkte auf Digitalisierung und einer Transformation der Wirtschaft in Richtung Klimaneutralität liegen sollen.

Abbildung 5: Sekundärmarktrenditen auf 10-jährige Staatsanleihen im internationalen Vergleich



Q: Eurostat, Macrobond.

Abbildung 6: Zinszahlungen des Gesamtstaates im internationalen Vergleich



Q: Europäische Kommission, AMECO, November 2020.

Ein weiteres Element der gemeinsamen COVID-19-Politik war das am 19. Mai 2020 eingeführte SURE-Programm ("Support to mitigate Unemployment Risks in an Emer-

gency"). Es sollte den EU-Ländern zusätzliche Kredite zu günstigen Konditionen zugänglich machen, um nationale Kurzarbeits- und andere Beschäftigungsprogramme bis zu einer

Höchstgrenze von 100 Mrd. € zu finanzieren. Das SURE-Programm wurde im Jahr 2020 von 18 Mitgliedsländern in Anspruch genommen. Es wurden 90,3 Mrd. € an Krediten für Lohnzahlungen mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 15 Jahren gewährt, um Programme zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Österreich und Deutschland nutzten dieses Programm bislang nicht, da sie sich auf den Finanzmärkten günstiger refinanzieren können.

2.3 Geldpolitische Maßnahmen im Euro-Raum

Die wichtigste Maßnahme der Zentralbanken während der COVID-19-Pandemie war die deutliche Erweiterung bzw. die Neueinführung von Programmen zum Anleihenkauf. Das Quantitative-Easing-Programm der EZB (Asset Purchase Programme – APP) wurde in der ersten Märzwoche 2020 zunächst um 120 Mrd. € aufgestockt. Da das Programm auf den Märkten anfangs als unzureichend empfunden wurde, stiegen aufgrund zunehmender Konjunkturrisiken die Sekundärmarktrenditen auf Staatsanleihen. Nach anfänglichem Zögern setzte die EZB am 18. März 2020 das umfangreiche PEPP (Pandemic Emergency Purchase Programme) um. Die Einführung des PEPP im Ausmaß von 750 Mrd. € – aufgestockt auf 1.350 Mrd. € im Juni 2020 und schließlich auf 1.850 Mrd. € im Dezember 2020 – führte zu einer deutlichen Entspannung auf den Märkten und drückte die Zinssätze. Im Laufe des Jahres 2020 sank das Zinsniveau kontinuierlich und die Sekundärmarktrenditen auf Staatsanleihen der meisten Euro-Länder betrugen beinahe Null. Im Fall Italiens wurde der niedrigste Wert seit Jahren erreicht.

Die EZB beließ den Hauptrefinanzierungssatz bei 0% und den Einlagefazilitätssatz

bei –0,5%. Diese Entscheidung war auf Zweifel an der Wirksamkeit von negativen Zinssätzen und auf die Befürchtung zurückzuführen, dass ein weiteres Absenken des Zinsniveaus die Bankenprofitabilität gefährden könnte. Dagegen senkte die Bank of England die Bank Rate um 65 Basispunkte auf 0,1% und die Notenbank der USA die Federal Funds Rate um 100 Basispunkte auf 0% bis 0,25%.

Die EZB behielt die expliziten Verweise auf ihre künftigen Aktivitäten ("Forward Guidance") bei, passte aber die Konditionalität an – diese beinhaltet jetzt auch einen direkten Verweis auf die Entwicklung der COVID-19-Pandemie als Hauptfaktor für eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung, welche die EZB zu einer Zinssatzänderung veranlassen kann. Das Federal Reserve Board der USA verfolgt einen ähnlichen Zugang und setzt aufgrund der Verschlechterung der epidemiologischen Rahmenbedingungen ebenfalls wieder explizit auf das geldpolitische Instrument der "Forward Guidance". Nur die Bank of England entschied sich gegen eine solche Vorwärtsführung.

Auch die Bank of England weitete 2020 den Ankauf von Anleihen deutlich aus – das Gesamtvolumen lag zuletzt bei 435 Mrd. £⁸⁾. Die Notenbank der USA Fed belebte ihr Quantitative-Easing-Programm ebenfalls neu und kündigte am 15. März 2020 an, Aktiva im Ausmaß von bis zu 700 Mrd. \$ zu kaufen. Später wurde das Volumen unbegrenzt ausgeweitet⁹⁾. Daneben erwarb die Notenbank der USA auch festverzinsliche Wertpapiere von privaten Unternehmen auf dem sekundären sowie primären Markt und richtete ein Darlehensprogramm ein, das Kreditvergaben an kleine Unternehmen zu sehr günstigen Konditionen erlaubt.

3. Ausblick: Spezifische Merkmale der COVID-19-Krise und Risiken für die Zukunft

In der öffentlichen Debatte über die umfangreichen staatlichen Kriseninterventionen wurden auch Befürchtungen laut. So wurde vor allem gefragt, ob die deutlich gestiegene Staatsverschuldung die fiskalische Nachhaltigkeit gefährde und ob in der nahen Zukunft mit einer starken Inflation zu rechnen sei. Diese Sorgen scheinen einerseits nachrangig, solange sich die Wirtschaft inmitten eines tiefen Abschwungs befindet; andererseits ist die Unsicherheit über die mittelfristige makroökonomische Entwicklung nach dem Ende der Pandemie hoch.

Zumindest kurzfristig erscheint die Angst vor einer hohen Inflation im Euro-Raum eher unbegründet. In wirtschaftlichen Situationen,

die von hoher Unterauslastung und Arbeitslosigkeit gekennzeichnet sind, ist normalerweise mit einem Abwärtsdruck auf die Preise zu rechnen. Für ein Sinken der Preise sprechen auch die vorliegenden Inflationsdaten: Seit Ausbruch der COVID-19-Pandemie wurde das EZB-Inflationsziel von 2% ständig und deutlich unterschritten, ähnlich wie in den Jahren davor. Laut Prognosen des EZB Survey of Professional Forecasters dürfte die Inflation auch 2021 und 2022 unter dem 2%-Ziel liegen – für 2022 wird für den Euro-Raum mit 1,3% gerechnet¹⁰⁾.

Da ein höheres Wirtschaftswachstum mit einem Anstieg der Inflation einhergeht, kann eine Heranführung der Inflationsrate an die

Die hohen Kosten der COVID-19-Interventionen weckten Ängste vor einer Explosion der Staatsverschuldung und einem deutlichen Anstieg des Preisniveaus.

Zumindest kurzfristig ist für den Euro-Raum nicht mit einer starken Inflation zu rechnen.

⁸⁾ <https://www.economicsobservatory.com/how-did-central-banks-respond-coronavirus-crisis> (abgerufen am 25. 2. 2021).

⁹⁾ <https://www.brookings.edu/research/fed-response-to-covid19/> (abgerufen am 25. 2. 2021).

¹⁰⁾ EZB Survey of Professional Forecasters Q1 2021.

2%-Marke derzeit als Nebenziel einer Erhöhung der Staatsausgaben und einer expansiven Geldpolitik verstanden werden; ein Anstieg der Inflationsrate sollte daher nicht primär als Gefahr interpretiert werden. Dennoch könnte es in naher Zukunft vorübergehend zu einer erhöhten Inflation kommen – etwa aufgrund des Auslaufens unterschiedlicher Maßnahmen zur Mehrwertsteuersenkung (z. B. in Deutschland), durch einmalige Anstiege des Ölpreises oder aufgrund erhöhter Konsumnachfrage nach dem Ende von Lockdown-Maßnahmen. Die Gefahr einer Überhitzung der Wirtschaft und einer daraus resultierenden höheren Inflation erscheint derzeit in den USA und im Vereinigten Königreich größer als im Euro-Raum (vgl. unten und *Haldane, 2021*).

2020 nahm die Staatsverschuldung in den meisten EU-Ländern zwar deutlich zu, die derzeitigen Sekundärmarktrenditen auf Staatsanleihen deuten jedoch darauf hin, dass der Zeitpunkt für eine Neuverschuldung günstig war. Die umfangreichen EZB-Interventionen im Jahr 2020 stellten niedrige Finanzierungskosten im Euro-Raum sicher. Für einige Länder (einschließlich Österreich) waren die Sekundärmarktrenditen mit unterschiedlichen Laufzeiten meist negativ. Die Designation des ehemaligen EZB-Präsidenten Mario Draghi zum italienischen Premierminister im Februar 2021 wirkte sich positiv auf die Bonität Italiens aus. Die Sekundärmarktrendite auf italienische Staatsanleihen sank auf einen historisch niedrigen Wert.

Die Zinssätze könnten allerdings in Zukunft aufgrund einer hohen Staatsverschuldung in einzelnen Ländern wieder ansteigen, falls die Finanzmärkte rasch auf Marktstress reagieren. Es besteht jedoch kein Grund, bereits jetzt Maßnahmen zum Schuldenabbau zu erwägen. Auch im IWF-Fiskalmonitor wird den Regierungen geraten, "die Rettungsleihen nicht zu schnell" zurückzuziehen. "Die staatliche Unterstützung sollte sich allmählich vom Schutz alter Arbeitsplätze darauf verlagern, Menschen wieder in Arbeit zu bringen und lebensfähigen, aber immer noch gefährdeten Unternehmen zu helfen, sicher wieder zu eröffnen" (*IWF, 2020*).

Die Frage, in welchem Ausmaß weiterhin fiskalpolitische Maßnahmen notwendig sein werden, um eine nachhaltige Erholung der Wirtschaft zu gewährleisten, bleibt dennoch offen. Der Umfang der künftigen Fiskalmaß-

nahmen wird auch die Entwicklung der Inflation maßgeblich beeinflussen. Hinsichtlich ihres geplanten Umfangs unterscheiden sich die Fiskalpakete im Euro-Raum und in den USA deutlich.

Die USA hatten bereits 2020 hohe Summen für Konjunkturpakete aufgewendet, der Umfang der Hilfspakete hatte zunächst 1,6 Bio. \$ betragen und wurde im Dezember 2020 um 900 Mrd. \$ erhöht. Die neu angebotene Biden-Administration plant im Rahmen eines noch größeren expansiven Fiskalpaketes 1,9 Bio. \$ (etwa 9% des BIP) an Wirtschaftshilfen auszuschütten¹¹⁾. Diese Summe wäre deutlich höher als die auf etwa 900 Mrd. \$ geschätzte reale Outputlücke für 2020¹²⁾. Eine mögliche Überdimensionierung des Paketes ließ ein Überschreiten des Inflationsziels befürchten. Während eine nur vorübergehende Überschreitung dem "Average Inflation Targeting" der Notenbank der USA entsprechen würde¹³⁾, löste der Umfang des Pakets Diskussionen darüber aus, ob es auch langfristig zu einer Inflation führen könnte, die das erwünschte Maß übersteigt. Während in den USA der kumulierte BIP-Anteil der geplanten Fiskalmaßnahmen und der automatischen Stabilisatoren deutlich höher ist als die geschätzte Outputlücke für 2021, ist der entsprechende Anteil im Euro-Raum kleiner als die Outputlücke (Abbildung 7). Eine Überhitzung der Wirtschaft und eine hohe Inflation sind daher im Fall des Euro-Raumes weniger wahrscheinlich. Für den Euro-Raum besteht eher die Gefahr, dass der Umfang der fiskalpolitischen Maßnahmen nicht ausreicht oder diese zu früh auslaufen.

Auch wenn die günstigen geldpolitischen Rahmenbedingungen den Spielraum der Fiskalpolitik erhöhen¹⁴⁾, dürfte die expansive Wirkung der fiskalischen Stimuli zumindest so lange schwächer ausfallen als in "normalen" Krisen, bis es gelungen ist, die Pandemie zu überwinden. Dies hängt mit der Besonderheit der COVID-19-Krise, näherhin mit den wiederholten Lockdown-Phasen zusammen. In "normalen" Rezessionen sollen Konjunkturimpulse die Einkommen der betroffenen Haushalte absichern und dadurch den privaten Konsum stabilisieren. Der dadurch ausgelöste indirekte (expansive) Multiplikatoreffekt stimuliert die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und fördert die wirtschaftliche Erholung. Dieser expansive Effekt ist bei Schließungen ganzer Wirtschaftsbereiche aller-

Solange die derzeitige Konjunkturschwäche anhält, sind die Inflationsgefahr und die vorübergehend erhöhte Staatsverschuldung zweitrangig.

Auf Basis aktueller Schätzungen der Outputlücke erscheinen die für 2021 geplanten Fiskalmaßnahmen im Euro-Raum noch unzureichend.

¹¹⁾ Das vorgeschlagene Paket beinhaltet 150 Mrd. \$ an Unternehmenshilfen, 400 Mrd. \$ an Hilfen für finanziell gefährdete private Haushalte, 600 Mrd. \$ an direkten Hilfen für Familien (einschließlich Hilfsschecks in Höhe von 1.400 \$ pro Kopf) und 750 Mrd. \$ für die Eindämmung von COVID-19.

¹²⁾ Siehe *Blanchard (2021)* für eine detaillierte Analyse: <https://www.piie.com/blogs/realtime-economic-issues-watch/defense-concerns-over-19-trillion-relief-plan> (abgerufen am 18. 2. 2021).

¹³⁾ Die Notenbank der USA toleriert nach Perioden zu niedriger Inflation ein temporäres Überschreiten des In-

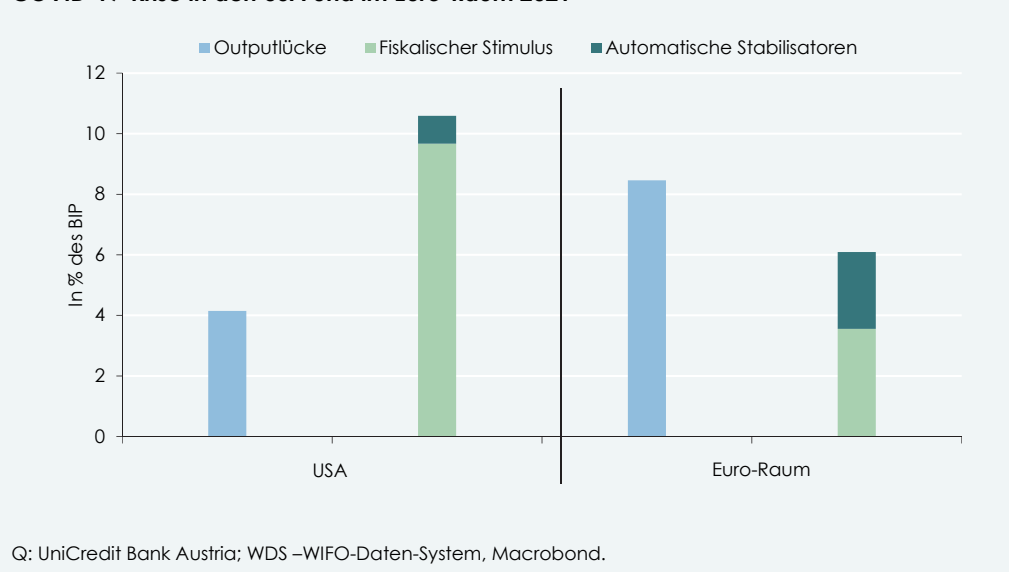
flationsziels, um diese Perioden auszugleichen und im Durchschnitt ein Inflationsziel von 2% zu erreichen.

¹⁴⁾ *Blanchard (2019)* erläuterte, warum langfristig niedrige risikofreie Zinssätze den Spielraum für die aktive Fiskalpolitik erhöhen. *Reis (2020)* argumentierte in gegensätzlicher Richtung, indem er argumentierte, warum eine nicht optimale Wirtschaftspolitik rasch zu einem Anstieg der risikofreien Zinssätze führen oder auch bei niedrigen Zinssätzen die Nachhaltigkeit der Fiskalpolitik gefährden kann.

dings relativ gering, da die Gesamtnachfrage durch indirekte (Konsum-)Effekte nur wenig gesteigert wird (Guerrieri et al., 2020). Die Konsumausfälle in bestimmten Wirtschaftsbereichen (z. B. Tourismus) können aufgrund aufrechter Lockdown-Maßnahmen auch nicht vollständig durch den Konsum in anderen Bereichen kompensiert werden, wodurch die Fiskalmultiplikatoren in der COVID-19-Krise deutlich geringer ausfallen dürften als in "konventionellen" Rezessionen. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn Fiskalmaßnahmen nicht zielgerichtet sind und daher nicht den privaten Haushalten mit der höchsten Konsumneigung zu Gute kommen. Der Fiskalpolitik wird dennoch weiterhin eine zentrale Rolle bei der Absicherung der Haushaltseinkommen zukommen (Guerrieri et al., 2020). Angesichts der schwachen Konsum- und Konjunkturreffekte der Fiskalmaßnahmen erscheint es ratsam, den Schwerpunkt dieser Maßnahmen teilweise auch auf Investitionen zu verlegen, die das gesamtwirtschaftliche Angebot langfristig verändern. Im EU-Aufbaupaket sollen derartige angebotsseitige Investitionen die Digitalisierung und Ökologisierung der Wirtschaft vorantreiben.

Aufgrund des starken Wirtschaftseinbruchs ist auch mit einem Anstieg der Insolvenzen zu rechnen. Die Maßnahmen zur Liquiditätssicherung von Unternehmen dämpften 2020 in den meisten EU-Ländern deutlich die Zahl der Insolvenzen. Dies rührt daher, dass viele Länder die Insolvenzantragspflicht bei Überschuldung aussetzten (so z. B. Deutschland und Österreich) und die Frist für Insolvenzanträge im Fall von Zahlungsunfähigkeit von 60 auf 120 Tage verlängerten. Laut vorläufigen Daten von Eurostat wurden in ausgewählten Ländern des Euro-Raumes im II. Quartal 2020 rund 41% weniger Insolvenzen gemeldet als im Vorjahr. Auch im III. Quartal 2020 betrug der Rückgang gegen das Vorjahr noch rund 20%¹⁵⁾. In Österreich dürften die Insolvenzen 2020 laut ersten Hochrechnungen des AKV um mehr als 40% zurückgegangen sein¹⁶⁾. Diese Entwicklungen bergen jedoch auch Gefahren. Nach dem Auslaufen entsprechender Maßnahmen könnte es – insbesondere durch Nachholeffekte – zu einem abrupten und merklichen Anstieg der Insolvenzen kommen. Damit ist vor allem in stark krisenbetroffenen Branchen zu rechnen, etwa in der Beherbergung und Gastronomie, im Flugverkehr, im Handel und im Transportwesen.

Abbildung 7: **Prognose der Outputlücke und geplante fiskalpolitische Reaktionen auf die COVID-19-Krise in den USA und im Euro-Raum 2021**



4. Literaturhinweise

Baldwin, R., Keeping the lights on: Economic medicine for a medical shock, VoxEU, CEPR Policy Portal, London, 2020.

Blanchard, O., "Public Debt and Low Interest Rates," American Economic Review, 2019, 109(4), S. 1197-1229.

Bundesministerium für Finanzen, Monatsbericht Jänner 2021 sowie COVID-19-Berichterstattung, Wien, 2021.

¹⁵⁾ Siehe Eurostat Statistics Explained, 2021, https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=File:Bankruptcy_declarations_of_

[businesses %25 change compared with the same quarter of the previous year.png](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=File:Bankruptcy_declarations_of_businesses_%25_change_compared_with_the_same_quarter_of_the_previous_year.png).

¹⁶⁾ <https://www.akv.at/wp-content/uploads/AKV-Insolvenzstatistik-Gesamt-2020.pdf>.

- Cahuc, P., Kramarz, F., Nevoux, S., "When Short-Time Work Works", Banque de France Working Paper, 2018, (692).
- Del Negro, M., Lenza, M., Primiceri, G., Tambalotti, A., "What's up with the Phillips Curve?", ECB Working Paper Series, 2020, (2435).
- Europäische Kommission, "Public finances in EMU – 2010", European Economy, 2010, (4).
- Europäische Kommission, Communication From The Commission To The European Parliament, The Council, And The European Central Bank, on the 2021 Draft Budgetary Plans: Overall Assessment, COM(2020) 750 final, Brüssel, 2020.
- Europäische Zentralbank, "The natural rate of interest: estimates, drivers, and challenges to monetary policy", Occasional Paper Series, 2018, (217).
- Europäische Zentralbank (2020A), "Public loan guarantees and bank lending in the COVID-19 period", ECB Economic Bulletin, 2020, (6).
- Europäische Zentralbank (2020B), "A preliminary assessment of the impact of the COVID-19 pandemic on the euro area labour market", ECB Economic Bulletin, 2020, (5).
- Europäische Zentralbank, "The initial fiscal policy responses of euro area countries to the COVID-19 crisis", ECB Economic Bulletin, 2021, (1).
- Giupponi, G., Landais, C., "Subsidizing Labor Hoarding in Recessions: The Employment and Welfare Effects of Short Time Work", CEPR Discussion Paper, 2020, (13310).
- Gourinchas, P.-O., Flattening the pandemic and recession curves, VoxEU, CEPR Policy Portal, London, 2020.
- Guerrieri, V., Lorenzoni, G., Straub, L., Werning, I., "Macroeconomic Implications of COVID-19: Can Negative Supply Shocks Cause Demand Shortages?", NBER Working Paper, 2020, (26918).
- Haldane, A., "Inflation: a tiger by the tail?", Vortrag, Bank of England, 26. 2. 2021, <https://www.bankofengland.co.uk/speech/2021/february/andy-haldane-recorded-mini-speech-on-inflation-outlook>.
- Hijzen, A., Martin, S., "The role of short-time work schemes during the global financial crisis and early recovery: a cross-country analysis", IZA Journal of Labor Policy, 2013, 2(5).
- Holston, K., Laubach, T., Williams, J. C., "Measuring the Natural Rate of Interest: International Trends and Determinants", Journal of International Economics, 2017, 108(S1), S. 39-75.
- IWF, Fiscal Monitor. Policies for the Recovery, Washington D.C., 2020.
- Loretz, S., Pitlik, H., Schratzenstaller, M., "Bundeshaushalt und Staatsschuld in der COVID-19-Krise, Bundesvoranschlag 2021 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2021 bis 2024", WIFO-Monatsberichte, 2021, 94(1), S. 53-65, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/66832>.
- Pekanov, A., Policy Brief: Past and Present of EMU Reform. Reforming the Euro Area – The Road Not (Yet) Taken, WIFO, Wien, 2019.
- Rachel, L., Summers, L. H., "On Falling Neutral Real Rates, Fiscal Policy, and the Risk of Secular Stagnation", Brookings Papers on Economic Activity, BPEA Conference Drafts, 7.-8. 3. 2019.
- Reis, R., "The constraint on public debt when $r < g$ but $g < m$ ", LSE, Working Paper, 2020.
- Rostagno, M., Altavilla, C., Carboni, G., Lemke, W., Motto, R., Guilhem, A. S., Yiangou, J., "A Tale of Two Decades: The ECB's Monetary Policy at 20", ECB Working Paper Series, 2019, (2346).
- Schnabel, I., "Unconventional fiscal and monetary policy at the zero lower bound", Eröffnungsrede anlässlich der Third Annual Conference "High Debt, Low Rates and Tail Events: Rules-Based Fiscal Frameworks under Stress", European Fiscal Board, Frankfurt am Main, 2021.
- Tenreiro, S., "Let's talk about negative rates", Vortrag, UWE Bristol webinar, 11. 1. 2021.

Die WIFO Research Briefs präsentieren kurze wirtschaftspolitische Diskussionsbeiträge sowie kurze Zusammenfassungen von Forschungsarbeiten des WIFO. Sie werden unter Einhaltung der Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis und der wissenschaftlichen Politikberatung verfasst und dienen der Erhöhung der nationalen und internationalen Sichtbarkeit der WIFO-Forschungsergebnisse.

4/2021 **Die Rezession 2020: Österreich im Ländervergleich**

Stefan Schiman

In Österreich ging die Wirtschaftsleistung 2020 im Vergleich zu anderen OECD- und EU-Ländern und insbesondere zu Deutschland und der Schweiz relativ stark zurück. Der Großteil der Ländervariation geht auf Unterschiede in pandemiebedingten Verhaltensänderungen durch Lockdowns und Social Distancing sowie auf die unterschiedliche Bedeutung tourismusabhängiger Dienstleistungen für die Gesamtwirtschaft zurück. Für Österreich erklären diese beiden Faktoren die Tiefe der Rezession vollständig. Der Unterschied zur Entwicklung in Deutschland ist im Wesentlichen auf die höhere Bedeutung des Tourismus für die heimische Wirtschaft zurückzuführen.

März 2021 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66933>

Frühere Ausgaben

3/2021 **Frauen auf dem Arbeitsmarkt vor und während der COVID-19-Krise**

Julia Bock-Schappelwein, Ulrike Famira-Mühlberger

März 2021 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66945>

2/2021 **Die Entwicklung des Lohnunterschiedes zwischen Frauen und Männern in Österreich von 2005 bis 2019**

René Böheim, Marian Fink, Christine Zulehner

März 2021 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66916>

1/2021 **Beschäftigung 2020: Bilanz nach einem Jahr COVID-19-Pandemie**

Julia Bock-Schappelwein, Ulrike Huemer, Walter Hyll

Jänner 2021 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66814>

19/2020 **Hochfrequenzkonjunkturanalyse bis Mitte November 2020**

Sandra Bilek-Steindl, Julia Bock-Schappelwein, Christian Glocker, Serguei Kaniovski

November 2020 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66528>

18/2020 **Ökonomische Folgen von Schulschließungen**

Julia Bock-Schappelwein, Ulrike Famira-Mühlberger

November 2020 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66599>

17/2020 **Makroökonomische Effekte des zweiten Lockdown in Österreich**

Josef Baumgartner, Walter Hyll, Hans Pitlik, Stefan Schiman

November 2020 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66582>

16/2020 **COVID-19: Beschäftigungssituation – Bilanz nach einem halben Jahr COVID-19-Pandemie**

Julia Bock-Schappelwein, Ulrike Huemer, Walter Hyll

Oktober 2020 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66565>

15/2020 **Hochfrequenzkonjunkturanalyse vom September 2020**

Sandra Bilek-Steindl, Julia Bock-Schappelwein, Christian Glocker, Serguei Kaniovski

September 2020 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66527>

Kostenloser Download: https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo_research_briefs

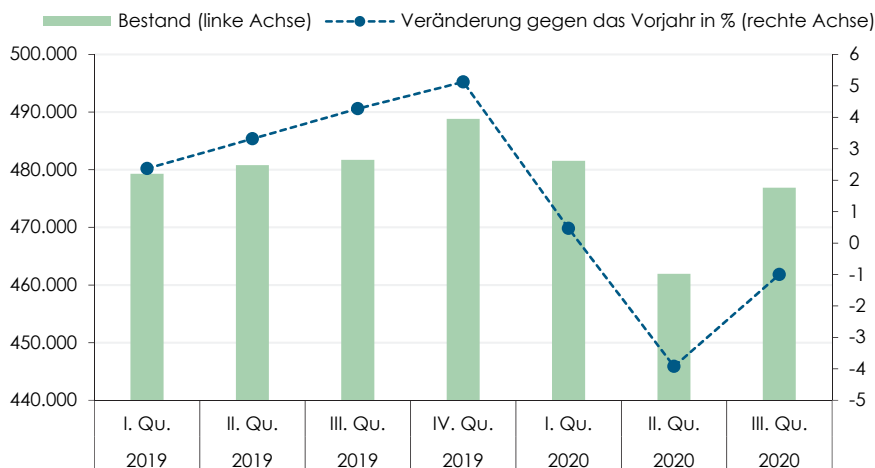
Selbständig Erwerbstätige in Österreich

Struktur, Einkommen und Betroffenheit von der COVID-19-Krise

Julia Bock-Schappelwein, Marian Fink, Christine Mayrhuber, Silvia Rocha-Akis

- Die Krisenbetroffenheit der selbständig Erwerbstätigen lässt sich nur teilweise an einem Rückgang der Beschäftigung ablesen. Auch ist noch unklar, wie stark die Einkommen der im Jahr 2020 weiterhin selbständig Tätigen eingebrochen sind.
- Häufig treffen in Haushalten mehrere Selbständigeneinkommen zusammen. Solche Haushalte dürften besonders von der COVID-19-Krise betroffen sein.
- Schon vor der Krise verteilten sich Personen in Haushalten mit Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit ungleicher auf die Einkommenssegmente als jene mit Unselbständigeneinkommen. Sie konzentrierten sich relativ stark auf die oberen Einkommensquintile.
- Je stärker ein Haushalt von Selbständigeneinkommen abhängt, desto höher sind die Einkommenspolarisierung und das Armutsrisiko.
- Ungleichheiten innerhalb der Gruppe der Selbständigen, die bereits vor der COVID-19-Krise bestanden, dürften sich weiter verschärfen.

Unterjährige Entwicklung der selbständigen Beschäftigung seit 2019



"Die krisenbedingten Einkommenseinbußen der Selbständigen dürften höher sein als der Beschäftigungsrückgang vermuten lässt."

Nach einem Anstieg 2019 ging die selbständige Beschäftigung 2020 gegenüber dem Vorjahr zurück. Im II. Quartal 2020 war der Bestand der hauptberuflich Selbständigen um 18.900 bzw. 3,9% geringer als im Vorjahresquartal (Q: Statistik Austria, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung. Selbständige Beschäftigung: Beschäftigte mit selbständiger Haupterwerbstätigkeit).

Selbständig Erwerbstätige in Österreich

Struktur, Einkommen und Betroffenheit von der COVID-19-Krise

Julia Bock-Schappelwein, Marian Fink, Christine Mayrhuber, Silvia Rocha-Akis

Selbständig Erwerbstätige in Österreich. Struktur, Einkommen und Betroffenheit von der COVID-19-Krise

Die Auswirkungen der COVID-19-Krise und der behördlichen Schließungsmaßnahmen auf selbständig Erwerbstätige zeigen sich sowohl an der rückläufigen Zahl der Selbständigen als auch am Umsatz- und Einkommensrückgang. Die Betroffenheit kann aufgrund fehlender Datengrundlagen gegenwärtig nicht quantifiziert werden, lässt sich aber unter Rückgriff auf Daten abschätzen, die die Verteilung der Selbständigeneinkommen und die Struktur der von solchen Einkommen abhängigen Haushalte vor der Krise zeigen. 2017 hing rund ein Fünftel der Bevölkerung von Selbständigeneinkommen ab, mehr als die Hälfte davon mittel bis stark. Die Polarisierung der von Selbständigeneinkommen abhängigen Personen im unteren und oberen Einkommenssegment legt nahe, dass die COVID-19-Krise bestehende Ungleichheiten innerhalb der Gruppe der Selbständigen weiter verstärken dürfte.

JEL-Codes: D31, I32, I38, J21, L26 • **Keywords:** COVID-19, staatliche Krisenhilfsmaßnahmen, Selbständige, Beschäftigungsentwicklung, Einkommensverteilung, Armut

Der vorliegende Beitrag baut auf einer WIFO-Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz auf: Christine Mayrhuber, Julia Bock-Schappelwein, Rainer Eppel, Marian Fink, Ulrike Huemer, Walter Hyll, Helmut Mahringer, Caroline Moreau, Hans Pitlik, Silvia Rocha-Akis, Analysen zur sozialen Lage in Österreich.

Bestandsaufnahme und Ausblick in der COVID-19-Pandemie (August 2020, 151 Seiten, 40 €, kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66737>).

Begutachtung: Hans Pitlik • **Wissenschaftliche Assistenz:** Marion Kogler (marion.kogler@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 2. 3. 2021

Kontakt: Mag. Julia Bock-Schappelwein (julia.bock-schappelwein@wifo.ac.at), Mag. Marian Fink (marian.fink@wifo.ac.at), Mag. Christine Mayrhuber (christine.mayrhuber@wifo.ac.at), Mag. Dr. Silvia Rocha-Akis (silvia.rocha-akis@wifo.ac.at)

Self-employment in Austria. Structure, Income, and the Impact of the COVID-19-Crisis

The impact of the COVID-19 crisis and the regulatory closure measures on self-employed workers is evident both in the declining number of self-employed workers and in the drop in sales and income. The impact cannot be quantified at this time due to a lack of data, but can be estimated by relying on data showing the distribution of self-employment income and the structure of households dependent on such income before the crisis. In 2017, about one-fifth of the population depended on self-employment income, more than half of them moderately to heavily. The polarisation of those dependent on self-employment income in the lower and upper income segments suggests that the COVID-19 crisis is likely to further exacerbate existing inequalities within the self-employed group.

1. Einleitung

Durch die Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie Mitte März 2020 wurde das öffentliche und wirtschaftliche Leben auf ein Minimum reduziert. Sämtliche nichtsystemrelevante Wirtschaftsbereiche mit Kundenkontakt blieben bis nach Ostern geschlossen. Aufgrund sinkender Neuinfektionen wurden die Maßnahmen in der Folge mehrfach gelockert. Nach einer Erholung während der Sommermonate stiegen die Infektionszahlen im Herbst abermals an. Als Reaktion darauf wurde die Wirtschaftstätigkeit erneut behördlich eingeschränkt. Der mit 3. November 2020 in Kraft gesetzte zweite Lockdown wurde ab

17. November verschärft und galt bis 6. Dezember. Für die Gastronomie und Hotellerie, Sportstätten, Veranstaltungen, Freizeit- und Kultureinrichtungen blieben die Einschränkungen auch nach dem 6. Dezember weiter aufrecht (und werden voraussichtlich bis April 2021 andauern), die Geschäftstätigkeit anderer Branchen – etwa des Handels und der körpernahen Dienstleistungen – wurde zwischen 26. Dezember 2020 und 7. Februar 2021 abermals eingeschränkt.

Jede dieser Lockdown-Phasen hatte Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt zur Folge¹⁾. Zur Unterstützung von Unternehmen und

¹⁾ Zur Situation unselbständig Beschäftigter siehe Bock-Schappelwein – Huemer – Hyll, 2020, Bock-Schappelwein et al., 2020.

selbständig Erwerbstätigen wurden COVID-19-Hilfsmaßnahmen und Förderungen implementiert bzw. bestehende Modelle angepasst. Zunächst wurde ein Härtefallfonds für Selbständige geschaffen, die unmittelbar von Lockdown-Maßnahmen betroffen sind. Es folgten u. a. der COVID-19-Hilfsfonds, der Fixkostenzuschuss, Umsatz- und Verlustersatz, der Unterstützungs- und der Überbrückungshilfefonds für Künstlerinnen und Künstler, das Wirtshaus-Paket sowie eine Stundung bzw. eine vorübergehende Herabsetzung von Sozialversicherungsbeiträgen.

Während sich die COVID-19-Maßnahmen im Fall der unselbständigen Beschäftigung in Arbeitsplatzverlusten oder einer Zunahme

der Kurzarbeitsfälle niederschlugen, spiegeln die verfügbaren Daten die Krisenbetroffenheit der Selbständigen nur unzureichend wider²⁾. Diese Personen bleiben häufig erwerbstätig, da sie ansonsten den Zugang zu Unterstützungsleistungen verlieren (Mayrhuber et al., 2020). Auch Informationen zu den Selbständigeneinkommen liegen – unabhängig von der COVID-19-Krise – erst zeitverzögert vor. Eine genauere Analyse der letztverfügbaren Daten zu den Selbständigeneinkommen, die deren Zusammensetzung und Verteilung auf Haushaltsebene betrachtet, kann jedoch wesentlich dazu beitragen, die möglichen Folgen der COVID-19-Krise für die Einkommenssituation dieser Personengruppe abzuschätzen.

Im Vergleich zu den Unselbständigen schlug sich die Krisenbetroffenheit der Selbständigen bisher noch kaum in rückläufigen Beschäftigungszahlen nieder.

2. Beschäftigungsentwicklung im Jahresverlauf 2020

Unter dem Oberbegriff der selbständigen Erwerbstätigkeit werden sehr verschiedenartige Tätigkeiten zusammengefasst. Dazu zählen die gewerbliche Erwerbstätigkeit (freies und reglementiertes Gewerbe), die Urproduktion (Land- und Forstwirtschaft, Bergbau, Jagd, Fischerei), freiberufliche Tätigkeiten sowie die "Neue Selbständigkeit"³⁾.

Dementsprechend heterogen ist auch die Gruppe der Selbständigen. Je nachdem, ob sie weitere Arbeitskräfte beschäftigten, wird zwischen "Solo-Selbständigen" und Selbständigen mit Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern unterschieden. Solo-Selbständige mit WKO-Mitgliedschaft werden als "Ein-Personen-Unternehmen" (EPU) bezeichnet.

Übersicht 1: **Selbständige Beschäftigung 2019 gemäß unterschiedlichen Quellen**

	Dachverband der Sozialversicherungsträger	Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung	bali ¹⁾	WKO-Mitgliederstatistik
Datenbasis	Verwaltungsdaten, Vollerhebung	Stichprobe, pro Quartal 22.500 Haushalte	Verwaltungsdaten, Vollerhebung	Mitgliederzahlen
Definition Selbständigkeit	Pflichtversichertes Selbständigerversicherungsverhältnis: Gewerbliche Wirtschaft, Land- und Forstwirtschaft (mithelfende Angehörige), neue Selbständige	Labour-Force-Konzept: Selbständige Beschäftigung in der Referenzwoche von mindestens 1 Stunde, Personen in privaten Haushalten	Personen mit selbständiger Beschäftigung als Haupttätigkeit (ohne freie Berufe)	Aktive Mitglieder
Nur Personen mit österreichischem Wohnsitz	Nein	Ja	Nein	Nein
Eckzahl für 2019	593.800	482.700	487.404	537.636

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger, Mikrozensus, Wirtschaftskammer Österreich. – ¹⁾ Online-Datenbankabfragesystem bali (Budget-, Arbeitsmarkt- und Leistungsbezugsinformationen) des Bundesministeriums für Arbeit. Die dort verfügbaren Informationen beruhen auf Daten des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger.

Informationen zu Ausmaß, Zusammensetzung und Entwicklung der selbständigen Beschäftigung in Österreich finden sich in mehreren Datenbeständen. Diese bilden die Heterogenität der Selbständigen in unterschiedlicher Akzentuierung ab und unterscheiden sich hinsichtlich administrativer Erfassung, Erhebungsmethode, Periodizität, Definition und regionaler Abgrenzung

(Übersicht 1; siehe dazu auch Bock-Schappelwein – Mühlberger, 2008). Daten zu den selbständig Erwerbstätigen werden vom Dachverband der Sozialversicherungsträger, vom Bundesministerium für Arbeit (über das Online-Abfragesystem "bali"⁴⁾), durch die Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung sowie die WKO-Mitgliederstatistik (bzw. die EPU-Statistik

²⁾ Eine zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Beitrags veröffentlichte Ex-ante-Analyse der Aufkommens-, Verteilungs- und Kompensationswirkungen der Maßnahmen zur Stützung der Einkommen der privaten Haushalte im Kontext des durch die COVID-19-Krise ausgelösten Arbeitsmarkt- und Einkommensschocks findet sich in Baumgartner et al. (2020).

³⁾ https://www.oesterreich.gv.at/themen/arbeit_und_pension/selbststaendigkeit/13/Seite.1090300.html.

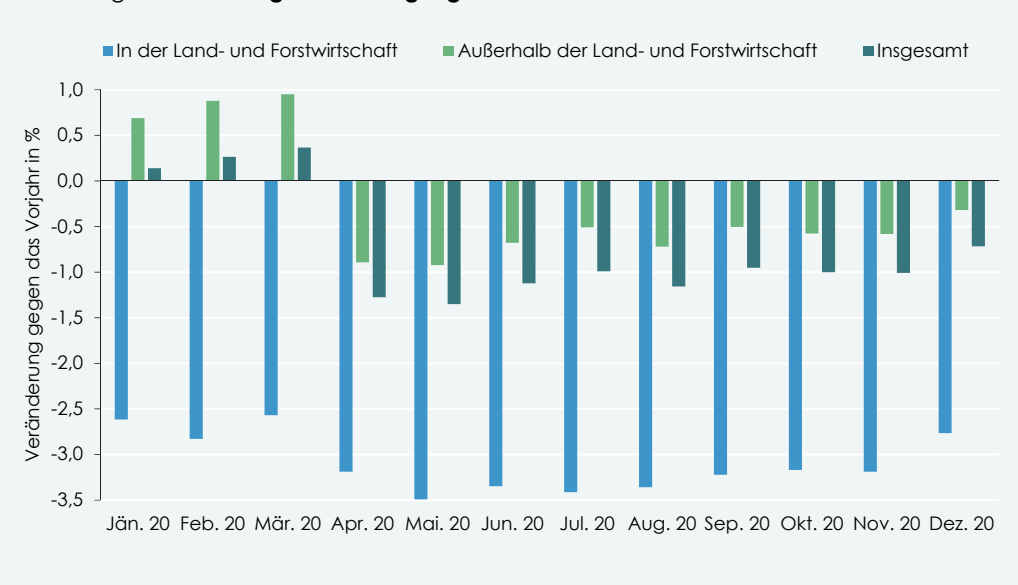
⁴⁾ <https://www.dnet.at/bali/>. bali steht für "Budget-, Arbeitsmarkt- und Leistungsbezugsinformationen". Die Selbständigendaten in bali beruhen auf Daten des Dachverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger.

der Wirtschaftskammern Österreich) bereitgestellt⁵⁾.

Zeitnahe Informationen zur Beschäftigungssituation der selbständig Erwerbstätigen nach Branchen sind der bali-Datenbank des Bundesministeriums für Arbeit entnehmbar. Dort

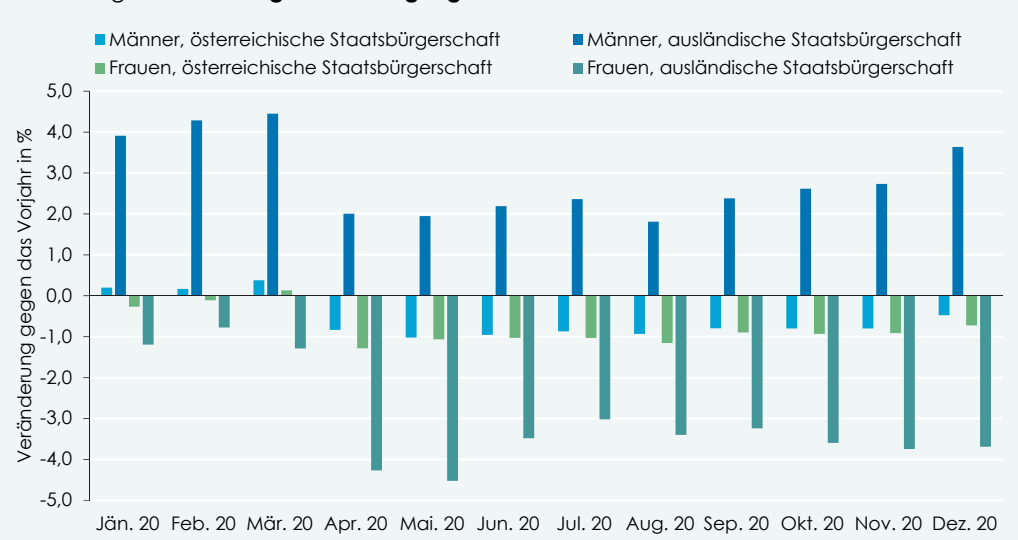
erfasst sind allerdings nur die ausschließlich selbständig Erwerbstätigen sowie mithelfende Familienangehörige, sofern sie mitversichert sind. Personen, die zusätzlich zur selbständigen Erwerbstätigkeit eine unselbständige Beschäftigung ausüben, bleiben dagegen unberücksichtigt⁶⁾.

Abbildung 1: **Selbständige Beschäftigung in Österreich**



Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger, bali (abgerufen am 1. 3. 2021).

Abbildung 2: **Selbständige Beschäftigung nach Geschlecht und Nationalität**



Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger, bali (abgerufen am 1. 3. 2021).

⁵⁾ Mayrhuber et al. (2020) bietet einen Überblick über die Datenquellen und die spezifischen Abgrenzungsmerkmale.

⁶⁾ Die Selbständigendaten in bali "... basieren auf Auswertungen der Hauptverbandsdaten. Für Versicherungsperioden, die sich zeitlich überschneiden, wurde folgende Datenhierarchie eingeführt: Besteht neben der selbständigen eine unselbständige Beschäftigung (Vollversicherung), so wird diese Person

ausschließlich als unselbständig beschäftigt gezählt. Innerhalb der Selbständigkeit werden die Gewerbetreibenden vor den LandwirtInnen gereiht. Somit wird ein Landwirt, der parallel ein Gewerbe ausübt, nur einmal als Gewerbetreibender gezählt. In den bali-Daten scheinen daher weder "NebenerwerbslandwirtInnen" noch "Nebenerwerbsgewerbetreibende" auf" (<https://www.dnet.at/bali/hHvs02.aspx>).

Laut ILO-Datenbank (Stand 1. 3. 2021) waren in Österreich im Jahresdurchschnitt 2020 485.848 Personen selbständig erwerbstätig, um 3.603 oder 0,7% weniger als 2019. Außerhalb der Land- und Forstwirtschaft, wo der Großteil der Selbständigen arbeitet (2019: 83,5%), war der Beschäftigungsrückgang mit -0,3% (-1.095 Personen) noch geringer (Land- und Forstwirtschaft -3,1% bzw. -2.508 Personen). Im Vergleich zur unselbständigen Beschäftigung (2020 -2,0%) fiel der Rückgang damit nicht nur merklich schwächer aus, sondern setzte auch erst verzögert im April 2020 ein (Abbildung 1). Er betraf fast ausschließlich Frauen (-3.348 bzw. -1,6% auf 205.085 Personen), wogegen der Beschäftigungsstand der Männer praktisch stagnierte (-254 oder -0,1% auf 280.763 Personen).

Wie sich bei zusätzlicher Berücksichtigung der Nationalität zeigt, geht der Beschäftigungsverlust der Frauen größtenteils auf die selbständige Personenbetreuung ("24-Stunden-Betreuung") zurück: 2020 war die selbständige Erwerbstätigkeit unter Frauen mit ausländischer Staatsbürgerschaft um 2.332 Personen oder 3,0% geringer als 2019 (Abbildung 2). Diese Personengruppe stellte 2020 dennoch rund 15% der selbständig Beschäftigten (74.948 Personen).

Abgesehen von der selbständigen Personenbetreuung waren auch in anderen Branchen vereinzelt Beschäftigungseinbußen feststellbar. So ging die Zahl der selbständigen Männer mit österreichischer Staatsbürgerschaft im Großhandel zurück. In der Gastronomie betraf der Beschäftigungsverlust daneben auch Österreicherinnen.

3. Branchen und Berufe selbständig Erwerbstätiger und ihrer Partnerinnen und Partner

Die von Statistik Austria durchgeführte Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung bietet quartalsweise Informationen zur selbständigen Beschäftigung in Österreich. Anders als die ILO-Daten beruhen diese Informationen nicht auf Versicherungsepisoden, sondern auf Befragungen. Die Abgrenzung der Erwerbstätigkeit folgt dabei der Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Laut Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung galten im Jahresdurchschnitt 2019⁷⁾ 4.335.000 Personen bzw. rund 50% der in österreichischen Privathaushalten wohnhaften Bevölkerung als erwerbstätig (Statistik Austria,

2020). Auf die Frage nach ihrer beruflichen Stellung in der Haupterwerbstätigkeit gaben 482.700 Personen bzw. 11,1% der Erwerbstätigen an, selbständig zu sein. Weitere 46.900 Personen waren mithelfende Familienangehörige. Darüber hinaus gaben 74.400 unselbständig Erwerbstätige sowie 7.300 Mithelfende an, einer selbständigen Zweittätigkeit nachzugehen (Übersicht 2). Somit gingen im Jahresdurchschnitt 2019 in Summe 14,0% der erwerbstätigen Personen einer selbständigen oder mithelfenden haupt- oder nebenberuflichen Erwerbstätigkeit nach.

Übersicht 2: **Selbständige Beschäftigung 2019 laut Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung**

	Anzahl ¹⁾	In % der Erwerbstätigen ²⁾	In % aller selbständig Erwerbstätigen ²⁾	Frauenanteil in %
Personen mit selbständiger Haupterwerbstätigkeit	482.700	11,1	79,0	35,4
Ohne Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	273.900	6,3	44,8	43,4
Mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern	208.800	4,8	34,2	24,9
Mithelfende Familienangehörige (Haupterwerbstätigkeit)	46.900	1,1	7,7	48,8
Unselbständig Beschäftigte mit selbständiger Zweittätigkeit	74.400	1,7	12,2	38,5
Unselbständig Beschäftigte mit mithelfender Zweittätigkeit	7.300	0,2	1,2	³⁾
Insgesamt	611.300	14,0	100,0	36,8

Q: Statistik Austria, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2019. – ¹⁾ Anteile auf Basis ungerundeter Werte. – ²⁾ Ohne Präsenz- und Zivildienst. – ³⁾ Werte aufgrund geringer Fallzahlen statistisch nicht interpretierbar.

Von den rund 482.700 hauptberuflich selbständig Erwerbstätigen⁸⁾ waren 208.800 Personen bzw. 43,3% Arbeitgeberinnen oder Arbeitgeber. 11,4% der Personen mit selbständiger Zweittätigkeit gaben unabhängig

von der Art ihrer Haupttätigkeit an, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu beschäftigen. 83,1% der hauptberuflich Selbständigen waren ihrer beruflichen Stellung nach im Ge-

⁷⁾ Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Beitrags war die Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2020 noch nicht vollständig verfügbar.

⁸⁾ Im Folgenden wird selbständige und unselbständige Beschäftigung anhand der Haupterwerbs-

tätigkeit definiert. Mithelfende Familienangehörige wurden aus der Betrachtung ausgeschlossen, sofern nicht anders angegeben.

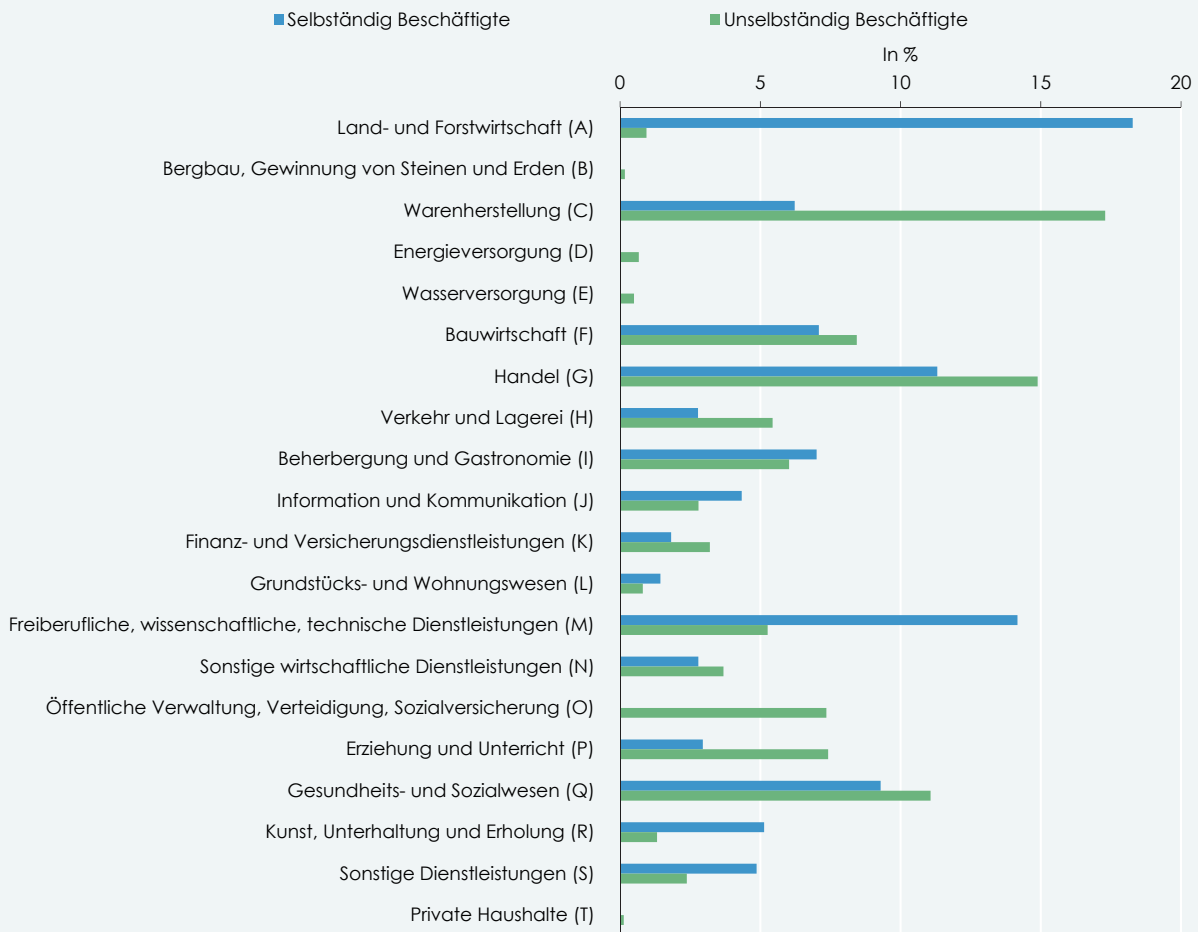
Im Jahr 2019 beschäftigte der Großteil der Selbständigen keine Arbeitskräfte, nur 43,3% waren Arbeitgeberinnen oder Arbeitgeber.

werbe oder in der Industrie tätig, 16,9% in der Landwirtschaft.

Im Vergleich zu den unselbständig Beschäftigten waren Selbständige 2019 in der Land- und Forstwirtschaft und Fischerei (88.200 Personen) sowie in den Bereichen Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und

technischen Dienstleistungen (68.400), Kunst, Unterhaltung und Erholung (24.800) und Erbringung von sonstigen Dienstleistungen (23.500) deutlich überrepräsentiert (Abbildung 3). Vergleichsweise gering war ihr Anteil hingegen in der Herstellung von Waren (30.100), im Handel (54.600) sowie im Bereich Erziehung und Unterricht (14.200).

Abbildung 3: **Verteilung der Beschäftigten nach ÖNACE-2008-Abschnitten**
Jahresdurchschnitt 2019



Q: Statistik Austria, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung. Alphabetischer Code der ÖNACE-2008-Abschnitte in Klammern. Aufgrund der geringen Fallzahlen sind die Ergebnisse für die selbständige Beschäftigung der Abschnitte B, D, E, O, T und U statistisch nicht interpretierbar. Im Fall der unselbständigen Beschäftigung sind die Ergebnisse für den Abschnitt T stark zufallsbehaftet.

Im Vergleich zu den Unselbständigen sind Selbständige in akademischen Berufen und in der Land- und Forstwirtschaft deutlich überrepräsentiert.

Am stärksten vertreten waren Selbständige 2019 in der Landwirtschaft, bei vorbereitenden Baustellenarbeiten, in der Bauinstallation und im sonstigen Ausbaugewerbe, im Einzelhandel, in der Gastronomie, im Gesundheitswesen und in der Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen. Nahezu die Hälfte der Selbständigen (47,3%) waren in diesen sechs ÖNACE-2008-Abteilungen tätig.

Auch hinsichtlich der Berufsverteilung unterscheidet sich die selbständige Erwerbstätigkeit merklich von der unselbständigen

(Abbildung 4). In akademischen Berufen (Selbständige 28,7%, Unselbständige 19,2%) sowie bei den Fachkräften in der Land- und Forstwirtschaft (17,8% gegenüber 0,9%) waren Selbständige 2019 deutlich überrepräsentiert, unter Hilfsarbeitskräften (1,0%, gegenüber 9,2%) und Bürokräften (1,3% gegenüber 10,9%) waren sie dagegen nur schwach vertreten.

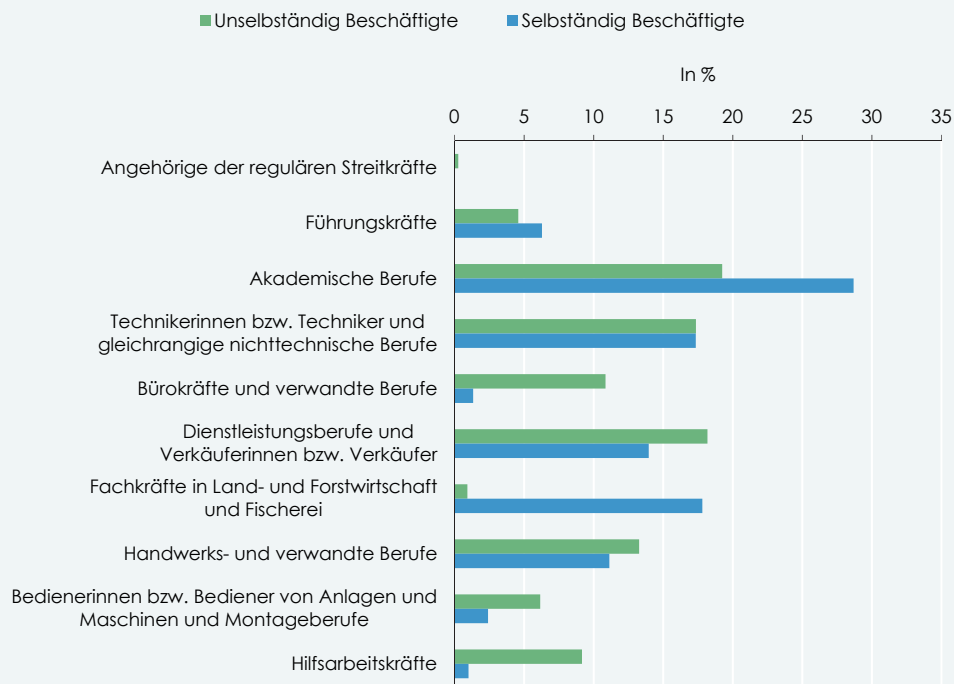
Hinsichtlich ihres Haushalts- und Familienkontextes unterscheiden sich die beiden Gruppen dagegen kaum. Im Haushalt unselbständig Beschäftigter lebten 2019 etwas

häufiger Kinder jüngeren Alters. Zudem waren unselbständig Beschäftigte etwas seltener verheiratet. Beides dürfte vorwiegend

auf das geringere Durchschnittsalter der Unselbständigen zurückzuführen sein (2019 –7,5 Jahre gegenüber Selbständigen).

Abbildung 4: **Verteilung der Beschäftigten nach ISCO-08-Berufshauptgruppen**

Jahresdurchschnitt 2019



Q: Statistik Austria, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung. Im Fall der selbständigen Beschäftigung sind die Ergebnisse für Hilfsarbeitskräfte stark zufallsbehaftet.

Übersicht 3: **Partnerinnen und Partner von unselbständig und selbständig Beschäftigten 2019**

	Unselbständig Beschäftigte		Selbständig Beschäftigte	
	Anzahl	Anteile in %	Anzahl	Anteile in %
Partnerin bzw. Partner im Haushalt	2.336.500	61,1	338.300	70,1
Partnerin bzw. Partner im Haushalt erwerbstätig	1.955.400	51,1	290.000	60,1
	Anzahl	Anteile an unselbständig Beschäftigten mit erwerbstätiger Partnerin bzw. erwerbstätigem Partner in %	Anzahl	Anteile an selbständig Beschäftigten mit erwerbstätiger Partnerin bzw. erwerbstätigem Partner in %
Partnerin bzw. Partner unselbständig beschäftigt ¹⁾	1.743.400	89,4	207.100	73,5
Partnerin bzw. Partner gleicher ÖNACE-Abschnitt ²⁾	382.100	19,6	119.400	42,4
Partnerin bzw. Partner gleiche ÖNACE-Abteilung ²⁾	274.500	14,1	105.200	37,3
Partnerin bzw. Partner gleiche ISCO-Berufshauptgruppe ²⁾	431.400	22,1	102.900	36,5
Partnerin bzw. Partner gleiche ISCO-Berufsgruppe ²⁾	173.000	8,9	69.300	24,6

Q: Statistik Austria, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2019. Anteile auf Basis ungerundeter Werte. – ¹⁾ Einschließlich mithelfender Familienangehöriger. – ²⁾ Ohne mithelfende Familienangehörige.

Das im Durchschnitt höhere Lebensalter der Selbständigen dürfte auch der Grund dafür sein, warum sie 2019 häufiger als Unselbständige mit einer Partnerin bzw. einem Partner im selben Haushalt lebten (70,1% gegenüber 61,1%; Übersicht 3). In beiden Gruppen war 2019 ein Großteil der jeweiligen Partnerinnen

und Partner ebenfalls erwerbstätig (Selbständige 85,7%; Unselbständige 83,7%; einschließlich Mithelfende), ihre berufliche Stellung unterschied sich allerdings deutlich: So waren 89,4% der Partnerinnen und Partner von unselbständig Beschäftigten ebenfalls unselbständig erwerbstätig, wogegen der

Anteil der Unselbständigen unter Partnerinnen und Partnern selbständig Beschäftigter nur 73,5% betrug. Letztere waren darüber hinaus deutlich häufiger im selben Wirtschaftszweig tätig als Partnerinnen und Partner unselbständig Beschäftigter (selber ÖNACE-Abschnitt: 42,4% gegenüber 19,6%; selbe ÖNACE-Abteilung: 37,3% gegenüber

14,1%). Ein ähnliches Bild zeigt sich mit Blick auf die Berufe: Partnerinnen und Partner selbständig Beschäftigter arbeiteten 2019 deutlich häufiger als jene unselbständig Beschäftigter in ähnlichen Berufen (selbe Berufsgruppe: 24,6% gegenüber 8,9%; selbe Berufshauptgruppe: 36,5% gegenüber 22,1%).

4. Bedeutung der Selbständigeneinkommen im Haushaltskontext

Um die Einkommenssituation von Personen abzubilden, die von Einkünften aus selbständiger Erwerbstätigkeit abhängen, wurden Daten der EU-SILC-Erhebung herangezogen (European Union Statistics on Income and Living Conditions). Grundlage der vorliegenden Auswertung ist die EU-SILC-Welle des Jahres 2018 (*Statistik Austria*, 2019), die die Einkommen im Jahr 2017 erfasst. Während die in der EU-SILC angeführten Einkommensinformationen für die unselbständig Beschäftigten Administrativdaten entstammen, werden die (Netto-)Einkommen aus selbständiger Tätigkeit erfragt⁹⁾. Dabei wird unterschieden, ob die Einkünfte¹⁰⁾ aus der Land- und Forstwirtschaft, aus freiberuflicher Tätigkeit, aus einem Gewerbebetrieb, aus einem Werkvertrag oder aus einer sonstigen Quelle stammen. Mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft liegen somit keine Informationen darüber vor, welchem Wirtschaftszweig die Einkünfte zuzuordnen sind.

4.1 Personen mit Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit

Als Erwerbstätige werden im Folgenden Personen verstanden, die ein Jahreseinkommen aus unselbständiger und/oder selbständiger Erwerbstätigkeit beziehen. Diese Gruppe umfasste 2017 4,678 Mio. Personen, wovon 16,9% bzw. rund 790.000 Personen Einkommen aus selbständiger und 91,5% oder 4,279 Mio. Personen Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit bezogen. Der Frauenanteil war unter Personen mit Einkommensbezug aus selbständiger Erwerbstätigkeit mit 38,2% wesentlich geringer als unter unselbständig Erwerbstätigen (48,2%). Knapp 50% der Selbständigen bezogen 2017 zugleich Einkommen aus unselbständiger Beschäftigung. Diese Personen machten rund 8% der unselbständig Beschäftigten aus (Übersicht 4).

Übersicht 4: **Personen mit Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit 2017**

	Anzahl	Anteile an allen Personen mit Erwerbseinkommen	Frauenanteil In %	Zusätzliches Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit
Personen mit Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit				
Insgesamt ¹⁾	790.000	16,9	38,2	49,7
Mindestens sechs Monate im Jahr	635.300	13,6	38,6	43,4
Als Haupteinkommensquelle ²⁾	449.800	9,6	36,6	24,6
Personen mit Erwerbseinkommen	4,677.700	100,0		

Q: Statistik Austria, EU-SILC 2018; WIFO-Berechnungen. Anteile auf Basis ungerundeter Werte. – ¹⁾ Mindestens ein Monat im Jahr. – ²⁾ Das Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit stellt den größten Anteil am persönlichen Gesamteinkommen.

Zum Zweck der Analyse wurden zwei Subgruppen von Selbständigen unterschieden: Gesondert betrachtet wurden einerseits Personen, die im Jahr 2017 über einen Zeitraum

von mindestens sechs Monaten Selbständigeneinkommen bezogen (rund 635.300 Personen bzw. 13,6% der Erwerbstätigen). Andererseits wurden jene Personen identifiziert,

⁹⁾ In der Literatur wird diskutiert, ob die Befragung zu einer Untererfassung der Einkommen führt und wie stark die Einkommen der Selbständigen mit ihrem tatsächlichen Lebensstandard korrelieren (vgl. *Horemans – Marx*, 2017 sowie die darin angeführten Quellen). Für die Wellen 2008-2011 stehen jeweils zwei EU-SILC-Datenquellen für dieselben Haushalte parallel zur Verfügung: registerbasierte und umfragebasierte Einkommensdaten. Werden die Einkommensinformationen aus Befragungen jenen aus Verwaltungsdaten gegenübergestellt, so sind in den unteren Dezilen die Einkommen wesentlich niedriger, im obersten Terzil dagegen höher als laut Befragung (*Rocha-Akis et al.*, 2016, Kapitel 7). *Statistik Austria* (2013) nennt eine mögliche

Erklärung für diese Unterschiede. Befragte mit besonders niedrigem oder hohem Einkommen dürften dieses tendenziell höher bzw. niedriger angeben, als es tatsächlich ist ("Tendenz zur Mitte"). Durch die angebots- und nachfrageseitigen Einschränkungen in Folge der COVID-19-Maßnahmen dürften etwaige nicht deklarierte Einkommensbestandteile zurückgegangen und somit der tatsächliche Lebensstandard der Selbständigen gefallen sein.

¹⁰⁾ Einschließlich Sachentnahmen aus Land- und Forstwirtschaft, Vermietung und Gewerbe.

für die das Selbständigeneinkommen den größten Anteil zum persönlichen Gesamteinkommen¹⁾ beiträgt, also die

Haupteinkommensquelle darstellt (9,6% der Erwerbstätigen bzw. 449.848 Personen).

5. Direkte und indirekte individuelle Abhängigkeit von Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit

Zur Abschätzung der wohlfahrtspolitischen Relevanz von Selbständigeneinkommen wurde ermittelt, wie viele und welche Personen in ihrem verfügbaren Haushaltseinkommen von Einkünften aus selbständiger Erwerbstätigkeit abhängen. Dazu wurde der Kreis der unmittelbaren Bezieherinnen und Bezieher von Selbständigeneinkommen um jene Personen erweitert, die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt leben und deren Kaufkraft damit ebenfalls indirekt von dieser Einkommensquelle profitiert. 2017 waren 1,902 Mio. Personen direkt oder indirekt von

Selbständigeneinkommen abhängig (Übersicht 5). Dies entsprach einem Anteil von 22% an der österreichischen Wohnbevölkerung oder 27,5% an den Personen in Haushalten mit mindestens einer erwerbstätigen Person (2017: 6,908 Mio.).

Werden nur Haushalte betrachtet, in denen mindestens eine Person lebt, die ihr Haupteinkommen durch selbständige Erwerbstätigkeit erzielt, so sinkt der entsprechende Anteil auf 17,1% an den Personen in Erwerbshaushalten.

In Österreich waren 2017 1,9 Mio. Personen oder rund 22% der Bevölkerung direkt oder indirekt von Selbständigeneinkommen abhängig.

Übersicht 5: Direkte und indirekte Abhängigkeit von Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit 2017

	Anzahl	Anteile an der Gesamtbevölkerung	Anteile an Personen in Haushalten mit Erwerbseinkommen In %
Personen in Haushalten mit Einkommen aus			
Selbständiger Erwerbstätigkeit ¹⁾	1,902.100	22,0	27,5
Selbständiger Erwerbstätigkeit als Haupteinkommensquelle ²⁾	1,183.700	13,7	17,1
Unselbständiger Erwerbstätigkeit	6,583.500	76,2	95,3
Erwerbstätigkeit	6,908.000	79,9	100,0
Bevölkerung insgesamt	8,646.000	100,0	

Q: Statistik Austria, EU-SILC 2018; WIFO-Berechnungen. Anteile auf Basis ungerundeter Werte. – ¹⁾ Mindestens ein Monat im Jahr. – ²⁾ Das Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit stellt den größten Anteil am persönlichen Gesamteinkommen.

Übersicht 6: Personen in Haushalten mit unterschiedlicher Abhängigkeit von Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit 2017

	Anzahl	Grad der Abhängigkeit in %			
		Schwach	Mittel	Stark	Insgesamt
Personen in Haushalten mit Einkommen aus					
Selbständiger Erwerbstätigkeit ¹⁾	1,902.100	46,1	45,1	8,9	100,0
Selbständiger Erwerbstätigkeit als Haupteinkommensquelle ²⁾	1,183.700	20,5	65,3	14,2	100,0

Q: Statistik Austria, EU-SILC 2018; WIFO-Berechnungen. Anteile auf Basis ungerundeter Werte. – ¹⁾ Mindestens ein Monat im Jahr. – ²⁾ Das Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit stellt den größten Anteil am persönlichen Gesamteinkommen. Schwache, mittlere bzw. starke Abhängigkeit von Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit liegt vor, wenn das durch den Haushalt erzielte Nettoeinkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit höchstens 20%, zwischen 20% und 80% bzw. über 80% des gesamten verfügbaren Haushaltseinkommens ausmacht.

5.1 Ausmaß der Abhängigkeit von Selbständigeneinkommen

Um das Ausmaß zu ermitteln, in dem die unterschiedlichen Personengruppen von Selbständigeneinkommen abhängen, wurden

drei Gruppen von Haushalten unterschieden. Sofern das durch den Haushalt erzielte Nettoeinkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit höchstens 20% des gesamten verfügbaren Haushaltseinkommens ausmachte, wurde eine geringe Abhängigkeit der

¹⁾ Das individuelle Gesamteinkommen umfasst die Summe aus folgenden Einkommenskomponenten (jeweils Nettobeträge): Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit, Einkommen aus selbständiger

Erwerbstätigkeit, Arbeitslosen-, Alters-, Hinterbliebenen-, Kranken-, Invaliditäts- und Ausbildungsleistungen sowie Renten aus privaten Systemen.

Haushaltsmitglieder von Selbständigeneinkommen angenommen. Bei Anteilen über 80% wurde von einer starken, bei Anteilen zwischen 21% und 80% von einer mittleren Abhängigkeit ausgegangen. Demnach waren 2017 mehr als die Hälfte (54,0%) jener Personen, deren Haushaltseinkommen direkt oder indirekt von selbständiger

Erwerbstätigkeit abhing, mittel bis stark von dieser Einkommensquelle abhängig. Werden nur Personen in Haushalten betrachtet, die den Großteil ihres Einkommens durch selbständige Erwerbstätigkeit erzielen, ist die Abhängigkeit erwartungsgemäß höher (Übersicht 6).

Übersicht 7: **Verteilung der Personen in Haushalten mit Einkommen aus selbständiger oder unselbständiger Erwerbstätigkeit nach Einkommensquintilen 2017**

	Anzahl	1. Quintil	2. Quintil	3. Quintil	4. Quintil	5. Quintil	Insgesamt
		In %					
Personen in Haushalten mit Einkommen aus Selbständiger Erwerbstätigkeit ¹⁾	1.902.100	17,8	16,2	17,6	20,1	28,3	100,0
Selbständiger Erwerbstätigkeit als Haupteinkommensquelle ²⁾	1.183.700	20,3	20,0	17,4	15,1	27,3	100,0
Unselbständiger Erwerbstätigkeit ¹⁾	6.583.500	15,5	19,8	20,8	22,0	21,9	100,0

Q: Statistik Austria, EU-SILC 2018; WIFO-Berechnungen. Anteile auf Basis ungerundeter Werte. Quintile des verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommens der Bevölkerung auf Basis der EU-Skala äquivalisiert bzw. mit der Haushaltsstruktur normiert. – ¹⁾ Mindestens ein Monat im Jahr. – ²⁾ Das Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit stellt den größten Anteil am persönlichen Gesamteinkommen.

Die von Selbständigen-einkommen abhängigen Personen konzentrierten sich 2017 relativ stark auf die beiden obersten Einkommens-segmente.

5.2 Konzentration der Einkommen unter Selbständigen

Die von Selbständigeneinkommen abhängigen Personen konzentrierten sich 2017 mit Anteilen von 28,3% bzw. 48,4% relativ stark auf das oberste bzw. die beiden oberen Quintile¹²⁾ des verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommens¹³⁾ (Übersicht 7). Personen in Haushalten mit selbständiger Erwerbstätigkeit als Haupteinkommensquelle waren

dagegen in den unteren Einkommenssegmenten vergleichsweise stärker vertreten: Die Anteile in den beiden unteren Quintilen betragen hier in Summe rund 40% und waren damit um rund sechs Prozentpunkte höher als unter Personen in Haushalten mit Selbständigeneinkommen. Im Vergleich dazu sind Personen in Haushalten mit Unselbständigeneinkommen deutlich gleichmäßiger über die Einkommensklassen verteilt.

Übersicht 8: **Altersstruktur der Beschäftigten nach Haupteinkommensquelle 2017**

	Personen mit Haupteinkommensquelle aus ¹⁾	
	Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit	Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit
Beschäftigte	449.800	3.881.100
	In %	
Altersgruppe		
16 bis 29 Jahre	13,4	25,3
30 bis 39 Jahre	17,0	23,7
40 bis 49 Jahre	31,3	23,5
50 Jahre und älter	38,3	27,6
Insgesamt	100,0	100,1

Q: Statistik Austria, EU-SILC 2018; WIFO-Berechnungen. Anteile auf Basis ungerundeter Werte. – ¹⁾ Das Einkommen aus der jeweiligen Quelle stellt den größten Anteil am persönlichen Gesamteinkommen.

Die Konzentration der von Selbständigeneinkommen abhängigen Personen am oberen Ende der Einkommensverteilung lässt sich auch auf die Altersstruktur der Selbständigen zurückführen: Fast 70% der Personen mit

Selbständigeneinkommen als wichtigster Einkommensquelle waren 2017 mindestens 40 Jahre alt, deutlich mehr als unter Personen mit einer unselbständigen Beschäftigung als Haupteinkommensquelle (rund

¹²⁾ In den folgenden Übersichten und Abbildungen zur Einkommensverteilung wurden die Anteile der Personen in den jeweiligen Einkommensgruppen ausgewiesen. Im fünften bzw. obersten Quintil (Terzil) befindet sich das Fünftel (Drittel) der Bevölkerung mit den höchsten verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommen.

¹³⁾ Das verfügbare Haushaltseinkommen ist die Summe der Einkommen aller Haushaltsmitglieder,

wobei Erwerbseinkommen, Pensionseinkünfte und Sozialtransfers (abzüglich Lohn- und Einkommensteuern und Sozialversicherungsbeiträgen) berücksichtigt werden. Um das Einkommensniveau von Haushalten unterschiedlicher Größe und Struktur vergleichbar zu machen, wird das verfügbare Haushaltseinkommen mit Hilfe der sogenannten EU-Skala in Äquivalenzeinkommen bzw. bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen umgerechnet.

50%; Übersicht 8). Zugleich waren jedoch in allen Altersgruppen die Anteile der Personen, deren Haushaltseinkommen im unteren

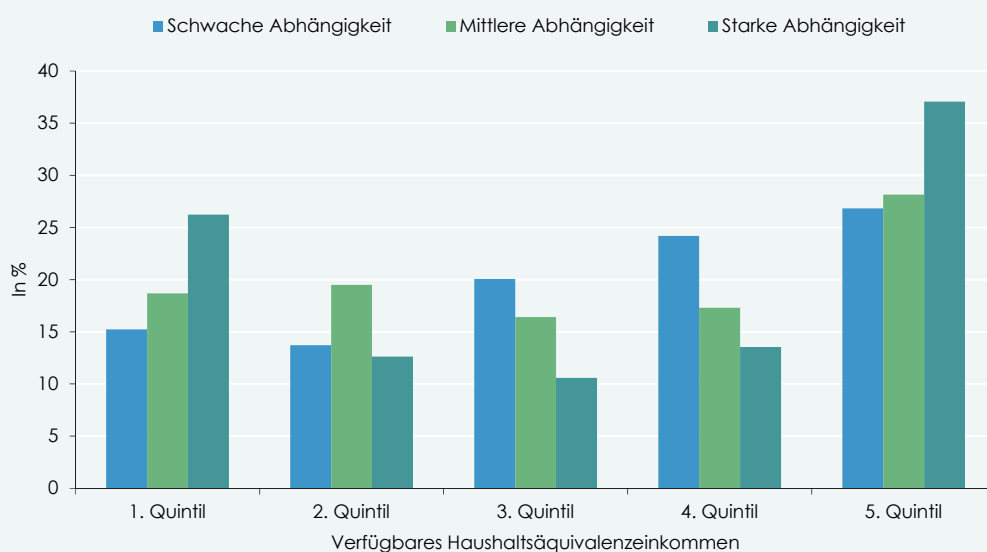
Drittel lag, unter Selbständigen deutlich höher als unter Unselbständigen (Übersicht 9).

Übersicht 9: Verteilung der unselbständig und selbständig Erwerbstätigen unterschiedlicher Altersgruppen nach Einkommensterzilen 2017

	Alter			
	16 bis 29 Jahre	30 bis 39 Jahre	40 bis 49 Jahre	50 Jahre und älter
	In %			
Personen mit Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit als Haupteinkommensquelle ¹⁾				
1. Terzil	27,1	24,8	21,3	13,8
2. Terzil	36,4	37,9	39,6	28,1
3. Terzil	36,5	37,4	39,2	58,1
Insgesamt	100,0	100,1	100,1	100,0
Personen mit Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit als Haupteinkommensquelle ¹⁾				
1. Terzil	49,6	39,3	32,7	22,0
2. Terzil	28,5	31,9	26,2	30,1
3. Terzil	21,9	28,8	41,1	47,9
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

Q: Statistik Austria, EU-SILC 2018; WIFO-Berechnungen. Terzile des verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommens der Bevölkerung, auf Basis der EU-Skala äquivalisiert bzw. mit der Haushaltsstruktur normiert. – ¹⁾ Das Einkommen aus der jeweiligen Quelle stellt den größten Anteil am persönlichen Gesamteinkommen.

Abbildung 5: Verteilung der Personen in Haushalten mit unterschiedlicher Abhängigkeit von Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit nach Einkommensquintilen 2017



Q: Statistik Austria, EU-SILC 2018; WIFO-Berechnungen. Das verfügbare Haushaltsäquivalenzeinkommen einer Person ist das verfügbare Gesamteinkommen ihres Haushaltes geteilt durch die äquivalente Haushaltsgröße; Äquivalisierung bzw. Normierung der Haushaltsstruktur gemäß der EU-Skala. Schwache, mittlere bzw. starke Abhängigkeit von Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit liegt vor, wenn das durch den Haushalt erzielte Nettoeinkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit höchstens 20%, zwischen 20% und 80% bzw. über 80% des gesamten verfügbaren Haushaltseinkommens ausmacht.

Die Polarisierung zwischen hohen und niedrigen Einkommen steigt mit zunehmender Abhängigkeit des Haushaltes von Selbständigeneinkommen (Abbildung 5): Personen in stark abhängigen Haushalten waren 2017 im unteren und vor allem im oberen Quintil

deutlich überrepräsentiert (26,2% bzw. 37,1%).

Ergänzend seien noch zwei weitere Haushaltstypen betrachtet, die in besonderem Ausmaß von Selbständigeneinkommen

abhängen, nämlich erstens Haushalte mit ausschließlich selbständig Erwerbstätigen und zweitens Haushalte, in denen die Selbständigkeit für alle erwerbstätigen Haushaltsmitglieder die Haupteinkommensquelle darstellt. Die erste Gruppe umfasst rund 618.900 Personen, die zweite rund 339.500. In

beiden Fällen konzentrierten sich die Personen 2017 stark auf das unterste Einkommensquintil (30,3% bzw. 34,1%). In diesen Subgruppen ist somit ebenfalls eine Polarisierung erkennbar, die Anteile sind sowohl im untersten als auch im obersten Quintil überproportional hoch (Übersicht 10).

Übersicht 10: **Verteilung der Personen in Haushalten mit ausschließlich selbständig Erwerbstätigen nach Einkommensquintilen 2017**

	Anzahl	1. Quintil	2. Quintil	3. Quintil	4. Quintil	5. Quintil	Insgesamt
		In %					
Personen in Haushalten mit ausschließlich Selbständig Erwerbstätigen ¹⁾	618.900	30,3	15,3	13,4	14,7	26,3	100,0
Erwerbstätigen mit Selbständigeneinkommen als Haupteinkommensquelle ²⁾	339.500	34,1	16,5	13,6	12,8	23,0	100,0

Q: Statistik Austria, EU-SILC 2018; WIFO-Berechnungen. Quintile des verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommens der Bevölkerung auf Basis der EU-Skala äquivalisiert bzw. mit der Haushaltsstruktur normiert. – ¹⁾ Mindestens ein Monat im Jahr. – ²⁾ Das Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit stellt den größten Anteil am persönlichen Gesamteinkommen.

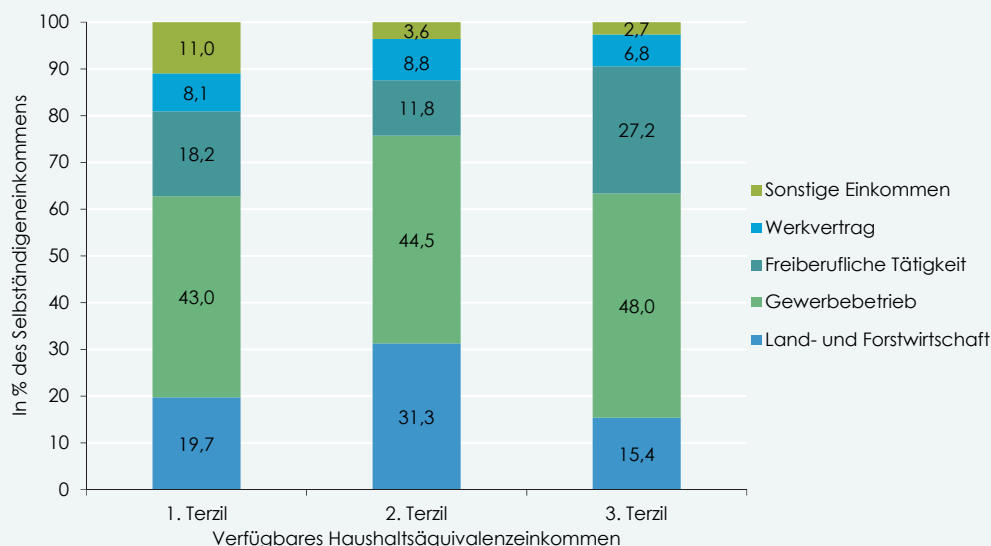
Einkünfte aus einem Gewerbebetrieb bildeten 2017 die wichtigste Quelle von Selbständigeneinkommen. Die Bedeutung der anderen Quellen war je nach Einkommensterzil unterschiedlich hoch.

5.3 Bedeutung der unterschiedlichen Arten von Selbständigeneinkommen

Die Bedeutung der verschiedenen Arten von Selbständigeneinkommen unterscheidet sich zwischen den Einkommensklassen. Betrachtet werden Haushalte mit Personen, deren Haupteinkommensquelle die selbständige Erwerbstätigkeit ist. In allen Terzilen kam 2017 Einkünften aus einem Gewerbebetrieb die größte Bedeutung zu. Diese Einkommensart machte durchschnittlich 43% bis 48% des gesamten Selbständigeneinkommens aus. An zweiter Stelle folgten im unteren und mittleren Einkommensterzil Einkünfte

aus der Land- und Forstwirtschaft (20% bzw. 31%). Im oberen Terzil leisteten dagegen Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit mit 27% den zweitwichtigsten Beitrag zum Selbständigeneinkommen, während die Land- und Forstwirtschaft als Einkommensquelle von geringerer Bedeutung war (rund 15%; Abbildung 6). Eine untergeordnete Rolle spielten 2017 in allen Terzilen Einkünfte aus Werkverträgen und sonstige Einkommen, wenngleich diese beiden Einkommensarten im unteren Terzil in Summe 19% ausmachten und damit wesentlich zum Gesamteinkommen beitrugen.

Abbildung 6: **Bedeutung der unterschiedlichen Quellen von Selbständigeneinkommen nach Einkommensterzilen 2017**

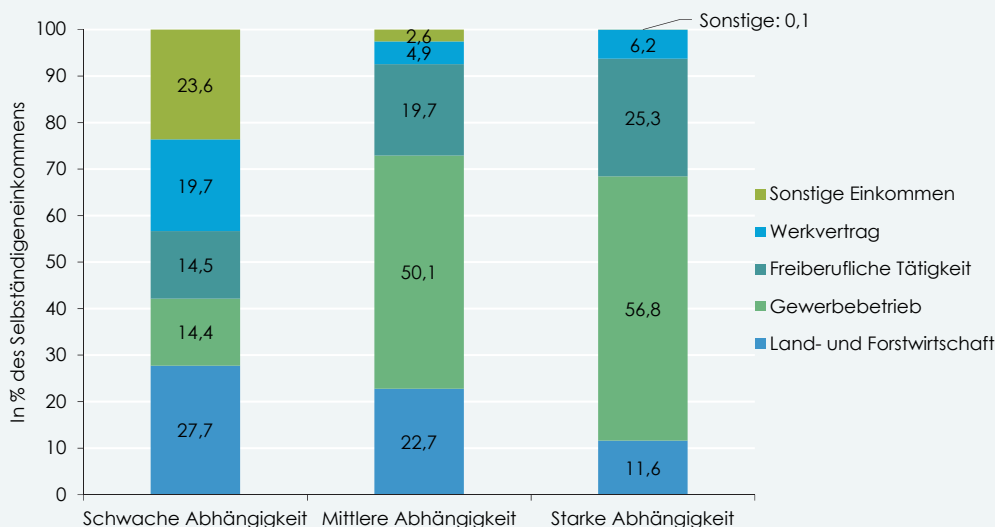


Q: Statistik Austria, EU-SILC 2018; WIFO-Berechnungen. Terzile des verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommens der Bevölkerung auf Basis der EU-Skala äquivalisiert bzw. mit der Haushaltsstruktur normiert.

Die relative Bedeutung der einzelnen Einkommensarten schwankt auch merklich je nach dem Abhängigkeitsgrad der Haushalte von Selbständigeneinkommen. So kam 2017 in Haushalten mit mittlerer bzw. starker Abhängigkeit den Einkünften aus einem Gewerbebetrieb die weitaus größte Bedeutung zu (rund 50% bzw. 57%). Auch die Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit trugen in diesen Haushalten maßgeblich zum Gesamteinkommen bei, ihr Anteil war mit rund einem

Fünftel bzw. einem Viertel jedoch deutlich geringer. Während Einkünfte aus einem Werkvertrag und sonstige Einkommen in solchen Haushalten kaum eine Rolle spielten, war ihre Bedeutung in den schwach von Selbständigkeit abhängigen Haushalten ungleich höher. Einkünfte aus der Land- und Forstwirtschaft waren 2017 in Haushalten mit schwacher Abhängigkeit am bedeutendsten (rund 28%).

Abbildung 7: **Bedeutung der unterschiedlichen Quellen von Selbständigeneinkommen nach Grad der Abhängigkeit von Selbständigeneinkommen 2017**



Q: Statistik Austria, EU-SILC 2018; WIFO-Berechnungen. Schwache, mittlere bzw. starke Abhängigkeit von Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit liegt vor, wenn das durch den Haushalt erzielte Nettoeinkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit höchstens 20%, zwischen 20% und 80% bzw. über 80% des gesamten verfügbaren Haushaltseinkommens ausmacht.

5.4 Armutsgefährdung der Selbständigen

In Österreich waren 2017 14,3% der Bevölkerung armutsgefährdet, wobei Personen in Haushalten mit Kindern stärker betroffen waren als Personen in kinderlosen Haushalten (16,2% gegenüber 12,7%)¹⁴⁾. 19,1% der Kinder unter 19 Jahren waren 2017 armutsgefährdet. In Haushalten mit Erwerbseinkommen war die Armutsgefährdungsquote deutlich geringer als in Haushalten ohne Erwerbseinkommen, wobei der Bezug von Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit das Armutsrisiko im Durchschnitt stärker verringerte als der Bezug von Selbständigeneinkommen (Übersicht 11). Merklich erhöht ist die Armutsgefährdungsquote in Haushalten, deren Haupteinkommensquelle die selbständige Erwerbstätigkeit ist: Sie war 2017 in solchen Haushalten beinahe doppelt so hoch wie im Mittel aller Haushalte und fast zweieinhalb Mal so hoch wie unter Haus-

halten mit Erwerbseinkommen. Innerhalb der Haushalte ohne Kinder war das Armutsrisiko in Haushalten mit Selbständigkeit als Haupteinkommensquelle beinahe doppelt so hoch wie in der Referenzgruppe der Haushalte mit Erwerbseinkommen (14,2% gegenüber 7,4%), innerhalb der Haushalte mit Kindern fast drei Mal so hoch (39,5% gegenüber 13,8%). Auch für Kinder unter 19 Jahren war das Armutsrisiko in solchen Haushalten deutlich erhöht (38,6% gegenüber 16,1% in Haushalten mit Erwerbseinkommen).

Das Armutsgefährdungsrisiko steigt mit zunehmender Abhängigkeit von Selbständigeneinkommen an: 10,7% der Personen in schwach von Selbständigeneinkommen abhängigen Haushalten waren 2017 armutsgefährdet. Bei mittlerer Abhängigkeit waren es 14,5%, bei starker Abhängigkeit 17,6% (Übersicht 12).

In Haushalten mit Selbständigeneinkommen als überwiegender persönlicher Einkommensquelle war 2017 die Armutsgefährdungsquote fast dreimal so hoch wie in Haushalten mit Unselbständigeneinkommen als Haupteinkommensquelle.

¹⁴⁾ Die Armutsgefährdungsquote gibt den Anteil der Personen an der Bevölkerung an, deren verfügbares Haushaltsäquivalenzeinkommen unter der Armuts-

gefährdungsschwelle liegt. Diese beträgt 60% des medianen verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommens im jeweiligen Land.

Übersicht 11: Armutsgefährdungsquoten nach Haushaltstypen 2017

	Insgesamt	Armutsgefährdungsquote		Kinder bis 19 Jahre
		Haushalte		
		Ohne Kind	Mit Kind	
		In %		
Alle Haushalte	14,3	12,7	16,2	19,1
Haushalte mit Einkommen				
Erwerbstätigkeit	11,0	7,4	13,8	16,1
Unselbständiger Erwerbstätigkeit ¹⁾	10,2	6,9	12,7	15,0
Unselbständiger Erwerbstätigkeit als Haupteinkommensquelle ²⁾	9,2	5,7	12,0	14,2
Selbständiger Erwerbstätigkeit ¹⁾	13,0	9,3	15,3	18,0
Selbständiger Erwerbstätigkeit als Haupteinkommensquelle ²⁾	26,0	14,2	39,5	38,6

Q: Statistik Austria, EU-SILC 2018; WIFO-Berechnungen. Armutsgefährdungsquote . . . Anteile der Personen mit einem verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle, die bei 60% des nationalen Medians des verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommens liegt, in %. Kinderarmut . . . Anteile der Kinder unter 19 Jahren mit einem verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle der Bevölkerung in %. – ¹⁾ Mindestens ein Monat im Jahr. – ²⁾ Das Einkommen aus der jeweiligen Quelle stellt den größten Anteil am persönlichen Gesamteinkommen.

Übersicht 12: Armutsgefährdungsquoten nach Grad der Abhängigkeit vom Selbständigeneinkommen 2017

	Armutsgefährdungsquote
Abhängigkeit vom Selbständigeneinkommen	
Schwach	10,7
Mittel	14,5
Stark	17,6
Insgesamt	13,0

Q: Statistik Austria, EU-SILC 2018; WIFO-Berechnungen. Armutsgefährdungsquote . . . Anteile der Personen mit einem verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle, die bei 60% des nationalen Medians des verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommens liegt, in %. Schwache, mittlere bzw. starke Abhängigkeit von Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit liegt vor, wenn das durch den Haushalt erzielte Nettoeinkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit höchstens 20%, zwischen 20% und 80% bzw. über 80% des gesamten verfügbaren Haushaltseinkommens ausmacht.

6. Potentielle Folgen der COVID-19-Krise für selbständig Erwerbstätige

Die behördlichen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie wirken sich einerseits auf die Zahl der selbständig Erwerbstätigen und andererseits auf ihre Einkommen bzw. Umsätze aus. Auf der Grundlage von Sozialversicherungsdaten sank die Zahl der Selbständigen 2020 gegenüber dem Vorjahr um 3.850 Personen bzw. 0,8% und somit weniger stark als die Zahl der unselbständig Beschäftigten (–2%; Bock-Schappelwein *et al.*, 2021). Die relative Stabilität der Selbständigenzahlen hängt mit folgenden Besonderheiten zusammen: Wird die Selbständigkeit aufgrund der Lockdown-Maßnahmen durch Abmeldung von der Sozialversicherung beendet, so führt dies zu einem teilweisen Verlust des Sozialversicherungsschutzes, allen voran der Pensionsversicherung. Allerdings betrug der Anteil der Selbständigen, deren Pflichtversicherung nur die Mindestbeitragsgrundlage war (2020: 460,66 € im Monat), schon im Vorkrisenjahr

2019 44% (2020: 45%). Eine aufrechte Sozialversicherung ist zudem eine Voraussetzung¹⁵⁾ für den Zugang zu den COVID-19-Hilfsfonds, allen voran zum Härtefallfonds und zum Unterstützungsfonds für Künstlerinnen und Künstler. Weiters besteht für Gewerbetreibende, freiberuflich Tätige und Neue Selbständige¹⁶⁾ die Möglichkeit zur Herabsetzung der vorläufigen Beitragsgrundlage zur Sozialversicherung. Diese Rahmenbedingungen sind ein Anreiz zur Weiterversicherung, was den schwachen Rückgang der Zahl der Selbständigen miterklären könnte.

Auf Grundlage des Mikrozensus¹⁷⁾ unterlag die Zahl der Selbständigen im Krisenjahr 2020 deutlich größeren Veränderungen. Da die Mikrozensusdaten des IV. Quartals 2020 zum Zeitpunkt der Abfassung des vorliegenden Beitrags noch nicht vorgelegen hatten, wurde der Durchschnitt der ersten drei Quartale der Jahre 2019 und 2020 betrachtet. In

¹⁵⁾ Diese Voraussetzung wurde in Phase 2 teilweise gelockert bzw. wurde in der Sozialversicherung der Selbständigen die Möglichkeit zum "Opt-in" geschaffen.

¹⁶⁾ https://www.svs.at/cdscontent/?contentid=10007_857964&portal=svsportal.

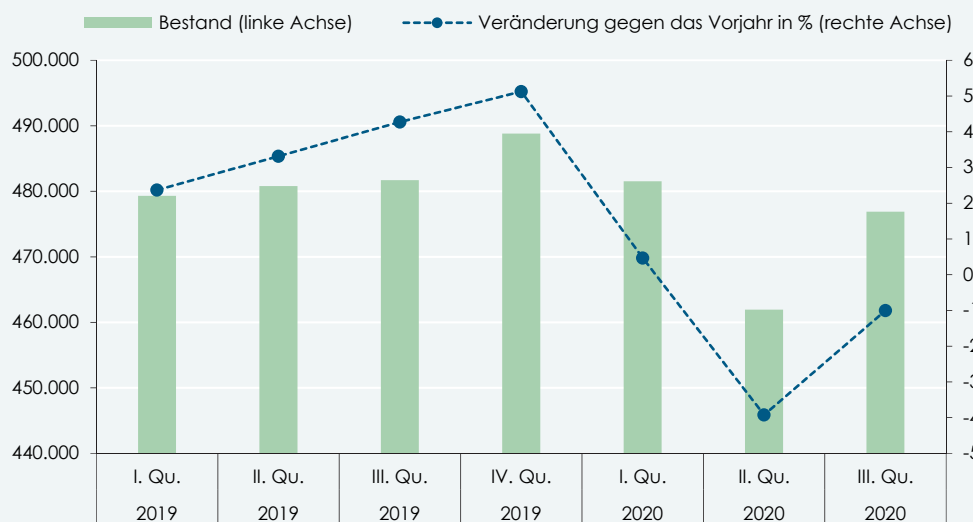
¹⁷⁾ Im Mikrozensus wird erfragt, ob die Personen in der Referenzwoche einer Erwerbstätigkeit im Mindest-

ausmaß von einer Stunde nachgegangen sind, wobei Unterbrechungen bis zu drei Monaten in der Regel keine Beendigung der Erwerbstätigkeit darstellen. Die Sozialversicherungspflicht ist hierbei unerheblich. Im Gegensatz zu den Sozialversicherungszahlen werden im Mikrozensus ausschließlich Personen mit österreichischem Wohnsitz erfasst.

den ersten drei Quartalen 2020 sank die selbständige Beschäftigung gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 7.100 Personen bzw. -1,5%, wobei die

Beschäftigung nach einem Zuwachs im I. Quartal (+2.200 bzw. +0,5%) im II. Quartal (-18.900 bzw. -3,9%) und III. Quartal (-4.800 bzw. -1,0%) zurückging (Abbildung 8).

Abbildung 8: **Unterjährige Entwicklung der selbständigen Beschäftigung seit 2019**



Q: Statistik Austria, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung. Selbständige Beschäftigung: Beschäftigte mit selbständiger Haupterwerbstätigkeit.

Nach Wirtschaftszweigen war die Entwicklung jedoch inhomogen. In den Bereichen Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei, Verkehr und Lagerei, Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Grundstücks- und Wohnungswesen, freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen sowie sonstige Dienstleistungen war die selbständige Beschäftigung in allen drei Quartalen¹⁸⁾ des Jahres 2020 höher als 2019 (Abbildung 9). Die unselbständige Beschäftigung entwickelte sich in diesen Branchen deutlich schwächer und war teils rückläufig, insbesondere im Bereich der Erbringung sonstiger Dienstleistungen (I. Quartal -3,5%, II. Quartal -7,9%, III. Quartal -3,4%). Die selbständige Beschäftigung sank dagegen in den Bereichen Herstellung von Waren, Erziehung und Unterricht sowie Kunst, Unterhaltung und Erholung in allen drei Quartalen 2020. Der Beschäftigungsrückgang betrug dabei bis zu einem Drittel. Während die selbständige Beschäftigung im Bauwesen, in der Beherbergung und Gastronomie und im Gesundheits- und Sozialwesen im I. Quartal 2020 noch angestiegen war, waren dort im II. und III. Quartal Rückgänge zu verzeichnen. Im Gesundheits- und Sozialwesen betrug der Rückgang im II. Quartal 20,3% (I. Quartal +4,6%). Die unselbständige Beschäftigung

lag in diesem Bereich dagegen in allen drei Quartalen 2020 über dem Vorjahresniveau. Auch in jenen Branchen mit durchgängig höheren oder geringeren Beschäftigungsständen veränderte sich im Jahresverlauf teils die Dynamik. Zu einer merklichen Beschleunigung des Rückgangs der selbständigen Beschäftigung kam es etwa im von Betretungs- und Veranstaltungsverbieten besonders betroffenen Bereich Kunst, Unterhaltung und Erholung (I. Quartal -7,8%, II. Quartal -20,9%, III. Quartal -29,3% gegenüber dem Vorjahr). In diesem Bereich waren auch die absoluten Rückgänge gegenüber 2019 bedeutend (-7.900 im III. Quartal). Am stärksten war der absolute Beschäftigungsverlust im Gesundheits- und Sozialwesen (-9.300 im II. Quartal).

Die Krisenbetroffenheit der Selbständigen im Jahr 2020 ist nur zu einem Teil an der rückläufigen Zahl der Selbständigen und dem Einkommensentfall jener Personen ablesbar, die aus der Selbständigkeit ausgeschieden sind. Gleichzeitig waren Personen, die trotz etwaiger Einschränkungen weiterhin ihrer unternehmerischen Tätigkeit nachgingen, mit Einkommensverlusten konfrontiert. Im Gegensatz zu den Lohneinkommen, die monatlich erfasst werden, liegen Informationen zu

Laut Mikrozensus ging die selbständige Beschäftigung in den ersten drei Quartalen 2020 gegenüber dem Vorjahr um 7.100 Personen oder 1,5% zurück. Auf Basis von Sozialversicherungsdaten betrug der Rückgang im Gesamtjahr 2020 0,8%.

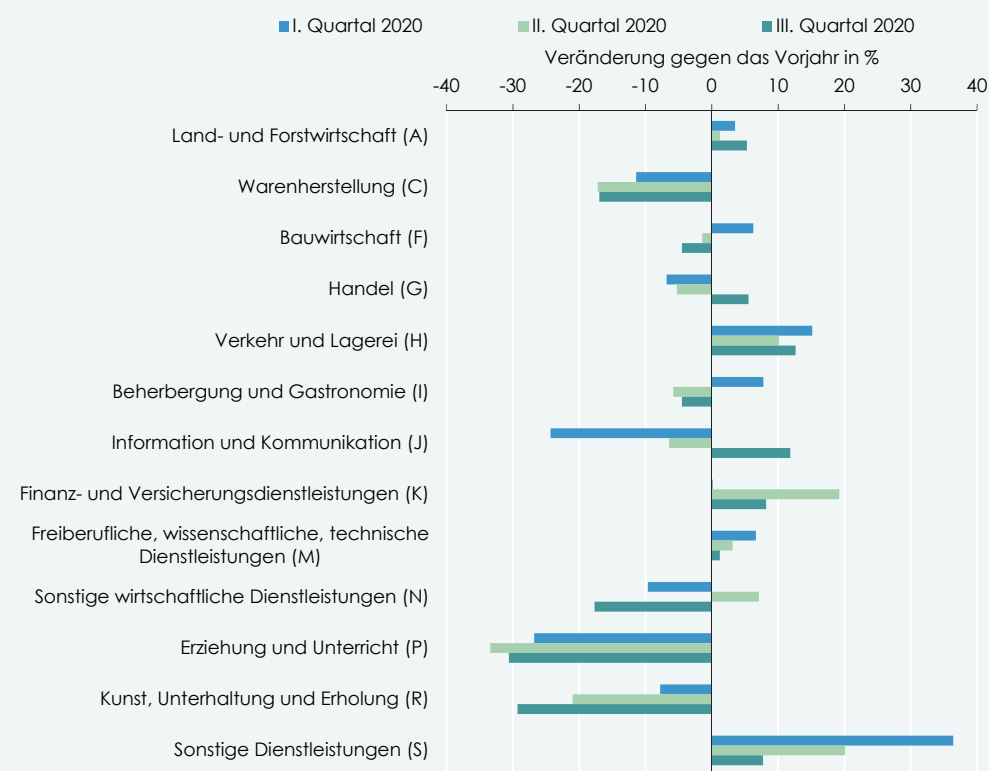
¹⁸⁾ Der Beschäftigungsanteil betrug 2019 in der Land- und Forstwirtschaft und Fischerei rund 18%, in Verkehr und Lagerei 3%, in der Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen 2%, im Grundstücks- und Wohnungswesen 1%, in der Erbringung von freibe-

ruflichen, wissenschaftliche und technische sowie sonstigen Dienstleistungen 15%.

den Selbständigeneinkommen – unabhängig von der COVID-19-Krise – erst deutlich verzögert vor¹⁹⁾. Daher sind derzeit noch keine Aussagen darüber möglich, wie stark die COVID-19-Krise die Selbständigeneinkommen gedämpft hat und in welchem Ausmaß die Einkommensverluste durch Unterstützungsmaßnahmen abgefedert werden konnten. Der Anteil am Verdienstentgang der Selbständigen, der durch den Härtefallfonds kompensiert wird, dürfte Umfragedaten zufolge eher gering sein: Mehr als

die Hälfte der Betroffenen rechnen damit, dass diese Maßnahme weniger als 20% ihres persönlichen Einkommensverlustes ausgleichen wird (Pichler – Schmidt-Dengler – Zulehner, 2020A). Wie eine Ex-ante-Analyse zur Wirkung der wirtschaftspolitischen COVID-19-Maßnahmen ermittelte, werden 43% der aggregierten krisenbedingten Verluste des Bruttoeinkommens aus selbständiger Erwerbstätigkeit durch Leistungen aus dem Härtefallfonds kompensiert (Baumgartner et al., 2020).

Abbildung 9: Unterjährige Entwicklung der selbständigen Beschäftigung 2020 nach ÖNACE-2008-Abschnitten



Q: Statistik Austria, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung. Die Ergebnisse für die Abschnitte B, D, E, O, T, U (aufgrund geringer Fallzahlen nicht interpretierbar) und L (stark zufallsbehaftet) wurden nicht ausgewiesen.

Die COVID-19-Maßnahmen betrafen neben dem Beherbergungs- und Gaststättenwesen und dem Handel auch weitere kundenintensive Bereiche, etwa die persönlichen Dienstleistungen, Verkehr und Lagerei sowie den Freizeit- und Kulturbereich (Bock-Schappelwein – Huemer – Hyll, 2020). In diesen Branchen ist daher mit deutlichen Einkommens- und Umsatzverlusten zu rechnen. Von den rund 319.000 Ein-Personen-Unternehmen (EPU) laut WKO waren 2019 rund 75.000 in den kundenintensiven Bereichen persönliche Dienstleistungen (ohne 24-Stunden-

Personenbetreuung), Fußpflege, Direktvertrieb, Freizeit, Sport und Gastronomie tätig. Somit sind potentiell 23% aller Ein-Personen-Unternehmen unmittelbar von der Krise betroffen. Werden sowohl Zähler als auch Nenner um Selbständige in der Personenbetreuung bereinigt, so liegt die potentielle Betroffenheit bei 29% (Bock-Schappelwein – Mayrhuber, 2020).

Laut Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung waren 2019 in den Bereichen Handel, Gastronomie, Gesundheitswesen²⁰⁾, Kultur und

¹⁹⁾ Lassen sich Selbständige durch eine Steuerberatung vertreten, ist die Abgabefrist für Einkommensteuererklärungen – welche die Informationsgrundlage für die Selbständigeneinkommen darstellen – der 31. 3.

des auf die Veranlagung zweitfolgenden Kalenderjahres.

²⁰⁾ Physiotherapeutinnen und -therapeuten waren wegen der drohenden Ansteckungsgefahr ebenfalls vom Lockdown betroffen.

persönliche Dienstleistungen rund 87.000 Solo-Selbständige tätig. Ähnlich hoch ist dort die Zahl der Selbständigen, die weitere Arbeitskräfte beschäftigen (83.000). Somit könnten laut Mikrozensus rund 170.000 Selbständige unmittelbar von Umsatzausfällen betroffen sein. Das entspricht einem Anteil von 37% an allen Selbständigen (34% der Solo-Selbständigen, 42% der Selbständigen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern).

Laut Sozialversicherungsdaten (bali) gab es 2019 in den Bereichen Handel, Gastronomie, Gesundheitswesen, Kultur und persönliche Dienstleistungen sowie in der Reisebranche rund 166.000 potentiell betroffene Selbständige (ohne Personenbetreuung). Gemessen

an der Gesamtzahl der selbständig Erwerbstätigen waren dies 34%. Werden die in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Selbständigen ausgeschlossen, beträgt der Anteil der potentiell Betroffenen 41%.

6.1 Hilfsmaßnahmen für selbständig Erwerbstätige

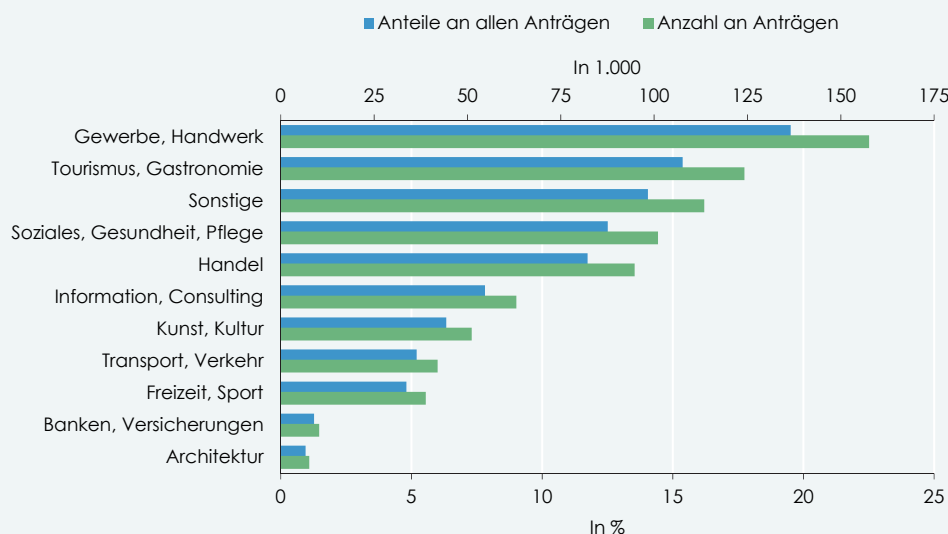
Die krisenbedingten Einkommensausfälle der Selbständigen sollen vor allem durch den Härtefallfonds²¹⁾ und den Unterstützungsfonds für Künstlerinnen und Künstler abgedeckt werden. Im Rahmen des Fixkostenzuschusses werden betriebliche Aufwendungen ersetzt, nicht das Einkommen von natürlichen Personen.

Übersicht 13: COVID-19-Maßnahmen für selbständig Erwerbstätige

Direkte Unterstützungsleistungen			
Härtefallfonds einschließlich Comeback-Bonus 2 Mrd. €	Unterstützungsfonds für Künstlerinnen und Künstler 0,11 Mrd. €	Kreditmoratorium	aws Start-up-Hilfsfonds 29,5 Mio. € aws Comeback-Hilfsfonds 25 Mio. €
Indirekte Unterstützungsmaßnahmen			
Anpassung der Steuervorauszahlungen	Steuerstundungen, Ratenzahlungen	Herabsetzung der Sozialversicherungsbeitragsgrundlage	Stundungen der Sozialversicherungsbeiträge

Q: Loretz – Pitlik – Schratzenstaller (2021).

Abbildung 10: Anträge beim Härtefallfonds nach Wirtschaftsbereichen



Q: Wirtschaftskammer Österreich, WIFO-Berechnungen (Datenstand: 31. 12. 2020). Die Wirtschaftsbereiche nach Wirtschaftskammersystematik sind nicht ident mit der Wirtschaftsbereichen nach ÖNACE-2008-Systematik.

Im Jahr 2020 wurden im Rahmen des Härtefallfonds (Phasen 1 und 2) bislang 805.115 Förderfälle positiv abgewickelt. Dabei

handelte es sich zu 71% um EPU, zu 3% um freie Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer und zu 26% um Kleinstunternehmen²²⁾. Der

²¹⁾ In Phase 1 (27. März bis 15. April 2020) konnte eine Soforthilfe von bis zu 1.000 € beantragt werden. In Phase 2 ab 16. April 2020 wurde der Zugang erweitert und die Unterstützung auf monatlich 1.000 € bis

2.000 € (einschließlich Comeback-Bonus) festgelegt. Der Härtefallfonds wurde bis 15. Juni 2021 verlängert.
²²⁾ Dem WKO-Statusbericht ist keine Definition von "Kleinstunternehmen" entnehmbar.

Anteil der EPU war in Phase 2 leicht höher und der Anteil der Kleinstunternehmen leicht geringer als in Phase 1. Da Anträge mehrfach eingebracht werden konnten, entsprechen diese Förderfälle rund 209.000 Personen, davon knapp 57% Männer und 43% Frauen. Das durchschnittliche Fördervolumen betrug 2020 4.285 € (WKO, 2021).

Die Verteilung der Förderfälle auf die Branchen spiegelt deren unterschiedliche Krisenbetroffenheit wider: Ein Fünftel der Förderfälle entfiel auf den Bereich Gewerbe und Handwerk, 15,5% auf Tourismus und Gastronomie, 12,5% auf die Bereiche Soziales, Gesundheit und Pflege und 12% auf den Handel (Abbildung 10).

7. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Der krisenbedingte Rückgang der selbständigen Beschäftigung 2020 erscheint auf Grundlage von Sozialversicherungsdaten mit –0,8% weniger dramatisch als auf Basis von Befragungsdaten aus der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung (I. bis III. Quartal 2020 –1,5% gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres). In letzterer Datenquelle sind jedoch Beschäftigungsrückgänge in der Gastronomie und im Beherbergungswesen, in den Bereichen Kunst, Unterhaltung und Erholung sowie im Gesundheits- und Sozialwesen deutlich erkennbar. Wie die Mikrozensus- und EU-SILC-Daten zeigen, sind Selbständige potentiell stark von der COVID-19-Krise betroffen. Zudem ist die Erwerbsbevölkerung zum Teil in hohem Maß von Selbständigeneinkommen abhängig.

Für den Zugang zu Leistungen aus dem Härtefall- und dem Unterstützungsfonds für Künstlerinnen und Künstler wird ein aufrechtes Versicherungsverhältnis bei der Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen vorausgesetzt. Dies könnte für die Betroffenen ein Anreiz zum Verbleib in der Selbständigkeit sein und erklären, warum die COVID-19-Krise bisher nicht voll auf die Selbständigenzahlen durchgeschlagen hat.

Einkommensausfälle betreffen nicht nur jene Personen, die aus der Selbständigkeit ausgeschieden sind, sondern auch die verbliebenen Unternehmerinnen und Unternehmer, deren Tätigkeit durch die COVID-19-Maßnahmen eingeschränkt wird. Da die Partnerinnen bzw. Partner von selbständig Erwerbstätigen häufig ebenfalls selbständig und oft im selben Wirtschaftsabschnitt tätig sind, zeigt sich die Krisenbetroffenheit der Selbständigen auf der Haushaltsebene deutlicher als auf der Personenebene.

Wie die vorliegende Analyse zeigte, ist die Einkommenssituation von Personen in

Zu Beginn der COVID-19-Krise beurteilten Selbständige die Unterstützungsmaßnahmen als unzureichend zur Kompensation ihres Umsatz- bzw. Einkommensentfalls: Rund 56% der EPU und 49% der Kleinstunternehmen gaben an, dass die finanzielle Unterstützung im Rahmen des Härtefallfonds nicht ausreicht (Pichler – Schmidt-Dengler – Zulehner, 2020B). Die Lockdown-Maßnahmen stellten aus Sicht der Selbständigen ein unkalkulierbares unternehmerisches Risiko dar. Der Sozialversicherung kommt im Fall der Selbständigen keine einkommenssichernde Funktion zu, wie dies für die Arbeitslosenversicherung²³⁾, aber auch für die Kurzarbeit im Bereich der unselbständig Erwerbstätigen gilt.

Haushalten mit Selbständigeneinkommen sehr heterogen. In Summe waren 2017 1.902 Mio. Personen bzw. rund ein Fünftel der Bevölkerung von Selbständigeneinkommen abhängig, wovon 45% mittelstark und knapp 9% stark von dieser Einkommensart abhängen. In Haushalten mit mittlerer und starker Abhängigkeit waren Einkünfte aus einem Gewerbebetrieb und in einem geringeren Ausmaß Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit die wichtigsten Quellen des Selbständigeneinkommens. Haushalte mit geringer Abhängigkeit waren verstärkt auf Einkünfte aus der Land- und Forstwirtschaft, aus Werkverträgen oder sonstigen Quellen angewiesen.

Personen in Haushalten mit Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit verteilten sich 2017 im Vergleich zu jenen mit Unselbständigeneinkommen ungleicher auf die Einkommensklassen und konzentrierten sich relativ stark auf die obersten Quintile. Mit zunehmender Abhängigkeit von Selbständigeneinkommen stieg die Polarisierung in der Einkommensverteilung: 26% der Personen, die in einem starken Ausmaß von Selbständigeneinkommen abhängen, gehörten 2017 dem untersten, 37% dem obersten Einkommensquintil an. In Haushalten mit ausschließlich selbständig erwerbstätigen Personen, war das Muster umgekehrt: Dort gehörten mehr Personen dem untersten als dem obersten Quintil an.

Nicht nur die Einkommenspolarisierung, sondern auch das Armutsgefährdungsrisiko nimmt mit dem Grad der Abhängigkeit von Selbständigeneinkommen zu. In Haushalten mit Personen, deren wichtigste persönliche Einkommensquelle die selbständige Erwerbstätigkeit ist, war die Armutsgefährdungsquote 2017 zweieinhalb Mal so hoch wie in der Vergleichsgruppe der Haushalte mit Erwerbseinkommen. Innerhalb der Haushalte ohne Kinder war das Armutsrisiko in

nur von rund 0,3% der Selbständigen in Anspruch genommen.

²³⁾ Die seit 1. Jänner 2009 vorhandene Möglichkeit der freiwilligen Arbeitslosenversicherung wurde 2019

Haushalten mit einem Haupteinkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit mit 14,2% rund doppelt so hoch wie in der entsprechenden Vergleichsgruppe. Finden sich Kinder im Haushalt war das Risiko gar rund dreimal so hoch (39,5%). Mit 38,6% waren in solchen Haushalten auch Kinder bis 19 Jahre deutlich stärker armutsgefährdet als in der Vergleichsgruppe der Haushalte mit Erwerbseinkommen.

Für das Jahr 2020 liegen zwar noch keine Einkommensinformationen auf Personen- oder Haushaltsebene vor, die es erlauben, die krisenbedingten Einkommenseinbußen der Selbständigen zu quantifizieren. Auf-

grund der Verschiedenartigkeit dieser Personengruppe dürfte es allerdings schwierig sein, treffsichere Maßnahmen zu implementieren, die die Einkommensverluste der Selbständigen abfedern. Wie sich die COVID-19-Krise und die wirtschaftspolitischen Maßnahmen kurz- und längerfristig auf die Lage der Selbständigen und ihrer Haushaltsmitglieder auswirkt, wird erst mit Verzögerung sichtbar werden. Entsprechende Analysen und Beurteilungen werden der Heterogenität der Selbständigen Rechnung tragen müssen. Ungleichheiten, die bereits davor bestanden hatten, dürften sich durch die COVID-19-Krise weiter verschärfen.

8. Literaturhinweise

- Baumgartner, J., Fink, M., Moreau, C., Rocha-Akis, S. (WIFO), Lappöhn, S., Plank, K., Schnabl, A., Weyerstrass, K. (IHS), Wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Abfederung der COVID-19-Krise: Mikro- und makroökonomische Analysen zur konjunkturellen, fiskalischen und verteilungspolitischen Wirkung, WIFO, Wien, 2020, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66958>.
- Bock-Schappelwein, J., Eppel, R., Huemer, U., Hyll, W., Mahringer, H., "COVID-19-Pandemie: Rückgang der Beschäftigung und Anstieg der Arbeitslosigkeit halten im April an", WIFO Research Briefs, Wien, 2020, (5), <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/65983>.
- Bock-Schappelwein, J., Huemer, U., Hyll, W., "COVID-19-Pandemie: Höchste Beschäftigungseinbußen in Österreich seit fast 70 Jahren", WIFO Research Briefs, Wien, 2020, (2), <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/65886>.
- Bock-Schappelwein, J., Huemer, U., Hyll, W., "Beschäftigung 2020: Bilanz nach einem Jahr COVID-19-Pandemie", WIFO Research Briefs, Wien, 2021, (1), <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66814>.
- Bock-Schappelwein, J., Mühlberger, U., "Beschäftigungsformen in Österreich: rechtliche und quantitative Aspekte", WIFO-Monatsberichte, 2008, 81(12), S. 941-951, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/34759>.
- Bock-Schappelwein, J., Mayrhuber, Ch., "Selbständige", in Mayrhuber, Ch., Bock-Schappelwein, J., Eppel, R., Fink, M., Huemer, U., Hyll, W., Mahringer, H., Moreau, C., Pitlik, H., Rocha-Akis, S., Analysen zur sozialen Lage in Österreich. Bestandsaufnahme und Ausblicke in der COVID-19-Pandemie, WIFO, Wien, 2020, S. 80-112.
- Horemans, J., Marx, I., "Poverty and Material Deprivation Among the Self-Employed in Europe: An Exploration of a Relatively Uncharted Landscape", IZA Discussion Paper, 2017, (11007).
- Loretz, S., Pitlik, H., Schratzenstaller, M., "Bundeshaushalt und Staatsschuld in der COVID-19-Krise", WIFO-Monatsberichte, 2021, 94(1), S. 53-65, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66832>.
- Pichler, P., Schmidt-Dengler, Ph., Zulehner, Ch. (2020A), Blogreihe: EPU und Kleinstunternehmen in der Corona-Krise. Econ Blog 3 – EPU's und Kleinstunternehmer*innen erwarten geringe Kompensation persönlicher Einkommen, Universität Wien, <https://econ.univie.ac.at/in-the-media/econ-blog-corona/blog/blog-3-epu-und-kleinstunternehmerinnen-erwarten-sehr-geringe-kompensation-persoenlicher-einkommensverluste-durch-den-hoertefall-fonds/>.
- Pichler, P., Schmidt-Dengler, Ph., Zulehner, Ch. (2020B), Blogreihe: EPU und Kleinstunternehmen in der Corona-Krise. Econ Blog 2 – EPU's und Kleinstunternehmer*innen: Scharfe Kritik am Corona-Hilfspaket, Universität Wien, <https://econ.univie.ac.at/in-the-media/econ-blog-corona/blog/blog-2-epu-und-kleinstunternehmerinnen-scharfe-kritik-am-corona-hilfspaket/>.
- Mayrhuber, Ch., Bock-Schappelwein, J., Eppel, R., Fink, M., Huemer, U., Hyll, W., Mahringer, H., Moreau, C., Pitlik, H., Rocha-Akis, S., Analysen zur sozialen Lage in Österreich. Bestandsaufnahme und Ausblicke in der COVID-19-Pandemie, WIFO, Wien, 2020, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66737>.
- Rocha-Akis, S., Bierbaumer-Polly, J., Einsiedl, M., Guger, A., Kliem, M., Leoni, Th., Lutz, H., Mayrhuber, C., Umverteilung durch den Staat in Österreich, WIFO, Wien, 2016, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/58820>.
- Statistik Austria, Methodenbericht EU-SILC 2012, Wien, 2013.
- Statistik Austria, Tabellenband EU-SILC 2018. Einkommen, Armut und Lebensbedingungen, Wien, 2019.
- Statistik Austria, Arbeitsmarktstatistiken 2019: Ergebnisse der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung und der Offenen-Stellen-Erhebung, Wien, 2020.
- WKO, Statusbericht Abwicklung Härtefallfonds, Stand 31.12.2020, Wien, 2021.

Analysen zur sozialen Lage in Österreich

Bestandsaufnahme und Ausblick in der COVID-19-Pandemie

Christine Mayrhuber, Julia Bock-Schappelwein, Rainer Eppel, Marian Fink, Ulrike Huemer, Walter Hyll, Helmut Mahringer, Caroline Moreau, Hans Pitlik, Silvia Rocha-Akis



WIFO ■

Analysen zur sozialen Lage in Österreich
Bestandsaufnahme und Ausblick in der COVID-19-Pandemie

Christine Mayrhuber, Julia Bock-Schappelwein, Rainer Eppel, Marian Fink, Ulrike Huemer, Walter Hyll, Helmut Mahringer, Caroline Moreau, Hans Pitlik, Silvia Rocha-Akis

EDV: Georg Böhs
Wissenschaftliche Assistenz: Anna Brunner, Stefan Fuchs, Ursula Glauninger, Doris Steininger, Stefan Weingärtner

August 2020
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Makroökonomische Entwicklungen seit dem Lockdown: Fiskalische Effekte

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen
Überblick über die fiskalischen Effekte
Vergleich der Einnahmen- und Ausgabenentwicklungen 2019-2021

Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die Einkommenslage der privaten Haushalte

Einleitung
Daten und Methode
Ergebnisse
Diskussion und Schlussfolgerungen
Vertiefender Forschungsbedarf

Analyse betroffener Gruppen

Lehrstellensuchende
Kurzarbeit
Arbeitslosigkeit
Selbständige

Die sozialen Auswirkungen der aktuellen Wirtschaftskrise trifft die Bevölkerung recht unterschiedlich. Die vorliegende Arbeit liefert eine erste Einschätzung der Auswirkungen der COVID-19-Krise sowohl auf die Einkommenssituation der privaten Haushalte als auch auf die Krisenbetroffenheit unterschiedlicher Gruppen. Die eingangs analysierten fiskalischen Effekte zeigen einen dramatischen Einbruch der Staatseinnahmen und einen gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo von $-10\frac{1}{2}\%$ des BIP. Das verfügbare Haushaltsäquivalenzeinkommen entwickelte sich nach Personengruppen sehr heterogen, wobei Arbeitslosenhaushalte im 1. Halbjahr 2020 deutliche Einkommenseinbußen verzeichneten. Das dritte Kapitel widmet sich besonders betroffenen Gruppen (Lehrlinge, Personen in Kurzarbeit, Arbeitslose, Selbständige). Der Erwerbseinstieg über die Lehrlingsausbildung ist 2020 für deutlich weniger Jugendliche möglich, der krisenbedingte Rückgang der Lehrlingszahlen (im 1. Lehrjahr) beträgt 4,3%. Der insgesamt beispiellose Anstieg der Arbeitslosigkeit konnte durch den Einsatz der COVID-19-Kurzarbeit gebremst werden. Der Anteil der zur Kurzarbeit Angemeldeten erreichte Mitte Mai 2020, mit 35,2% gemessen an den Aktivbeschäftigten im Mai des Vorjahres 36,7%, seinen Höchstwert. Nur 41% (97.000) der Personen, die während des Lockdown arbeitslos wurden, gingen bis Ende Juni 2020 in eine Beschäftigung ab. Überdurchschnittlich sind auch Selbständige und hier vor allem Ein-Personen-Unternehmen von der Krise betroffen.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz • August 2020 • 151 Seiten • Verkaufspreis: 40 € • Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66737>

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Team "Publikationen und Abonnentenbetreuung", 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01-214, Fax (+43 1) 798 93 86, publikationen@wifo.ac.at

Importwettbewerb mit China

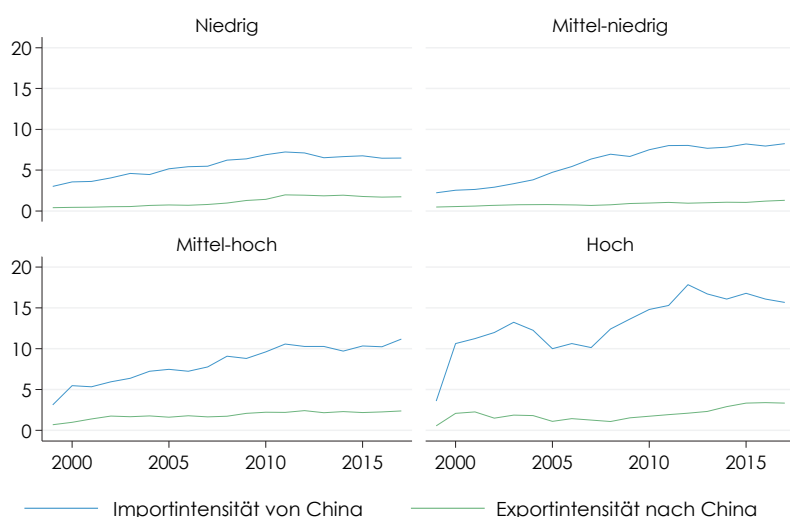
Auswirkungen auf das Wachstum der Unternehmensproduktivität in der EU

Klaus S. Friesenbichler, Werner Hölzl, Agnes Kügler, Andreas Reinstaller

- Seit dem WTO-Beitritt Chinas gewannen chinesische Importe in Europa drastisch an Bedeutung.
- Seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 nahmen insbesondere im Hochtechnologiebereich Importe aus China zu.
- Wie eine umfangreiche empirische Studie zeigt, dämpfte der Anstieg der Importintensität mit China das Produktivitätswachstum von Unternehmen in der EU.
- Jedoch sind nicht alle Unternehmen in gleichem Ausmaß betroffen. Während multinational tätige Unternehmen profitierten, litten vor allem Unternehmen im Niedrigtechnologiebereich und in Südeuropa stark unter dem Importwettbewerb.
- Die Handelspolitik sollte sich den veränderten Herausforderungen anpassen und gleiche Wettbewerbsbedingungen schaffen.

Import- und Exportintensität des EU-Außenhandels mit China nach Technologieklasse der Branchen

2000/2015, in % des gesamten Außenhandelsvolumens der jeweiligen Branchengruppe



"Seit dem WTO-Betritt Chinas nahmen chinesische Importe in Europa stark zu. Der Importwettbewerb dämpfte das Produktivitätswachstum in der EU, vor allem im Niedrigtechnologiebereich. Während lokal operierende Betriebe unter der Internationalisierung litten, konnten multinationale Unternehmen profitieren."

Der Importwettbewerb mit China dämpfte das Wachstum der Unternehmensproduktivität in der EU. Multinationale Unternehmen konnten von einer Ausweitung des Außenhandels mit China profitieren. Import- bzw. Exportintensität: Mittelwerte der jeweiligen Branchen, die den Branchengruppen laut Eurostat-Klassifizierung zu-grunde liegen (Q: Friesenbichler – Kügler – Reinstaller, 2021; Eurostat, https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Glossary:High-tech_classification_of_manufacturing_industries, abgerufen am 12. 3. 2021).

Importwettbewerb mit China

Auswirkungen auf das Wachstum der Unternehmensproduktivität in der EU

Klaus S. Friesenbichler, Werner Hölzl, Agnes Kügler, Andreas Reinstaller

Importwettbewerb mit China. Auswirkungen auf das Wachstum der Unternehmensproduktivität in der EU

Die Zunahme des Anteils chinesischer Importe am gesamten Importaufkommen dämpfte im Zeitraum 2003/2016 das Produktivitätswachstum von Unternehmen in der EU. Dieser Effekt fiel bei wachstumsstarken Unternehmen stärker aus und war im Niedrigtechnologiesektor größer als im Hochtechnologiebereich. Multinationale Unternehmen konnten dagegen von einer Zunahme der Importintensität mit China profitieren, wobei ein hohes Produktivitätswachstum in diesem Fall die positiven Effekte verstärkte.

JEL-Codes: F14, L20, L60, J24 • **Keywords:** Importwettbewerb, Arbeitsproduktivität, China, Warenhandel, internationaler Handel

Dieser Beitrag basiert auf ausgewählten Forschungsarbeiten des WIFO mit finanzieller Unterstützung des Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank (Projektnummer 17678, "Importwettbewerb und Wettbewerbsfähigkeit: Evidenz für die EU und für Österreich": Klaus S. Friesenbichler, Agnes Kügler, Andreas Reinstaller, "The impact of import competition from China on firm-level productivity growth in the EU", WIFO Working Paper, Februar 2021, (623), 56 Seiten, kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/66880>).

Begutachtung: Birgit Meyer • **Wissenschaftliche Assistenz:** Anna Strauss-Kollin (anna.strauss-kollin@wifo.ac.at), Nicole Schmidt-Padickakudy (nicole.schmidt-padickakudy@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 12. 2. 2021

Kontakt: Mag. Dr. Klaus S. Friesenbichler (klaus.friesenbichler@wifo.ac.at), Dr. Werner Hölzl (werner.hoelzl@wifo.ac.at), Mag. Dr. Agnes Kügler, MSc (agnes.kuegler@wifo.ac.at), Mag. Dr. Andreas Reinstaller (andreas.reinstaller@wifo.ac.at)

Import Competition with China. Implications for Firms' Productivity Growth in the EU

The increase in the share of Chinese imports in total imports dampened the productivity growth of firms in the EU in the period 2003-2016. This effect was more pronounced for fast growing companies and stronger in the low-tech sector than in the high-tech sector. However, multinationals were able to benefit from an increase in import intensity with China, with high productivity growth amplifying the positive effects in this case.

1. Einleitung

Seit dem WTO-Beitritt Chinas am 11. Dezember 2001 war in den Industrieländern ein starker Anstieg der Importe aus China zu verzeichnen. Dies veranlasste eine Debatte über mögliche negative Auswirkungen des Handels mit China auf die Wirtschaftsleistung der Handelspartner.

Die ökonomische Wachstumsliteratur schreibt dem Produktmarkt Wettbewerb eine im Großen und Ganzen wachstums- und innovationsfördernde Wirkung zu (Denicolò – Zanchettin, 2010). Der wachstumsfördernde Effekt kann sich jedoch bei einem sehr hohen Wettbewerbsniveau umkehren. Unternehmen haben dann weniger Anreiz zu Produktinnovationen, da deren Ertrag nur gering ist. Daher folgen Wachstum (bzw. Innovation) und Wettbewerb einer umgekehrten U-Beziehung. Empirischen Schätzungen zufolge müsste das Wettbewerbsniveau jedoch hoch sein, um das Wachstum zu maximieren (Aghion et al., 2005, De Bondt –

Vandekerckhove, 2012, Peneder – Wörter, 2014, Friesenbichler – Peneder, 2016).

Mit zunehmendem Wettbewerb wird Produktdifferenzierung für das Fortbestehen eines Unternehmens essentiell. Der Literatur zufolge steigt der Grenznutzen der vertikalen Differenzierung, d. h. der Verbesserung der Produktqualität, bei zunehmendem Preiswettbewerb (Hombert – Matray, 2018, Sutton, 1991, Zahavi – Lavie, 2013). Diese Literaturstränge analysieren die allgemeinen Auswirkungen des Wettbewerbs, unterscheiden aber nicht zwischen nationaler und internationaler Konkurrenz.

Neuere Arbeiten zum Importwettbewerb zeichnen ein gegenteiliges Bild. Es wird argumentiert, dass chinesische Unternehmen preislich wettbewerbsfähiger sind und gleichzeitig eine Mindestqualität anbieten

Die Wachstumsliteratur schreibt dem Produktmarkt Wettbewerb eine großenteils wachstums- und innovationsfördernde Wirkung zu.

können, die es ihnen erlaubt, mit Unternehmen aus Industrieländern in direkte Konkurrenz zu treten. Der Importwettbewerb mit China habe stark negative Auswirkungen, unter anderem auf regionale Arbeitsmärkte

2. Evidenzen auf Unternehmensebene

Die Zunahme des Handels mit China in Folge der Handelsliberalisierung durch den WTO-Beitritt lässt sich nach einem von *Melitz – Ottaviano* (2008) vorgeschlagenen theoretischen Modell interpretieren: Unternehmen, die Waren und Dienstleistungen produzieren, welche leicht durch Niedrigpreisimporte ersetzt werden können, sind mit sinkender Nachfrage konfrontiert und mittelfristig gezwungen, den Markt zu verlassen. Im Gegensatz dazu sind produktivere, technologieintensivere Unternehmen in der Lage, sich dem verstärkten Importwettbewerb durch Innovation und Produktdifferenzierung zu entziehen oder in Branchen mit geringerem Wettbewerbsdruck zu wechseln. Nimmt dieser jedoch weiter zu, so sinkt die Rentabilität von Innovationen, wodurch die Unternehmen ihr Produktportfolio nicht mehr verbessern und sich daher zunehmend dem Preiswettbewerb aussetzen (*Bernard – Jensen – Schott, 2006, Bloom – Draca – Van Reenen, 2016*).

Die durch den Wettbewerb ausgelöste Produktdifferenzierung und Marktdynamik zeigt die Mechanismen, die möglichen Produktivitätsveränderungen zugrunde liegen. Diese Zusammenhänge wurden in etlichen empirischen Untersuchungen analysiert. Ältere empirische Evidenz für die USA stellt einen positiven Zusammenhang zwischen Importwettbewerb und Produktivitätssteigerungen fest, insbesondere auf Märkten mit hoher Konzentration bzw. geringer Wettbewerbsintensität (*MacDonald, 1994*). Unternehmen, die dem Importwettbewerb ausgesetzt waren, konzentrierten die Ressourcen auf ihre Kernkompetenzen (*Bowen – Wiersema, 2005*). Die genannten Studien unterscheiden nicht zwischen Unternehmen aus Industrieländern und solchen aus Schwellenländern.

Bernard – Jensen – Schott (2006) untersuchten die Auswirkungen von Importen aus Niedriglohnländern auf die Entwicklung von Unternehmen in den USA. Wie sie zeigen, wirkte sich die Zunahme dieser Importe negativ auf die Überlebenswahrscheinlichkeit und das Wachstum der Unternehmen aus. Es kam zu brancheninternen Reallokationen hin zu kapitalintensiven Unternehmen. Zudem verlagerten Unternehmen ihre Aktivitäten teilweise in Bereiche, die einem geringeren Importwettbewerb ausgesetzt waren.

in den USA (*Autor – Dorn – Hanson, 2013*). Die Effekte auf den deutschen Arbeitsmarkt sind der Literatur zufolge deutlich schwächer (*Dauth – Findeisen – Suedekum, 2014*).

Ihre neuen Aktivitäten entsprachen stärker der Spezialisierung der USA und waren somit sowohl qualifikations- als auch kapitalintensiver. Der langfristige Erfolg dieser Ausweichstrategien konnte nicht nachgewiesen werden.

Bloom – Draca – Van Reenen (2016) untersuchten, wie sich die Zunahme des Importwettbewerbs mit China im Zeitraum vor der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 auf europäische Unternehmen ausgewirkt hat. Sie nutzten dazu eine Stichprobe von Unternehmen aus zahlreichen europäischen Ländern¹⁾. Ihre Arbeit zeigt, dass der Importwettbewerb mit China den Strukturwandel in Europa beschleunigt hat. Durch eine Verschiebung der Marktanteile in Richtung produktiverer Unternehmen und aufgrund vermehrter Marktaustritte weniger produktiver Betriebe nahm auch die Produktivität zu. Da Beschäftigungsverluste durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze kompensiert wurden, kam es zu keinen negativen Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt. Gleichzeitig beschleunigte die Zunahme des Importwettbewerbs die Innovationsbemühungen der Unternehmen: Jene Unternehmen, die mit chinesischen Importen konkurrierten, meldeten mehr Patente an und steigerten ihre Qualifikations-, Forschungs- und IT-Intensität. Ihre Produktivität nahm ebenfalls zu, auch wenn Preise und Profitabilität wettbewerbsbedingt sanken. Damit entsprechen die Ergebnisse von *Bloom – Draca – Van Reenen* (2016) dem theoretischen Modell von *Melitz – Ottaviano* (2008).

Neuere Arbeiten kommen jedoch zu anderen Ergebnissen. So führen *Hombert – Matray* (2018) die Abschwächung des Umsatzwachstums und den Rückgang der Profitabilität von Unternehmen in den USA auf eine Zunahme der Intensität des Importwettbewerbs zurück. Dieser Effekt ist für F&E-intensive Unternehmen geringer, da diese besser in der Lage sind, den Wettbewerbsdruck durch vertikale Produktdifferenzierung, also durch das Vordringen in hochwertigere Preissegmente, zu kompensieren. Wie *Mion – Zhu* (2013) für belgische Unternehmen zeigen, dämpfte der Importwettbewerb mit China das innerbetriebliche Beschäftigungswachstum, während er die Reallokation zwischen Unternehmen begünstigte.

Wie ältere Studien für europäische Länder zeigen, führte der Importwettbewerb mit China zu einer Beschleunigung des Strukturwandels, jedoch zu keinen Beschäftigungsverlusten.

Neuere Untersuchungen zufolge wirkte sich die Zunahme chinesischer Importe negativ auf die Unternehmen in den Importländern aus.

¹⁾ Die Ländergruppe bestand aus Österreich, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Irland, Italien,

Norwegen, Spanien, Schweden, die Schweiz und dem Vereinigten Königreich.

Die Auswirkungen des Importwettbewerbs mit China auf die Unternehmen in den Importländern unterscheiden sich nach Unternehmenstypen. So sind etwa F&E- oder kapitalintensive Unternehmen weniger stark betroffen.

Andere Befunde für die EU zeigen, dass kleine Unternehmen weniger empfindlich auf den Importwettbewerb aus Niedriglohnländern reagieren als große Unternehmen. Wichtiger für die Performance kleiner Unternehmen ist der Importwettbewerb aus anderen Industrieländern. Das gegenteilige Muster wurde für große Unternehmen beobachtet (Colatone – Crinò, 2014). Darüber

hinaus weisen neuere Untersuchungen für die USA darauf hin, dass eine Zunahme des Importwettbewerbs vorrangig die Kapitalakkumulation weniger produktiver Unternehmen dämpft, indem diese Investitionen mit kürzerer Lebensdauer tätigen (Fromenteau – Schymik – Tscheke, 2019).

3. Chinas Aufstieg und die Veränderung der Art des Wettbewerbs

Die angeführten Befunde zur Wirkung des Importwettbewerbs sind widersprüchlich: Einerseits weisen theoretische Überlegungen darauf hin, dass die Zunahme des Importwettbewerbs das Wirtschaftswachstum fördert, was auch durch ältere empirische Studien gestützt wird. Andererseits mehren sich in der aktuelleren Literatur Hinweise auf eine Dämpfung des Produktivitätswachstums in der EU durch Importe aus China. In den USA lassen sich zudem auch negative Effekte auf die regionalen Arbeitsmärkte in der Sachgütererzeugung beobachten.

Diese Änderung in der Wirkungsweise des Importwettbewerbs könnte auf eine Veränderung der Art des Wettbewerbs im Allgemeinen zurückgehen (Baldwin, 2011). Vor allem Informations- und Kommunikationstechnologien haben den Wissenstransfer erleichtert und es Schwellenländern ermöglicht, einzelne Produktionsschritte in internationalen Wertschöpfungsketten durchzuführen. Dadurch kam es zu einer Fragmentierung des internationalen Wettbewerbs. Unternehmen mit höherem Fertigungs-Know-how lagerten Teile der Produktion auch nach China aus, wodurch sie jedoch auch ihr Wissen mitverlagerten. Aufstrebende Volkswirtschaften wie China konnten sich dadurch schneller industrialisieren. In früheren erfolgreichen Entwicklungsmodellen, wie sie etwa Korea oder Japan angewandt hatten, entstanden bestimmte Sektoren erst nach langen, komplexen Lernphasen (Baldwin, 2011). Chinesische Unternehmen haben dadurch einen Wettbewerbsvorteil. Die Löhne in China sind weiterhin niedrig, aber die technologische Basis ist hoch entwickelt.

Zudem findet der internationale Wettbewerb zunehmend auf einer "schiefen Ebene" statt. Dadurch kann es zu Situationen kommen, in denen die Gewinne durch den internationalen Handel einseitig verteilt sind (Samuelson, 2004). Dies scheint bei Importen aus China der Fall zu sein, was letztlich auch durch die chinesische Industriepolitik begünstigt wurde.

Die Transformation der chinesischen Industrie wurde von einem proaktiven Staat durch die Umsetzung zahlreicher industriepolitischer Maßnahmen vorangetrieben (Mazucato, 2011). Ein zentrales Element war zunächst die Nachahmung ausländischer Technologien, was insbesondere ab den

2010er-Jahren mit eigenständiger, chinesischer F&E gekoppelt wurde. Diese Industriepolitik rief die breite Kritik anderer Industrieländer hervor, da sie auch auf "Reverse Engineering" bzw. "Technologieimitation" gründete, also auf dem Nachbau bestehender Prozesse und Produkte, die in anderen Ländern häufig durch intellektuelle Eigentumsrechte wie Patente geschützt waren. Die Imitation ausländischer Technologien trug zu einer Stärkung der chinesischen Kompetenzbasis bei, wodurch es China schließlich gelang, auch für technologieintensive Produkte Überseemärkte zu erschließen (Zhang – Zhou, 2016). Zudem entwickelte sich in China in den letzten Jahren die öffentliche Nachfrage zu einer Triebkraft des technologischen Fortschrittes, insbesondere in Hochtechnologiesektoren (Malerba, 2002, Zhou – Gao – Zhao, 2017).

Die industrielle Entwicklung Chinas wurde von großzügigen Subventionen und einer expansiven Vergabe von Unternehmenskrediten durch staatliche Geschäftsbanken begleitet. Zwar profitierten chinesische Unternehmen von den Förderungen, die Subventionen verzerrten jedoch sowohl den chinesischen als auch den internationalen Wettbewerb (Barwick – Kalouptsidi – Bin Zahur, 2019, Barbieri et al., 2019, Tian, 2020). So trugen sie etwa zur Schaffung von Überkapazitäten in der Stahlindustrie bei, wodurch sich chinesische Hersteller auf Kosten etablierter Produzenten einen Wettbewerbsvorteil verschaffen konnten (Price et al., 2016). In anderen Fällen – etwa in der Photovoltaikindustrie – führten der Technologietransfer und die Subventionspolitik zu einer Schwächung der Marktstellung ausländischer Konkurrenten Chinas (Zhang – Gallagher, 2016).

Durch diese expansive Industriepolitik hat Chinas Industrie seit den frühen 2000er-Jahren eine rasche technologische Modernisierung durchlaufen. Das heutige Exportportfolio Chinas ist keineswegs nur mehr auf Niedriglohn- oder Niedrigtechnologie-Segmente beschränkt (Athukorala, 2009, Ding – Sun – Jiang, 2015). Chinesische Unternehmen sind mittlerweile sowohl aufgrund der niedrigen Preise als auch aufgrund der Technologieintensität der angebotenen Güter und Dienstleistungen international wettbewerbsfähig. Chinas Wettbewerbsfähigkeit dürfte im Zuge der "Made in China 2025"-Industriestrategie weiter zunehmen. Darin strebt China in

Durch die zunehmende Fragmentierung der Wertschöpfungskette veränderte sich der internationale Wettbewerb. Der durch Produktionsverlagerungen verursachte Wissenstransfer beschleunigte den Aufstieg Chinas.

Die niedrigen Lohnkosten, die chinesische Subventionspolitik und die technologische Leistungsfähigkeit Chinas setzen Unternehmen in den Industrieländern zunehmend unter Druck.

"Schlüsselbereichen" wie der Informations- oder Biotechnologie eine möglichst hohe Unabhängigkeit von internationalen Wertschöpfungsketten an (Li, 2018).

Unternehmen in den Industrieländern, die mit chinesischen Produzenten konkurrieren, sind nicht nur einem Preiswettbewerb ausgesetzt, sondern stehen auch einem zunehmend hochwertigen Produktportfolio gegenüber. Den europäischen Unternehmen

gelingt es aufgrund der gestiegenen technologischen Leistungsfähigkeit der chinesischen Konkurrenz immer seltener, sich dem Preis- und Wettbewerbsdruck durch vertikale Produktdifferenzierung zu entziehen. Vor diesem Hintergrund wurde unter Rückgriff auf mehrere Datenquellen untersucht, wie sich der Importwettbewerb mit China auf europäische Unternehmen auswirkt (siehe Kasten "Datenbasis").

4. Die Entwicklung der Importintensität und der Arbeitsproduktivität in der EU im Zeitraum 2003/2016

Die Importintensität mit China nahm – bei zugleich verhaltener Exporttätigkeit – im Zeitraum 2003/2016 beträchtlich zu: Während sie in der Periode 2003/2005 noch 4,8% betragen hatte, lag der Anteil der chinesischen Importe am gesamten Importaufkommen im Zeitraum 2015/16 bereits bei 7,5%.

Da Daten zur Technologieintensität nicht auf Unternehmensebene vorliegen, wurde auf eine von Eurostat erstellte Klassifizierung auf Branchenebene zurückgegriffen. Diese teilt

die Branchen in vier Technologieklassen ein²⁾:

- Hoch (z. B. IKT- und pharmazeutische Industrie),
- Mittel-hoch (z. B. chemische Industrie, Maschinen- und Anlagenbau),
- Mittel-niedrig (z. B. Metallerzeugung oder Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren) und
- Niedrig (z. B. Erzeugung von Textilien oder Möbeln).

Datenbasis

Um die durch den Importwettbewerb beeinflusste Entwicklung der **Unternehmensperformance** im Zeitverlauf darstellen zu können, wurden umfangreiche Daten aus mehreren Quellen genutzt. Die Indikatoren auf Unternehmensebene basieren auf Daten aus der vom Bureau van Dijk bereitgestellten Finanz- und Unternehmensdatenbank **AMADEUS**. Zur Erstellung des Datensatzes wurden mehrere zehnjährige Wellen von AMADEUS-Daten zu einem Unternehmenspanel kombiniert, das den Zeitraum 2003 bis 2016 abdeckt. In einem ersten Schritt musste die Vergleichbarkeit der Erhebungswellen hergestellt werden. Jede veröffentlichte Welle enthält eine Kennung, die zwar innerhalb jeder Veröffentlichung eindeutig einem Unternehmen zuordenbar ist, aber nicht über alle Veröffentlichungswellen hinweg. Basierend auf den vom Bureau van Dijk zur Verfügung gestellten Informationen über Änderungen der Kennung wurde zur Ermittlung von Brüchen im Datensatz eine eindeutige Kennung erstellt. Der Datensatz wurde dann um doppelte Einträge, die durch Datenaktualisierungen entstanden, Ausreißer, fehlende Werte usw. bereinigt. Alle nominalen Werte wurden unter Verwendung von Eurostat-Deflatoren auf Ebene der NACE-Zweisteller deflationiert. Die Zielvariable war die reale **Arbeitsproduktivität** (Referenzjahr 2010), definiert als die reale Wertschöpfung je Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterin.

Die **Intensität des Importwettbewerbs** wurde mit Handelsdaten aus **BACI** errechnet, einem harmonisierten Handelsdatensatz, der Informationen über Importe und Exporte enthält. Die Messung der Importintensität griff auf die bestehende Literatur zurück (Bernard – Jensen – Schott, 2006, Bloom – Draca – Van Reenen, 2016) und folgte einem Wertanteilsansatz: Die Importintensität wurde definiert als der Anteil der chinesischen Importe an den Gesamtimporten und wurde auf der Ebene der Länder, Jahre und NACE-Viersteller gemessen.

Um zu ermitteln, wie sich die Zunahme der Importintensität mit China auf die Unternehmensperformance auswirkte, wurden Importdaten auf der NACE-Viersteller-Ebene den AMADEUS-Daten zugeordnet. Der BACI-Datensatz folgt der produktbasierten HS-Klassifikation. Durch eine Reihe von Umklassifizierungen konnte eine Konkordanztafel erstellt werden, die eine Umschlüsselung der Handelsdaten in die NACE-Rev.-1-Systematik erlaubte. Aufgrund der Feingliedrigkeit der Ausgangsdaten war schließlich eine neuerliche Umschlüsselung in die NACE-Rev.-2-Systematik möglich.

Sowohl für die Unternehmensproduktivität als auch für die Handelsintensitäten wurden Durchschnittswerte für Dreijahresperioden berechnet, um Ausreißer in den Daten zu glätten.

Eine Aufgliederung der Stichprobe nach der Technologieintensität der Branchen zeigt unterschiedliche Entwicklungen der Importanteile im Zeitverlauf. Im Zeitraum 2003/2006 betrug der Anteil der Importe aus China in den Niedrigtechnologiebranchen 4,5%; in der letzten beobachteten Periode 2015/16 war er mit 5,1% geringfügig höher. In den

mittel-niedrig technologieintensiven Branchen stieg die Importintensität mit China im Zeitraum 2003/2016 von 3,8% auf 7,2%, in mittel-hoch technologieintensiven Branchen von 6,7% auf 11,6%. Am stärksten war der Anstieg in den Hochtechnologiebranchen (von 6,6% auf 14,9%). Dies zeigt, dass China überwiegend ein Exportland für Mittel- und

Am stärksten war der Anstieg der Importe aus China im Mittelhoch- und Hochtechnologiebereich. Die Exporte nach China stiegen dagegen nur schwach.

²⁾ Siehe https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Glossary:High-tech_classification

[of manufacturing industries](#) (abgerufen am 21. 1. 2021).

Unternehmen in der EU waren der chinesischen Importkonkurrenz weniger stark ausgesetzt als Unternehmen in anderen Industrieländern.

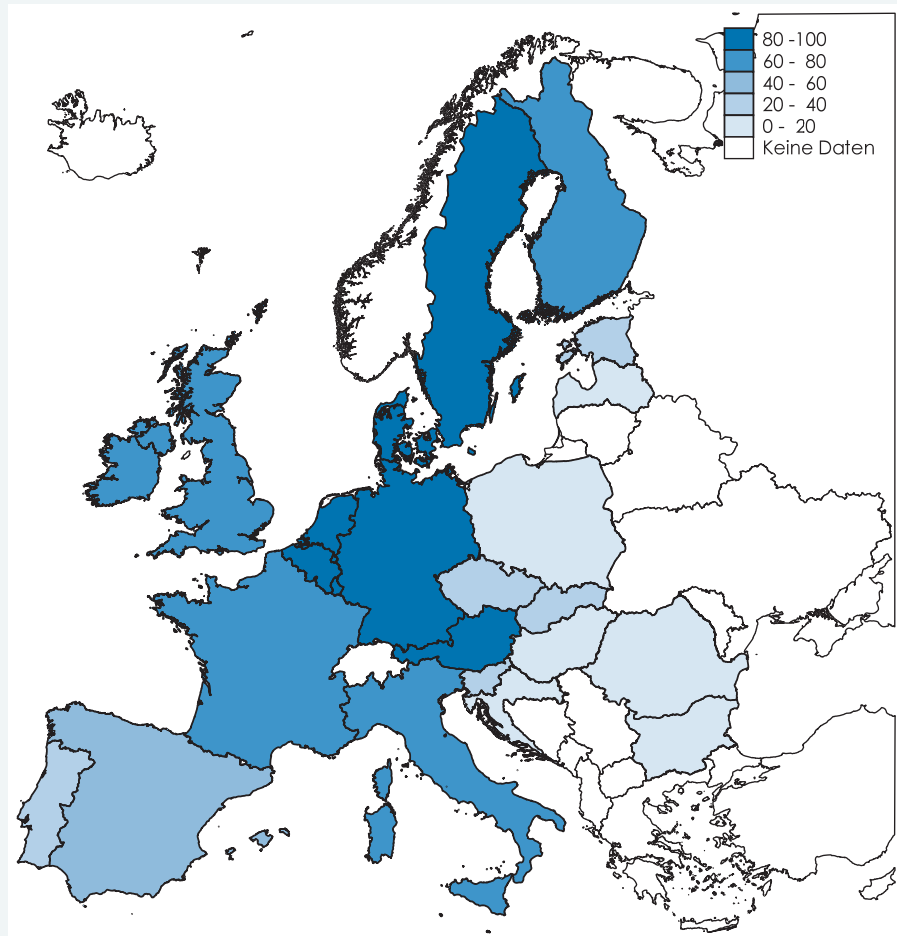
Hochtechnologie ist (siehe auch Abbildung Titelseite).

Vergleicht man die Handelsstatistik der EU (als Aggregat) mit jener anderer Industrieländer, so zeigen sich beträchtliche Unterschiede hinsichtlich des Niveaus und der Entwicklung der Importe. Während der Stichprobenmittelwert für die Importintensität in anderen Industrieländern (siehe Kasten Kapitel 5) bereits im Zeitraum 2003/2006 11,2% betragen hatte und bis 2016 auf 17,4% anstieg, entdeckten chinesische Unternehmen die EU erst relativ spät als Exportmarkt.

Die durchschnittlichen Importintensitäten der EU-Mitgliedsländer im Zeitraum 2003/2016 unterscheiden sich deutlich: Besonders hoch waren die Anteile der Importe aus China im Vereinigten Königreich (11,7%), Italien (8,6%) und Polen (7,9%), am niedrigsten in Ungarn (2,4%), Lettland (2,8%) und Österreich (3,2%). Zwischen 2003 und 2016 nahmen die Importe aus China im Vereinigten Königreich (+1,1 Prozentpunkte), in Slowenien und Malta (je +1 Prozentpunkt) sowie in Spanien (+0,9 Prozentpunkte) deutlich zu. In Bulgarien (-0,3 Prozentpunkte), Rumänien (-0,2 Prozentpunkte) und Kroatien (-0,1 Prozentpunkte) war die Importintensität rückläufig.

Abbildung 1: **Index der Arbeitsproduktivität in den EU-Mitgliedsländern**

2003/2016, in %



Q: Friesenbichler – Kügler – Reinstaller (2021). Der Index der Arbeitsproduktivität setzt das Land mit dem höchsten Median der Arbeitsproduktivität auf 100 und misst die relativen Abstände zum jeweiligen Median der Stichprobe in anderen Ländern für den Zeitraum 2003/2016 (gepoolte Stichprobe, reale Werte mit dem Basisjahr 2010).

Die weitere Analyse fokussiert auf die Auswirkungen der chinesischen Importdynamik auf die Arbeitsproduktivität in der EU. Im Referenzjahr 2010 lag sie im Median bei 42.400 € (Abbildung 2). Am höchsten war die reale Arbeitsproduktivität von Unternehmen in Österreich (73.600 €), den Niederlanden

(71.800 €) und Luxemburg (69.800 €), am geringsten in Bulgarien (4.500 €), Rumänien (5.500 €) und Ungarn (11.200 €). Die auf Grundlage der Unternehmensstichprobe errechneten länderspezifischen Produktivitätswerte spiegeln somit weitgehend die Verteilung des BIP pro Kopf als eines

gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsmaßes wider. Das durchschnittliche Produktivitätswachstum 2003/2016 betrug 1,3% p. a.,

wobei neue EU-Mitgliedsländer aufgrund von Aufholprozessen schneller wuchsen als Länder der EU 15.

5. Auswirkungen des Importwettbewerbs mit China auf Unternehmen in der EU

Der für die vorliegende Analyse erstellte Datensatz ermöglichte die Untersuchung der Auswirkungen des Importwettbewerbs auf das Wachstum der Unternehmensproduktivität anhand einer großen Stichprobe von etwa 450.000 Unternehmen in der EU.

Die Ergebnisse einer Regressionsanalyse zeichnen ein differenziertes Bild der Auswirkungen des EU-Außenhandels mit China (siehe Kasten). Einerseits dämpfte die Zunahme der Importintensität das Produktivitätswachstum des durchschnittlichen Unternehmens in der EU.

Die Zunahme der Importintensität mit China dämpfte das Produktivitätswachstum von Unternehmen in der EU.

Ein ökonometrischer Ansatz zur Schätzung der Effekte des Importwettbewerbs

Die Auswirkungen der Zunahme des Importwettbewerbs auf das Produktivitätswachstum wurden in einer Regressionsanalyse geschätzt. Dazu wurde eine Spezifikation in ersten Differenzen implementiert, wodurch Elastizitäten von Veränderungen des Importanteils Chinas auf das Produktivitätswachstum identifiziert wurden.

Das Produktivitätswachstum $\Delta LP_{j,s,c,t}$ wurde auf Änderungen der Importintensität $\Delta(ImI)_{s,c,t}$ regressiert. Dies wird durch folgende Gleichung (1) ausgedrückt,

$$(1) \quad \Delta LP_{j,s,c,t} = \alpha_0 + \beta_1 \Delta(ImI)_{s,c,t} + \beta_3 \Delta CAP_{j,s,c,t} + \alpha_s + \alpha_t + \alpha_c + e_{j,s,c,t}$$

wobei LP für die Arbeitsproduktivität des Unternehmens j in Sektor s und Land c in Periode t steht und $(ImI)_{s,c,t}$ den Importanteil ausdrückt, der auf Ebene des Sektors und Landes für ein bestimmtes Jahr gemessen wird. $CAP_{j,s,c,t}$ ist die Veränderung des spezifischen Kapitalstocks, der als tangibles Kapital definiert wird. Intangibles Kapital wurde nicht berücksichtigt, da diese Position in den AMADEUS-Daten Unternehmenswerte berücksichtigt und somit durch die Bilanz- und Übernahmepolitik stark verzerrt sein dürfte. α_c , α_t und α_s sind land-, zeit- und sektorspezifische fixe Effekte; $e_{j,s,c,t}$ kennzeichnet den Fehlerterm.

In Anlehnung an die Literatur wurde zusätzlich zu OLS-Regressionen eine 2SLS-Identifikationsstrategie mit robusten Standardfehlern geschätzt, da die Importdynamik ebenfalls endogen sein kann. Unbeobachtete Angebots- und Nachfrageschocks, die gleichzeitig den Handel und die Unternehmensperformance beeinflussen, verhindern eine kausale Interpretation der Koeffizienten. Dieses Problem wurde gelöst, indem eine Instrumentalvariablenstrategie (2SLS bzw. Two-Stage-Least-Squares) angewendet wurde. Dies ähnelt Ansätzen aus der bisherigen Literatur zum Importwettbewerb mit China (Autor – Dorn – Hanson, 2013, Bloom – Draca – Van Reenen, 2016, Dauth – Findeisen – Suedekum, 2014). Als Instrumentalvariable wurde die Importintensität einer Nicht-EU-Ländergruppe verwendet. Die Wirtschaftsleistung dieser Länder, gemessen am BIP pro Kopf, entspricht weitgehend dem EU-Durchschnitt. Veränderungen in den Importintensitäten sind Näherungswerte für die Größe der globalen Handelsschocks. Zugleich entsprechen die Schocks in den Vergleichsländern jedoch nicht den Schocks in den untersuchten Ländern. Daher wurde für die Importintensität ein Mittelwert der Länder Australien, Neuseeland, USA, Kanada, Israel und Japan herangezogen, wodurch eine Verzerrung durch große Länder ausgeschlossen wird.

Zudem wurden die Auswirkungen einer Zunahme der Importintensitäten über die Verteilung der Wachstumsraten geschätzt. Hierfür wurden Quantilsregressionen verwendet.

Übersicht 1: Ergebnisse der Instrumentalvariablen-schätzung

	Δ Importintensität	Multinational tätiges Unternehmen	Δ Import * Multinational tätiges Unternehmen	Δ Kapitalstock	Distanz zur Produktivitätsgrenze	Interzept
Koeffizient	- 0,09***	0,04***	0,47***	0,05***	0,16***	0,20***
Standardfehler	(0,051)	(0,002)	(0,111)	(0,001)	(0,001)	(0,006)

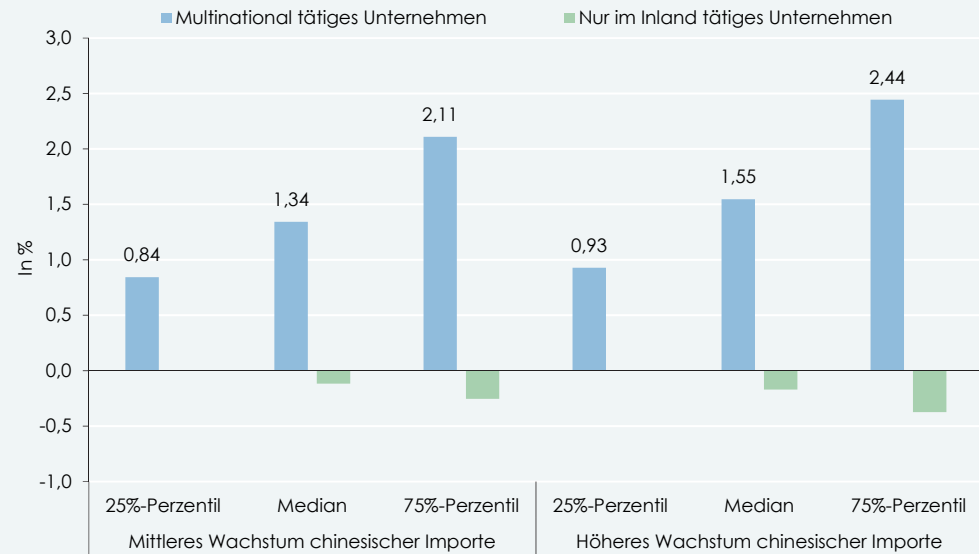
Q: Friesenbichler – Kügler – Reinstaller (2021). Die Übersicht zeigt die Ergebnisse der Instrumentalvariablen-schätzung (siehe Kasten Kapitel 5). Veränderungen der Unternehmensproduktivität werden geschätzt als Funktion von Veränderungen der Importintensitäten, Veränderungen des Kapitalstocks, der Interaktion der Veränderung der Importintensitäten nur im Inland und multinational tätiger Unternehmen, des Wachstumsunterschiedes zwischen multinational tätigen und lokalen Unternehmen sowie der jeweiligen Distanz der Unternehmensproduktivität zu den produktivsten Unternehmen der Branche in der EU (95%-Perzentil des jeweiligen NACE-Dreistellers). *** . . . signifikant auf einem Niveau von 1%, ** . . . signifikant auf einem Niveau von 5%, * . . . signifikant auf einem Niveau von 10%. Einschließlich fixer Sektor-, Land- und Zeiteffekte, 624.604 Beobachtungen, Pseudo- R^2 : 0,077.

Während die Arbeitsproduktivität nur im Inland tätiger Unternehmen unter der wachsenden Importkonkurrenz aus China litt, konnten multinationale Unternehmen vom Importwachstum profitieren.

Andererseits konnten jedoch multinationale Unternehmen vom Anstieg der Importanteile profitieren. Die errechneten Effekte sind zudem nicht gleichverteilt, sondern hängen von der Wachstumsdynamik des jeweiligen Unternehmens ab. Während multinationale Unternehmen, deren Produktivität rascher

wuchs, von einer Zunahme der Importe profitierten, gilt für nur im Inland tätige Unternehmen das Gegenteil: Für solche Unternehmen wirkte sich die Zunahme der Importe vor allem bei hoher bestehender Wachstumsdynamik negativ auf das jährliche Produktivitätswachstum aus (Abbildung 3).

Abbildung 2: **Simulierte Wirkung des Anstiegs der Importintensität im Außenhandel mit China auf das Produktivitätswachstum von Unternehmen in der EU**



Q: Friesenbichler – Kügler – Reinstaller (2021). Die simulierte Wirkung beruht auf Schätzergebnissen von Quantilregressionen, die die Auswirkungen von Veränderungen der Importintensitäten auf unterschiedliche Intensitäten des Produktivitätswachstums quantifizieren. Die angegebenen Perzentile beziehen sich daher auf das bestehende Produktivitätswachstum in den Unternehmen. Unternehmen gelten als multinational tätig, sofern sie Teil einer Unternehmensgruppe sind, die entweder einen ausländischen Mutterkonzern oder mindestens ein Tochterunternehmen in einem ausländischen Land aufweist. Mittleres Wachstum: Arithmetisches Mittel der Veränderungsrate der Importintensität mit China. Höheres Wachstum: Arithmetisches Mittel der Veränderungsrate der Importintensität mit China + Standardabweichung.

Von Produktivitätseinbußen waren vor allem Unternehmen im Niedrigtechnologiebereich und in Südeuropa betroffen, Unternehmen in Nordeuropa dagegen weniger.

Darüber hinaus unterscheiden sich die Effekte nach der Technologieintensität der Branchen, in denen die Unternehmen tätig sind. Unternehmen in Niedrigtechnologiebranchen waren von Importen aus China stark negativ betroffen. Während für mittelhoch technologieintensive Branchen kein systematischer Effekt feststellbar ist, wurde das Produktivitätswachstum von Unternehmen in Hochtechnologiebranchen durch

die Zunahme der Importe leicht gedämpft. Zuletzt zeigten sich auch Unterschiede zwischen den Ländergruppen: Während Unternehmen in Südeuropa stark negativ betroffen waren, waren für Nordeuropa keine systematischen Effekte feststellbar. Unternehmen in den neuen EU-Mitgliedsländern (Beitritt ab 2004) profitierten von der Zunahme der Importe.

6. Schlussfolgerungen

Der vorliegende Beitrag knüpfte an die Diskussion über die Auswirkungen der Zunahme chinesischer Importe auf das Produktivitätswachstum europäischer Unternehmen an. Den vorliegenden Ergebnissen zufolge war der durchschnittliche Effekt im Zeitraum 2003/2016 negativ. Dies dämpfte die Performance des Sektors der "handelbaren" Güter, der als Triebkraft der gesamtwirtschaftlichen Produktivität gilt (Friesenbichler – Glocker, 2019, Friesenbichler et al., 2018).

Während nur im Inland tätige Unternehmen, Unternehmen in Südeuropa sowie Unternehmen in niedrig technologieintensiven Branchen aufgrund der Zunahme der Importe ein geringeres Produktivitätswachstum verzeichneten, konnten multinationale Unternehmen von einer Intensivierung des Importwettbewerbs profitieren. Weniger stark betroffen waren Unternehmen in Hochtechnologiebranchen.

Ob eine Volkswirtschaft vom Außenhandel mit China profitieren kann, dürfte daher auch von der Unternehmensdemographie abhängen. Länder mit einer technologieintensiveren Branchenstruktur oder einem höheren Anteil multinationaler Unternehmen sind besser gerüstet, um einen plötzlichen Anstieg von Importen aus China zu verkraften. Volkswirtschaften mit einem hohen Anteil lokal operierender oder wenig technologieintensiver Unternehmen werden dagegen eher Produktivitätseinbußen verzeichnen. Allerdings haben sich die Auswirkungen des Wettbewerbs mit China verändert: Während Mitte der 2000er-Jahre die Zunahme chinesische Importe noch das Produktivitätswachstum beschleunigt hatte, kehrte sich der Effekt nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 um. Die europäische

Wirtschaftspolitik muss sich daher den veränderten Herausforderungen anpassen.

Die vorliegenden Ergebnisse deuten darauf hin, dass China ein Mitbewerber geworden ist, dem sich europäische Unternehmen nicht mehr entziehen können. Folglich werden in der europäischen Handelspolitik Themen wie wettbewerbsverzerrende Subventionen zugunsten chinesischer Unternehmen sowie der Umgang mit geistigen Eigentumsrechten und etwaigen Asymmetrien im Marktzugang an Bedeutung gewinnen. Die im Juni 2020 durch das Weißbuch zur "Gewährleistung fairer Wettbewerbsbedingungen bei Subventionen aus Drittstaaten" der Europäischen Kommission (2020) angeregte Konsultation stellt in diesem Kontext einen wichtigen Schritt zur Herstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen dar.

7. Literaturhinweise

- Aghion, Ph., Bloom, N., Blundell, R., Griffith, R., Howitt, P., "Competition and Innovation: An Inverted-U Relationship", *The Quarterly Journal of Economics*, 2005, 120(2), S. 701-728.
- Athukorala, P.-c., "The Rise of China and East Asian Export Performance: Is the Crowding-Out Fear Warranted?", *World Economy*, 2009, 32(2), S. 234-266, <https://doi.org/10.1111/j.1467-9701.2008.01151.x>.
- Autor, D. H., Dom, D., Hanson, G. H., "The China syndrome: Local labor market effects of import competition in the United States", *The American Economic Review*, 2013, 103(6), S. 2121-2168.
- Barbieri, E., Di Tommaso, M. R., Tassinari, M., Marozzi, M., "Selective industrial policies in China: investigating the choice of pillar industries", *International Journal of Emerging Markets*, 2019, 16(2), S. 264-282.
- Barwick, P. J., Kalouptsi, M., Bin Zahur, N., "China's industrial Policy: An Empirical Evaluation", NBER Working Paper Series, 2019, 26075(Juli), <https://www.nber.org/papers/w26075.pdf>.
- Bernard, A. B., Jensen, J. B., Schott, P. K., "Survival of the Best Fit: Exposure to Low-Wage Countries and the (Uneven) Growth of U.S. Manufacturing Plants", *Journal of International Economics*, 2006, 68(1), S. 219-237.
- Bloom, N., Draca, M., Van Reenen, J., "Trade Induced Technical Change? The Impact of Chinese Imports on Innovation, IT and Productivity", *The Review of Economic Studies*, 2016, 83 (1), S. 87-117, <https://doi.org/10.1093/restud/rdv039>.
- Bowen, H. P., Wiersema, M. F., "Foreign-based Competition and Corporate Diversification Strategy", *Strategic Management Journal*, 2005, 26(12), S. 1153-1171.
- Colatone, I., Crinò, R., "New imported inputs, new domestic products", *Journal of International Economics*, 2014, 92(1), S. 147-165.
- Dauth, W., Findeisen, S., Suedekum, J., "The Rise of the East and the Far East: German Labor Markets and Trade Integration", *Journal of the European Economic Association*, 2014, 12(6), S. 1643-1675, <https://doi.org/10.1111/jea.12092>.
- De Bondt, R., Vandekerckhove, J., "Reflections on the Relation Between Competition and Innovation", *Journal of Industry, Competition and Trade*, 2012, 12(1), S. 7-19, <https://doi.org/10.1007/s10842-010-0084-z>.
- Denicolò, V., Zanchettin, P., "Competition, Market Selection and Growth", *The Economic Journal*, 2010, 120(545), S. 761-785, <https://doi.org/10.1111/j.1468-0297.2009.02313.x>.
- Ding, S., Sun, P., Jiang, W., "The Effect of Import Competition on Firm Productivity and Innovation: Does the Distance to Technology Frontier Matter?", *Oxford Bulletin of Economics and Statistics*, 2015.
- Europäische Kommission. "Weißbuch: Gewährleistung fairer Wettbewerbsbedingungen bei Subventionen aus Drittstaaten", COM(2020) 253 final, Brüssel, 2020, https://ec.europa.eu/competition/international/overview/foreign_subsidies_white_paper_de.pdf (abgerufen am 19.3.2021)
- Friesenbichler, K., Peneder, M., "Innovation, competition and productivity", *Economics of Transition*, 2016, 24(3), S. 535-580.
- Friesenbichler, K. S., Glocker, Ch., "Tradability and productivity growth differentials across EU member states", *Structural Change and Economic Dynamics*, 2019, 50, S. 1-13.
- Friesenbichler, K. S., Glocker, Ch., Hölzl, W., Kaniovski, S., Kügler, A., Reinstaller, A., Streicher, G., Siedschlag, I., Di Ubaldo, M., Studnicka, Z., Stehrer, R., Stöllinger, R., Leitner, S., Hanzl-Weiss, D., Reiter, O., Adarov, A., Bykova, A., Drivers and Obstacles to Competitiveness in the EU. The Role of Value Chains and the Single Market, WIFO, ESRI und wiiw, Wien, 2017, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/60837>.
- Fromenteau, Ph., Schymik, J., Tscheke, J., "Foreign Competition and the Durability of US Firm Investments", *The RAND Journal of Economics*, 2019, 50(3), S. 532-567, <https://doi.org/10.1111/1756-2171.12286>.

- Hombert, J., Matray, A., "Can Innovation Help U.S. Manufacturing Firms Escape Import Competition from China?: Can U.S. Manufacturing Firms Escape Import Competition from China", *The Journal of Finance*, 2018, 73(5), S. 2003-2039, <https://doi.org/10.1111/jofi.12691>.
- Li, L., "China's manufacturing locus in 2025: With a comparison of 'Made-in-China 2025' and 'Industry 4.0'", *Technological Forecasting and Social Change*, 2018, 135, S. 66-74.
- MacDonald, J. M., "Does Import Competition Force Efficient Production?", *The Review of Economics and Statistics*, 1994, 76(4), S. 721-727, <https://doi.org/10.2307/2109773>.
- Malerba, F., "Sectoral systems of innovation and production", *Research policy*, 2002, 31(2), S. 247-264.
- Mazzucato, M., "The entrepreneurial state". *Soundings*, 2011, 49(49), S. 131-142.
- Melitz, M. J., Ottaviano, G. I. P., "Market size, trade, and productivity". *The review of economic studies*, 2008, 75(1), S. 295-316.
- Mion, G., Zhu, L., "Import Competition from and Offshoring to China: A Curse or Blessing for Firms?", *Journal of International Economics*, 2013, 89(1), S. 202-215, <https://doi.org/10.1016/j.jinteco.2012.06.004>.
- Peneder, M., Wörter, M., "Competition, R&D and innovation: testing the inverted-U in a simultaneous system", *Journal of Evolutionary Economics*, 2014, 24(3), S. 653-687.
- Price, A. H., Weld, Ch. B., El-Sabaawi, L., Teslik, A. M., *Unsustainable: Government Intervention and Overcapacity in the Global Steel Industry*, Washington, D.C., Wiley Rein LLP, 2016.
- Samuelson, P. A., "Where Ricardo and Mill rebut and confirm arguments of mainstream economists supporting globalization", *The journal of economic perspectives*, 2004, 18(3), S. 135-146H.
- Sutton, J., *Sunk costs and market structure*. Band. 10. London: MIT Press, 1991, <http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/016771879290022Q>.
- Tian, G., "From industrial policy to competition policy: A discussion based on two debates", *China Economic Review*, 2020, 62, 101505, <https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S1043951X20301024>.
- Zahavi, T., Lavie, D., "Intra-industry diversification and firm performance", *Strategic Management Journal*, 2013, 34(8), S. 978-998, <https://doi.org/10.1002/smi.2057>.
- Zhang, F., Gallagher, K. S., "Innovation and technology transfer through global value chains: Evidence from China's PV industry", *Energy Policy*, 2016, 94, S. 191-203.
- Zhang, G., Zhou, J., "The Effects of Forward and Reverse Engineering on Firm Innovation Performance in the Stages of Technology Catch-up: An Empirical Study of China", *Technological Forecasting and Social Change*, 2016, 104(März), S. 212-222, <https://doi.org/10.1016/j.techfore.2016.01.010>.
- Zhou, K. Z., Gao, G. Y., Zhao, H., "State ownership and firm innovation in China: An integrated view of institutional and efficiency logics", *Administrative Science Quarterly*, 2017, 62(2), S. 375-404.

Die Breitbandförderung des Bundes 2015/2018

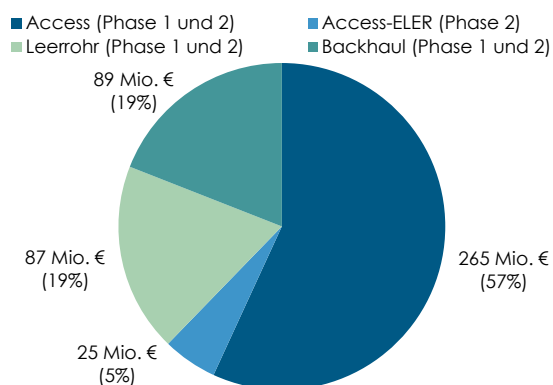
Ergebnisse der zweiten Zwischenevaluierung des Programmes Breitband Austria 2020

Michael Böheim, Susanne Bärenthaler-Sieber

- Das Förderprogramm Breitband Austria 2020 unterstützte im Zeitraum 2016 bis 2020 durch die Vergabe von Bundesmitteln an Unternehmen und Gemeinden den Breitbandausbau.
- Dafür stand insgesamt ein Budgetvolumen von 980 Mio. € ("Breitbandmilliarde") zur Verfügung, davon 683 Mio. € für die ersten beiden Phasen (2015/2018). Bis Ende 2018 wurden 467 Mio. € oder 68% tatsächlich abgerufen.
- Die Förderung trug zum Abbau der Versorgungslücken bei. Das ambitionierte Ziel einer flächendeckenden Versorgung bis Ende 2020 dürfte nicht erreicht worden sein.
- Die Errichtung einer flächendeckenden Glasfaser-Infrastruktur ist kostenintensiv und bedarf einer gemeinsamen Kraftanstrengung von privaten Unternehmen und öffentlicher Hand. Investitionsfreundliche Rahmenbedingungen, ein zielgerichtetes öffentliches Förderprogramm und die Nutzung innovativer PPP-Finanzierungsmodelle könnten wesentlich zur Zielerreichung beitragen.
- Ausreichend hohe Investitionen in die digitale Infrastruktur sind unabdingbar und wirtschaftspolitisch alternativlos.

Aufteilung der Fördermittel auf die vier Breitband-Förderschienen

2015/2018



Die Verteilung der von 2015 bis 2018 abgerufenen Mittel aus der "Breitbandmilliarde" zeigt die hohe Bedeutung des Förderprogrammes Access, auf das mehr als die Hälfte der Gelder entfielen. Es folgen mit deutlichem Abstand die Programme Backhaul und Leerrohr sowie – mit einem Anteil von nur 5% – Access-ELER (Q: Daten: Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus, Berechnung und Darstellung: WIFO, WIK).

"Durch die "Breitbandmilliarde" ist Österreich dem Ziel einer flächendeckenden Breitbandversorgung näher gekommen. Für die Errichtung flächendeckender Hochgeschwindigkeitsbreitbandnetze auf Glasfaserbasis ist eine deutliche Ausweitung der Investitionen erforderlich, die wirtschaftspolitisch alternativlos ist. Sowohl private Unternehmen als auch die öffentliche Hand sind diesbezüglich stark gefordert."

Die Breitbandförderung des Bundes 2015/2018

Ergebnisse der zweiten Zwischenevaluierung des Programmes Breitband Austria 2020

Michael Böheim, Susanne Bärenthaler-Sieber

Die Breitbandförderung des Bundes 2015/2018. Ergebnisse der zweiten Zwischenevaluierung des Programmes Breitband Austria 2020

Für Breitband Austria 2020 stand insgesamt ein Budgetvolumen von 980 Mio. € ("Breitbandmilliarde") zur Verfügung. Von den für die Phasen 1 und 2 (2015/2018) budgetierten Fördermitteln von 683 Mio. € sind bis Ende 2018 gut zwei Drittel tatsächlich abgerufen worden. Die weitaus meisten Mittel entfielen auf das Förderprogramm Access (265 Mio. €), deutlich weniger auf die Programme Backhaul (89 Mio. €), Leerrohr (87 Mio. €) sowie Access-ELER (25 Mio. €). Die Förderungen dürften Investitionen in Höhe von 618 Mio. € angestoßen haben. Der deutlich unter Plan liegende Ausschöpfungsgrad ist auf den verspäteten Start der Programme und die unvollständige Inanspruchnahme der ausgeschriebenen Fördermittel zurückzuführen. Für die wirtschaftspolitisch alternativlose Errichtung einer flächendeckenden Breitbandversorgung auf Glasfaserbasis ist eine gemeinsame Kraftanstrengung von privaten Unternehmen und öffentlicher Hand notwendig.

Federal Broadband Funding 2015-2018. Results of the Second Interim Evaluation of the Broadband Austria 2020 Program

A total budget volume of 980 million € ("broadband billion") was available for Broadband Austria 2020. Of the 683 million € in funding budgeted for the 2015-2018 period, slightly more than two-thirds had actually been drawn down by the end of 2018. By far the most funds were allocated to the Access funding program (265 million €), and significantly less to the Backhaul (89 million €), Empty Pipe (87 million €) and Access-ELER programs (25 million €). The subsidies are expected to have triggered investments of 618 million €. The significantly lower than planned take-up rate is due to the delayed start of the programmes and the incomplete utilisation of the advertised funding. A joint effort by private companies and the public sector is necessary for the nationwide broadband supply via fibre optics, which is not an alternative in terms of economic policy.

JEL-Codes: D04, H22, L96 • **Keywords:** Breitbandstrategie, Breitbandförderung, Evaluierung

Der vorliegende Beitrag fasst den empirischen Teil der Studie von WIK Consult und WIFO im Auftrag des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus zusammen: Karl-Heinz Neumann, Thomas Plückerbaum (WIK Consult), Michael Böheim, Susanne Bärenthaler-Sieber (WIFO), Evaluierung der Breitbandinitiative BMLRT 2017/2018 (Juni 2020, 272 Seiten, 100 €, kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66807>). • Daten und Rahmenbedingungen berücksichtigt bis 31. 12. 2018.

Begutachtung: Klaus Friesenbichler • **Wissenschaftliche Assistenz:** Nicole Schmidt-Padickakudy (nicole.schmidt-padickakudy@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 19. 2. 2021

Kontakt: Dr. Michael Böheim (michael.boeheim@wifo.ac.at), Mag. Susanne Bärenthaler-Sieber (susanne.baerenthaler-sieber@wifo.ac.at)

1. Breitband Austria 2020: Ziel und Instrumente

Nach Schätzungen der Europäischen Kommission sind Investitionen in der Größenordnung von 250 Mrd. € erforderlich, um EU-weit eine flächendeckende Breitbandversorgung sicherzustellen (European Commission, 2013). Während dieses Ziel auf europäischer Ebene festgelegt wurde, obliegt die Zielerreichung den einzelnen Mitgliedsländern. Schätzungen für Österreich gehen von einem Investitionsbedarf von 5 bis 8 Mrd. € für die Schaffung einer flächendeckenden Glasfaserinfrastruktur aus. Gemäß Greenfield-Ansatz¹⁾ wäre mit Investitionskosten von

10 bis 12 Mrd. € zu rechnen (BMVIT, 2019B) – diese Beträge stellen allerdings eine absolute Obergrenze dar. Unter realen Bedingungen betragen die Kosten laut Neumann et al. (2020) zwischen 7 und 9 Mrd. €.

Nach der im Jahr 2012 formulierten Breitbandstrategie der Bundesregierung sollte Hochleistungsbreitband mit einer Übertragungsgeschwindigkeit von zumindest 100 Mbps bis Ende 2020 in Österreich (nahezu) flächendeckend verfügbar sein (BMVIT, 2014A). Um dieses Ziel zu erreichen, wurde

¹⁾ Gemäß dem sogenannten Greenfield-Ansatz wird in alle Netzelemente neu investiert. Werden hingegen der bereits vorhandene Ausbaugrad von Glasfasernetzen und Einsparungspotentiale durch Mitverlegung

und Mitnutzung berücksichtigt, ist von einem deutlich niedrigeren Investitionsbedarf auszugehen. Der Greenfield-Ansatz bildet daher eine absolute Obergrenze für die notwendigen Investitionen.

das Förderprogramm Breitband Austria 2020 (BBA 2020) ins Leben gerufen. Es besteht aus einem Bündel an Maßnahmen und Förderinstrumenten zur Umsetzung der Breitbandstrategie (BMVIT, 2014B). Ziel ist die Umstellung von Kupferleitungsnetzen auf Netze, welche

(fast) ausschließlich auf optische Bauelemente zurückgreifen. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass Technologien wie Glasfaser eine nachhaltige, zukunftsfähige Basis für die digitale Infrastruktur darstellen (BMVIT, 2014A).

Übersicht 1: Zuordnung der Ausschreibungen zu den Phasen der Evaluierung

	Access		Access-ELER		Backhaul		Leerrohr	
	Ausschreibung Nr.	Datum	Ausschreibung Nr.	Datum	Ausschreibung Nr.	Datum	Ausschreibung Nr.	Datum
Phase 1	1	22.12.2015	1	5.12.2016	2	22.12.2015	1	28. 5.2015
		bis 29. 4.2016				bis 31. 3.2016		bis 31. 8.2015
Phase 2	2	14. 2.2017	1	31. 3.2017	2	14. 2.2017	3	09.11.2016
		bis 30. 6.2017				bis 09. 6.2017		bis 31.03.2017
	3	15. 2.2018	2	12. 4.2019	3	15. 2.2018	4	08. 9.2017
		bis 04. 5.2018				bis 20. 4.2018		bis 01.12.2017
								5
							bis 11. 7.2018	
Phase 3	4	19.12.2018	2	12. 4.2019	4	19.12.2018	6 bis 8	21. 9.2018
		bis 12. 4.2019				bis 29. 3.2019		bis 15.05.2019
	5	17. 6.2019	2	12. 4.2019	5	17. 6.2019	9 bis 10	17. 6.2019
		bis 27. 9.2019				bis 13. 9.2019		bis 30.10.2019

Q: Daten: Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus, Darstellung: WIFO, WIK.

Einschränkungen und Annahmen der quantitativen Analyse

Eine Auswertung nach neu versorgten Wohnsitzen¹⁾ war nur für die Programme Access, Access-ELER und Leerrohr möglich. Für das Programm Backhaul lagen die erforderlichen Daten nicht vor. Für die systematische Auswertung musste für alle Projekte ein einheitlicher Zeitstempel für den Datenabzug definiert werden. Dazu wurde der Zeitpunkt der Vertragserrichtung gewählt. Die Berechnungen basieren daher auf den Fördersummen laut Vertrag. Zudem wurden ausschließlich bereits abgeschlossene oder genehmigte Projekte berücksichtigt.

¹⁾ Wohnsitze, Haushalte und Breitbandanschlüsse stellen verschiedene Auswertungskategorien dar. Die BBA-2020-Evaluierung stellte auf die (un)versorgten Wohnsitze ab. Eine Person kann in Österreich einen Haupt- und mehrere Nebenwohnsitze haben. Alle am selben Wohnsitz gemeldeten Personen begründen einen Haushalt. Ein Haushalt wiederum kann eine beliebige Anzahl von Breitbandanschlüssen haben.

Die Fördermittel der Breitbandförderung sollten jenen Gebieten zugutekommen, für die ansonsten auf absehbare Zeit keine Versorgung mit Hochleistungsbreitband zu erwarten wäre. Auf diese Weise sollte die digitale Kluft zwischen Land und Stadt geschlossen werden. Als Fördermittel standen für die Programme 50% der Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen zur Verfügung – die sogenannte "Breitbandmilliarde". Die Förderungen sollten Wirtschaftlichkeitslücken in Gebieten schließen, in denen der rein

privatwirtschaftliche Ausbau der Netzinfrastruktur unrentabel wäre (Neumann et al., 2020).

Der vorliegende Beitrag stellt auszugsweise die Ergebnisse der quantitativen Analyse aus der zweiten Zwischenevaluierung des Förderprogrammes Breitband Austria 2020 dar²⁾. BBA 2020 sollte im Zeitraum 2016 bis 2020 durch die Vergabe von Bundesmitteln an Unternehmen und Gemeinden den Breitbandausbau unterstützen. Die Abwicklung erfolgte in drei Phasen, wobei Phase 3 (2019/20) bisher noch nicht evaluiert wurde.

Im Rahmen von BBA 2020 schuf der Bund mit Access, Backhaul und Leerrohr drei große Infrastrukturprogramme, die durch das Anbindungsförderprogramm Connect und das auf den ländlichen Raum ausgerichtete Programm Access-ELER ergänzt wurden.

²⁾ Für eine ausführlichere Darstellung siehe Neumann et al. (2020).

Die nachfolgenden Auswertungen beziehen sich daher ausschließlich auf die in den Phasen 1 (2015/16) und 2 (2017/18) durchgeführten Breitbandförderprogramme des Bundes, die vom BMVIT bzw. BMLRT vergeben und von der FFG abgewickelt wurden³⁾. Die Zu-

ordnung der einzelnen Ausschreibungen (Calls) der Förderschienen Access, Access-ELER, Backhaul und Leerrohr zu den genannten Evaluierungsphasen ist Übersicht 1 entnehmbar⁴⁾.

2. Breitband Austria 2020: Quantitative Analyse für den Zeitraum 2015/2018

2.1 Überblick

Insgesamt waren für die Ausschreibungen in den Phasen 1 und 2 Fördermittel in Höhe von 683 Mio. € budgetiert (Phase 1: 269 Mio. €; Phase 2: 414 Mio. €). Davon wurden mit 467 Mio. € fast 68% tatsächlich in den Pha-

sen 1 und 2 abgerufen. 173 Fördernehmer finanzierten damit 692 Projekte. Das durchschnittliche Fördervolumen je Projekt lag über alle Programmschienen bei knapp 675.000 €, wobei jeder Projektwerber durchschnittlich rund 2,7 Mio. € an Fördermitteln lukrieren konnte (Übersicht 2).

Übersicht 2: **Breitband Austria 2020 im Zeitraum 2015 bis 2018**

Förderschiene	Projekte	Fördernehmer	Laut Vertrag	Fördervolumen Je Projekt (Durchschnitt)	Je Förder- nehmer (Durchschnitt)
	Anzahl			In €	
Access (Phasen 1 und 2)	257	26	265.457.892	1.032.910	10.209.919
Access-ELER (Phase 2)	29	9	25.127.562	866.468	2.791.951
Leerrohr (Phasen 1 und 2)	235	155	87.308.184	371.524	563.279
Backhaul (Phasen 1 und 2)	171	21	88.876.811	519.747	4.232.229
Insgesamt (Phasen 1 und 2)	692	173	466.770.449	674.524	2.698.095

Q: Daten: Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus, Berechnung und Darstellung: WIFO, WIK.

Mit 265 Mio. € ging deutlich mehr als die Hälfte der Fördermittel an die Programmschiene Access (26 Fördernehmer mit 257 genehmigten Projekten). Deutlich geringere Subventionen flossen an die Programme Backhaul (89 Mio. €, 171 Projekte, 21 Fördernehmer) und Leerrohr (87 Mio. €, 235 Projekte, 155 Fördernehmer). Access-ELER war mit gerade einmal 25 Mio. € (9 Fördernehmer, 29 Projekte) am geringsten dotiert. Die Fördermittel je Projekt waren mit rund 1 Mio. € im Programm Access am höchsten, während Leerrohr-Projekte im Durchschnitt um rund ein Drittel und Backhaul-Projekte um etwa die Hälfte dieses Betrages realisiert werden konnten.

Österreichweit waren per 1. Jänner 2014 laut Zentralem Melderegister 9,68 Mio. Wohnsitze registriert (Haupt- und Nebenwohnsitze). Davon galten vor Lancierung des Breitband-Masterplans, also vor Phase 1, 1,843 Mio. bzw. 19% als unversorgt (Übersichten 3 und 4). Die größten Versorgungslücken bestanden zu diesem Zeitpunkt in Kärnten und der Steiermark (jeweils rund 34%) sowie in Niederösterreich und Tirol (je 24%). Auf NUTS-3-

Ebene stachen die Oststeiermark (62%), Osttirol (45%) sowie Ober- und Unterkärnten (jeweils 43%) hervor. Demgegenüber wiesen auf Länderebene Wien (5%), das Burgenland und Vorarlberg (jeweils 12%) die geringsten Versorgungslücken und damit die beste Ausgangssituation für eine flächendeckende Breitbandversorgung auf. Auf NUTS-3-Ebene war die Ausgangslage im Nordburgenland (2%), in Salzburg-Umgebung (4%) und in Wien (5%) am günstigsten.

Im Zuge der BBA-2020-Phasen 1 (2015/16) und 2 (2017/18) konnten durch die geförderten Projekte österreichweit 52% der bisher unversorgten Wohnsitze neu an das Breitbandnetz angebunden werden (Übersicht 4). Anteilig am größten war dieser Versorgungslückenschluss in Vorarlberg (76%), Tirol (66%), Oberösterreich und Kärnten (jeweils 58%). Auf NUTS-3-Ebene wiesen das Rheintal-Bodenseegebiet (85%), Osttirol (76%) und das Tiroler Oberland (75%) die höchsten Neuversorgungsdaten auf; in fünf weiteren Regionen Kärntens, Nieder- und Oberösterreichs lagen die Anteile ebenfalls über 70%. Deutlich unterdurchschnittlich

³⁾ Die Evaluierung der 3. Phase (2019/20) ist mit Stand März 2021 noch nicht durchgeführt worden. Eine Ex-post-Analyse über alle drei Förderphasen ist erst für das Jahr 2024 vorgesehen.

⁴⁾ BBA 2020 umfasst daneben das mit 28,8 Mio. € dotierte Connect-Programm zur Verbesserung der Ver-

sorgungssituation von Pflichtschulen und öffentlichen Bildungseinrichtungen. Beim Förderprogramm Connect wurden das 1. bis 7. Bewertungsgremium (BMG) der Phase 2 zugeordnet. Für Details siehe Neumann et al. (2020).

waren die Neuversorgungs-raten in Wien (29%), Salzburg (32%) und der Steiermark (35%). Auf regionaler Ebene waren die

Anteile neben Wien im Wiener Umland (Südteil, 30%) und in Graz (31%) mit Abstand am niedrigsten.

Übersicht 3: Breitband Austria 2020: Ausgangssituation

Status vor Umsetzung von Phase 1

	Nicht versorgt	Wohnsitze		Nicht versorgt In %
		Versorgt Anzahl	Insgesamt	
Wien	90.555	1.934.712	2.025.267	4,5
Niederösterreich	460.693	1.476.366	1.937.059	23,8
Burgenland	39.906	297.888	337.794	11,8
Steiermark	447.582	894.610	1.342.192	33,3
Kärnten	213.884	412.841	626.725	34,1
Oberösterreich	316.308	1.253.588	1.569.896	20,1
Salzburg	32.359	581.911	614.270	5,3
Tirol	195.638	630.846	826.484	23,7
Vorarlberg	46.125	356.137	402.262	11,5
Österreich	1.843.050	7.838.899	9.681.949	19,0

Q: Daten: Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus, Berechnung und Darstellung: WIFO, WIK. Wohnsitze Stand: 1. 1. 2014.

Übersicht 4: Breitband Austria 2020: Fördereffekte durch Phase 1 und 2

Status nach Umsetzung von Phase 2

	Wohnsitze		Investitionen		Förderungen	Förderquote	
	Vor Umsetzung der Phase 1	Neu zu versorgen	Nach Umsetzung der Phasen 1 und 2				
	Nicht versorgt Anzahl	Anteile an allen unversorgten Wohnsitzen in %	In € je neu zu versorgenden Wohnsitz	Österreich = 100	In % der Investitionen		
Wien	90.555	26.075	28,8	162	64	16	39,7
Niederösterreich	460.693	261.239	56,7	798	436	110	54,7
Burgenland	39.906	22.037	55,2	485	255	64	52,4
Steiermark	447.582	157.984	35,3	396	213	54	53,7
Kärnten	213.884	124.334	58,1	354	185	47	52,2
Oberösterreich	316.308	185.155	58,5	1.343	761	192	56,6
Salzburg	32.359	10.367	32,0	794	412	104	51,9
Tirol	195.638	129.534	66,2	779	390	98	50,0
Vorarlberg	46.125	34.929	75,7	237	124	31	52,3
Österreich	1.843.050	951.654	51,6	731	397	100	54,3

Q: Daten: Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus, Berechnung und Darstellung: WIFO, WIK. Unversorgte Wohnsitze Stand: 1. 1. 2014.

Die Förderquote – der Anteil der Fördermittel an den gesamten Investitionen – lag in beiden Phasen in allen Bundesländern bis auf Wien über 50% und war in Oberösterreich (57%), Niederösterreich (55%) und der Steiermark (54%) am höchsten.

Die Investitionen je neu versorgten Wohnsitz betragen – über beide Projektphasen und beide Förderschienen (Access und Leerrohr) betrachtet – durchschnittlich 731 €. Am weitest aus höchsten waren sie in Oberösterreich (1.343 €), was u. a. auf den hohen Anteil

vergleichsweise kostenintensiver FTTH-Projekte zurückzuführen ist. Auch in Niederösterreich (798 €), Salzburg (794 €) und Tirol (779 €) waren die Kosten je Wohnsitz überdurchschnittlich hoch, während der Breitbandausbau in den restlichen Bundesländern deutlich günstiger war (Übersicht 4). Am niedrigsten waren die Investitionskosten je neu angebotenen Wohnsitz in Wien (162 €) und Vorarlberg (237 €). Auf NUTS-3-Ebene war der Ausbau in den Regionen Mostviertel-Eisenwurzen (1.940 €), im Innviertel (1.623 €) und im Außerfern (1.514 €) am

Im Zeitraum 2015 bis 2018 wurde – unterstützt durch Breitband Austria 2020 – nahezu eine Million Wohnsitze neu mit Breitband versorgt.

teuersten und im Rheintal-Bodenseegebiet (201 €), in Bludenz-Bregenzerwald (283 €) und St. Pölten (297 €) am günstigsten. Auch in einigen Gebieten Kärntens und der Steiermark betragen die Investitionskosten weniger als die Hälfte des Bundesdurchschnitts.

Österreichweit wurden in den BBA-2020-Phasen 1 und 2 insgesamt 1.471 Gemeinden Projekte der Förderschienen Access (Calls 1

bis 3) und Access-ELER (Call 1) genehmigt, durch die 825.000 Wohnsitze neu an das Breitbandnetz angebunden werden konnten. 41% dieser Projekte nutzten die Netzarchitektur FTTC (xDSL), 28% die Technologie FTTH. Die meisten Access- und Access-ELER-Projekte setzten Gemeinden in Oberösterreich (363), Niederösterreich (338) und der Steiermark (250) um.

Übersicht 5: Technologien

In den Phasen 1 und 2

	FTTB	Access 1 bis 3 einschließlich ELER 1				Insgesamt	Fördersumme In €	Leerrohr 1 bis 5	
		FTTH	Mobilfunk	WiMAX	xDSL			FTTP	Fördersumme In €
		Anzahl an neu zu versorgenden Wohnsitzen						Anzahl an neu zu versorgenden Wohnsitzen	
Wien	.	.	7.527	.	18.274	25.801	1.410.140	274	265.578
Niederösterreich	.	26.923	15.297	.	192.279	234.499	89.354.258	26.740	24.644.736
Burgenland	.	.	3.954	.	18.083	22.037	5.609.352	.	.
Steiermark	.	3.631	51.148	.	99.992	154.771	29.865.676	3.213	3.794.634
Kärnten	.	.	11.649	.	106.600	118.249	19.492.605	6.085	3.502.536
Oberösterreich	.	115.255	14.857	43	32.435	162.590	128.775.827	22.565	12.073.486
Salzburg	.	.	6.092	.	4.268	10.360	4.121.526	7	150.439
Tirol	1.097	1.511	12.726	.	47.357	62.691	7.979.641	66.843	42.497.375
Vorarlberg	.	.	12.078	.	22.290	34.368	3.946.836	561	379.400
Österreich	1.097	147.320	135.328	43	541.578	825.366	290.555.861	126.288	87.308.184

Q: Daten: Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus, Berechnung und Darstellung: WIFO, WIK.

Übersicht 6: Investitionskosten je neu versorgten Wohnsitz

In den Phasen 1 und 2

	FTTB	Access 1 bis 3 einschließlich Access-ELER 1				Durchschnitt	Leerrohr 1 bis 5 FTTP
		FTTH	Mobilfunk	WiMAX In €	xDSL		
Wien	.	.	119	.	142	143	1.939
Niederösterreich	.	4.053	174	.	286	677	1.857
Burgenland	.	.	776	.	589	485	.
Steiermark	.	1.401	186	.	454	356	2.362
Kärnten	.	.	239	.	344	313	1.151
Oberösterreich	.	1.769	155	1.209	379	1.375	1.117
Salzburg	.	.	799	.	1.198	766	42.983
Tirol	1.185	8.494	321	.	270	249	1.276
Vorarlberg	.	.	660	.	257	219	1.353
Österreich	1.185	3.697	331	1.209	429	630	1.397

Q: Daten: Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus, Berechnung und Darstellung: WIFO, WIK.

In den Phasen 1 und 2 wurden in den Förderschienen Access (Calls 1 bis 3) und Access-ELER (Call 1) durchschnittlich 630 € je neu versorgten Wohnsitz investiert (Übersicht 6). Für die Leerrohr-Programme (Calls 1 bis 5) fielen durchschnittliche Investitionskosten von 1.397 € je Wohnsitz an. Im Durchschnitt über beide Förderphasen war FTTH die teuerste Technologie (3.697 €), während FTTC (xDSL; 429 €) und Mobilfunk (331 €) den günstigsten Ausbau ermöglichten. Da sich

die Investitionskosten je Wohnsitz allerdings stark nach Technologie und Region unterscheiden, dienen die genannten Durchschnittswerte nur einer ersten Orientierung.

Mit fast 8.500 € wurden die höchsten Access- oder Access-ELER-geförderten Investitionen je Wohnsitz in Tirol getätigt, wobei als Technologie FTTH zum Einsatz kam. Das entspricht dem Dreizehnfachen der durchschnittlichen Access-Investitionskosten und

mehr als dem Doppelten der durchschnittlichen Investitionen in Projekten auf FTTH-Basis. Um rund 80% und damit deutlich günstiger war der FTTH-basierte Breitbandausbau dagegen in Oberösterreich (1.769 € je Wohnsitz, Übersicht 6). Dort erhielten im Zeitraum 2015/2018 mit fast 115.255 die bei Weitem meisten Wohnsitze eine FTTH-Neuanbindung (Übersicht 5).

Gemessen an den Investitionskosten je neu versorgten Wohnsitz war in sämtlichen Bundesländern außer im Burgenland, Tirol und Vorarlberg der Mobilfunk im Vergleich zu

FTTC (xDSL) die günstigere Technologie. Die Relationen der Investitionskosten (Mobilfunk zu FTTC) streuen dabei stark und reichen von 2 : 5 in der Steiermark bis zu 5 : 2 in Vorarlberg.

Die Investitionen in den Ausbau der Leerverrohrung lagen in den Phasen 1 und 2 der Breitbandförderung durchschnittlich bei 1.397 € je neu versorgten Wohnsitz, wobei die regionale Kostenstreuung – bis auf einen "Datenausreißer" in Salzburg – deutlich geringer ausfiel als bei der Förderschiene Access⁵⁾.

Die Investitionskosten unterschieden sich deutlich sowohl nach eingesetzter Technologie als auch nach Bundesland. Eine über alle Bundesländer günstigste Technologie zur Breitbandversorgung gab es nicht.

Übersicht 7: Projekte je Fördernehmer über alle Förderschienen

In den Phasen 1 und 2

	Wien	Nieder- österreich	Burgen- land	Steier- mark	Kärnten	Ober- österreich	Salzburg	Tirol	Vorarl- berg	Österreich
	Anzahl der Projekte									
Fördernehmer (10 von insgesamt 173)										
A1 Telekom Austria AG	12	59	21	53	26	33	21	32	12	269
Energie AG Oberösterreich Telekom GmbH	45	2	.	.	47
nöGIG GmbH	.	43	43
T-Mobile Austria GmbH	.	1	.	4	4	10	5	9	1	34
Fiber Service OÖ GmbH	14	.	.	.	14
INFOTECH Glasfaser GmbH	14	.	.	.	14
Hutchison Drei Austria GmbH	2	8	1	11
flashnet GmbH	10	.	.	.	10
Adolf Nöhmer GmbH & Co KG	7	.	.	.	7
LinzNet Internet Service Provider GmbH	7	.	.	.	7
Insgesamt Top (10)	14	111	22	57	30	140	28	41	13	456
Insgesamt Rest (163)	.	25	.	27	19	44	2	118	1	236
Insgesamt (173)	14	136	22	84	49	184	30	159	14	692

Q: Daten: Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus, Berechnung und Darstellung: WIFO, WIK.

Übersicht 8: Förderung je Fördernehmer über alle Förderschienen

	Wien	Nieder- österreich	Burgen- land	Steier- mark	Kärnten	Ober- österreich	Salzburg	Tirol	Vorarl- berg	Österreich	
	1.000 €										
	Anteile in %										
Fördernehmer (10 von insgesamt 173)											
A1 Telekom Austria AG	2.742,1	49.426,9	8.865,2	41.664,9	28.779,8	18.139,9	8.514,5	13.687,2	5.299,3	177.119,8	37,9
nöGIG GmbH	.	74.650,4	74.650,4	16,0
Energie AG Oberösterreich Telekom GmbH	60.016,0	42,0	.	.	60.058,0	12,9
Fiber Service OÖ GmbH	24.854,2	.	.	.	24.854,2	5,3
INFOTECH Glasfaser GmbH	16.280,7	.	.	.	16.280,7	3,5
Adolf Nöhmer GmbH & Co KG	9.145,9	.	.	.	9.145,9	2,0
Elektro Pühringer GmbH	7.780,4	.	.	.	7.780,4	1,7
GIBAG	.	6.673,2	6.673,2	1,4
Energie Steiermark Technik GmbH	.	.	.	4.859,1	4.859,1	1,0
Riepert Informationstechnologie OG	4.251,8	.	.	.	4.251,8	0,9
Insgesamt Top (10)	2.742,2	130.750,4	8.865,2	46.524,0	28.779,8	140.468,9	8.556,5	13.687,2	5.299,3	385.673,5	82,6
Insgesamt Rest (163)	723,7	8.225,9	14,3	5.658,5	4.368,9	17.241,2	257,9	44.206,2	400,3	81.097,0	17,4
Insgesamt (173)	3.465,9	138.976,3	8.879,5	52.182,5	33.148,7	157.710,1	8.814,3	57.893,4	5.699,7	466.770,5	100,0

Q: Daten: Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus, Berechnung und Darstellung: WIFO, WIK.

Die beträchtlichen Unterschiede in der Höhe der förderfähigen Investitionen je Wohnsitz

erfordern eine nähere Analyse. Sie können in objektiven regionalen Kostenunterschieden

⁵⁾ Auf NUTS-3-Ebene ist eine größere Streuung zu beobachten (für Details siehe Neumann et al., 2020).

Das Fördervolumen aller vier Förderschienen betrug in den Phasen 1 und 2 insgesamt 467 Mio. €. Davon entfielen fast zwei Drittel auf nur drei Fördernehmer.

gründen, könnten aber auch auf nicht optimale und damit ineffiziente Projektgrößen zurückgehen. Weiters könnten unterschiedliche Betreiberstrukturen (öffentlich versus privat) eine Rolle spielen. Auch Mitnahmeeffekte durch die Förderung sind denkbar⁶⁾.

Über alle vier Förderschienen bzw. zwölf Ausschreibungen (Access 1 bis 3, Access-ELER 1, Backhaul 1 bis 3 sowie Leerrohr 1 bis 5) wurden in den BBA-2020-Phasen 1 und 2 in Summe 692 Projekte von 173 Projektwerbern gefördert (Übersicht 7). Sowohl die Förderanträge als auch die Förderzusagen konzentrieren sich dabei stark auf einige wenige Akteure. 65% aller Projekte gehen auf nur 10 Fördernehmer zurück.

Die mit Abstand aktivste Projektbetreiberin war die **A1 Telekom Austria AG**. Auf sie entfielen in Summe 269 oder 39% der als förderwürdig eingestuftten Breitbandprojekte. Dahinter folgen die ausschließlich regional tätigen Unternehmen **Energie AG Oberösterreich Telekom GmbH** und **nÖGIG GmbH** mit 47 bzw. 43 Projekten (7% bzw. 6% aller Projekte). Mit der **A1 Telekom Austria AG**, der **T-Mobile Austria GmbH** und der **Hutchison Drei Austria GmbH** waren nur drei Unternehmen in mehreren Bundesländern tätig.

Die **A1 Telekom Austria AG** hatte mit 177 Mio. € auch den weitaus größten Anteil am Fördervolumen der Phasen 1 und 2 (knapp 38%, Übersicht 8). Die **nÖGIG GmbH** (75 Mio. € bzw. 16%) und die **Energie AG Oberösterreich Telekom GmbH** (60 Mio. € bzw. 13%) folgten mit deutlichem Abstand.

Die Dominanz der **A1 Telekom Austria AG** sowohl hinsichtlich der Projektanzahl als auch der lukrierten Fördermittel ist vor allem auf das starke Engagement des Unternehmens in Phase 1 zurückzuführen. Seine Bedeutung nahm zwar durch die verstärkte Tätigkeit der **nÖGIG GmbH** und der **Energie AG Oberösterreich Telekom GmbH** in Phase 2 etwas ab, blieb aber in Summe dennoch hoch.

2.2 Inanspruchnahme der Fördermittel nach Bundesländern

Die Fördermittel des Bundes im Rahmen der Programme Access, Backhaul und Leerrohr wurden in den Bundesländern in unterschiedlichem Ausmaß abgerufen (vgl. auch *BMVIT*, 2019A). Dies hängt zum Teil mit der parallel zur Bundesförderung verfügbaren Breitbandförderung der Länder zusammen. Wie sich zeigt, wurden die Bundesmittel vermehrt in Ländern nachgefragt, in denen die Bundesmittel durch Förderungen aus den Länderbudgets aufgestockt werden. Auch die Nachfrage nach bestimmten Förderschienen hängt damit zusammen⁷⁾. Der Ausschöpfungsgrad je Ausschreibung kann als Indikator für die programmspezifische Nachfrage im jeweiligen Bundesland bzw. in der jeweiligen NUTS-3-Region dienen. Die programmspezifischen Ausschöpfungsgrade, d. h. die Anteile der tatsächlich abgerufenen Bundesförderung an den ursprünglichen Budgets der jeweiligen Ausschreibung, wurden in den Übersichten 9 bis 11 ausgewiesen.

Übersicht 9: Fördermittelaufteilung: Access und Access-ELER

	Phase 1 Access		Phase 2 Access		Phase 2 Access-ELER			
	1. Ausschreibung 2015		2. Ausschreibung 2017		3. Ausschreibung 2018			
	Gesamtbudget in 1.000 €	Abgerufene Mittel in % des Gesamt- budgets	Gesamtbudget in 1.000 €	Abgerufene Mittel in % des Gesamt- budgets	Gesamtbudget in 1.000 €	Abgerufene Mittel in % des Gesamt- budgets		
Wien	5.059,8	9,1	4.125,3	18,2	9.459,2	2,1	0,0	.
Niederösterreich	24.184,5	126,9	19.717,8	65,9	29.107,3	131,2	8.138,0	92,0
Burgenland	2.119,8	107,3	1.728,3	76,4	2.617,3	55,8	587,6	98,4
Steiermark	23.235,2	73,7	18.943,8	23,8	36.635,3	5,5	6.060,6	102,9
Kärnten	10.990,8	125,5	8.960,9	13,4	15.279,0	10,0	2.956,2	100,0
Oberösterreich	16.198,2	127,4	13.206,5	280,6	5,0	> 1.000 ¹⁾	6.958,2	104,8
Salzburg	1.667,2	107,2	1.359,3	113,1	1.570,4	28,6	688,4	50,4
Tirol	10.081,7	64,8	8.219,7	5,8	16.903,7	5,8	0,0	.
Vorarlberg	2.541,2	91,6	2.071,8	34,6	3.717,1	18,2	611,0	37,2
Österreich	96.078,4	99,5	78.333,3	77,3	115.294,1	94,8	26.000,0	96,6

Q: FFG, Berechnung: WIFO, WIK. Es wurden nur Projekte mit den Status "Abgeschlossen", "Eingereicht" und "Genehmigt" berücksichtigt, Projekte mit Status "Abgelehnt" oder "Zurückgezogen" wurden nicht betrachtet. Zur Berechnung des Anteils der abgerufenen Mittel am Gesamtbudget wurde das Fördervolumen laut Vertrag herangezogen. –¹⁾ Der Wert ist in seiner konkreten Höhe nicht aussagekräftig, da eine fiktive Basis von 5.000 € (1.000 € je NUTS-3-Region) verwendet wurde; hier ist lediglich die Rangordnung relevant.

⁶⁾ Eine vertiefende Analyse der möglichen Ursachen sollte im Rahmen der Ex-post-Evaluierung von Breitband Austria 2020 auf einer detaillierteren Datenbasis aufbauen.

⁷⁾ In Tirol bezog sich die Top-up-Förderung lediglich auf das Programm Leerrohr, in Oberösterreich auf Access und Leerrohr und in Vorarlberg auf Access und Backhaul. Salzburg wiederum bot eine Top-up-Förderung für Leerrohr, Access und Backhaul an.

Übersicht 10: Fördermittelaufteilung: Backhaul

	Phase 1		Phase 2			
	1. Ausschreibung 2015		2. Ausschreibung 2017		3. Ausschreibung 2018	
	Gesamt- budget in 1.000 €	Abgerufene Mittel in % des Gesamt- budgets	Gesamt- budget in 1.000 €	Abgerufene Mittel in % des Gesamt- budgets	Gesamt- budget in 1.000 €	Abgerufene Mittel in % des Gesamt- budgets
Wien	5.059,8	22,7	3.097,8	15,6	2.605,3	6,1
Niederösterreich	24.184,5	71,1	14.806,8	43,2	12.278,4	11,2
Burgenland	2.119,8	115,1	1.297,8	37,9	1.065,8	29,5
Steiermark	23.235,2	63,6	14.225,6	18,8	11.856,5	8,9
Kärnten	10.990,8	74,4	6.729,1	23,1	5.592,1	7,5
Oberösterreich	16.198,2	70,7	9.917,3	45,8	8.203,4	10,6
Salzburg	1.667,2	144,6	1.020,8	135,6	3,0	> 1.000 ¹⁾
Tirol	10.081,7	62,3	6.172,5	13,8	5.133,9	5,6
Vorarlberg	2.541,2	48,6	1.555,8	1,0	1.300,8	9,5
Österreich	96.078,4	67,8	58.823,5	31,3	48.039,2	11,1

Q: FFG, Berechnung: WIFO, WIK. Es wurden nur Projekte mit den Status "Abgeschlossen", "Eingereicht" und "Genehmigt" berücksichtigt, Projekte mit Status "Abgelehnt" oder "Zurückgezogen" wurden nicht betrachtet. Zur Berechnung des Anteils der abgerufenen Mittel am Gesamtbudget wurde das Fördervolumen laut Vertrag herangezogen – ¹⁾ Der Wert ist in seiner konkreten Höhe nicht aussagekräftig, da eine fiktive Basis von 3.000 € (1.000 € je NUTS-3-Region) verwendet wurde; hier ist lediglich die Rangordnung relevant.

Übersicht 11: Fördermittelaufteilung: Leerrohr

	Phase 1				Phase 2					
	1. Ausschreibung 2015		2. Ausschreibung 2016		3. Ausschreibung 2016		4. Ausschreibung 2017		5. Ausschreibung 2018	
	Gesamt- budget in 1.000 €	Abgerufene Mittel in % des Gesamt- budgets	Gesamt- budget in 1.000 €	Abgerufene Mittel in % des Gesamt- budgets	Gesamt- budget in 1.000 €	Abgerufene Mittel in % des Gesamt- budgets	Gesamt- budget in 1.000 €	Abgerufene Mittel in % des Gesamt- budgets	Gesamt- budget in 1.000 €	Abgerufene Mittel in % des Gesamt- budgets
Wien	857,2	7,2	3.190,6	.	1.548,9	.	1.517,9	13,5	1.789,0	.
Niederösterreich	4.097,4	138,4	15.250,2	36,9	7.403,4	105,1	7.255,4	46,3	7.615,4	28,9
Burgenland	359,1	.	1.336,7	.	648,9	.	635,9	.	749,9	.
Steiermark	3.936,6	14,2	14.651,6	1,5	7.112,8	23,4	6.970,5	18,2	8.083,2	1,1
Kärnten	1.862,1	4,4	6.930,6	11,1	3.364,5	62,9	3.297,2	9,2	3.739,7	6,2
Oberösterreich	2.744,4	145,8	10.214,2	14,0	4.958,6	38,3	4.859,5	42,3	5.369,6	50,2
Salzburg	282,5	.	1.051,3	.	510,4	.	500,2	30,1	590,5	.
Tirol	1.708,1	322,7	6.357,3	211,2	3.086,2	335,8	3.024,5	228,6	5,0	> 1.000 ¹⁾
Vorarlberg	430,5	88,1	1.602,4	.	777,9	.	762,4	.	881,4	.
Österreich	16.277,9	99,9	60.584,8	35,4	29.411,8	81,0	28.823,5	49,5	28.823,5	39,9

Q: FFG, Berechnung: WIFO, WIK. Es wurden nur Projekte mit den Status "Abgeschlossen", "Eingereicht" und "Genehmigt" berücksichtigt, Projekte mit Status "Abgelehnt" oder "Zurückgezogen" wurden nicht betrachtet. Zur Berechnung des Anteils der abgerufenen Mittel am Gesamtbudget wurde das Fördervolumen laut Vertrag herangezogen. – ¹⁾ Der Wert ist in seiner konkreten Höhe nicht aussagekräftig, da eine fiktive Basis von 5.000 € (1.000 € je NUTS-3-Region) verwendet wurde; hier ist lediglich die Rangordnung relevant.

Die teils erheblichen regionalen Disparitäten in der Beantragung von Fördermitteln zeigen sich insbesondere am Beispiel des Programmes Leerrohr: So wurde etwa im Zuge der fünf Ausschreibungen dieser Förderschiene während der Phasen 1 und 2 kein einziger Antrag aus dem Burgenland eingebracht und bewilligt. Fördernehmer aus Salzburg und Vorarlberg fragten nur jeweils in einer der fünf Ausschreibungsrunden einen Teil des jeweiligen Budgets ab: In Leerrohr 1 wurden in Vorarlberg 88,1% der für die dortigen NUTS-3-Regionen vorgesehenen Fördermittel abgerufen; in Salzburg riefen Fördernehmer im Zuge des vierten Calls 30,1% des verfügbaren Förderbudgets ab. Auch in Wien wurden in drei Ausschreibungsrunden keinerlei Fördermittel abgerufen. Die Unterschiede im Ausschöpfungsgrad lassen sich zum Teil aus

der regional unterschiedlichen Nachfrage nach Fördermitteln erklären. Die Antragstellungen erfolgten nur auf Initiative der Betreiber und Gemeinden in den jeweiligen Regionen. Bei bereits hohem regionalen Versorgungsniveau kann die Versorgung der verbleibenden Wohnsitze aufwändiger und kostspieliger sein.

Während einige Regionen die zugeteilten Leerrohr-Fördermittel nicht abriefen, wurde anderen ein Mehrfaches der ursprünglich budgetierten Fördersummen zugesprochen. Dies galt insbesondere für Tirol und war möglich, da das BMLRT Deckungsfähigkeiten zuließ. Ansonsten hätten Anträge förderwürdiger Projekte abgelehnt werden müssen, wenn nach Bewertung der Einreichungen die beantragten Mittel der als förderbar

eingestuften Projekte das jeweils veranschlagte regionale Budget überstiegen. Durch die Zulassung von Deckungsfähigkeiten war es jedoch möglich, solchen "überzähligen" Projekten in einer zweiten Runde Budgetmittel aus anderen Regionen desselben Bundeslandes zuzuweisen. In einer dritten Runde konnte innerhalb der jeweiligen Förderschienen auch auf die nicht abgerufenen Budgetanteile anderer Bundesländer zugegriffen werden. Die Hierarchie bei der Vergabe folgte dem Ranking der Projekte durch die Bewertungsjury. Durch den dreistufigen Allokationsprozess konnten beispielsweise die NUTS-3-Regionen Tirols in sämtlichen Leerrohr-Calls mehr als das Doppelte der ursprünglich budgetierten Fördersummen abrufen. Die Zulassung von Deckungsfähigkeiten durch das BMLRT erhöhte den Ausschöpfungsgrad der österreichweiten Gesamtbudgets je Ausschreibungsrunde deutlich.

Sofern eine NUTS-3-Region die ihr ursprünglich zugewiesene Budgetsumme in früheren Ausschreibungsrunden bereits erreicht hatte, wurde ihr im aktuellen Call lediglich ein Betrag von 1.000 € als "Platzhalter" zugewiesen. Dies war beispielsweise in der 5. Leerrohr-Ausschreibungsrunde in allen fünf NUTS-3-Regionen Tirols der Fall. Trotzdem reichten Fördernehmer in vier dieser NUTS-3-Regionen

– Innsbruck, Osttirol, Tiroler Oberland und Unterland – auch im Zuge des 5. Calls Förderanträge ein und bekamen nach dem mehrstufigen Allokationsprozess auch Fördergelder zuerkannt. Für Tirol insgesamt ergab sich dadurch rein rechnerisch ein außerordentlich hoher Ausschöpfungsgrad im 5. Leerrohr-Call (Übersicht 9). Dieser ist jedoch nicht aussagekräftig, sondern deutet lediglich an, dass die tatsächlich ausgeschütteten Fördermittel die "Platzhalter"-Beträge um ein Vielfaches überstiegen. Auch die teils hohen Ausschöpfungsgrade in den Programmen Access (3. Call, Oberösterreich, Übersicht 9) und Backhaul (3. Call, Salzburg, Übersicht 10) gehen auf die mehrstufige Vergabelogik zurück.

Auch mit Blick auf die Access- und Backhaul-Ausschreibungen sind die regionalen Ausschöpfungsgrade deutlich disparat. Auch in diesen Förderschienen wurde das ex ante zugeteilte regionale Budget teils nicht abgeholt – so in Access 2 und 3 im Außerfern und in Osttirol und in Backhaul 2 im Tiroler Oberland und der Region Bludenz–Bregenz–Wald. Andererseits riefen beispielsweise Fördernehmer in Oberösterreich im Zuge des dreistufigen Allokationsprozesses bereits im 2. Access-Call mehr als das Doppelte der budgetierten Summe ab.

3. Durch die Breitbandförderung angestoßene Investitionen

Ein Ziel der Breitbandförderung ist es, die realisierten Investitionen auf das für die flächendeckende Versorgung erforderliche Niveau anzuheben. Die Förderung ist investiv ausgerichtet, d. h. die Fördermittel dürfen ausschließlich für Investitionen in die Breitbandinfrastruktur eingesetzt werden, wobei Planungsleistungen und aktivierungsfähige Eigenleistungen der Fördernehmer eingeschlossen sind. Zudem werden ausschließlich Investitionen in die passive Netzinfrastruktur gefördert. Investitionen in aktive Netzkomponenten, die insbesondere im Bereich von Access und Backhaul für die Aggregationsysteme und Kundenanschlüsse bzw. für Übertragungssysteme anfallen, müssen dagegen von den Netzbetreibern ohne Subvention aus Eigenmitteln bestritten werden, damit die geförderte Infrastruktur für sie nutzbar wird (Neumann et al., 2020).

Im Rahmen der drei Infrastruktur-Programme der Bundesförderung (Access, Backhaul und Leerrohr) betrug der förderbare Anteil an den Investitionen ursprünglich höchstens 50%. Diese maximale Förderquote wurde bei Access ab dem 3. Call bzw. bei Leerrohr ab dem 6. Call auf 65% angehoben, sofern die geförderten Investitionen unmittelbar zur Errichtung Gigabit-fähiger Endkundenanschlüsse führten. Zumeist lag auch die tatsächlich realisierte Förderquote in Phase 1 bei 50%. In Einzelfällen war sie jedoch niedriger, da eine geringere Wirtschaftlichkeits-

lücke bestand oder bestimmte Aufwendungen nicht förderfähig waren. Insofern wurden die Fördermittel der Phase 1 über die maximale Förderquote um mindestens den Faktor 2 gehebelt. Die effektiv durch die Förderung angestoßenen Investitionen dürften aus mehreren Gründen die förderbaren Projektkosten übersteigen. Dazu gehören etwa Fehlkalkulationen (zu niedrig kalkulierte Kostensätze), die Nichtförderbarkeit der aktiven Infrastruktur und externe Effekte, indem durch die Förderung auch Investitionen in anderen Regionen angestoßen werden.

In Phase 1 wurden insgesamt 204 Mio. € an Fördermitteln für den Breitbandausbau in Österreich bewilligt. Unter Berücksichtigung der Förderquote, der die maximale Fördersumme mitunter übersteigenden Projektkosten sowie zusätzlicher aktiver Investitionskomponenten dürften durch die Förderungen in Phase 1 Investitionen von ca. 500 Mio. € angestoßen worden sein. Damit ergibt sich ein Multiplikator der öffentlichen Fördermittel aus der Breitbandinitiative von 2,5 (Neumann et al., 2018).

Den 268 Mio. € an bewilligten Fördermitteln in BBA-2020-Phase 2 (2017/18) dürften Investitionen von mindestens 618 Mio. € gegen-

Eine flächendeckende Versorgung mit Hochgeschwindigkeitsbreitband erfordert erhebliche Investitionen. Durch die "Breitbandmilliarde" ist Österreich diesem Ziel zum Jahresende 2020 näher gekommen.

überstehen (Übersicht 10)⁸⁾. Dies entsprach zuletzt fast dem Jahresbudget der von allen heimischen Netzbetreibern getätigten Investitionen. Für die Phase 2 ergäbe sich daraus mit 2,3 ein geringerer Multiplikator als für Phase 1. Dafür sind zwei Effekte maßgeblich, die in eine unterschiedliche Richtung weisen. Einerseits dürften in Phase 2 die Investi-

tionen in aktive Netzkomponenten höher gewesen sein, wodurch der Multiplikator ceteris paribus stieg. Andererseits wurde in Phase 2 eine höhere Förderquote für FTTH-Projekte eingeführt, was den Multiplikator dämpfte. Der letztere Effekt überwog, wodurch der Multiplikator gegenüber Phase 1 sank (Neumann et al., 2020).

Übersicht 12: Durch die Breitbandförderung in Phase 2 angestoßene Investitionen

2017/18

	Bewilligte Förderung	Geförderte Projektkosten	Effektive Projektkosten ¹⁾	Anteil der Investitionen an den effektiven Projektkosten	Aktive Investitionen ²⁾	Investitionen insgesamt ³⁾
	1.000 €			In %	1.000 €	
Access 2	60.562,9	122.490,2	134.739,3	20	26.947,9	161.687,1
Access 3	109.265,0	172.488,3	189.737,1	20	37.947,4	227.684,5
Access-ELER 1	25.127,6	33.574,3	36.931,7	20	7.386,3	44.318,1
Backhaul 2	18.400,0	36.829,8	40.512,8	9	3.646,1	44.158,9
Backhaul 3	5.352,1	10.704,2	11.774,6	9	1.059,7	12.834,3
Leerrohr 3	23.825,8	48.092,1	52.901,3	16	8.464,2	61.365,5
Leerrohr 4	14.260,0	28.520,1	31.372,2	16	5.019,5	36.391,7
Leerrohr 5	11.489,0	22.979,4	25.277,4	16	4.044,4	29.321,7
Insgesamt	268.272,4					617.761,9

Q: Neumann et al. (2020). – ¹⁾ Effektive Projektkosten = 110% x Geförderte Projektkosten. – ²⁾ Anteil der Investitionen an den effektiven Projektkosten x Effektive Projektkosten. – ³⁾ Effektive Projektkosten + Aktive Investitionen.

4. Fazit

Breitband Austria 2020 unterstützte im Zeitraum 2016 bis 2020 durch die Vergabe von Bundesmitteln an Telekommunikationsunternehmen und Gemeinden den Breitbandausbau. Die Abwicklung erfolgte in drei Phasen, wobei die ersten beiden Phasen (2015/16 und 2017/18) bereits evaluiert wurden.

Insgesamt stand für BBA 2020 ein Budgetvolumen von 980 Mio. € ("Breitbandmilliarde") zur Verfügung. Für die in den Phasen 1 und 2 initiierten Ausschreibungen waren Fördermittel in Höhe von 683 Mio. € budgetiert. Davon wurden mit 467 Mio. € fast 68% auch tatsächlich von 173 Fördernehmern abgeholt, die damit 692 Projekte finanzierten. Das für die letzte bis Jahresende 2020 laufende Phase 3 verbleibende Fördervolumen betrug per Jahresende 2018 somit noch 513 Mio. €.

Wie die Evaluierungsergebnisse andeuten, trugen die Fördermittel wesentlich zum Abbau der Breitband-Versorgungslücken bei. Vor Beginn von Phase 1 (Referenzzeitpunkt 1. Jänner 2014) hatten von den 9,68 Mio. österreichischen Wohnsitzen 1,843 Mio. bzw. 19% keinen Zugang zu schnellem Breitband. Durch die in den Phasen 1 und 2 vergebenen Fördermittel wurden 951.654 oder ca. 52% der bisher unversorgten Wohnsitze neu

angebunden, davon 565.695 in Phase 1 und 385.959 in Phase 2.

Im Vergleich zur Phase 1 stiegen die durchschnittlichen Investitionskosten je Wohnsitz in Phase 2 bei allen über Access geförderten Technologien deutlich an (um durchschnittlich +140% über alle Technologien). Am kräftigsten waren die Zuwächse bei FTTH (+160%), FTTB (+86%) und Mobilfunk (+60%), am weitest schwächsten bei FTTC (+16%). Im Fall von Leerrohr nahmen die Investitionskosten je neu versorgten Wohnsitz gegenüber Phase 1 im Durchschnitt um 161% zu.

In Summe wurden in den Phasen 1 und 2 mit 48% der Breitbandmilliarde 52% der ursprünglich unversorgten Wohnsitze neu an das Breitbandnetz angebunden. Dieser Wert basiert auf den Projektbewilligungen. Bürger und Unternehmen sind allerdings noch nicht in vollem Umfang in den Genuss der schnelleren Breitbandzugänge gekommen. Denn dazu müssten die geförderten Vorhaben bereits vollständig umgesetzt worden sein, was zum Stand Jahresende 2018 jedoch erst für einen kleineren Teil der Projekte galt. Auf die Implementierung entsprechender Anreize zur zeitnahen Umsetzung von geförderten Investitionsprojekten sollte deshalb bei einer

In den Phasen 1 und 2 wurde erst rund die Hälfte des gesamten BBA-2020-Förderbudgets abgerufen. Dies hängt mit dem verspäteten Programmstart und der unvollständigen Ausschöpfung der Fördermittel zusammen.

⁸⁾ Diese Summe könnte nach Einschätzung von Neumann et al., 2020 allenfalls dann unterschritten

werden, wenn bewilligte Fördermittel wider Erwarten doch nicht abgerufen werden.

Das ambitionierte Ziel, bis Ende 2020 alle unversorgten Wohnsitze an schnelle Breitbandnetze anzubinden, wurde höchstwahrscheinlich nicht erreicht.

Für die Errichtung einer flächendeckenden Breitband-Netzinfrastruktur aus Glasfaserbasis dürften bis 2030 Investitionen von 8 Mrd. € erforderlich sein. Zur Umsetzung bedarf es einer gemeinsamen Kraftanstrengung von privaten Unternehmen und öffentlicher Hand.

Revision des Programmdesigns größtes Augenmerk gelegt werden.

Obleich nach Ende von Phase 2 noch 52% der Programmmittel für Phase 3 (2019/20) und damit für die Anbindung der verbleibenden 48% der zu Jahresbeginn 2014 unversorgten Wohnsitze zur Verfügung standen, dürfte bis Ende 2020 keine flächendeckende Versorgung erreicht worden sein. Dies geht vor allem auf die deutlichen Kostensteigerungen je neu versorgten Wohnsitz durch eine verstärkte Implementierung von FTTH zurück.

Ein Ziel von BBA 2020 war es, die Verfügbarkeit schneller Breitbandanschlüsse (über 100 Mbps) österreichweit zu steigern. Auf Basis der quantitativen Evaluierungsergebnisse dürfte der Abdeckungsgrad nach Abschluss der Phase 2 bei 60% gelegen sein. Damit lag die Realisierung zum Jahresende 2018 10 Prozentpunkte bzw. ein Jahr hinter der ursprünglichen Planung zurück, wofür im Wesentlichen drei Gründe maßgeblich sind. Erstens begann die Umsetzung von BBA 2020 erst knapp ein Jahr später als geplant. Zweitens dauerte es relativ lange, bis die geförderten Projekte tatsächlich realisiert wurden. Drittens stellen nicht alle geförderten FTTC-Projekte eine Geschwindigkeit von mehr als 100 Mbps bereit. Sie garantieren nur die NGA-Geschwindigkeit von über 30 Mbps. In der dritten Phase erscheint es daher zur Zielerreichung dringend geboten, FTTH-Projekte zu forcieren.

Laut Breitbandstrategie 2030 (BMVIT, 2019B) soll Österreich 2030 flächendeckend mit Breitband auf Glasfaserbasis versorgt sein.

Dazu wären jährliche Investitionen von 800 Mio. € erforderlich. Schreibt man das bisherige öffentliche Fördervolumen von durchschnittlich 300 Mio. € p. a. (Bund: 200 Mio. €, Länder: 100 Mio. €) fort, so verbleibt ein privatwirtschaftlicher Investitionsbedarf von 500 Mio. p. a. Die Telekommunikationsbetreiber investieren derzeit jährlich rund 300 Mio. € in die passive Infrastruktur⁹⁾ und müssten somit ihre Investitionen um 200 Mio. € p. a. oder zwei Drittel erhöhen. Eine solch erhebliche Ausweitung ist nicht realistisch und könnte auch nicht von allen Unternehmen bewerkstelligt werden. Allerdings könnten innovative PPP-Finanzierungsmodelle und ein Einstieg von langfristig orientierten Finanzinvestoren dazu beitragen, die Finanzierungslücke zu schließen. Pilotprojekte wie z. B. die Kooperation der nÖGIG und der Allianz Capital Partners erscheinen in diesem Zusammenhang vielversprechend (Neumann et al., 2020).

Gelingt es allerdings nicht, genügend privates Investitionskapital zu lukrieren, so erscheint – sofern am Ziel einer flächendeckenden Breitbandversorgung über Glasfaser festgehalten werden soll – eine Aufstockung der öffentlichen Förderungen¹⁰⁾ über die ursprüngliche "Breitbandmilliarde" hinaus unumgänglich. Daneben gilt es, möglichst investitionsfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Einen möglichen Ansatzpunkt bildet die Novelle des Telekommunikationsgesetzes¹¹⁾. Angesichts der hohen Bedeutung der digitalen Infrastruktur für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, sind entsprechende Investitionen unabdingbar und wirtschaftspolitisch alternativlos.

5. Literaturhinweise

- Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) (2014A), Breitbandstrategie 2020, 2. Auflage, Wien, 2014, <https://www.bmvit.gv.at/telekommunikation/publikationen/downloads/breitbandstrategie2020.pdf>.
- Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) (2014B), Die ganze Bandbreite des Lebens. Ein Masterplan zur Breitbandförderung, 2. Auflage, Wien, 2014, <https://www.bmvit.gv.at/service/publikationen/telekommunikation/downloads/breitbandoffensive.pdf>.
- Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) (2019A), Breitband in Österreich – Evaluierungsbericht 2018, Band VI, Wien, 2019, https://www.bmlrt.gv.at/dam/jcr:5e353398-09be-46ec-bdf4-59baaa74aee7/evaluierung2018_uq.pdf.
- Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) (2019B), Breitbandstrategie 2030 – Österreichs Weg in die Gigabit-Gesellschaft, Wien, 2019, <https://www.bmk.gv.at/themen/telekommunikation/breitband/publikationen.html>.
- European Commission, The socio-economic impact of bandwidth, Brüssel, 2013.
- Neumann, K.-H., Plückebaum, Th., Böheim, M., Bärenthaler-Sieber, S., Evaluierung der Breitbandinitiative BMVIT 2015/2016, WIK Consult–WIFO, 2017, Wien, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/60494>.
- Neumann, K.-H., Plückebaum, Th., Böheim, M., Bärenthaler-Sieber, S., Evaluierung der Breitbandinitiative BMLRT 2017/2018. WIK Consult–WIFO, Wien, 2020, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66807>.
- RTR, RTR Telekom Monitor. Jahresbericht 2018, Wien, 2019, <https://www.rtr.at/TKP/aktuelles/publikationen/publikationen/epaper/TK-Monitor-Q4-2018-epaper.de.html>.

⁹⁾ Etwa gleich viel wird in aktive Netztechnik investiert (vgl. RTR, 2019).

¹⁰⁾ Auch Finanzmittel aus dem EU-Wiederaufbaufonds könnten gegebenenfalls für den Breitbandausbau in Österreich fruchtbar gemacht werden.

¹¹⁾ https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/ME/ME_00082/index.shtml.

Kennzahlen zur Wirtschaftslage

1. Internationale Konjunkturindikatoren

- Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote
- Übersicht 2: Verbraucherpreise
- Übersicht 3: Internationale Aktienkursindizes
- Übersicht 4: Dreimonatszinssätze
- Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

2. Kennzahlen für Österreich

2.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 2010

- Übersicht 8: Verwendung des Bruttoinlandsproduktes und Herstellung von Waren
- Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

2.2 Konjunkturklima

- Übersicht 10: WIFO-Konjunkturklimaindex

2.3 Tourismus

- Übersicht 11: Tourismusentwicklung in der laufenden Saison

2.4 Außenhandel

- Übersicht 12: Warenexporte und Warenimporte

2.5 Landwirtschaft

- Übersicht 13: Markt- und Preisentwicklung von Agrarprodukten

2.6 Herstellung von Waren

- Übersicht 14: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage
- Übersicht 15: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung

2.7 Bauwirtschaft

- Übersicht 16: Bauwesen

2.8 Binnenhandel

- Übersicht 17: Umsätze und Beschäftigung

2.9 Private Haushalte

- Übersicht 18: Privater Konsum, Sparquote, Konsumklima

2.10 Verkehr

- Übersicht 19: Güter- und Personenverkehr

1.1 Wechselkurse

- Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

1.2 Weltmarkt-Rohstoffpreise

- Übersicht 7: HWWI-Index

2.11 Bankenstatistik

- Übersicht 20: Zinssätze, Bankeinlagen und -kredite

2.12 Arbeitsmarkt

- Übersicht 21: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren
- Übersicht 22: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen
- Übersicht 23: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

2.13 Preise und Löhne

- Übersicht 24: Verbraucherpreise und Großhandelspreise
- Übersicht 25: Tariflöhne
- Übersicht 26: Effektivverdienste

2.14 Soziale Sicherheit

- Übersicht 27: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern
- Übersicht 28: Pensionen nach Pensionsarten
- Übersicht 29: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung der Pension in Jahren
- Übersicht 30: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

2.15 Entwicklung in den Bundesländern

- Übersicht 31: Tourismus – Übernachtungen
- Übersicht 32: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung
- Übersicht 33: Abgesetzte Produktion im Bauwesen
- Übersicht 34: Beschäftigung
- Übersicht 35: Arbeitslosigkeit
- Übersicht 36: Arbeitslosenquote

2.16 Staatshaushalt

- Übersicht 37: Staatsquoten

Der Tabellensatz "Kennzahlen zur Wirtschaftslage" bietet monatlich einen Überblick über die wichtigsten Indikatoren zur Entwicklung der österreichischen und internationalen Wirtschaft. Die Daten werden unmittelbar vor Redaktionsschluss aus der Volkswirtschaftlichen Datenbank des WIFO abgefragt. Täglich aktuelle Informationen enthalten die "WIFO-Wirtschaftsdaten" auf der WIFO-Website (<https://www.wifo.ac.at/daten/wifo-wirtschaftsdaten>).

1. Internationale Konjunkturindikatoren

Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote

	2018	2019	2020	2020				2020				2021	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November		Dezember
	In % der Erwerbspersonen (saisonbereinigt)												
OECD insgesamt	5,5	5,4	7,1	5,4	8,6	7,6	6,9	7,5	7,3	7,0	6,9	6,8	6,8
USA	3,9	3,7	8,1	3,8	13,1	8,8	6,8	8,4	7,8	6,9	6,7	6,7	6,3
Japan	2,4	2,4	2,8	2,4	2,7	3,0	3,0	3,0	3,0	3,1	3,0	3,0	2,9
Euro-Raum	8,2	7,6	7,9	7,3	7,6	8,6	8,2	8,7	8,6	8,4	8,1	8,1	8,1
Belgien	6,0	5,4	5,6	5,0	5,0	6,3	6,1	6,5	6,6	6,3	6,1	5,8	5,6
Deutschland	3,4	3,1	4,2	3,6	4,2	4,5	4,6	4,5	4,5	4,5	4,6	4,6	4,6
Irland	5,8	5,0	5,6	5,1	4,9	6,5	6,0	6,6	6,8	6,2	6,0	5,8	5,8
Griechenland	19,3	17,3	.	15,9	17,0	16,8	.	17,0	16,6	16,4	16,2	.	.
Spanien	15,3	14,1	15,6	13,9	15,5	16,6	16,2	16,7	16,6	16,3	16,1	16,2	16,0
Frankreich	9,0	8,5	8,0	7,7	7,1	9,1	8,1	9,3	9,3	8,5	8,1	7,8	7,9
Italien	10,6	9,9	9,1	9,2	8,5	9,6	9,1	9,6	9,5	9,5	8,8	9,0	.
Luxemburg	5,5	5,6	6,8	6,0	7,6	6,9	6,6	6,8	6,7	6,5	6,6	6,7	6,8
Niederlande	3,8	3,4	3,8	2,9	3,8	4,5	4,1	4,6	4,4	4,3	4,0	3,9	3,6
Österreich	4,9	4,5	5,3	4,6	5,6	5,6	5,6	5,6	5,5	5,4	5,5	5,8	5,7
Portugal	7,0	6,6	7,0	6,5	6,5	8,0	7,1	8,1	7,9	7,5	7,1	6,8	7,2
Slowakei	6,5	5,8	6,7	6,0	6,7	7,1	7,1	7,2	7,0	7,1	7,1	7,0	7,2
Finnland	7,4	6,7	7,8	6,7	7,8	8,5	8,1	8,5	8,4	8,2	7,8	8,4	.
Tschechien	2,2	2,0	2,6	1,9	2,5	2,8	3,0	2,7	2,8	3,1	2,9	3,1	3,2
Ungarn	3,6	3,3	4,1	3,6	4,5	4,3	4,2	3,8	4,5	4,4	4,0	4,1	4,9
Polen	3,8	3,3	3,2	3,0	3,3	3,3	3,2	3,3	3,3	3,2	3,2	3,2	3,1
Schweiz	4,7	4,4	4,8	4,2	4,9	5,0	5,1

Q: OECD; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 2: Verbraucherpreise

	2018	2019	2020	2020				2020				2021	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Verbraucherpreisindex													
OECD insgesamt	+ 2,6	+ 2,1	+ 1,4	+ 2,1	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,5
USA	+ 2,4	+ 1,8	+ 1,2	+ 2,1	+ 0,4	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,4
Japan	+ 1,0	+ 0,5	- 0,0	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,2	- 0,8	+ 0,2	+ 0,1	- 0,4	- 1,0	- 1,2	- 0,6
Harmonisierter VPI													
Euro-Raum	+ 1,8	+ 1,2	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,2	- 0,0	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	+ 0,9
Belgien	+ 2,3	+ 1,2	+ 0,4	+ 1,0	- 0,0	+ 0,4	+ 0,3	- 0,9	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,6
Deutschland	+ 1,9	+ 1,4	+ 0,4	+ 1,6	+ 0,7	- 0,2	- 0,6	- 0,1	- 0,4	- 0,5	- 0,7	- 0,7	+ 1,6
Irland	+ 0,7	+ 0,9	- 0,5	+ 0,8	- 0,6	- 0,9	- 1,1	- 1,1	- 1,2	- 1,5	- 1,0	- 1,0	- 0,1
Griechenland	+ 0,8	+ 0,5	- 1,3	+ 0,6	- 1,2	- 2,2	- 2,2	- 2,3	- 2,3	- 2,0	- 2,1	- 2,4	- 2,4
Spanien	+ 1,7	+ 0,8	- 0,3	+ 0,7	- 0,6	- 0,6	- 0,8	- 0,6	- 0,6	- 0,9	- 0,8	- 0,6	+ 0,4
Frankreich	+ 2,1	+ 1,3	+ 0,5	+ 1,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,2	- 0,0	+ 0,8
Italien	+ 1,2	+ 0,6	- 0,1	+ 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0,5	- 1,0	- 0,6	- 0,3	- 0,3	+ 0,7
Luxemburg	+ 2,0	+ 1,6	+ 0,0	+ 1,6	- 0,9	- 0,1	- 0,5	- 0,2	- 0,3	- 0,4	- 0,7	- 0,3	+ 1,1
Niederlande	+ 1,6	+ 2,7	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,6
Österreich	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,1
Portugal	+ 1,2	+ 0,3	- 0,1	+ 0,5	- 0,2	- 0,4	- 0,4	- 0,2	- 0,8	- 0,6	- 0,4	- 0,3	+ 0,2
Slowakei	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,0	+ 2,9	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,0
Finnland	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,4	+ 1,1	- 0,1	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 1,0
Tschechien	+ 2,0	+ 2,6	+ 3,3	+ 3,7	+ 3,3	+ 3,5	+ 2,7	+ 3,5	+ 3,3	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,2
Ungarn	+ 2,9	+ 3,4	+ 3,4	+ 4,4	+ 2,5	+ 3,8	+ 2,9	+ 4,0	+ 3,4	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,9
Polen	+ 1,2	+ 2,1	+ 3,7	+ 3,9	+ 3,4	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,7	+ 3,8	+ 3,8	+ 3,7	+ 3,4	+ 3,6
Schweiz	+ 0,9	+ 0,4	- 0,8	- 0,2	- 1,1	- 1,2	- 0,9	- 1,4	- 1,1	- 0,9	- 0,8	- 1,0	- 0,6

Q: Statistik Austria; OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 3: Internationale Aktienkursindizes

	2018	2019	2020	2020				2020				2021	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Europa, MSCI Europa	- 0,7	+ 0,8	- 4,3	+ 5,6	- 11,1	- 5,0	- 5,9	- 7,7	- 6,1	- 4,3	- 2,9	- 1,3	
Euro-Raum, STOXX 50	- 3,0	+ 1,4	- 4,7	+ 6,8	- 12,1	- 4,8	- 7,7	- 10,4	- 8,2	- 5,1	- 4,5	- 1,8	
Deutschland, DAX 30	- 1,3	- 1,3	+ 1,9	+ 8,5	- 7,1	+ 5,9	+ 0,2	+ 0,7	- 1,8	+ 1,8	+ 3,4	+ 4,7	
Österreich, ATX	+ 7,6	- 9,0	- 20,5	- 6,2	- 27,9	- 24,7	- 22,9	- 29,1	- 24,6	- 15,2	- 7,2	- 3,1	
Vereinigtes Königreich, FTSE 100	- 0,2	- 1,2	- 13,7	- 3,0	- 18,6	- 17,7	- 15,4	- 19,0	- 15,3	- 12,0	- 11,4	- 10,0	
Ostmitteleuropa, CECE Composite Index	+ 1,1	- 3,1	- 22,1	- 13,6	- 29,3	- 22,5	- 23,5	- 29,4	- 24,9	- 15,7	- 14,5	- 12,4	
Tschechien, PX 50	+ 8,0	- 3,2	- 11,6	- 3,5	- 16,9	- 13,0	- 13,4	- 16,1	- 14,9	- 9,6	- 5,9	- 2,4	
Ungarn, BUX Index	+ 5,4	+ 10,0	- 10,2	+ 1,0	- 14,8	- 13,6	- 13,7	- 18,6	- 14,3	- 9,5	- 2,0	- 0,8	
Polen, WIG Index	- 2,6	- 1,3	- 13,9	- 12,6	- 20,6	- 12,1	- 10,4	- 15,7	- 12,9	- 2,1	- 0,3	+ 2,2	
Russland, RTS Index	+ 5,6	+ 12,7	- 4,0	+ 16,0	- 9,1	- 6,8	- 12,6	- 16,0	- 14,8	- 7,9	- 9,2	- 4,2	
Amerika													
USA, Dow Jones Industrial Average	+ 15,2	+ 5,3	+ 2,0	+ 5,6	- 5,8	+ 2,3	+ 5,6	+ 4,7	+ 4,8	+ 7,0	+ 6,7	+ 9,6	
USA, S&P 500 Index	+ 12,1	+ 6,1	+ 10,5	+ 12,3	+ 1,7	+ 12,2	+ 15,3	+ 14,8	+ 14,3	+ 16,3	+ 15,7	+ 18,5	
Brasilien, BM&FBOVESPA	+ 20,0	+ 23,3	- 1,9	+ 7,8	- 11,9	- 1,9	- 1,8	- 6,4	- 2,6	+ 2,5	+ 2,6	+ 3,9	
Asien													
Japan, Nikkei 225	+ 10,4	- 2,7	+ 4,7	+ 4,0	- 3,0	+ 7,7	+ 9,3	+ 5,7	+ 8,7	+ 13,3	+ 19,0	+ 27,1	
China, Shanghai Index	- 9,4	- 0,8	+ 7,2	+ 5,3	- 4,6	+ 13,4	+ 13,8	+ 11,7	+ 14,4	+ 14,8	+ 15,8	+ 22,2	
Indien, Sensex 30 Index	+ 14,4	+ 8,3	- 1,1	+ 4,7	- 17,3	- 0,0	+ 7,4	+ 3,8	+ 5,8	+ 12,5	+ 17,6	+ 24,1	

Q: Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at

Übersicht 4: Dreimonatszinssätze

	2018	2019	2020	2020				2020				2021	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar
	In %												
USA	2,4	2,3	0,6	1,5	0,5	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	.
Japan	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Kanada	1,8	1,9	0,6	1,7	0,4	0,3	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Euro-Raum	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5
Tschechien	1,3	2,1	0,9	2,2	0,6	0,3	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Dänemark	- 0,3	- 0,4	- 0,2	- 0,4	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2
Ungarn	0,1	0,2	0,7	0,4	1,0	0,7	0,8	0,8	0,8	0,7	0,8	0,7	0,8
Polen	1,7	1,7	0,6	1,5	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Schweden	- 0,7	- 0,4	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,1
Vereinigtes Königreich	0,7	0,8	0,3	0,7	0,4	0,1	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1
Norwegen	1,1	1,6	0,7	1,7	0,5	0,3	0,4	0,3	0,3	0,4	0,5	0,5	0,5
Schweiz	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,6	- 0,7	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8

Q: OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, nathalie.fischer@wifo.ac.at

Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

	2018	2019	2020	2020				2020				2021	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar
	In %												
USA	2,9	2,1	0,9	1,4	0,7	0,7	0,9	0,7	0,8	0,9	0,9	1,1	1,3
Japan	0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1
Kanada	2,3	1,6	0,8	1,2	0,6	0,5	0,7	0,6	0,6	0,7	0,7	0,8	1,1
Euro-Raum	1,3	0,6	0,2	0,3	0,5	0,2	- 0,0	0,1	0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,1	0,1
Belgien	0,8	0,2	- 0,1	- 0,1	0,0	- 0,2	- 0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,2
Deutschland	0,4	- 0,3	- 0,5	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,6	- 0,5	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,5
Irland	1,0	0,3	- 0,1	- 0,0	0,1	- 0,1	- 0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,3	- 0,3	- 0,2	- 0,1
Griechenland	4,2	2,6	1,3	1,5	1,8	1,1	0,8	1,1	0,9	0,8	0,6	0,7	0,8
Spanien	1,4	0,7	0,4	0,4	0,7	0,3	0,1	0,3	0,2	0,1	0,0	0,1	0,2
Frankreich	0,8	0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,2
Italien	2,6	2,0	1,2	1,3	1,7	1,1	0,7	1,0	0,8	0,7	0,6	0,6	0,6
Luxemburg	0,6	- 0,1	- 0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,6	- 0,5	- 0,5
Niederlande	0,6	- 0,1	- 0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,5	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,6	- 0,5	- 0,4
Österreich	0,7	0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,3	- 0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,2
Portugal	1,8	0,8	0,4	0,4	0,8	0,4	0,1	0,3	0,2	0,1	0,0	0,0	0,2
Finnland	0,7	0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,3	- 0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,2
Dänemark	0,5	- 0,2	- 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,5	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,4	- 0,3
Schweden	0,7	0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,0	0,0	0,0	0,1	0,3
Vereinigtes Königreich	1,4	0,9	0,3	0,6	0,3	0,2	0,3	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,6
Norwegen	1,9	1,5	0,8	1,2	0,6	0,7	0,8	0,7	0,7	0,8	0,9	1,0	1,3
Schweiz	0,0	- 0,5	- 0,5	- 0,6	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,3

Q: OeNB; OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Rendite langfristiger staatlicher Schuldverschreibungen. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, nathalie.fischer@wifo.ac.at

1.1 Wechselkurse

Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

	2018	2019	2020	2020				2020				2021	
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar
	Fremdwährung je Euro												
Dollar	1,18	1,12	1,15	1,11	1,14	1,10	1,17	1,19	1,18	1,18	1,22	1,22	1,21
Yen	130,41	122,06	122,19	120,36	121,75	118,32	124,09	124,59	123,89	123,61	126,28	126,31	127,49
Schweizer Franken	1,15	1,11	1,07	1,10	1,07	1,06	1,08	1,08	1,07	1,08	1,08	1,08	1,09
Pfund Sterling	0,88	0,88	0,89	0,86	0,88	0,89	0,90	0,90	0,91	0,90	0,91	0,89	0,87
Schwedische Krone	10,26	10,59	10,45	10,64	10,51	10,66	10,36	10,27	10,40	10,23	10,17	10,10	10,09
Dänische Krone	7,45	7,47	7,45	7,47	7,46	7,46	7,44	7,44	7,44	7,45	7,44	7,44	7,44
Norwegische Krone	9,60	9,85	10,76	10,09	10,60	11,02	10,67	10,76	10,92	10,75	10,60	10,37	10,28
Tschechische Krone	25,64	25,67	26,53	25,57	25,92	27,07	26,47	26,66	27,21	26,47	26,31	26,14	25,88
Russischer Rubel	74,06	72,46	84,46	70,55	80,97	79,66	86,32	90,89	91,43	91,01	90,24	90,57	89,96
Ungarischer Forint	318,83	325,23	353,27	331,93	347,35	351,71	353,57	360,46	362,53	359,84	359,02	359,19	358,15
Polnischer Zloty	4,26	4,30	4,47	4,29	4,42	4,50	4,44	4,50	4,54	4,49	4,48	4,53	4,50
Neuer Rumänischer Leu	4,65	4,75	4,85	4,77	4,83	4,84	4,85	4,87	4,87	4,87	4,87	4,87	4,88
Bulgarischer Lew	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96
Chinesischer Renminbi	7,81	7,73	7,89	7,80	7,76	7,80	8,09	7,90	7,92	7,82	7,96	7,87	7,81
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Effektiver Wechselkursindex													
Nominell	+ 1,8	- 0,7	+ 1,8	- 0,9	+ 0,8	+ 1,0	+ 2,4	+ 3,0	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,2	+ 0,2	+ 3,2
Industriewaren	+ 1,7	- 0,7	+ 1,7	- 0,9	+ 0,7	+ 0,9	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,9	+ 0,1	+ 2,9
Real	+ 1,7	- 1,0	+ 2,2	- 1,2	+ 0,8	+ 1,1	+ 3,1	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,6	+ 3,8	- 0,2	.
Industriewaren	+ 1,7	- 1,0	+ 2,0	- 1,3	+ 0,7	+ 1,0	+ 3,0	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,5	- 0,2	.

Q: OeNB; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, nathalie.fischer@wifo.ac.at

1.2 Weltmarkt-Rohstoffpreise

Übersicht 7: HWWI-Index

	2018	2019	2020	2020				2020				2021	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Auf Dollarbasis	+23,5	-12,2	-25,7	-19,8	-44,5	-22,2	-15,6	-22,0	-18,2	-18,0	-10,8	+ 2,0	+24,8
Ohne Energierohstoffe	+ 1,8	- 2,2	+ 6,0	- 0,9	- 7,4	+ 9,4	+22,9	+19,2	+19,4	+20,9	+28,3	+37,2	+46,7
Auf Euro-Basis	+18,0	- 7,5	-27,3	-17,4	-43,4	-26,1	-21,7	-27,2	-23,2	-23,5	-18,6	- 7,0	+12,5
Ohne Energierohstoffe	- 3,0	+ 3,3	+ 3,7	+ 2,1	- 5,5	+ 3,9	+14,1	+11,3	+12,1	+12,9	+17,2	+25,1	+32,3
Nahrungs- und Genussmittel	- 9,2	- 0,1	+ 4,8	+ 7,9	+ 2,0	+ 1,7	+ 7,6	+ 7,2	+ 7,1	+ 9,1	+ 6,5	+14,6	+18,8
Industrierohstoffe	+ 0,7	+ 5,0	+ 3,1	- 0,7	- 9,0	+ 5,0	+17,6	+13,3	+14,8	+14,9	+23,0	+30,8	+39,6
Energierohstoffe	+21,6	- 8,9	-32,0	-20,4	-49,0	-30,9	-27,2	-33,2	-28,8	-29,0	-24,1	-12,1	+ 9,0
Rohöl	+23,7	- 5,3	-33,4	-16,4	-51,1	-32,6	-32,3	-36,3	-34,1	-33,9	-29,3	-20,2	+ 2,4

Q: Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Jahreswerte auf Basis von Monatswerten berechnet. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at

2. Kennzahlen für Österreich

2.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 2010

Übersicht 8: Verwendung des Bruttoinlandsproduktes und Herstellung von Waren

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2019				2020	
								III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)												
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes													
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,6	+ 1,4	- 6,6	.	.	+ 1,7	+ 0,4	- 3,6	-13,5	- 3,7	- 5,7
Exporte	+ 3,0	+ 4,9	+ 5,5	+ 2,9	-10,4	.	.	+ 2,6	+ 2,2	- 4,4	-22,1	- 7,1	- 8,4
Importe	+ 3,7	+ 5,3	+ 5,0	+ 2,4	-10,2	.	.	+ 2,2	- 2,6	- 5,1	-21,3	-10,2	- 4,0
Inländische Verwendung ¹⁾	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,2	+ 1,1	- 6,4	.	.	+ 1,5	- 2,2	- 3,9	-13,0	- 5,3	- 3,2
Konsumausgaben insgesamt	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,0	- 6,5	.	.	+ 1,6	+ 0,6	- 3,5	-11,5	- 4,1	- 6,9
Private Haushalte ²⁾	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,1	+ 0,8	- 9,6	.	.	+ 1,2	+ 0,6	- 5,0	-16,1	- 6,0	-11,0
Staat	+ 1,8	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,6	.	.	+ 2,5	+ 0,8	+ 0,3	+ 1,1	+ 1,0	+ 4,1
Bruttoinvestitionen ³⁾	+ 4,5	+ 4,4	+ 5,3	+ 0,8	- 5,9	.	.	+ 0,5	- 8,8	- 5,1	-15,9	- 7,8	+ 5,9
Bruttoanlageinvestitionen	+ 4,3	+ 4,1	+ 3,9	+ 4,0	- 4,9	.	.	+ 4,7	+ 0,0	- 3,5	-12,8	- 2,7	- 0,7
Ausrüstungen und Waffensysteme	+ 9,5	+ 7,3	+ 3,2	+ 4,7	-11,1	.	.	+ 5,6	- 5,5	-11,7	-25,5	- 7,4	+ 1,7
Bauten	+ 0,3	+ 2,5	+ 3,6	+ 3,6	- 3,3	.	.	+ 4,0	+ 2,7	- 0,4	- 8,5	- 1,1	- 3,0
Sonstige Anlagen ⁴⁾	+ 5,2	+ 2,5	+ 5,7	+ 3,6	+ 1,6	.	.	+ 4,6	+ 2,3	+ 5,2	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,6
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen													
Herstellung von Waren	+ 4,4	+ 3,7	+ 5,3	+ 0,7	- 7,2	.	.	+ 0,7	- 2,8	- 4,9	-18,5	- 4,1	- 1,3
	Saison- und arbeitstagsbereinigt, gemäß Eurostat-Vorgabe, Veränderung gegen das Vorquartal in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)												
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes													
Bruttoinlandsprodukt								+ 0,3	- 0,5	- 3,0	-10,7	+11,8	- 2,7
Exporte								+ 0,3	- 0,2	- 4,5	-18,2	+18,0	- 0,2
Importe								- 1,7	- 2,3	- 1,4	-15,9	+12,9	+ 2,1
Inländische Verwendung ¹⁾								- 0,8	- 1,7	- 1,3	- 9,3	+ 9,2	- 1,6
Konsumausgaben insgesamt								+ 0,0	- 0,5	- 3,2	- 7,8	+ 8,4	- 3,3
Private Haushalte ²⁾								- 0,4	- 0,4	- 4,7	-11,2	+12,0	- 5,2
Staat								+ 1,2	- 0,7	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 1,6
Bruttoinvestitionen ³⁾								- 4,8	- 5,9	+ 5,2	-10,6	+ 3,4	+ 7,8
Bruttoanlageinvestitionen								- 1,2	- 2,1	- 0,5	- 7,5	+ 6,9	+ 0,4
Ausrüstungen und Waffensysteme								- 5,1	- 6,6	+ 0,6	-11,4	+ 8,0	+ 2,8
Bauten								+ 0,7	+ 0,2	- 2,2	- 7,6	+ 9,5	- 1,2
Sonstige Anlagen ⁴⁾								+ 1,2	- 0,2	+ 1,5	- 1,7	+ 0,7	+ 0,4
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen													
Herstellung von Waren								- 0,6	- 1,7	- 1,3	-15,3	+15,6	+ 1,7

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2021 und 2022: Prognose (Veröffentlichung im April 2021). – ¹⁾ Einschließlich statistischer Differenz. – ²⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³⁾ Einschließlich Vorratsveränderung und Nettozugang an Wertsachen. – ⁴⁾ Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte). • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2019				2020		
								III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Bruttonationaleinkommen, nominell	+ 4,9	+ 2,3	+ 4,4	+ 4,6	.	.	.	+ 3,3	+ 4,6	+ 2,3	- 6,5	- 1,5	- 0,7	
Arbeitnehmerentgelte	+ 3,9	+ 3,5	+ 5,1	+ 4,2	- 1,8	
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	+ 4,6	+ 3,2	+ 4,3	+ 1,8	- 0,9	.	.	+ 4,3	- 1,3	- 6,1	- 4,6	+ 0,4	+ 5,8	
Gesamtwirtschaftliche Produktivität														
BIP real pro Kopf (Erwerbstätige)	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,1	- 4,9	.	.	+ 0,7	- 0,7	- 3,8	- 9,4	- 2,4	- 4,1	
BIP nominell	Mrd. €	357,61	369,34	385,36	397,58	375,56	.	.	98,97	103,68	93,67	86,82	96,34	98,73
Pro Kopf (Bevölkerung)	in €	40.917	41.994	43.604	44.784	42.108	.	.	11.143	11.654	10.518	9.742	10.795	11.052
Arbeitsvolumen Gesamtwirtschaft ¹⁾	+ 2,1	+ 1,0	+ 2,0	+ 1,7	- 8,8	.	.	+ 1,2	+ 1,9	- 5,2	-16,1	- 3,5	-10,2	
Stundenproduktivität Gesamtwirtschaft ²⁾	- 0,1	+ 1,4	+ 0,6	- 0,2	+ 2,4	.	.	+ 0,5	- 1,4	+ 1,7	+ 3,1	- 0,2	+ 5,0	

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2021 und 2022: Prognose (Veröffentlichung im April 2021). – ¹⁾ Von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden. – ²⁾ Produktion je geleistete Arbeitsstunde. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

2.2 Konjunkturklima

Übersicht 10: WIFO-Konjunkturklimaindex

	2019		2020				2020				2021	
	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	
Konjunkturklimaindex Gesamtwirtschaft	+ 7,9	+ 7,7	-27,2	-11,8	-11,9	- 9,4	- 9,6	-15,0	-11,1	-11,6	-11,0	
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	+ 8,7	+10,9	-31,7	-14,9	-12,1	- 9,2	- 9,3	-13,1	-13,9	-14,3	-14,0	
Index der unternehmerischen Erwartungen	+ 7,2	+ 4,5	-22,6	- 8,7	-11,7	- 9,6	- 9,9	-16,8	- 8,4	- 8,8	- 7,9	
Konjunkturklimaindex Wirtschaftsbereiche												
Sachgütererzeugung	- 2,2	- 1,9	-30,0	-17,1	-10,6	-15,8	-10,8	-14,5	- 6,5	- 7,9	- 8,2	
Bauwirtschaft	+19,6	+24,0	- 6,9	+ 6,9	+ 8,5	+11,0	+ 8,1	+ 4,8	+12,7	+11,4	+14,0	
Dienstleistungen	+12,4	+10,6	-29,4	-12,2	-16,9	- 9,5	-12,4	-19,3	-18,9	-18,6	-17,8	

Q: WIFO-Konjunkturtest; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. <https://konjunktur.wifo.ac.at/>. WIFO-Konjunkturklimaindex: Werte zwischen -100 (pessimistisches Konjunkturklima) und +100 (optimistisches Konjunkturklima). • Rückfragen: birgit.agnezy@wifo.ac.at, alexandros.charos@wifo.ac.at

2.3 Tourismus

Übersicht 11: **Tourismusentwicklung in der laufenden Saison**

	Wintersaison 2019/20				November bis Dezember 2020			
	Umsätze im Gesamtreiseverkehr	Insgesamt	Übernachtungen Aus dem Inland	Aus dem Ausland	Umsätze im Gesamtreiseverkehr ²⁾	Insgesamt	Übernachtungen ¹⁾ Aus dem Inland	Aus dem Ausland
	Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Österreich	- 14,5	- 18,1	- 21,8	- 17,1	- 90,3	- 89,4	- 72,9	- 95,6
Wien	- 24,9	- 27,6	- 27,8	- 27,6	- 95,1	- 94,6	- 83,3	- 97,0
Niederösterreich	- 22,7	- 25,9	- 25,3	- 27,1	- 66,3	- 63,0	- 55,2	- 78,5
Burgenland	- 27,2	- 29,8	- 28,2	- 39,0	- 80,3	- 78,4	- 78,5	- 77,5
Steiermark	- 13,0	- 16,9	- 20,2	- 11,5	- 82,1	- 80,4	- 75,6	- 88,6
Kärnten	- 10,7	- 14,3	- 16,9	- 12,7	- 81,2	- 79,4	- 63,0	- 92,1
Oberösterreich	- 19,3	- 24,0	- 23,0	- 25,6	- 76,4	- 74,0	- 69,4	- 81,8
Salzburg	- 11,2	- 14,1	- 18,1	- 13,1	- 94,3	- 93,8	- 82,4	- 97,5
Tirol	- 12,3	- 16,6	- 21,1	- 16,3	- 95,6	- 95,2	- 73,7	- 97,2
Vorarlberg	- 14,5	- 18,6	- 24,0	- 18,1	- 94,4	- 93,9	- 68,6	- 96,9

Q: OeNB; Statistik Austria; WIFO-Berechnungen; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Unbereinigte Werte. Wintersaison: 1. November bis 30. April des Folgejahres, Sommersaison: 1. Mai bis 31. Oktober. Umsätze einschließlich des internationalen Personentransportes. – 1) Dezember 2020: Hochrechnung. – 2) Schätzung. • Rückfragen: sabine.ehn-fragner@wifo.ac.at, susanne.markytan@wifo.ac.at

2.4 Außenhandel

Übersicht 12: **Warenexporte und Warenimporte**

	2019		2020		2017	2018	2019	2020					
	Mrd. €	Anteile in %	Jänner bis Dezember	Jänner bis Dezember				Jänner bis Dezember	August	September	Oktober	November	Dezember
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Warenexporte insgesamt	153,5	141,9	100,0	100,0	+ 8,2	+ 5,7	+ 2,3	- 7,5	- 7,4	- 1,0	- 10,7	+ 2,4	+ 1,8
Intra-EU 27 (ab 2020)	102,4	95,7	66,7	67,5	+ 9,3	+ 5,9	+ 1,7	- 6,5	- 4,6	- 0,8	- 7,6	+ 4,2	+ 3,9
Deutschland	45,0	43,3	29,3	30,5	+ 7,0	+ 5,5	- 0,4	- 3,8	- 4,9	+ 2,0	- 2,5	+ 7,3	+ 8,7
Italien	9,8	8,8	6,4	6,2	+ 8,7	+ 7,2	- 0,1	- 9,3	- 4,2	- 3,6	- 9,6	+ 8,5	+ 0,8
Frankreich	6,7	6,1	4,4	4,3	+31,5	- 8,5	+ 4,8	- 9,0	- 2,7	-10,6	-32,5	- 3,4	- 7,2
EU-Länder seit 2004	27,9	25,8	18,2	18,2	+ 8,8	+ 7,8	+ 2,7	- 7,4	- 0,1	- 0,1	- 8,3	- 0,0	+ 2,7
5 EU-Länder ¹⁾	22,5	20,9	14,7	14,7	+ 9,4	+ 7,5	+ 3,1	- 7,2	- 0,1	+ 0,2	- 8,5	- 0,3	+ 3,2
Tschechien	5,4	5,0	3,5	3,5	+10,0	+ 7,6	- 4,6	- 7,7	+ 0,3	- 1,6	- 2,2	- 0,0	- 1,5
Ungarn	5,6	4,9	3,6	3,5	+10,1	+ 6,1	+ 9,3	-12,4	- 6,5	- 7,7	-12,1	- 2,9	- 3,9
Polen	5,2	5,3	3,4	3,8	+11,0	+ 9,8	+ 8,1	+ 3,2	+16,6	+18,5	- 7,5	+ 3,5	+21,5
Extra-EU 27 (ab 2020)	51,1	46,2	33,3	32,5	+ 6,2	+ 5,5	+ 3,5	- 9,5	-12,6	- 1,5	-16,3	- 1,1	- 2,0
Schweiz	7,3	7,5	4,7	5,3	- 2,3	+ 0,2	+ 3,6	+ 3,0	-26,4	+12,0	+ 1,7	+11,3	- 1,9
Vereinigtes Königreich	4,5	4,1	2,9	2,9	- 4,8	+ 7,5	+ 7,1	- 9,7	- 8,6	- 3,1	- 0,1	+28,4	+20,7
Westbalkanländer	1,5	1,4	1,0	1,0	+ 7,7	+ 2,9	+12,8	-10,4	-14,3	+ 3,4	- 4,4	- 9,3	+ 1,4
GUS-Europa	2,6	2,3	1,7	1,6	+15,9	- 3,6	+11,5	-11,6	-18,0	-11,3	-49,5	-11,8	-11,7
Russland	2,4	2,1	1,5	1,5	+16,1	- 3,7	+12,3	-10,3	-16,0	- 9,0	-50,7	-11,3	-12,5
Industrielländer in Übersee	17,4	15,3	11,3	10,8	+13,4	+ 9,0	+ 0,4	-11,8	- 9,3	- 1,3	-25,3	+ 2,7	+ 1,4
USA	10,2	9,3	6,7	6,6	+10,7	+ 9,7	- 3,4	- 9,2	- 9,1	+ 1,2	- 5,4	+ 5,4	+ 0,4
China	4,5	3,9	2,9	2,8	+11,7	+ 9,6	+10,0	-11,9	- 5,6	- 5,2	+ 0,0	-14,7	-16,0
Japan	1,6	1,5	1,1	1,1	+ 3,7	+10,7	+ 5,5	- 5,6	+ 0,9	-25,6	- 3,7	+31,0	+ 1,8
Agrarwaren	11,6	12,0	7,6	8,5	+ 6,6	+ 3,7	+ 6,7	+ 3,3	- 3,5	+ 8,0	+ 1,0	+ 5,2	+ 8,1
Roh- und Brennstoffe	8,3	7,1	5,4	5,0	+14,5	+12,2	+ 2,0	-14,8	-11,5	- 9,0	-12,5	- 5,0	- 9,3
Industriewaren	133,5	122,8	87,0	86,5	+ 8,0	+ 5,5	+ 1,9	- 8,0	- 7,5	- 1,3	-11,5	+ 2,6	+ 1,9
Chemische Erzeugnisse	21,6	21,6	14,1	15,3	+11,9	+ 0,3	+ 8,4	+ 0,4	-19,5	+ 3,8	-21,2	+ 3,2	+ 6,0
Bearbeitete Waren	31,9	28,7	20,8	20,2	+ 9,8	+ 6,5	- 3,2	- 9,9	-10,7	- 2,6	-10,5	+ 3,2	+ 5,0
Maschinen, Fahrzeuge	61,8	54,3	40,2	38,2	+ 7,8	+ 6,2	+ 2,5	-12,1	- 4,6	- 1,8	-10,6	+ 2,2	- 1,0
Konsumnahe Fertigwaren	17,3	16,1	11,3	11,3	+ 3,2	+ 7,2	+ 1,8	- 7,1	- 0,2	- 5,7	- 6,5	+ 1,8	+ 0,3
Warenimporte insgesamt	157,8	144,2	100,0	100,0	+ 8,8	+ 5,8	+ 1,1	- 8,6	- 5,5	- 3,0	- 5,9	+ 0,9	+ 1,7
Intra-EU 27 (ab 2020)	107,8	98,6	68,3	68,4	+ 8,3	+ 5,3	+ 0,3	- 8,6	- 6,4	- 1,6	- 6,8	+ 1,1	+ 1,7
Deutschland	55,2	50,5	35,0	35,0	+ 7,9	+ 2,7	- 1,1	- 8,6	- 7,1	- 1,1	- 7,9	+ 0,7	+ 0,0
Italien	10,4	9,1	6,6	6,3	+ 8,3	+ 9,5	+ 4,1	-12,1	- 5,4	- 5,6	-12,6	- 5,0	- 7,7
Frankreich	4,2	3,7	2,7	2,6	+ 8,2	+ 8,4	- 1,4	-12,0	- 5,2	- 0,3	- 6,2	+ 0,8	- 1,1
EU-Länder seit 2004	24,1	22,5	15,3	15,6	+ 9,5	+ 8,8	+ 1,2	- 6,9	- 5,1	- 2,6	- 3,6	+ 5,6	+ 8,8
5 EU-Länder ¹⁾	21,1	19,2	13,4	13,3	+ 9,4	+ 9,2	+ 1,1	- 8,8	- 8,1	- 4,8	- 6,7	+ 3,7	+ 7,5
Tschechien	6,6	6,0	4,2	4,2	+ 8,3	+ 6,9	- 2,4	- 9,6	-11,2	-10,8	-11,7	+ 0,6	+10,7
Ungarn	4,3	3,9	2,7	2,7	+12,4	+ 5,9	+ 2,5	-10,3	- 9,2	+ 6,9	- 3,1	+ 3,3	+ 2,5
Polen	4,7	4,5	3,0	3,1	+14,1	+10,3	+11,0	- 3,4	- 5,7	+ 1,3	+10,0	+33,2	+21,8
Extra-EU 27 (ab 2020)	50,0	45,6	31,7	31,6	+ 9,7	+ 6,9	+ 2,8	- 8,8	- 3,5	- 6,0	- 3,8	+ 0,5	+ 1,7
Schweiz	6,1	7,6	3,8	5,3	+ 7,4	-10,8	-10,8	+25,5	+43,2	+ 2,8	+49,4	- 3,4	+11,5
Vereinigtes Königreich	2,8	2,2	1,8	1,5	- 8,5	+16,3	- 1,3	-24,0	-24,0	- 9,0	-20,6	+ 0,1	- 4,4
Westbalkanländer	1,4	1,3	0,9	0,9	+14,5	+ 9,2	+16,0	-10,6	- 1,2	- 6,4	-14,5	- 7,5	- 5,1
GUS-Europa	2,8	2,3	1,8	1,6	+12,5	+19,0	-15,9	-20,7	-35,5	-15,4	+ 4,2	- 9,7	-28,4
Russland	2,8	2,2	1,8	1,5	+12,3	+19,0	-16,1	-21,4	-36,6	-16,5	+ 5,5	-10,9	-28,3
Industrielländer in Übersee	11,0	8,9	7,0	6,2	+14,1	+ 1,3	+10,6	-19,2	- 2,9	-11,9	-14,1	+18,4	+18,3
USA	7,1	5,3	4,5	3,7	+16,2	+ 2,9	+18,5	-25,7	- 3,5	-18,9	-15,8	+31,8	+11,6
China	9,8	10,1	6,2	7,0	+ 6,7	+ 7,1	+ 7,9	+ 3,2	- 1,6	+ 0,6	- 4,3	+11,8	+12,3
Japan	2,2	2,0	1,4	1,4	+ 8,9	+ 4,2	+ 0,2	- 8,8	+ 0,4	-10,9	-12,6	- 9,5	+ 7,6
Agrarwaren	11,7	11,6	7,4	8,1	+ 5,0	+ 1,2	+ 4,7	- 0,4	+ 0,8	+ 4,7	- 7,5	- 3,8	- 5,0
Roh- und Brennstoffe	18,4	14,1	11,6	9,8	+16,6	+15,3	- 4,0	-23,2	-26,5	-23,5	-18,5	-17,5	-16,5
Industriewaren	127,8	118,5	81,0	82,1	+ 8,1	+ 4,9	+ 1,6	- 7,3	- 2,7	- 0,8	- 4,1	+ 3,9	+ 5,3
Chemische Erzeugnisse	21,8	20,9	13,8	14,5	+ 8,7	+ 4,5	+ 3,1	- 4,4	+ 5,3	- 9,4	+ 1,2	+10,2	+ 4,7
Bearbeitete Waren	24,4	22,9	15,5	15,9	+10,3	+ 6,9	- 2,2	- 6,2	- 5,5	- 0,7	- 6,6	+ 0,6	+ 7,3
Maschinen, Fahrzeuge	56,8	50,3	36,0	34,9	+ 8,4	+ 4,4	+ 3,7	-11,4	- 6,9	- 0,7	- 7,8	+ 5,4	+ 6,2
Konsumnahe Fertigwaren	23,7	21,8	15,0	15,1	+ 4,3	+ 4,6	+ 3,1	- 8,0	- 5,8	- 0,9	- 7,4	- 1,2	- 3,2

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Monatsdaten für das aktuelle Jahr werden laufend revidiert. – 1) Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. • Rückfragen: irene.langer@wifo.ac.at

2.5 Landwirtschaft

Übersicht 13: Markt- und Preisentwicklung von Agrarprodukten

	2017	2018	2019	2020	2020				2020							
					IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber			
	1.000 t				Veränderung gegen das Vorjahr in %											
Marktentwicklung																
Milchanlieferung ¹⁾	3.313	3.391	3.378	3.384	+ 0,8	+ 3,1	- 0,2	- 0,5	- 1,7	- 0,4	- 1,7	- 1,5	- 1,8			
Marktleistung Getreide insgesamt ²⁾	2.459	2.493	2.691	2.822			
BEE ³⁾ Rindfleisch	213	218	215	205	+ 1,2	+ 1,9	- 4,2	- 6,6	- 9,8	- 6,2	- 11,8	- 7,8	- 9,5			
BEE ³⁾ Kalbfleisch	7	7	7	7	- 5,5	- 0,6	- 7,5	- 14,4	- 4,4	- 23,2	- 4,6	+ 7,7	- 12,9			
BEE ³⁾ Schweinefleisch	467	468	468	474	- 2,5	+ 1,3	- 1,8	+ 3,1	+ 2,4	+ 5,3	- 8,2	+ 10,3	+ 6,3			
Geflügelschlachtungen ⁴⁾	108	110	116	125	+ 7,4	+ 6,6	+ 8,5	+ 13,6	+ 4,3	+ 13,3	+ 2,7	+ 7,4	+ 3,2			
Erzeugerpreise (ohne Umsatzsteuer)																
	€ je t				Veränderung gegen das Vorjahr in %											
Milch (4% Fett, 3,3% Eiweiß)	364	352	349	356	- 4,9	- 2,9	- 2,3	+ 3,9	+ 9,3	+ 6,9	+ 7,9	+ 8,9	+ 11,1			
Qualitätsweizen ⁵⁾	156	159	166	159	- 3,4	- 10,4	- 2,5	- 3,7	+ 3,1	- 7,0	+ 1,3	+ 2,2	+ 5,8			
Körnermais ⁶⁾	144	149	143	141	- 6,6	- 9,3	- 1,0	+ 7,6	- 0,1	+ 13,2	- 13,1	+ 9,0	+ 4,4			
Jungstiere (Handelsklasse R3) ⁶⁾⁷⁾	3.861	3.868	3.703	3.650	- 4,0	- 3,3	- 2,7	- 0,5	+ 0,7	- 0,3	+ 0,0	+ 1,1	+ 1,0			
Schweine (Handelsklasse E) ⁶⁾	1.668	1.487	1.757	1.678	+ 37,6	+ 35,3	- 2,6	- 14,3	- 26,2	- 15,9	- 19,0	- 25,9	- 33,0			
Masthühner bratfertig, lose ⁸⁾	2.082	2.731	2.665	2.385	- 13,5	- 18,8	- 10,3	- 3,9	- 7,5	- 7,0	- 4,8	- 7,8	- 9,9			

Q: Agrarmarkt Austria; Statistik Austria; Bundesanstalt für Agrarwirtschaft; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Milchlieferung an die Be- und Verarbeitungsbetriebe. – ²⁾ Wirtschaftsjahre, Summe der Marktleistung von Juli bis Juni des nächsten Jahres, Körnermais von Oktober bis September (Wirtschaftsjahr 2019/20 = Jahr 2019). – ³⁾ Bruttoeigenerzeugung (BEE) von Fleisch: untersuchte Schlachtungen in Österreich einschließlich Exporte und abzüglich Importe von lebenden Tieren. – ⁴⁾ Schlachtungen von Brat-, Back- und Suppenhühnern in Betrieben mit mindestens 5.000 Schlachtungen im Vorjahr. – ⁵⁾ Preise der ersten Handelsstufe: für das laufende Wirtschaftsjahr Mischpreise aus A-Konto-Zahlungen und zum Teil endgültigen Preisen. – ⁶⁾ € je t Schlachtgewicht. – ⁷⁾ Preis frei Rampe Schlachthof, gemäß Viehmeldeverordnung. – ⁸⁾ Verkaufspreis frei Filiale. • Rückfragen: dietmar.weinberger@wifo.ac.at

2.6 Herstellung von Waren

Übersicht 14: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage

	2018	2019	2020	2020				2020					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Produktionsindex (arbeitsstagsbereinigt)													
Insgesamt	+ 4,2	+ 0,2	- 7,6	- 6,2	- 18,4	- 4,3	- 1,3	- 5,2	- 4,5	- 3,4	- 0,1	- 0,3	- 3,9
Vorleistungen	+ 0,5	- 4,2	+ 1,4	- 6,4	- 10,2	- 3,3	+ 1,4	- 6,7	- 2,2	- 3,3	+ 0,3	+ 3,1	+ 1,4
Investitionsgüter	+ 4,6	- 5,6	- 4,6	- 22,3	- 16,0	- 4,3	- 4,6	- 7,1	- 11,4	- 4,3	- 3,2	- 3,5	- 4,6
Kfz	+ 10,1	+ 5,1	- 16,1	- 12,4	- 46,9	- 8,9	+ 5,9	- 6,7	- 19,9	- 3,6	+ 4,5	+ 10,3	+ 2,2
Konsumgüter	+ 1,7	- 2,1	- 9,8	- 1,8	- 3,6	+ 1,6	- 9,8	+ 0,2	+ 0,8	+ 1,6	+ 0,7	+ 0,5	- 9,8
Langlebige Konsumgüter	+ 12,7	- 14,2	+ 2,0	- 10,9	- 5,8	+ 11,9	+ 2,0	+ 5,5	+ 14,6	+ 11,9	+ 7,3	+ 19,0	+ 2,0
Kurzlebige Konsumgüter	- 1,1	+ 1,5	- 12,8	+ 0,4	- 3,2	- 1,6	- 12,8	- 1,2	- 1,8	- 1,6	- 0,5	- 4,3	- 12,8
Arbeitsmarkt													
Beschäftigte	+ 2,8	+ 1,0	.	- 0,4	- 1,2	- 1,3	.	- 1,8	- 1,3	- 1,3	- 1,5	- 1,7	.
Geleistete Stunden	+ 2,6	- 0,1	.	- 2,6	- 13,4	- 4,6	.	- 6,4	- 4,2	- 3,2	- 8,5	- 0,9	.
Produktion pro Kopf (Beschäftigte)	- 0,3	- 5,8	.	- 11,7	- 10,5	- 2,1	.	- 3,5	- 3,2	- 2,1	+ 1,4	+ 1,5	.
Produktion (unbereinigt) je geleistete Stunde	- 0,9	- 2,9	.	- 6,4	+ 8,8	+ 5,2	.	+ 1,0	- 0,4	+ 3,6	+ 2,3	+ 3,4	.
Aufträge													
Auftragseingänge	+ 7,1	- 2,1	.	- 9,1	- 22,3	- 3,2	.	- 11,2	- 1,3	+ 3,4	- 1,9	+ 9,0	.
Inland	- 0,2	- 0,9	.	- 4,8	- 17,2	- 1,4	.	- 8,3	- 2,9	+ 7,4	- 4,5	+ 0,2	.
Ausland	+ 9,4	- 2,5	.	- 10,4	- 23,8	- 3,8	.	- 12,0	- 0,8	+ 2,2	- 1,2	+ 11,8	.
Auftragsbestand	+ 7,7	- 1,5	.	- 3,4	- 2,7	- 0,7	.	- 3,3	- 1,8	- 0,7	- 0,3	+ 0,9	.
Inland	- 1,5	+ 6,7	.	+ 8,8	+ 7,1	+ 6,2	.	+ 6,1	+ 4,5	+ 6,2	+ 6,5	+ 5,3	.
Ausland	+ 9,7	- 3,2	.	- 5,9	- 4,8	- 2,2	.	- 5,3	- 3,2	- 2,2	- 1,8	- 0,1	.

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2020: vorläufig. • Rückfragen: anna.strauss-kollin@wifo.ac.at

Übersicht 15: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung

	2019		2020				2020				2021	
	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	
Konjunkturklimaindex Sachgütererzeugung												
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	- 2,2	- 1,9	- 30,0	- 17,1	- 10,6	- 15,8	- 10,8	- 14,5	- 6,5	- 7,9	- 8,2	
Index der unternehmerischen Erwartungen	- 2,1	+ 0,1	- 29,6	- 21,1	- 9,9	- 17,7	- 10,2	- 11,6	- 7,9	- 8,2	- 10,2	
	- 2,4	- 4,0	- 30,4	- 13,2	- 11,3	- 13,9	- 11,4	- 17,3	- 5,0	- 7,6	- 6,3	
In % der Unternehmen (saisonbereinigt)												
Auftragsbestände zumindest ausreichend	70,4	71,4	47,1	52,3	57,6	53,4	57,8	57,3	57,9	58,7	58,2	
Auslandsauftragsbestände zumindest ausreichend	64,3	64,1	43,0	46,3	53,7	46,2	52,2	53,2	55,6	53,2	52,8	
Salden aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten (saisonbereinigt)												
Fertigwarenlager zur Zeit	+ 11,4	+ 7,8	+ 11,5	+ 10,3	+ 7,3	+ 9,9	+ 8,1	+ 9,8	+ 3,9	+ 5,4	+ 6,3	
Produktion in den nächsten 3 Monaten	+ 2,7	- 0,4	- 27,0	- 3,7	- 7,3	- 6,7	- 7,2	- 14,5	- 0,2	- 4,4	+ 1,4	
Geschäftslage in den nächsten 6 Monaten	- 4,8	- 4,7	- 39,6	- 20,3	- 17,4	- 21,4	- 15,5	- 24,0	- 12,8	- 9,7	- 14,1	
Verkaufspreise in den nächsten 3 Monaten	+ 2,6	+ 3,4	- 9,0	- 4,4	- 1,7	- 3,3	- 2,8	- 3,3	+ 1,1	+ 3,0	+ 8,1	

Q: WIFO-Konjunkturtest; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Werte zwischen -100 (pessimistisches Konjunkturklima) und +100 (optimistisches Konjunkturklima). • Rückfragen: birgit.agnezy@wifo.ac.at, alexandros.charos@wifo.ac.at

2.7 Bauwirtschaft

Übersicht 16: Bauwesen

	2018	2019	2020	2020				2020				2021	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Konjunkturdaten¹⁾													
Produktion ²⁾													
Bauwesen insgesamt	+ 6,3	+ 7,3	.	+ 2,4	- 10,6	- 1,5	.	+ 2,1	- 6,2	+ 4,7	.	.	.
Hochbau	+ 9,1	+ 9,6	.	- 1,9	- 10,0	- 4,8	.	- 4,5	- 8,9	+ 0,5	.	.	.
Tiefbau	- 3,7	+ 5,9	.	+ 2,4	- 8,9	- 0,1	.	+ 5,0	- 4,5	+ 13,2	.	.	.
Baunebengewerbe ³⁾	+ 7,7	+ 6,2	.	+ 5,1	- 11,6	+ 0,3	.	+ 5,7	- 4,9	+ 5,2	.	.	.
Auftragsbestände	+ 16,3	+ 4,8	.	- 2,6	- 3,0	+ 1,0	.	+ 0,9	+ 3,5	+ 4,4	.	.	.
Auftragseingänge	+ 11,4	- 1,7	.	+ 0,3	- 5,3	+ 0,9	.	- 3,9	+ 2,8	+ 7,6	.	.	.
Arbeitsmarkt													
Unselbständig aktiv Beschäftigte	+ 3,4	+ 3,8	- 0,1	- 1,0	- 2,7	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,0	+ 2,2	+ 2,1	+ 0,4	+ 2,3
Arbeitslose	- 9,8	- 8,6	+ 29,9	+ 14,3	+ 87,2	+ 39,3	+ 18,8	+ 34,1	+ 30,1	+ 31,1	+ 11,1	+ 13,9	.
Offene Stellen	+ 48,0	+ 10,5	+ 2,2	+ 6,0	+ 0,1	- 0,7	+ 4,9	+ 1,5	+ 5,6	+ 8,1	- 0,6	- 16,5	.
Baupreisindex													
Hoch- und Tiefbau	+ 2,8	+ 3,1	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,5
Hochbau	+ 3,8	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,3	+ 3,2
Wohnhaus-, Siedlungsbau	+ 3,7	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,1
Sonstiger Hochbau	+ 3,9	+ 3,4	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,2
Tiefbau	+ 1,5	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,8

Q: Statistik Austria; Arbeitsmarktservice Österreich; Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit). 2020: vorläufig. – 2) Abgesetzte Produktion nach Aktivitätsansatz. – 3) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe. • Rückfragen: michael.weingaertler@wifo.ac.at

2.8 Binnenhandel

Übersicht 17: Umsätze und Beschäftigung

	2018	2019	2020	2020				2020				2020	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Nettoumsätze nominell	+ 3,7	+ 1,2	- 5,3	- 4,1	- 12,5	- 1,0	- 3,4	- 1,9	- 3,7	+ 2,3	- 3,7	- 4,8	- 1,5
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 2,1	+ 0,6	- 10,7	- 16,4	- 24,5	+ 0,6	- 1,3	- 1,2	- 5,2	+ 8,3	- 1,5	- 2,7	+ 0,6
Großhandel	+ 4,9	+ 0,9	- 7,0	- 2,6	- 14,5	- 4,8	- 5,8	- 6,2	- 6,6	- 1,7	- 9,2	- 3,8	- 4,1
Einzelhandel	+ 2,4	+ 2,1	+ 0,1	- 0,8	- 2,9	+ 4,8	- 0,5	+ 5,8	+ 1,6	+ 6,9	+ 5,1	- 7,8	+ 1,0
Nettoumsätze real ¹⁾	+ 1,3	+ 0,6	- 4,8	- 4,1	- 11,2	- 0,5	- 3,2	- 1,2	- 3,2	+ 3,0	- 3,4	- 4,7	- 1,6
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 0,7	- 1,2	- 12,5	- 18,2	- 26,0	- 1,3	- 3,1	- 3,2	- 7,0	+ 6,4	- 3,4	- 4,4	- 1,2
Großhandel	+ 2,1	+ 0,6	- 5,3	- 1,4	- 11,6	- 2,8	- 5,0	- 4,0	- 4,9	+ 0,3	- 8,0	- 3,0	- 3,6
Einzelhandel	+ 0,3	+ 1,2	- 0,2	- 1,9	- 2,9	+ 4,3	- 0,5	+ 4,6	+ 1,4	+ 6,8	+ 5,0	- 7,9	+ 1,2
Beschäftigte ²⁾	+ 1,3	+ 0,2	- 1,7	- 1,1	- 3,3	- 0,9	- 1,4	- 1,4	- 0,8	- 0,7	- 0,7	- 1,6	- 1,8
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 2,2	+ 0,9	- 1,8	- 1,1	- 3,4	- 1,0	- 1,7	- 1,3	- 0,8	- 1,0	- 1,6	- 1,7	- 1,9
Großhandel	+ 2,0	+ 0,9	- 1,5	- 0,4	- 2,7	- 1,3	- 1,7	- 1,6	- 1,0	- 1,2	- 1,2	- 2,0	- 1,8
Einzelhandel	+ 0,8	- 0,4	- 1,8	- 1,6	- 3,6	- 0,7	- 1,1	- 1,2	- 0,5	- 0,3	- 0,2	- 1,4	- 1,9

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. ÖNACE 2008, 2015 = 100. – 1) Die Preisbereinigung der nominellen Umsatzindizes erfolgt mit den Messzahlen jener Waren des Großhandelspreisindex und des Verbraucherpreisindex, die den einzelnen Gliederungsbereichen entsprechen. – 2) Unselbständige und selbständige Beschäftigungsverhältnisse. • Rückfragen: marfina.einsiedl@wifo.ac.at

2.9 Private Haushalte

Übersicht 18: Privater Konsum, Sparquote, Konsumklima

	2018	2019	2020	2020				2020				2021	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)													
Privater Konsum	+ 1,1	+ 0,8	- 9,6	- 5,0	- 16,1	- 6,0	- 11,0
In % des persönlichen verfügbaren Einkommens													
Sparquote ¹⁾	7,8	8,2	.	8,3	10,0	11,5
Saldo aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten (saisonbereinigt)													
Konsumklimaindikator	+ 0,9	- 2,7	- 10,1	- 4,4	- 13,6	- 9,2	- 13,1	- 7,1	- 11,7	- 15,7	- 11,8	- 12,9	- 11,4
Finanzielle Situation in den letzten 12 Monaten	- 1,2	+ 1,9	- 2,3	+ 4,1	- 1,3	- 5,7	- 6,2	- 3,0	- 4,6	- 6,1	- 7,8	- 9,3	- 7,5
Finanzielle Situation in den nächsten 12 Monaten	+ 3,4	+ 6,2	+ 0,4	+ 5,9	- 3,5	+ 1,5	- 2,2	+ 2,1	- 0,8	- 4,6	- 1,2	+ 0,1	- 1,9
Allgemeine Wirtschaftslage in den nächsten 12 Monaten	+ 13,0	- 4,9	- 22,2	- 12,8	- 29,3	- 16,7	- 30,0	- 13,1	- 31,3	- 34,8	- 23,8	- 28,5	- 23,4
Größere Anschaffungen in den nächsten 12 Monaten	- 11,5	- 14,0	- 16,3	- 15,0	- 20,5	- 15,8	- 14,0	- 14,4	- 10,2	- 17,3	- 14,5	- 13,8	- 12,8

Q: Statistik Austria; Europäische Kommission; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Gleitende Summen über jeweils vier Quartale ("rolling years" bzw. "gleitende Jahre"). • Rückfragen: marfina.einsiedl@wifo.ac.at

2.10 Verkehr

Übersicht 19: Güter- und Personenverkehr

	2018	2019	2020	2020				2020				2021	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Güterverkehr													
Verkehrsleistung													
Straße	+ 1,1	+ 1,7	.	+ 0,1	- 7,2	+ 4,3
Schiene	- 1,9	- 0,4	.	+ 1,7	- 21,0	- 7,2
Luffahrt ¹⁾	+ 4,6	- 4,6	- 26,6	- 7,1	- 38,3	- 34,1	- 25,9	- 30,7	- 30,0	- 27,1	- 19,9	- 13,0	.
Binnenschifffahrt	- 28,4	+ 20,7	.	- 18,2	- 5,6	- 15,8	.	- 7,0
Lkw-Fahrleistung ²⁾	+ 5,6	+ 0,9	- 4,6	- 1,5	- 15,3	- 2,5	+ 1,3	+ 2,6	- 4,3	+ 4,5	+ 5,1	- 8,2	+ 2,2
Neuzulassungen Lkw ³⁾	+ 10,6	+ 1,5	- 17,1	- 27,0	- 37,7	+ 6,6	+ 4,0	+ 34,4	- 4,0	+ 16,6	+ 0,9	- 7,2	+ 3,6
Personenverkehr													
Straße (Pkw-Neuzulassungen)	- 3,5	- 3,4	- 24,5	- 32,4	- 38,9	- 17,6	- 4,2	+ 5,3	- 3,4	- 13,8	+ 4,8	- 38,4	- 5,7
Bahn (Personenkilometer)	+ 4,7	+ 0,8
Luftverkehr (Passagiere ⁴⁾)	+ 9,7	+ 14,0	- 74,3	- 18,9	- 98,1	- 80,0	- 90,4	- 81,7	- 86,9	- 93,0	- 91,8	- 92,2	.
Arbeitsmarkt Verkehr und Lagerei													
Unselbständig aktiv Beschäftigte	+ 3,1	+ 1,6	- 3,8	- 2,1	- 4,9	- 2,8	- 5,5	- 2,5	- 4,3	- 4,8	- 7,4	- 7,6	- 7,6
Arbeitslose	- 6,8	- 1,0	+ 52,0	+ 29,7	+ 86,0	+ 53,0	+ 42,4	+ 46,1	+ 36,9	+ 45,5	+ 44,4	+ 42,6	.
Offene Stellen	+ 34,6	+ 6,0	- 31,4	- 15,0	- 39,9	- 38,6	- 30,9	- 38,8	- 29,7	- 32,7	- 30,4	- 36,9	.
Kraftstoffpreise													
Dieselmotorkraftstoff	+ 10,5	- 1,4	- 12,8	- 3,3	- 17,8	- 14,4	- 15,7	- 15,6	- 17,1	- 16,4	- 13,5	- 11,0	.
Normalbenzin	+ 7,5	- 2,0	- 12,4	+ 0,2	- 19,2	- 15,3	- 14,4	- 14,6	- 14,5	- 15,3	- 13,5	- 9,8	.

Q: Statistik Austria; BMWFV; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Aufkommen im Fracht- und Postverkehr. – ²⁾ Lkw mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von 3,5 t oder mehr im hochrangigen mautpflichtigen Straßennetz. – ³⁾ Lkw mit einer Nutzlast von 1 t oder mehr. – ⁴⁾ Ankünfte und Abflüge. • Rückfragen: michael.weingaertler@wifo.ac.at

2.11 Bankenstatistik

Übersicht 20: Zinssätze, Bankeinlagen und -kredite

	2018	2019	2020	2020				2020				2021	
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar
In %													
Geld- und Kapitalmarktzinssätze													
Basiszinssatz	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6
Taggeldsatz	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5
Dreimonatszinssatz	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5
Sekundärmarktrendite Bund													
Benchmark	0,7	0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,2
Umlaufgewichtete Durchschnittsrendite	0,3	- 0,1	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,4	- 0,5	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,4
Soll-Zinssätze der inländischen Kreditinstitute													
An private Haushalte													
Für Konsum: 1 bis 5 Jahre	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	3,9	4,3	4,1	3,9	4,5	.
Für Wohnbau: über 10 Jahre	2,3	1,9	1,5	1,6	1,6	1,5	1,5	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	.
An nichtfinanzielle Unternehmen													
Bis 1 Mio. €: bis 1 Jahr	1,7	1,7	1,7	1,6	1,8	1,6	1,6	1,6	1,7	1,6	1,6	1,6	.
Über 1 Mio. €: bis 1 Jahr	1,3	1,2	1,3	1,3	1,2	1,5	1,3	1,4	1,3	1,4	1,4	1,5	.
An private Haushalte und nicht-finanzielle Unternehmen													
In Yen	1,5	1,5	1,4	1,2	1,2	1,2	1,8	1,4	1,3	1,6	1,4	1,4	.
In Schweizer Franken	1,0	1,0	1,0	1,2	1,1	1,2	1,1	1,2	0,9	1,0	1,2	1,0	.
Haben-Zinssätze der inländischen Kreditinstitute													
Einlagen von privaten Haushalten													
Bis 1 Jahr	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2	.
Über 2 Jahre	0,6	0,5	0,5	0,7	0,5	0,5	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	.
Spareinlagen von privaten Haushalten													
Bis 1 Jahr	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,2	0,1	.
Über 2 Jahre	0,6	0,5	0,4	0,6	0,5	0,5	0,4	0,6	0,4	0,5	0,6	0,5	.
Veränderung der Endstände gegen das Vorjahr in %													
Einlagen und Kredite													
Einlagen insgesamt	+ 5,4	+ 3,7	+ 8,6	+ 3,7	+ 4,6	+ 5,6	+ 6,9	+ 8,6
Spareinlagen	- 0,0	+ 0,3	+ 20,0	+ 0,3	- 0,7	- 0,6	- 0,1	+ 20,0
Einlagen ohne Bindung	.	+ 6,4	+ 13,5	+ 6,4	+ 7,7	+ 8,8	+ 11,7	+ 13,5
Einlagen mit Bindung	.	- 1,8	- 2,2	- 1,8	- 1,7	- 1,1	- 3,1	- 2,2
Forderungen an inländische Nichtbanken	+ 4,9	+ 4,4	+ 3,8	+ 4,4	+ 4,9	+ 4,6	+ 3,9	+ 3,8

Q: OeNB; EZB; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, nathalie.fischer@wifo.ac.at

2.12 Arbeitsmarkt

Übersicht 21: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren

	2019				2020				2020				2021	
	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	
	Veränderung gegen die Vorperiode in %													
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	± 0,0	- 0,3	+ 0,7	- 1,2	- 3,1	+ 2,1	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,3	- 0,8	- 0,4	- 0,1	+ 0,1	
Arbeitslose	- 2,4	+ 3,8	- 0,6	+ 18,4	+ 33,5	- 13,7	- 4,6	- 3,4	- 2,3	+ 2,6	- 0,8	- 1,1	- 1,9	
Offene Stellen	+ 3,0	- 1,6	+ 1,0	- 7,8	- 19,6	+ 6,9	+ 2,3	+ 2,8	+ 1,6	- 2,4	- 0,6	+ 2,4	+ 4,1	
Arbeitslosenquote														
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	7,2	7,5	7,4	8,8	11,7	10,1	9,6	9,7	9,4	9,7	9,7	9,6	9,4	
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	4,5	4,4	4,3	4,6	5,6	5,6	5,6	5,5	5,4	5,5	5,8	5,7	.	

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Eurostat; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

Übersicht 22: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen

	2018	2019	2020	2020				2020				2021	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar
	In 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	3.741	3.797	3.717	3.708	3.647	3.797	3.716	3.799	3.766	3.737	3.645	3.631	3.664
Männer	2.000	2.034	1.991	1.966	1.964	2.042	1.991	2.046	2.029	2.013	1.931	1.923	1.951
Frauen	1.741	1.763	1.726	1.742	1.683	1.755	1.725	1.754	1.737	1.725	1.714	1.707	1.713
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	3.661	3.720	3.644	3.634	3.572	3.725	3.645	3.728	3.695	3.667	3.575	3.560	3.593
Männer	1.992	2.026	1.983	1.959	1.955	2.035	1.985	2.039	2.022	2.007	1.926	1.916	1.944
Frauen	1.669	1.694	1.661	1.675	1.617	1.690	1.660	1.689	1.673	1.660	1.649	1.643	1.649
Ausländische Arbeitskräfte	753	799	777	775	742	815	777	823	802	789	740	747	764
Herstellung von Waren	619	629	620	621	615	625	617	623	621	619	612	611	613
Bauwesen	261	271	271	241	275	293	275	294	293	289	244	237	254
Private Dienstleistungen	1.751	1.781	1.707	1.732	1.640	1.759	1.698	1.755	1.724	1.702	1.669	1.662	1.673
Öffentliche Dienstleistungen ²⁾	955	963	970	970	963	966	982	974	981	983	981	981	983
Arbeitslose	312	301	410	398	470	368	403	347	358	391	460	468	437
Männer	175	167	224	235	247	193	220	184	189	207	266	274	250
Frauen	137	135	186	163	223	174	183	162	170	184	194	194	187
Personen in Schulung	69	62	57	63	47	54	64	62	65	66	61	67	72
Offene Stellen	72	77	63	69	58	66	58	67	65	58	51	58	65
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	+ 86,2	+ 55,8	- 80,1	- 38,8	- 150,7	- 56,5	- 74,6	- 42,0	- 45,1	- 55,0	- 123,6	- 128,6	- 112,6
Männer	+ 50,5	+ 33,9	- 43,1	- 24,1	- 79,0	- 32,2	- 37,0	- 25,3	- 26,1	- 25,1	- 60,0	- 64,1	- 52,0
Frauen	+ 35,7	+ 22,0	- 37,1	- 14,6	- 71,7	- 24,3	- 37,5	- 16,7	- 19,0	- 29,9	- 63,7	- 64,5	- 60,6
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 88,0	+ 58,9	- 76,1	- 33,1	- 147,3	- 53,0	- 70,9	- 39,0	- 40,7	- 51,4	- 120,6	- 125,1	- 108,8
Männer	+ 50,4	+ 34,1	- 43,0	- 23,5	- 80,2	- 31,8	- 36,5	- 24,9	- 25,5	- 24,7	- 59,5	- 63,8	- 51,6
Frauen	+ 37,6	+ 24,8	- 33,1	- 9,6	- 67,1	- 21,3	- 34,4	- 14,1	- 15,2	- 26,7	- 61,1	- 61,4	- 57,2
Ausländische Arbeitskräfte	+ 54,4	+ 46,6	- 22,2	- 1,8	- 55,0	- 8,4	- 23,6	- 3,1	- 5,0	- 11,1	- 54,6	- 58,2	- 51,6
Herstellung von Waren	+ 18,6	+ 9,9	- 9,5	- 2,5	- 12,8	- 11,5	- 11,1	- 9,9	- 10,5	- 11,1	- 11,8	- 11,3	- 10,7
Bauwesen	+ 8,5	+ 9,9	- 0,3	- 2,3	- 7,5	+ 4,2	+ 4,6	+ 3,7	+ 2,8	+ 6,1	+ 4,9	+ 0,9	+ 5,8
Private Dienstleistungen	+ 43,4	+ 29,9	- 73,6	- 35,1	- 126,1	- 56,2	- 76,9	- 44,9	- 47,5	- 62,0	- 121,3	- 124,8	- 115,7
Öffentliche Dienstleistungen ²⁾	+ 16,1	+ 7,8	+ 7,1	+ 5,9	+ 0,3	+ 10,1	+ 12,0	+ 12,3	+ 14,2	+ 14,9	+ 7,0	+ 9,9	+ 11,5
Arbeitslose	- 27,9	- 10,8	+ 108,3	+ 59,3	+ 190,2	+ 93,2	+ 90,5	+ 74,8	+ 70,4	+ 91,3	+ 109,9	+ 113,0	+ 103,0
Männer	- 18,0	- 8,2	+ 57,3	+ 33,9	+ 99,4	+ 50,6	+ 45,4	+ 41,2	+ 37,3	+ 46,3	+ 52,6	+ 55,1	+ 49,5
Frauen	- 9,9	- 2,6	+ 51,0	+ 25,4	+ 90,8	+ 42,6	+ 45,1	+ 33,6	+ 33,1	+ 45,0	+ 57,3	+ 57,9	+ 53,5
Personen in Schulung	- 3,4	- 6,8	- 4,9	- 2,7	- 15,6	- 1,9	+ 0,8	- 0,4	- 0,6	- 0,1	+ 3,2	+ 1,8	+ 6,6
Offene Stellen	+ 14,7	+ 5,5	- 14,3	- 3,3	- 24,1	- 16,5	- 13,1	- 15,3	- 11,5	- 12,9	- 14,8	- 13,2	- 10,0

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ²⁾ ÖNACE 2008 Abschnitt O bis Q. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

Übersicht 23: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

	2018	2019	2020	2020				2020				2021	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Arbeitslosenquote	7,7	7,4	9,9	9,7	11,4	8,8	9,8	8,4	8,7	9,5	11,2	11,4	10,7
Männer	8,0	7,6	10,1	10,7	11,2	8,6	10,0	8,3	8,5	9,3	12,1	12,5	11,4
Frauen	7,3	7,1	9,7	8,6	11,7	9,0	9,6	8,5	8,9	9,6	10,2	10,2	9,8
Erweiterte Arbeitslosenquote ¹⁾	9,2	8,7	11,2	11,1	12,4	10,0	11,2	9,7	10,1	10,9	12,5	12,9	12,2
	In % der Arbeitslosen insgesamt												
Unter 25-jährige Arbeitslose	10,4	10,0	10,6	10,5	11,4	10,6	9,8	10,3	9,8	9,7	9,9	9,7	9,3
Langzeitbeschäftigungslose ²⁾	33,9	32,7	28,5	25,1	25,0	32,7	32,0	34,7	34,2	32,6	29,7	29,9	32,2
	Arbeitslose je offene Stelle												
Stellenandrang	4,4	3,9	6,5	5,7	8,1	5,6	7,0	5,2	5,5	6,7	9,1	8,0	6,7

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Einschließlich Personen in Schulung. – ²⁾ Geschäftsfalldauer über 365 Tage. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

2.13 Preise und Löhne

Übersicht 24: Verbraucherpreise und Großhandelspreise

	2018	2019	2020	2020				2020				2021	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Harmonisierter VPI	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,4
Verbraucherpreisindex	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,2
Ohne Saisonwaren	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,8	+ 1,2
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	+ 1,5	+ 1,0	+ 2,3	+ 1,6	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,9	- 1,1	+ 1,7
Alkoholische Getränke, Tabak	+ 3,9	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,6	+ 1,5	+ 0,8	+ 2,1	+ 1,9	+ 0,5	+ 1,5	+ 0,6
Bekleidung und Schuhe	+ 0,5	+ 0,8	- 0,1	+ 1,3	- 1,5	+ 0,5	- 0,6	- 0,5	- 0,4	- 0,2	- 1,3	+ 1,8	- 2,5
Wohnung, Wasser, Energie	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,6
Hausrat und laufende Instandhaltung	+ 2,2	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,6	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,5	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,4	- 0,5
Gesundheitspflege	+ 2,2	+ 1,1	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,1	+ 1,3	+ 1,4
Verkehr	+ 2,9	+ 0,2	- 1,7	+ 1,3	- 2,6	- 2,6	- 2,9	- 3,0	- 3,3	- 3,1	- 2,5	- 1,8	+ 0,3
Nachrichtenübermittlung	- 2,8	- 3,1	- 3,0	- 4,6	- 3,8	- 1,9	- 1,7	- 1,8	- 1,3	- 2,0	- 1,7	- 3,9	- 3,8
Freizeit und Kultur	+ 0,5	+ 1,4	+ 1,8	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,4
Erziehung und Unterricht	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,7
Restaurants und Hotels	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,2	+ 2,9	+ 3,3	+ 3,1	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,3	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,1
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,4
Großhandelspreisindex	+ 4,2	± 0,0	- 4,1	- 1,8	- 6,6	- 4,5	- 3,5	- 5,0	- 4,1	- 3,8	- 2,7	- 0,1	+ 2,2
Ohne Saisonprodukte	+ 4,3	- 0,1	- 4,3	- 1,8	- 6,8	- 4,8	- 3,7	- 5,3	- 4,3	- 4,0	- 2,8	- 0,2	+ 2,2

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauning@wifo.ac.at

Übersicht 25: Tariflöhne

	2018	2019	2020	2020				2020				2021	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Beschäftigte	+ 2,6	+ 3,1	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,6
Ohne öffentlichen Dienst	+ 2,6	+ 3,0	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,6
Arbeiter und Arbeiterinnen	+ 2,6	+ 3,1	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,6
Angestellte	+ 2,6	+ 3,1	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,6
Bedienstete													
Öffentlicher Dienst	+ 2,4	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 1,3	+ 1,4

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Die Werte für das Jahr 2018 beruhen auf dem Tariflohnindex 2006, alle übrigen Werte auf dem Tariflohnindex 2016. • Rückfragen: doris.steininger@wifo.ac.at, anna.brunner@wifo.ac.at

Übersicht 26: Effektivverdienste

	2018	2019	2020	2020				2020					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juni	Juli	August	Septem-ber	Oktober	Novem-ber
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Gesamtwirtschaft¹⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 5,0	+ 4,4	- 1,8	+ 2,5	- 6,5	- 1,5	- 0,7						
Lohn- und Gehaltssumme, netto	+ 4,5	+ 4,5	.										
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten													
Brutto	+ 2,7	+ 2,9	+ 0,6	+ 2,4	- 1,3	+ 0,5	+ 1,4						
Netto	+ 2,2	+ 2,9	.										
Netto, real ²⁾	+ 0,2	+ 1,4	.										
Herstellung von Waren³⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto ⁴⁾	+ 6,3	+ 4,1	.	+ 1,6	- 3,0	- 2,7	.	- 0,4	- 2,4	- 4,3	- 1,3	- 0,3	+ 0,3
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten ⁴⁾	+ 2,7	+ 2,5	.	+ 1,3	- 1,6	- 1,2	.	+ 0,8	- 0,6	- 3,1	+ 0,0	+ 1,2	+ 2,0
Stundenverdienste der Beschäftigten pro Kopf ⁴⁾	+ 2,9	+ 2,9	.	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,1	.	- 0,8	+ 0,9	+ 0,5	- 1,1	+ 4,6	+ 2,1
Bauwesen³⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto ⁴⁾	+ 7,3	+ 8,4	.	+ 8,0	- 1,1	+ 4,4	.	+ 5,3	+ 2,9	+ 2,4	+ 8,2	+ 2,2	+ 6,8
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten ⁴⁾	+ 2,6	+ 3,2	.	+ 5,9	- 1,2	+ 1,9	.	+ 3,3	+ 0,8	- 0,3	+ 5,6	+ 0,0	+ 3,7
Stundenverdienste der Beschäftigten pro Kopf ⁴⁾	+ 2,4	+ 3,4	.	+ 5,2	+ 2,3	+ 2,0	.	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,3	+ 3,4	+ 3,6	+ 3,9

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Lauf ESVG 2010. – ²⁾ Referenzjahr 2015. – ³⁾ Konjunkturerhebung (Primärerhebung). – ⁴⁾ Einschließlich Sonderzahlungen. • Rückfragen: doris.steininger@wifo.ac.at, anna.brunner@wifo.ac.at

2.14 Soziale Sicherheit

Übersicht 27: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	2.305	2.324	2.341	2.364	2.380	2.419	1.102	1.124	1.143	1.175	1.212	1.213
Pensionsversicherung der Unselbständigen	1.912	1.929	1.945	1.966	1.980	2.016	1.114	1.136	1.155	1.187	1.224	1.277
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und Arbeiterinnen	1.062	1.066	1.069	1.073	1.076	1.086	862	878	892	917	945	986
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	850	864	877	893	904	930	1.420	1.443	1.464	1.500	1.543	1.602
Selbständige	357	359	360	362	364	368	1.034	1.057	1.079	1.110	1.145	1.195
Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft	181	185	188	193	196	202	1.274	1.296	1.315	1.344	1.377	1.423
Sozialversicherungsanstalt der Bauern und Bäuerinnen	176	174	171	170	168	166	777	795	811	835	863	912
Neuzuerkennungen insgesamt	100	115	117	123	132	145	1.089	1.073	1.032	1.124	1.154	1.213
Pensionsversicherung der Unselbständigen	84	96	97	102	111	121	1.092	1.072	1.027	1.128	1.162	1.224
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und Arbeiterinnen	47	53	54	56	58	62	831	824	797	877	902	943
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	36	43	44	47	52	60	1.398	1.372	1.317	1.427	1.472	1.543
Selbständige	15	18	18	19	20	22	1.070	1.077	1.058	1.098	1.108	1.154
Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft	10	11	12	12	13	16	1.236	1.233	1.191	1.222	1.230	1.268
Sozialversicherungsanstalt der Bauern und Bäuerinnen	5	6	6	6	6	6	777	832	810	884	856	938

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ohne Versicherungsanstalt des österreichischen Notariats. • Rückfragen: stefan.weingaertner@wifo.ac.at

Übersicht 28: Pensionen nach Pensionsarten

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	2.311	2.305	2.324	2.341	2.364	2.396	1.078	1.102	1.124	1.143	1.175	1.212
Direktpensionen	1.803	1.801	1.822	1.841	1.867	1.902	1.196	1.222	1.244	1.265	1.298	1.338
Invaliditätspensionen ¹⁾	188	170	165	159	153	147	1.104	1.133	1.150	1.158	1.179	1.197
Alle Alterspensionen ²⁾	1.615	1.631	1.656	1.682	1.714	1.755	1.207	1.231	1.254	1.275	1.309	1.349
Normale Alterspensionen	1.504	1.534	1.569	1.603	1.639	1.680	1.162	1.194	1.219	1.242	1.276	1.317
Vorzeitige Alterspensionen	111	97	88	79	74	75	1.809	1.820	1.871	1.933	2.026	2.080
Bei langer Versicherungsdauer	5	4	3	2	2	2	1.627	1.809	2.022	2.275	2.340	2.400
Korridorpensionen	16	16	17	18	20	21	1.515	1.596	1.717	1.869	1.890	1.924
Für Langzeitversicherte ³⁾	84	67	53	39	25	21	1.880	1.875	1.915	1.990	2.224	2.345
Schwerarbeitspensionen ⁴⁾	6	7	9	11	14	18	1.759	1.829	1.932	2.004	1.658	2.135
Witwen- bzw. Witwerpensionen	460	456	455	452	449	447	688	725	738	747	742	762
Waisenpensionen	48	47	48	47	47	47	352	361	368	373	382	393
Neuzuerkennungen insgesamt	111	100	115	117	123	132	1.073	1.032	1.124	1.154	1.213	1.275
Direktpensionen	81	70	84	86	91	101	1.032	1.201	1.300	1.329	1.194	1.453
Invaliditätspensionen ¹⁾	20	15	19	17	16	17	848	1.123	1.137	1.122	1.155	1.162
Alle Alterspensionen ²⁾	61	55	65	69	75	84	1.092	1.223	1.347	1.382	1.452	1.514
Normale Alterspensionen	30	32	37	42	46	56	502	933	984	1.035	1.098	1.232
Vorzeitige Alterspensionen	31	23	28	27	29	28	1.676	1.632	1.833	1.916	2.020	2.078
Bei langer Versicherungsdauer	4	3	3	1	0	0	1.389	1.421	1.491	1.694	2.376	2.432
Korridorpensionen	6	6	7	8	9	9	1.538	1.626	1.803	1.838	1.879	1.919
Für Langzeitversicherte ³⁾	18	9	12	11	11	9	1.769	1.612	1.900	2.001	2.197	2.300
Schwerarbeitspensionen ⁴⁾	2	2	3	4	5	6	1.847	1.942	2.032	2.061	1.645	2.181
Witwen- bzw. Witwerpensionen	25	25	26	26	26	26	693	710	725	732	745	769
Waisenpensionen	5	5	5	5	5	5	282	294	297	300	286	305

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger. Ohne Versicherungsanstalt des österreichischen Notariats. – ¹⁾ Vor dem vollendeten 60. bzw. 65. Lebensjahr. – ²⁾ Einschließlich Invaliditätspensionen (Berufsunfähigkeits-, Erwerbsunfähigkeitspensionen) ab dem vollendeten 60. bzw. 65. Lebensjahr. Einschließlich Knappschaftssold. – ³⁾ Langzeitversichertenregelung ("Hacklerregelung"). – ⁴⁾ Schwerarbeitspension gemäß Allgemeinem Pensionsgesetz. • Rückfragen: stefan.weingaertner@wifo.ac.at

Übersicht 29: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung der Pension in Jahren

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Männer						Frauen					
Alle Pensionsversicherungsträger, Direktpensionen	60,8	61,3	60,9	61,1	61,5	61,3	58,6	59,2	59,1	59,2	59,4	59,5
Invaliditätspensionen	55,7	56,0	55,4	55,1	55,7	55,0	52,8	52,8	52,5	51,9	52,2	51,4
Alle Alterspensionen	63,2	63,6	63,3	63,3	63,2	63,3	59,8	60,2	60,3	60,4	60,4	60,5

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger. Alle Pensionsversicherungsträger. • Rückfragen: stefan.weingaertner@wifo.ac.at

Übersicht 30: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Ausfallhaftung des Bundes in Mio. €						In % des Pensionsaufwandes					
Pensionsversicherung der Unselbständigen	4.968,6	4.752,6	4.665,7	3.515,1	4.055,0	3.981,1	17,0	15,9	15,3	11,3	12,5	11,8
Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft	1.309,2	1.272,2	1.230,6	1.251,4	1.279,2	1.347,1	42,9	40,2	37,6	37,0	36,1	36,1
Sozialversicherungsanstalt der Bauern und Bäuerinnen	1.437,6	1.464,1	1.496,7	1.495,5	1.496,6	1.540,4	86,1	86,3	87,0	86,2	84,1	83,9

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: stefan.weingaertner@wifo.ac.at

2.15 Entwicklung in den Bundesländern

Übersicht 31: Tourismus – Übernachtungen

	2018	2019	2020	2020				2020				2021	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	+ 3,7	+ 1,9	-35,9	-12,6	-77,9	-13,7	-76,3	-10,9	-13,4	-49,0	-79,7	-93,9	-95,3
Wien	+ 6,3	+ 6,8	-73,9	-22,1	-94,5	-72,3	-91,1	-70,4	-74,7	-84,2	-93,3	-95,6	-94,9
Niederösterreich	+ 3,3	+ 3,5	-40,5	-18,5	-71,9	-19,6	-52,5	-17,6	-19,7	-36,2	-59,5	-67,9	-67,0
Burgenland	- 1,4	+ 3,1	-27,3	-19,1	-67,8	+ 9,5	-51,3	+ 6,5	+22,5	- 9,7	-76,2	-81,2	-79,7
Steiermark	+ 1,9	+ 1,7	-24,6	-11,0	-65,4	+ 4,8	-55,1	+ 5,1	+ 5,9	- 9,6	-70,7	-87,5	-91,0
Kärnten	+ 2,3	+ 0,2	-17,0	- 8,6	-59,1	+ 3,7	-54,4	+ 2,2	+14,6	- 9,2	-54,7	-89,0	-90,7
Oberösterreich	+ 5,8	+ 4,6	-36,4	-16,2	-69,6	-12,9	-58,3	-10,2	-12,6	-33,8	-68,8	-79,8	-78,0
Salzburg	+ 4,2	+ 1,6	-32,3	-10,2	-80,0	-14,3	-78,2	-10,4	- 8,8	-37,5	-81,8	-96,9	-97,7
Tirol	+ 3,6	+ 0,5	-33,5	-11,9	-82,6	-10,2	-86,4	- 7,1	- 8,7	-65,3	-85,8	-97,7	-98,5
Vorarlberg	+ 2,8	+ 0,5	-30,5	-14,4	-78,5	- 4,1	-80,2	- 0,0	- 1,7	-53,1	-81,3	-97,8	-98,6

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 32: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung

	2017	2018	2019	2019	2020				2020				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	+ 6,3	+ 6,7	+ 1,0	- 3,5	- 6,3	-21,3	- 5,6	- 7,5	- 6,8	- 8,7	- 1,8	- 6,8	+ 1,5
Wien	+ 1,5	+ 0,9	- 3,0	- 5,1	+13,3	- 0,3	+ 7,4	+ 0,3	+12,2	+ 2,1	+ 7,3	+ 3,4	+12,3
Niederösterreich	+ 7,2	+ 9,1	- 1,5	- 6,3	- 8,2	-24,5	-11,5	-10,0	-13,1	-12,5	- 9,0	-14,0	- 7,8
Burgenland	+ 7,2	+ 2,2	- 0,8	- 3,6	- 5,4	-30,7	- 7,4	-11,5	- 8,9	- 8,9	- 4,8	- 7,4	- 2,7
Steiermark	+ 7,7	+11,5	+ 4,1	- 4,3	-10,7	-26,6	-11,5	-13,9	- 9,8	-21,7	- 4,3	- 6,0	+ 1,9
Kärnten	+ 9,7	+ 9,5	- 1,7	- 9,8	- 6,9	-13,8	- 3,4	+ 1,4	- 9,1	- 1,7	+ 1,0	- 0,1	+ 7,3
Oberösterreich	+ 7,2	+ 4,9	+ 1,1	- 1,7	- 7,8	-25,1	- 3,3	- 7,7	- 5,4	- 4,5	- 0,3	- 6,7	+ 2,1
Salzburg	+ 3,3	+ 5,3	+ 3,7	- 2,6	- 1,1	-18,1	- 4,5	-10,6	- 8,7	- 6,0	+ 1,6	- 2,8	+ 6,7
Tirol	+ 6,4	+ 5,5	+ 1,9	- 0,3	- 5,8	-14,6	- 5,2	- 0,4	- 6,1	- 5,3	- 4,3	- 8,1	+ 6,6
Vorarlberg	+ 1,4	+ 4,8	+ 4,4	+ 2,7	- 6,6	-16,6	+ 2,6	- 1,5	+ 0,1	- 0,8	+ 8,0	- 8,2	- 2,7

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit). 2020: vorläufig. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 33: Abgesetzte Produktion im Bauwesen

	2017	2018	2019	2019	2020				2020				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	+ 5,5	+ 6,3	+ 7,3	+ 5,7	+ 2,4	-10,6	- 1,5	- 1,1	- 4,1	- 2,5	+ 2,1	- 6,2	+ 4,7
Wien	+ 3,1	+ 6,2	+ 8,4	+ 8,5	- 4,6	-11,0	- 4,0	- 4,4	- 3,9	- 3,7	- 4,5	-10,2	-11,3
Niederösterreich	+ 6,9	+ 6,6	+ 8,2	+ 6,0	+ 4,9	-10,9	+ 1,1	+ 2,7	- 3,4	+ 0,1	+ 6,9	- 5,5	+ 8,8
Burgenland	+16,3	- 2,4	+16,3	+29,1	+28,0	- 3,9	- 0,9	+12,7	- 1,3	- 3,2	+ 1,4	- 2,7	+11,4
Steiermark	+ 3,3	+ 5,4	+ 7,3	+ 2,6	+ 3,7	-10,2	- 4,2	- 1,1	- 6,5	- 3,7	- 2,2	- 9,6	+11,7
Kärnten	+ 7,5	+ 3,9	+ 6,0	- 0,1	- 1,1	-16,6	- 4,9	- 6,9	- 8,7	-10,7	+ 4,9	- 6,9	+15,7
Oberösterreich	+ 6,3	+ 9,1	+ 4,8	+ 4,3	- 1,4	-11,5	- 1,2	- 4,1	- 4,1	- 2,3	+ 2,7	- 6,2	+ 3,5
Salzburg	+ 0,2	+ 8,3	+ 5,8	+ 1,4	+ 7,5	-12,5	+ 2,7	+ 0,6	+ 2,1	- 4,1	+10,5	+ 6,5	+20,1
Tirol	+ 8,8	+ 2,7	+12,3	+11,6	+ 5,2	- 9,0	- 2,1	- 1,1	- 7,9	+ 1,2	+ 1,2	- 6,7	+ 5,3
Vorarlberg	+ 5,7	+ 8,7	+ 0,1	- 1,2	+11,6	- 2,4	+ 5,0	+ 9,7	+ 3,6	+ 1,5	+ 9,4	- 0,1	+ 6,4

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit). 2020: vorläufig. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 34: Beschäftigung

	2018	2019	2020	2020				2020				2021	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar
	In 1.000												
Österreich	3.661	3.720	3.644	3.634	3.572	3.725	3.645	3.728	3.695	3.667	3.575	3.560	3.593
Wien	836	852	831	832	816	839	838	845	845	842	827	828	835
Niederösterreich	605	615	611	601	603	624	615	626	624	620	602	598	604
Burgenland	102	104	103	100	102	107	104	107	106	104	101	100	101
Steiermark	512	520	510	504	502	523	512	526	521	516	500	500	505
Kärnten	209	211	206	200	202	216	205	213	210	206	198	196	199
Oberösterreich	650	660	651	644	643	662	655	663	662	659	644	640	646
Salzburg	253	256	248	253	240	255	244	253	248	245	239	237	239
Tirol	331	336	322	334	307	335	312	331	318	313	306	302	306
Vorarlberg	162	165	161	165	157	164	160	163	161	160	159	158	159
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Österreich	+ 88,0	+ 58,9	- 76,1	- 33,1	-147,3	- 53,0	- 70,9	- 39,0	- 40,7	- 51,4	-120,6	-125,1	-108,8
Wien	+ 19,6	+ 15,9	- 20,5	- 6,2	- 37,7	- 19,2	- 18,9	- 16,6	- 17,3	- 19,6	- 19,7	- 14,1	- 9,5
Niederösterreich	+ 13,4	+ 10,1	- 3,9	+ 2,6	- 16,5	- 2,3	+ 0,4	- 0,7	- 0,1	+ 1,0	+ 0,4	- 6,3	- 4,6
Burgenland	+ 2,0	+ 1,5	- 0,9	- 0,4	- 3,8	- 0,1	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,7
Steiermark	+ 15,7	+ 8,0	- 10,0	- 5,8	- 20,5	- 7,5	- 6,3	- 5,6	- 4,4	- 5,3	- 9,3	- 10,1	- 8,1
Kärnten	+ 3,9	+ 2,2	- 5,9	- 4,4	- 12,1	- 3,7	- 3,4	- 2,2	- 1,8	- 1,8	- 6,4	- 6,7	- 5,7
Oberösterreich	+ 15,9	+ 10,4	- 8,9	- 2,4	- 19,9	- 7,5	- 5,6	- 6,1	- 6,0	- 4,4	- 6,5	- 7,8	- 3,1
Salzburg	+ 5,2	+ 3,1	- 8,4	- 4,9	- 12,0	- 4,8	- 11,8	- 2,6	- 3,2	- 6,7	- 25,4	- 25,2	- 24,3
Tirol	+ 8,4	+ 5,4	- 14,4	- 9,8	- 20,0	- 6,3	- 21,6	- 4,7	- 7,2	- 13,0	- 44,7	- 45,6	- 44,9
Vorarlberg	+ 4,0	+ 2,2	- 3,2	- 1,9	- 4,7	- 1,8	- 4,4	- 1,3	- 1,7	- 2,3	- 9,4	- 9,7	- 9,3

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ohne Personen in aufrehtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 35: Arbeitslosigkeit

	2018	2019	2020	2020				2020				2021	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem- ber	Oktober	Novem- ber	Dezem- ber	Jänner	Februar
	In 1.000												
Österreich	312	301	410	398	470	368	403	347	358	391	460	468	437
Wien	119	115	150	136	171	147	145	139	136	143	156	155	149
Niederösterreich	52	51	65	67	72	59	62	55	55	60	71	74	68
Burgenland	9	8	11	12	12	10	11	9	9	10	13	13	12
Steiermark	35	34	48	50	55	41	45	38	39	43	55	56	50
Kärnten	22	21	27	30	30	21	27	20	22	26	33	34	31
Oberösterreich	35	34	47	47	52	43	44	40	39	42	52	54	48
Salzburg	14	13	20	19	25	15	21	14	17	21	25	26	24
Tirol	18	16	29	25	37	20	33	20	28	33	39	41	38
Vorarlberg	9	9	14	12	16	13	14	12	13	14	16	16	15
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Österreich	- 27,9	- 10,8	+ 108,3	+ 59,3	+ 190,2	+ 93,2	+ 90,5	+ 74,8	+ 70,4	+ 91,3	+ 109,9	+ 113,0	+ 103,0
Wien	- 5,6	- 3,6	+ 34,8	+ 11,1	+ 60,1	+ 37,1	+ 31,1	+ 30,2	+ 28,4	+ 34,3	+ 30,6	+ 32,3	+ 28,9
Niederösterreich	- 5,5	- 1,7	+ 14,2	+ 7,9	+ 26,3	+ 12,4	+ 10,2	+ 9,8	+ 8,8	+ 11,1	+ 10,7	+ 10,8	+ 9,3
Burgenland	- 0,9	- 0,3	+ 2,5	+ 1,5	+ 4,7	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,5	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,7
Steiermark	- 5,2	- 1,0	+ 13,9	+ 10,4	+ 24,9	+ 10,9	+ 9,3	+ 8,7	+ 7,4	+ 9,7	+ 10,8	+ 10,7	+ 9,5
Kärnten	- 2,2	- 0,9	+ 6,0	+ 4,6	+ 12,1	+ 3,4	+ 3,9	+ 2,2	+ 1,9	+ 3,7	+ 6,1	+ 6,5	+ 6,2
Oberösterreich	- 4,5	- 1,1	+ 12,5	+ 7,8	+ 22,3	+ 11,1	+ 8,8	+ 9,0	+ 7,8	+ 9,7	+ 8,8	+ 9,8	+ 7,8
Salzburg	- 0,8	- 0,8	+ 7,4	+ 5,0	+ 12,6	+ 4,9	+ 7,2	+ 3,6	+ 3,5	+ 6,0	+ 12,2	+ 11,6	+ 11,1
Tirol	- 2,8	- 1,2	+ 12,6	+ 8,6	+ 20,2	+ 7,7	+ 13,9	+ 6,4	+ 7,9	+ 10,9	+ 22,9	+ 23,5	+ 23,2
Vorarlberg	- 0,5	- 0,0	+ 4,4	+ 2,5	+ 7,0	+ 3,7	+ 4,2	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,9	+ 5,8	+ 5,8	+ 5,4

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 36: Arbeitslosenquote

	2018	2019	2020	2020				2020				2021	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem- ber	Oktober	Novem- ber	Dezem- ber	Jänner	Februar
	In % der unselbständigen Erwerbsspersonen												
Österreich	7,7	7,4	9,9	9,7	11,4	8,8	9,8	8,4	8,7	9,5	11,2	11,4	10,7
Wien	12,3	11,7	15,1	13,8	17,1	14,7	14,6	13,9	13,7	14,3	15,7	15,6	15,0
Niederösterreich	7,8	7,5	9,4	9,8	10,4	8,5	9,0	8,0	8,0	8,6	10,4	10,7	10,0
Burgenland	7,7	7,3	9,4	10,5	10,2	8,0	9,1	7,5	7,6	8,6	11,1	11,6	10,6
Steiermark	6,3	6,0	8,4	8,8	9,7	7,2	8,0	6,7	6,8	7,6	9,7	9,8	8,9
Kärnten	9,2	8,8	11,3	12,7	12,7	8,5	11,3	8,3	9,2	10,8	14,0	14,5	13,2
Oberösterreich	5,0	4,8	6,5	6,7	7,3	6,0	6,2	5,5	5,4	5,9	7,3	7,6	6,8
Salzburg	5,0	4,6	7,3	6,9	9,3	5,5	7,8	5,3	6,3	7,7	9,3	9,8	9,0
Tirol	4,9	4,5	8,1	7,0	10,6	5,4	9,4	5,5	8,0	9,2	11,0	11,8	11,0
Vorarlberg	5,4	5,3	7,7	6,6	9,2	7,0	8,1	6,7	7,4	8,0	8,8	9,0	8,5

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

2.16 Staatshaushalt

Übersicht 37: Staatsquoten

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	In % des Bruttoinlandsproduktes												
Staatsquoten													
Staatsausgabenquote	49,2	49,9	54,1	52,8	50,9	51,2	51,6	52,4	51,1	50,1	49,3	48,7	48,4
Staatseinnahmenquote	47,9	48,4	48,8	48,4	48,3	49,0	49,7	49,7	50,1	48,5	48,5	48,9	49,1
Abgabenquote Staat und EU													
Indikator 4	41,6	42,4	42,0	41,9	42,0	42,6	43,4	43,5	43,9	42,4	42,5	42,9	43,1
Indikator 2	40,7	41,5	41,1	41,1	41,2	41,9	42,7	42,8	43,2	41,8	41,9	42,3	42,6
Budgetsalden													
Finanzierungssaldo (Maastricht)													
Gesamtstaat	- 1,4	- 1,5	- 5,3	- 4,4	- 2,6	- 2,2	- 2,0	- 2,7	- 1,0	- 1,5	- 0,8	0,2	0,7
Bund	- 1,1	- 1,3	- 4,3	- 3,3	- 2,3	- 2,1	- 2,0	- 2,8	- 1,2	- 1,2	- 0,9	- 0,1	0,4
Länder	0,1	- 0,4	0,1	0,1	0,2
Gemeinden	0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,1
Wien	- 0,0	- 0,1	- 0,0	0,0	0,1
Sozialversicherungsträger	- 0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0
Struktureller Budgetsaldo laut													
Europäischer Kommission ¹⁾	- 2,5	- 2,6	- 3,6	- 3,0	- 2,4	- 1,7	- 0,9	- 0,5	0,1	- 1,0	- 1,1	- 0,9	- 0,7
Primärsaldo	1,8	1,5	- 2,2	- 1,5	0,2	0,5	0,7	- 0,3	1,3	0,5	1,0	1,8	2,1
Schuldenstand (Maastricht)													
Gesamtstaat	65,0	68,7	79,9	82,7	82,4	81,9	81,3	84,0	84,9	82,8	78,5	74,0	70,5
Bund	70,9	70,6	73,5	74,2	71,9	68,0	63,9	60,8
Länder	6,3	6,0	5,6	5,3
Gemeinden	2,3	2,3	2,2	2,3
Wien	1,9	2,0	1,9	1,9
Sozialversicherungsträger	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3	0,2	0,3	0,3

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Daten gemäß Maastricht-Notifikation. Indikator 2 ohne, Indikator 4 einschließlich imputierter Sozialbeiträge. Länder und Gemeinden ohne Wien. – !) WIFO-Schätzung auf Basis der mittelfristigen WIFO-Prognose, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission. • Rückfragen: andrea.sutrich@wifo.ac.at

- 3/2020** Konjunkturindikatoren zeigen bislang kaum Auswirkungen der Coronavirus-Epidemie • Die Europäische Währungsunion im Wandel • Reformbedarf und Reformoptionen für das EU-Budget aus österreichischer Perspektive • Zur Prognostizierbarkeit von Krisen • Herausforderungen und Bestimmungsfaktoren der Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Industrieunternehmen. Ergebnisse der WIFO-Industriebefragung 2019
- 4/2020** Editorial: Die COVID-19-Pandemie als historische Herausforderung für die Wirtschaftsforschung • Die Wirtschaftsentwicklung in Österreich im Zeichen der COVID-19-Pandemie. Mittelfristige Prognose 2020 bis 2024 • Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in Österreich und die Möglichkeiten der Stabilisierungspolitik • Antworten der internationalen Wirtschaftspolitik auf die COVID-19-Krise • Abschwächung der Konjunktur im Jahresverlauf 2019. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2019 • Finanzmärkte 2019 durch anhaltend günstige Finanzierungsbedingungen geprägt
- 5/2020** Internationaler Konjunkturerinbruch als Folge der COVID-19-Pandemie • Konjunktüreinschätzung stürzt infolge der COVID-19-Pandemie ab. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO Konjunkturtests vom April 2020 • Reaktionen der Unternehmen auf die COVID-19-Krise. Eine Analyse auf Basis der Sonderbefragung im Rahmen des WIFO Konjunkturtests vom April 2020 • Budgeterstellung in Österreich während des Ausbruchs der COVID-19-Pandemie • Abgeschwächter Arbeitsmarktaufschwung 2019 und der COVID-19-Schock im Frühjahr 2020 • Unsicherheit durch internationale Handelskonflikte – Industriekonjunktur flaut ab. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2019 • Senkung des Eingangsteuersatzes in der Lohn- und Einkommensteuer. Wirkung auf Steuerbelastung, Steueraufkommen und verfügbare Einkommen der privaten Haushalte
- 6/2020** Heimische Konjunktur auf Talfahrt – Unternehmenserwartungen bessern sich • COVID-19-Pandemie in Mittel-, Ost- und Südosteuropa: Tiefste Rezession seit der Transformationskrise • Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Unternehmenssektors in Österreich • Verschiebung der regionalen Wachstumsmuster durch Abkühlung der Konjunktur. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2019 • Öffentliche Ausgaben für Pflege nach Abschaffung des Regresses in der stationären Langzeitpflege
- 7/2020** Tiefe, jedoch kurze Rezession in Österreich. Prognose für 2020 und 2021 • Investitionen der Sachgütererzeugung brechen aufgrund der COVID-19-Krise ein. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Frühjahr 2020 • Digitalisierung in Österreich: Fortschritt und Home-Office-Potential • Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2020 – Sonderthema: COVID-19, CO₂-Emissionen und Konjunkturpakete als Chance für strukturorientierten Klimaschutz
- 8/2020** Erholung der Wirtschaft zeichnet sich ab – hohe Konjunkturrisiken aufgrund steigender COVID-19-Infektionszahlen • Konjunkturbeurteilungen bleiben unter dem Eindruck der COVID-19-Krise – Erwartungen signalisieren beginnende Entspannung. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2020 • Abschätzung der Verringerung der Treibhausgasemissionen aufgrund des Konjunkturerinbruchs • Ärztliche Versorgung und der demographische Wandel
- 9/2020** Schleppende Konjunkturerholung: Arbeitslosigkeit droht sich zu verfestigen • Cash-Flow-Quote der österreichischen Sachgütererzeugung 2019 rückläufig • Robustes Wachstum der Nicht-Lebensversicherung sichert Privatversicherung 2019 Steigerung der Prämieinnahmen • 2019 neuerlich Einkommensrückgang in der Landwirtschaft. Österreichs Land- und Forstwirtschaft im Jahr 2019 im Kontext von 25 Jahren EU Mitgliedschaft • Der Beitrag österreichischer Hochschulen zur erfinderischen Tätigkeit von Unternehmen
- 10/2020** Zähne Konjunktur nach kräftigem Rebound. Prognose für 2020 und 2021 • COVID-19-Pandemie dämpft die Konjunkturaussichten. Mittelfristige Prognose 2021 bis 2025 • 2019 trotz Anstieges der Lohnstückkosten Verbesserung relativ zu Handelspartnern • Pflegevorsorge in den Gemeinden • Wissensproduktion und Wissensverwertung in Österreich im internationalen Vergleich
- 11/2020** Wirtschaftsentwicklung im III. Quartal von Nachholeffekten geprägt • COVID-19-Pandemie bestimmt weiterhin Konjunkturbeurteilung der Unternehmen. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2020 • COVID-19-Krise stoppt dynamische Expansion im Tourismus • EU und Mercosur – Auswirkungen eines Abbaus von Handelschranken und Aspekte der Nachhaltigkeit
- 12/2020** Zweiter COVID-19-Lockdown dämpft Wirtschaftsleistung • Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft • Die ökonomischen Auswirkungen einer Erhöhung der Gleichstellung von Frauen und Männern • Die Entwicklung der Nachfrage nach Gütertransportleistungen in Österreich zwischen 1995 und 2015. Ergebnisse einer Input-Output-Analyse
- 1/2021** Österreichs Wirtschaftspolitik in COVID-19-Zeiten und danach. Eine Einschätzung zur Jahreswende 2020/21 • Kompensation hoher Wertschöpfungseinbußen. Prognose für 2020 bis 2022 • 2020 Einbruch der Investitionen der Sachgütererzeugung – 2021 leichte Erholung erwartet. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Herbst 2020 • Bundeshaushalt und Staatsschuld in der COVID-19-Krise. Bundesvoranschlag 2021 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2021 bis 2024 • Der Beitrag der Konjunkturbelebung zur Transformation. Einordnung von Maßnahmen der Bundesländer
- 2/2021** Wirtschaftsentwicklung weiterhin träge • Zweite COVID-19-Welle bestimmt Konjunkturbeurteilung der Unternehmen. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2021 • COVID-19-Krise führt zu tiefer Rezession im europäischen Bauwesen. Euroconstruct-Prognose bis 2023 • COVID-19-Krise dämpft die Innovationstätigkeit österreichischer Unternehmen. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Dezember 2020 • Ökonomische Wirkung von Interventionen der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds in Österreich seit 1995 • Indikatoren zum österreichischen Energiesystem

Präsident

Dr. Harald Mahrer, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

Vizepräsidentin

Renate Anderl, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer

Vorstand

Dr. Hannes Androsch

Kommerzialrat Peter Hanke, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke

Univ.-Prof. Dr. Robert Holzmann, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

Wolfgang Katzian, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Georg Knill, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Abg.z.NR Karlheinz Kopf, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

Kuratorium

Andreas Brandstetter, Renate Brauner, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Marcus Grausam, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Gerhard K. Humpeler, Johann Kalliauer, Christoph Klein, Robert Leitner, Ferdinand Lembacher, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Josef Plank, Günther Platter, Walter Rothensteiner, Walter Ruck, Ingrid Sauer, Heinrich Schaller, Hermann Schultes, Rainer Seele, Andreas Treichl, Franz Vranitzky, Christoph Walser, Thomas Weninger, Josef Wöhrer, Norbert Zimmermann

Leitung

Leiter: em.o.Univ.Prof. Dr. Christoph Badelt

Stellvertretende Leiterin und Leiter:

Priv.-Doz. MMag. Dr. Ulrike Famira-Mühlberger, PhD, Mag. Dr. Jürgen Janger, MSc, Mag. Alexander Loidl

Ökonominnen und Ökonomen

Julia Bachtrögler-Unger, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Elisabeth Christen, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Ulrike Famira-Mühlberger, Gerald Feichtinger, Marian Fink, Matthias Firgo, Klaus S. Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Ulrike Huemer, Walter Hyll, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Klien, Angela Köppl, Agnes Kügler, Andrea Kunnert, Simon Loretz, Hedwig Lutz, Helmut Mahringer, Peter Mayerhofer, Christine Mayrhuber, Bettina Meinhart, Birgit Meyer, Ina Meyer, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Andreas Reinstaller, Silvia Rocha-Akis, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman, Lukas Schmoigl, Margit Schratzenstaller-Altzinger, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Thomas Url, Yvonne Wolfmayr, Christine Zulehner

Konsulentinnen und Konsulenten

Harald Badinger, René Böheim, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Kurt Kratena, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Andrea Weber, Hannes Winner

Vizepräsidentin

Univ.-Prof. DDR. Ingrid Kubin, Vorständin des Instituts für Außenwirtschaft und Entwicklung der Wirtschaftsuniversität Wien

Mag.^a Maria Kubitschek, Stellvertretende Direktorin und Bereichsleiterin Wirtschaft der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Josef Moosbrugger, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik

Mag. Harald Waiglein, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Mag. Markus Wallner, Landeshauptmann von Vorarlberg

WIFO-Partner und Goldene Förderer

A1 Telekom Austria AG, AIC Androsch International Management Consulting GmbH, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, Österreichische Hoteliervereinigung, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg.Gen.mBh, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, Raiffeisen Bank International AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG

WIFO Associates

Jarko Fidmuc, Georg Fischer, Markus Leibrecht, Peter Mooslechner, Ewald Nowotny, Karl Pichelmann, Gertrude Tumpel-Gugerell

Wissenschaftliche Assistentinnen und Assistenten

Anna Albert, Elisabeth Arnold, Anna Brunner, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Martina Einsiedl, Nathalie Fischer, Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauningner, Andrea Grabmayer, Kathrin Hofmann, Christine Kaufmann, Marion Kogler, Katharina Köberl-Schmid, Irene Langer, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Maria Riegler, Nicole Schmidt-Padickakudy, Birgit Schuster, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Fabian Unterlass, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Dienstleistungsbereich

Birgit Agnezy, Bettina Bambas, Georg Böhs, Alexandros Charos, Tamara Fellinger, Michaela Gaber, Lucia Glinesner, Claudia Hirnschall, Gabriela Hötzer, Markus Kiesenhofer, Annemarie Klotzar, Gwendolyn Kremser, Thomas Leber, Florian Mayr, Anja Mertinkat, Elisabeth Neppl-Oswald, Birgit Novotny, Robert Novotny, Lorenz Pahr, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Gabriele Schober, Gerhard Schwarz, Kristin Smeral, Eva Sokoll, Klara Stan, Karin Syböck, Tatjana Weber, Michaela Zinner-Doblhofer

Emeriti Consultants

Karl Aiginger, Kurt Bayer, Fritz Breuss, Alois Guger, Heinz Handler, Gunther Tichy, Ewald Walterskirchen

